Heft 5 Mai 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- 1968/1988: Wie tot ist die Revolte?
- Wer war Ulrike M.?
- Frauen unter Gorbatschow
- Euthanasie durch Ökologie
- Die neuen Nationalisten
- Hrdlicka, Gaus, Brasch, Hensche, Diederichsen, Klönne

in konkret Mai 1988

von konkret

an konkret

Rätsel des Orients von Hermann L. Gremliza

... und morgen die ganze Welt von Gaby Gottwald; Werner Meisen; Oliver Tolmein

Bei den Haushaltsberatungen 1987 stand das Thema nicht auf der Tagesordnung. Im Auswärtigen Ausschuß gab es dazu keine Debatte. Im Innenausschuß durfte es nur zustimmend zur Kenntnis genommen werden: Die Bundesrepublik wird 1988-1990 für 176,5 Millionen Mark Polizei- und Militärhilfe vor allem an afrikanische Staaten leisten. Ausstattungshilfe heißt dieses Programm

Frauen unter Gorbatschow von Mechthild Jansen

Perestroika, die Umgestaltung, weckt viele Hoffnungen – eine enttäuscht sie bitter: Die Emanzipation der Frauen steht nicht auf dem neuen Programm. Im Gegenteil: Die sowjetische Frau soll noch stärker auf die Rolle als Mutter und Hüterin des heimischen Herdes fixiert werden

Stunde der Gaukler von Detlef Hensche

Warum haben Lafontaines Thesen zum Lohnverzicht so viel Zustimmung gefunden – in der SPD und sogar bei Gewerkschaftern? Weil das politische Bewußtsein auf den Hund gekommen ist

Ökologie: Euthanasie von Franz Christoph

Hat die ökologische Bewegung ein Klima geschaffen, das den Sozialdarwinismus aufblühen läßt? Mit einer militanten Aktion haben Behinderte den Auftritt eines Euthanasie-Propagandisten verhindertInterview mit Franz Christoph

Sterilisation von Michael Wunder

Die Eugeniker im Vormarsch: Die Zwangssterilisation Behinderter soll Gesetz werden

Zwei von dreißig von Jürgen Reents

Militär und Gewalt zur Terrorisierung der Palästinenser – Militär und Gewalt zur Belebung der Geschäfte: Israel handelt vorzugsweise mit den Diktaturen dieser Welt

Beast and Beauty von Kurt Hübner

Die meisten halten den Internationalen Währungsfond und die Weltbank für eher karitative Einrichtungen, die den armen Ländern helfen sollen. Viele ahnen zwar, daß das nicht stimmt, wissen aber auch nichts Genaues. Im September tagen die beiden »Wohltäter« in Westberlin. Höchste Zeit also, ihre Geschichte, aktuelle Politik und Funktion in der Weltwirtschaft zu durchleuchten

Heißhunger von Maria Mies

Noch sind die Gewerkschaften und ihre Ökonomen mit der in die Krise geratenen Weltwirtschaftsordnung ganz zufrieden. Wie sollten sie auch nicht: Hohe Löhne und niedrige Preise für die Güter des täglichen Bedarfs bescheren den Arbeiterklassen in den Industrieländern einen relativ angenehmen Lebensstandard. Wen kümmert es, daß dafür die Arbeiterinnen und Arbeiter der »Dritten Welt« bluten?

Kongressomanie von Dieter Liehmann

Vom 27. bis 29. September treffen sich 10.000 Bankiers zur Jahreshauptversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der

Weltbank in Westberlin. Sie kommen nicht allein

Transit Frankfurt von Theo Christiansen; Detlef zum Winkel

Mehr als 10.000 Anträge auf Asyl wurden 1987 allein im Frankfurter Flughafen gestellt. Die Behörden haben sich allerlei einfallen lassen, wie man die heilige deutsche Erde davor schützt, von Kanaken betreten zu werden

Linke Bullen von Oliver Tolmein

Sie lesen Seyfried, solidarisieren sich mit der Hafenstraße, demonstrieren gegen die WAA. Aber wenn der Einsatzbefehl kommt, müssen sie ihre Mützen aufsetzen. Und Räumungspläne verraten sie auch nicht. Kritische Polizisten: ein staatsgewaltiger Widerspruch

Müder Mythos von Hermann L. Gremliza

Die Bürgerkinder von 1968 wollten nicht den Umsturz der ökonomischen Basis, sondern die Renovierung des Überbaus, Befreiung nicht von Herrschaft, sondern von Autoritäten. Sie haben geholfen, die BRD zu modernisieren

Konkret-Streitgespräch»Da nich für«. 1968: Die Revolte und ihre Folgen von Karl Heinz Roth; Sibylle Plogstedt; Karl Dietrich Wolff; Wolfgang Kraushaar; Hermann L. Gremliza

Nach dem Streitgespräcb in der KONKRET-Redaktion (von links nach rechts): Karl Heinz Roth, SDS-Mitglied in Hamburg, 1968/69 untergetaucht wegen eines Haftbefehls (»Widerstand gegen die Staatsgewalt.), 1975 bei einer Personenkontrolle durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt, 1977 von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, ist heute Arzt und Historiker (»Die Daimler-Benz AG 1916-1948«). Sibylle Plogstedt, ab 1965 Mitglied des SDS in Westberlin, 1969 in der CSSR verhaftet, Mitbegründerin der Frauenzeitschrift Courage, heute Redakteurin beim SPD-»Vorwärts«. KD (Karl Dietrich) Wolff, (knieend), 1967/68 Bundesvorsitzender des SDS, 1969 Mitbegründer des März-Verlags, 1970 Gründer des Verlags Roter Stern (heute: Stroemfeld/Roter Stern), in dem u.a. eine historisch-kritische Hölderlin-Gesamtausgabe erscheint. Wolfgang Kraushaar, 1974/75 AStA-Vorsitzender in Frankfurt, 1975/77 Lektor im Verlag Neue Kritik, seit 1987 Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, arbeitet zur Zeit an einer Geschichte der Protestbewegungen in der BRD.

Buch des Monats: Ulrike Meinhof. Keine Rezension von Matthias Altenburg

Mario Krebs: Ulrike Meinhof – Ein Leben im Widerspruch, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek/Hamburg 1988, 280 Seiten, DM 12.80

Fünf Freunde und die Schleyer-Entführung von Diedrich Diederichsen

Für den Rest seines Lebens hahen sie den Peter-Jürgen Boock hinter Gitter gesperrt. Dort hat er einen Roman geschrieben, in dem steht, was sich zugetragen hat, der aber keinen denunzieren will. Es ist eine Geschichte der Katastrophe des Jahres 1977, auch eine Geschichte, die zwischen Hippies und Punk-Rockern spielt

Nachrichten

Ich habe gelesen von F. W. Bernstein

Kunstbetriebskunst par excellence von Alfred Hrdlicka

Nicht der Künstler, sondern der Impressario, der Arrangeur, der Regisseur, der Interpret "macht" die Kunst. Das große Vorbild der Interpreten ist Joseph Beuys. Doch was bleibt vom Tiefsinn des Arrangements ohne den Charme dieses Arrangeurs?

Von oben für unten von Georg Fülberth

In drei dicken Bänden hat der Historiker Heinrich August Winkler eine Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik vorgelegt. Zweck der Übung ist die

sozialliberale Entsorgung einer Geschichte, in der die Organisationen der Arbeiterbewegung leider noch nicht das Niveau eines Peter Glotz erklommen hatten

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Sprachsatire als Zeitsatire von Jochen Stremmel

»In einem riesigen Werk stellt (Karl) Kraus, der erste Schriftsteller unserer Zeit, die Entartung und Verworfenheit der zivilisierten Menschheit dar. Als Prüfstein dient ihm die Sprache, das Mittel der Verständigung zwischen Mensch und Mensch«(Bertolt Brecht, 1934)

Folgen von Staats wegen von Günter Gaus

Kulturschaffende aller Länder, versammelt euch! Wie sähe das wohl aus, wenn es zustandekäme. Hermann Kant hat es in seinem jüngsten Buch ausgemalt

Welcome to Germany von Thomas Brasch; Marli Feldvoß

»Der Passagier« heißt der neue Film von Thomas Brasch (Buch und Regie). Marli Feldvoß hat ihn gesehen. Ein Interview statt einer Filmkritik

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Deutsches Volk, erhebe dein Haupt von Arno Klönne

Sie wollen die deutsche Geschichte »entkriminalisieren«, die Deutschen von »kollektivem Selbsthaß« und »Fellachenmentalität« befreien, zu »nationaler Identität« und »Feindfähigkeit« erziehen. Doch sie stehen in keinem Verfassungsschutz-Bericht, denn sie sind feine Herren, deren Schriften der Kanzler »mit viel Sympathie und Zustimmung« liest: Die neuen deutschen Nationalisten

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/88, S. 4

von konkret

»Vorwärts« und nicht vergessen:

Zu ihrer Titelgeschichte »Mythos '68« erbat die Wochenzeitschrift der SPD eine Kolumne des KONKRET-Herausgebers Gremliza – und wurde prompt bedient. Nach einigen redaktionsinternen Diskussionen entschieden die »Vorwärts«-Macher, daß die Kolumne sogar abgedruckt wurde, versehen mit einer Gebrauchsanweisung (»Der streitbare Publizist...vertritt eine unbequeme, in manchen Punkten durchaus anfechtbare Meinung, die aber eine sachliche Auseinandersetzung lohnt«) und begleitet von einem Kommentar des »Vorwärts«-Chefredakteurs Günter Verheugen, der in der Studentenbewegung eine »frühe Perestroika« sieht.

Was die 68er Bewegung wirklich war und, vor allem, was von ihr geblieben ist, wollte die KONKRET-Redaktion in einem Streitgespräch klären: mit vier ehemaligen Mitgliedern des SDS (ab Seite 44). Gremlizas »Vorwärts«-Beitrag wird auf Seite 45 dokumentiert.

DEN Nachruf, den schlechthin verlogensten aller bürgerlich-verlogenen Nachrufe auf die 68er, hat ein Hamburger Nachrichtenmagazin in seiner Hausmitteilung vom 4. April 1988 produziert. Er lautet: »Der 'Spiegel', selber antiautoritär bis auf die Knochen, tat sich denn auch nicht allzu schwer bei seinem Bemühen herauszufinden, was die jungen Leute bewegte...« Antiautoritär bis auf die zitternden morschen Knochen: Rudolf meets Rudi – Geschichtsschreibung als Seifenoper. Das Foto der »Spiegel«-Hausmitteilung zeigt Augstein im November 1967 im Hamburger Audimax, wie es ihm gerade leicht fällt, herauszufinden, was den neben ihm sitzenden Dutschke bewegt. Der Bildausschnitt ist ein bißchen zu gut gewählt: In Wahrheit standen bei dieser Veranstaltung hinter Augstein junge Leute mit dem Spruchband: »Spiegel = Bild am Montag«.

Ach, wenn man doch einmal nicht Recht bekäme; wenn sich die Prognose mieser Entwicklung als miese Prognose erwiese! Aber tut einer einem den Gefallen? Der Franz Xaver Kroetz (»Der Musenficker«, KONKRET 1/88) denkt nicht daran. In der »Praline« dürfen wir jetzt lesen: »Marie-Theres Relin (24): Hochzeit und Baby – Franz Xaver Kroetz (42) hat die Schell-Tochter doch rumgekriegt!« Und in Springers »Hör Zu« präsentiert der proletarische Dramatiker a.D. seinen liebsten Bibelspruch:

[Zeitungsausschnitt]

Gottogott.

Noch einmal, und wieder aus Terminschwierigkeiten, mußte das angekündigte Steitgespräch zwischen Henryk M. Broder und Abdallah Frangi verschoben werden. Wir bleiben dennoch dran (aber hüten uns, einen festen Erscheinungstermin zu nennen).

Konkret 05/88, S. 6

an konkret

Spalte 2, 2. Absatz

KONKRET 4/88: Buch des Monats; »Historische Grüße « von Thomas Ebermann/Günter Kolodziej

An »die Grünen« Ebermann/Kolodziej ! Habt ihr zuviel grüne Tinte gesoffen, Grütze im Hirn, oder sticht euch gar der Hafer?

Zunächst vielen Dank, daß ihr auch für mich ein so teures Buch gelesen habt. Ich: Sozialhilfeempfänger mit lebenslanger Existenz, natürlich ohne prügelndes Elternteil, hätte es mir nicht leisten können. Aber müßt ihr deshalb 3 Millionen Parias dieser Nation diffamieren, als ob die – Ausnahmen gibt es zwar immer – ihre »lebenslange« Existenz als Sozialhilfeempfänger aus eigener Kraft ändern könnten. Der gegenwärtigen Regierung sind sie doch äußerst willkommen als Lohndrücker in spé und außerplanmäßige Reserve neben den AFG-Parias, um allzu forsche Gewerkschaftspolitik gezielt und erfolgreich dämpfen zu können.

Pfui Deibel!

Norbert Nohl, Berlin

Geballte Rechte!

KONKRET 4/88: Tomayers Tagebuch »Nimm diesen, K Witt! «

Lieber Genosse Tomayer

Nur wenn Du mir erklärst wie man 'der Fessel Schlittschuh entledigt und bar allen Kostüms und sonstigen entfremdeten Ausdrucks' die geballte Rechte hochwirft und dabei einen Doppel-Axel springt, werde ich mich uneingeschränkt Deiner Meinung anschließen.

P.S. Solltest Du die Genossin Witt mal treffen: Grüß' sie von mir!

Mit der geballten Rechten!

Gerhard Rath, 'Kunsteiskunstlauf '-Freak und Linker, Linz

Sehnsüchtig

KONKRET 4/88: »Nachrichten aus der Oberprima« Detlef zum Winkel über den geistigen Tiefflieger O Lafontaine

Bravo! Für einen Oberprimaner ein sehr langer Aufsatz! Schulmäßig gespickt mit gepfefferten Schimpfworten und gemeiner, schon fast hintergründiger Ironie! Selten hab ich schöner und witziger geschrieben gesehen, daß einer einen nicht leiden kann.

Lafontaines Buch, Detlef, hättest Du aber besser nicht erwähnt. Die betreffenden Stellen waren weder witzig noch ernst zu nehmen – man wußte nicht recht, was die da sollten.

Aber ansonsten: weiter so! Ich jedenfalls warte sehnsüchtig auf die »Nachrichten aus der Oberprima II: Bangemann – fett wie Hausmeister und Direx zusammen«.

Thomas Gsella, Essen

Widerstand

KONKRET 4/88: »Musik-Plauder-Tasche« von Henscheid/ThierfeIder

In »Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens« schrieb Adorno: »Das Bewußtsein der Hörermassen ist der fetischisierten Musik adäquat. Es wird vorschriftsmäßig gehört, und freilich, die Deprivation selber wäre nicht möglich, wenn Widerstand erfolgte...«

Hier ist er, der Widerstand in der Musik-Plauder-Tasche. Weiter so und nicht gleich wieder aufgeben.

Und gleich auch all denen, die meinen, hier geht's mal wieder »nur« um's Ästhetische: schaut Euch die Wanderausstellung »Entartete Musik« an ! Euch werden die Ohren übergehen.

Manfred Lesch, Frankfurt

Polemik

KONKRET 4/88: »Kommunisten {West) in der Krise«, hierzu nahmen Stellung Georg Fülberth, Thomas Neumann, Malte N Castillo, u.a.

»Sprachkritik gilt den westdeutschen Kommunisten als obszön...«. Wer so saublöd anfängt, den sollte man eigentlich nicht weiterlesen. Da kann nur der Erguß eines Idioten kommen, bestimmt jedenfalls nichts Besseres als was zu Recht kritisiert wird. Bei aller KONKRET-internen Personalnot, lies wenigstens schnell an, was Du ins Blatt läßt und achte aufs Niveau, auch wenn du vorhaben solltest, KONKRET jetzt zu einem – nicht uninteressanten – DKP-internen Diskussionspapier zu machen. Sonst kommt man auf den unberechtigten Verdacht, es ginge hier nicht um die Sache, sondern nur um journalistische Häme. Das gilt für Neumann, und das gilt für Castillo (lächerliches Pseudonym). Natürlich nicht für Fülberth, und schon gar nicht für Tomayer, der mit sicherem Gespür rausfindet, wo die schönsten Frauen aller deutschen Kleinstaaten zu Hause sind, in der DeDeÄR!

Alles Gute!

Klaus Hübotter, Bremen

Leider ist Fülberths brilliante Analyse falsch. Daß kommunistische Parteien »gelegentlich« einen Zug in's Reformistische haben, liegt nicht per se an den Reformlücken, sondern daran, daß sowohl vor dem ersten Weltkrieg als auch nach dem zweiten der ökonomische und politische Spielraum vorhanden war, reale Verbesserungen der Lage für viele zu erreichen (das Phänomen nennt sich Imperialismus). Wenn das daraus resultierende Bewußtsein umso doller in's Kraut schießt, je mehr die objektiven Bedingungen dafür entfallen und die Revolutionsideologie, die auf das harmonische Zusammenwirken des »realen Sozialismus«, der Arbeiterbewegung und den Bewegungen in der dritten Welt setzt, ad absurdum geführt wird, liegt darin das Dilemma der real existierenden Kommunisten.

Das wäre aber zu ändern.

Charly Kneffel, München

Nicht einmal überrascht war ich, als ich in der letzten KONKRET die Krise der westlichen Kommunisten und dann auch noch die »Identitäts«-Krise des SED-Kindes DKP gar auf mehreren Seiten (sozusagen als »roter (?) Faden« dieser Ausgabe) recht intelligent behandelt fand.

Aber umsonst!

Denn gäbe es auf diesem Globus einen Kommunisten, man würde ihn übersehen – oder vermarkten. So aber – angesichts dieser Wickellinken – bleibt nur noch die Hoffnung auf ein baldiges Ende dieser Linkspleonasmen, damit in dusterer Zukunft eine Möglichkeit sich abzeichnen kann, wenigstens die Linke (falls vorhanden) von jeglichen Ideologien, Axiomen und sonstigen Nährböden der Unmündigkeit zu bewahren.

Wolfgang Menke, Köln

Weder heißt er so, noch sieht er so aus, aber in KONKRET schreibt er: Malte N. Castillo. Seine relative Freiheit treibt ihn beim Sinnieren über die Dialektik von Form und Inhalt im allgemeinen und ein (nicht nur) von Kommunisten diskutiertes Kulturzeitschriften-Projekt im besonderen zu wahren Höhenflügen politischer Analyse und sprachlicher Brillianz.

Er hält eine solche Kulturzeitschrift für ein »nützliches Ding«, gibt originelle Hinweise bezüglich guter Setzer, Drucker, Grafiker, Fotografen und Redakteure, die Bescheid wissen sollten über »die Sprache, das Denken und die Wirklichkeit und wie die drei sich zueinander verhalten«, und hält das Banalste für überflüssig zu erwähnen – hätte er sich doch andernfalls diesen Artikel und die Redaktion das Honorar sparen können: Seriosität und Sachkenntnis.

Fehlt es daran, baut man sich den Kameraden, der bekanntlich ebenso schnell montiert wie abgeschossen ist: Flugs wird aus einem Diskussionspapier das konzeptionelle Bewerbungsschreiben eines fälschlich vermuteten zukünftigen Redakteurs gemacht und so der Nachweis erbracht: Seht, journalistische Dilettanten diskutieren nicht über irgendeine, nein gar noch über eine Kulturzeitschrift und machen den größten Bock von ihnen zum Gärtner. Zwar schießt Herr Anonymus damit selber einen, aber das Getöse der Kanonen und die Rauchwolken des nun langsam verkohlenden Papierkameraden

verleihen der gewaltigen Sprachkritik die notwendige Aufmerksamkeit und Resonanz. Denen haben wir's mal wieder gegeben!

Olaf Cless DKP Parteivorstand - Kulturpolitik -, Düsseldorf

Elf Seiten zur DKP in KONKRET. Das gab es noch nie.

Die »Marxistischen Blätter«, oft auch als »Theorieorgan« der DKP bezeichnet, im Wortlaut. Zwar ist der Artikel von Georg Fülberth schon etwas älter, zwar erschienen seitdem zwei Handvoll Artikel in Anknüpfung und Auseinandersetzung dazu, doch immerhin – KONKRET bringt ihn.

Dann ein anonymer und ein nicht gezeichneter Artikel – etwas ungewöhnlich für eine Zeitschrift, die Meinungen normalerweise auch als solche ausweist. Die Autoren werden ihre Gründe kennen.

Schließlich noch ein ehemaliges DKP-Mitglied als Experte für Westeuropas KP's. Unkonkretes in KONKRET. Polemik statt Auseinandersetzung. Und so wurde die Chance verschenkt, sich mit einem interessanten Diskussionsprozeß in einer interessanten Partei gehaltvoll zu beschäftigen.

Uwe Eichholz, Gerd Schumann, Düsseldorf

Konkret 05/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Rätsel des Orients

Allah ist groß, größer aber sind seine Werke, zu welchen zählen jene öffentlich- und privatrechtlichen Weisen, die uns in die Geheimnisse des Morgenlands einweihen: den Islam, mit seinen Schiiten und Sunniten, den heiligen Glaubenskämpfern, so da Mujahedin oder Hiszbollah heißen, grausamen, heimtückischen Gestalten, die nichts im Kopf haben als Geiselnahme und Bombenwurf, geringschätzend das eigene Leben wie das Leben des andern. Oh Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene, sagte der sittlich entrüstete Bordellwirt, als er hörte, was ein Harem ist.

»Fundamentalistische Internationale« – die »FAZ« schauderts. Als wären dieser Allah und seine Gläubigen vom Himmel gefallen, als wüßte man nicht, wo sie herkommen und warum; daß der Stern, unter dem die Ajatollahs das Dunkel ihrer Welt erblickten, ziemlich weit im Westen aufgegangen ist, über jenem Dorf, das da heißt Manhattan. (Mein Gott, jetzt erzählt er uns schon wieder die unendlich nervende Geschichte vom Imperialismus und wie der die Schuld trägt an allem Unglück – vom Kokainhandel in Panama bis zum Ausscheiden des SV Werder aus dem Europapokal. Es läßt sich leider nicht vermeiden:)

Im Anfang war der gute alte Kolonialismus, der hatte zwei Seiten: eine böse, bekannte, und eine andere, die darin bestand, daß der Kolonialist nicht alles selber machen konnte und deshalb eine Schicht von Einheimischen rekrutieren und ausbilden mußte, die ihm bei der Verwaltung und Ausbeutung half. So kamen die Ideen von Freiheit und Aufklärung unter die Wilden. Es waren schließlich die an der Sorbonne oder in Oxford geschulten Söhne des kolonialen Hilfpersonals, die ihre frisch gewonnenen Erkenntnisse gegen die Kolonialisten wandten und ihre Länder befreiten.

Doch die fortschrittlichen Ideen des Westens hatten einen Haken. Sie waren für Leute gedacht, die sie sich leisten konnten. Der moderne Staat mit seinen Parteien und Verbänden war darauf gegründet, daß die zu verteilende Beute groß genug war, auch die Schwächeren bei ausreichender Laune halten zu können. Und der frde Welthandel, an dem die Befreiten sich als Gleiche unter Gleichen beteiligen wollten, erwies sich als Falle: Wessen Kinder mit knurrendem Magen daheim warten, darf auf dem Markt nicht pokern.

Kurzum, die Ideen des freien Westens stießen die gerade Befreiten in noch größere Unfreiheit zurück. Errungenschaften wie Demokratie, Opposition und Pressefreiheit gerieten zum Fluch: Wo alles Ware ist, sind sie die billigsten, im Sonderangebot fürs internationale Kapital. (An dieser Stelle nur ein Name: »La Prensa«.)

Rettung durch soziale Revolution? Der Versuch wurde (und wird manchmal noch) gemacht. Aber so mies die Bedingungen sind, die »der Weltmarkt« diktiert – der Ausschluß von ihm bedeutet für Länder, die auf ihn hin (unter-)entwickelt wurden, das nackte Elend. Von anderen Strafexpeditionen der imperialistischen Staatengemeinschaft nicht zu reden (oder wiederum nur mit einem Namen, dem der »westlich orientierten« Killerbande »Renamo«).

So kam es, daß Aufklärung und Rationalität sich unter dem Aspekt der Selbsterhaltung als das Irrationalste herausstellten, auf das diese Völker sich je eingelassen hatten. Und doch dauerte es lange, bis etwa die laizistischen, den Glauben lässig ihren sozialrevolutionären Zielen unterordnenden Palästinenser in den *westlichen* Werten das besitzanzeigende Adjektiv auszumachen begannen. Ihre Führer zögern heute noch. Aber mit Gewalt und Spucke wird man sie schon soweit bringen.

Also Allah. Er wenigstens ist keine Erfindung der Ausbeuter, ja, ihn verstehen sie nicht einmal (während sie die Marxisten, die auf dem Boden westlicher Philosophie gewachsen sind, doch immerhin gut genug verstehen, um sie trickreich bekämpfen zu können). Allah ist die Aufkündigung einer gemeinsamen Rationalität, der Glaube an ihn befreit von allem Erklärungszwang. Gegen die Feststellung, Allah habe es gewollt, hat die freie Meinung keine Chance.

Die Zukunft freilich auch nicht. Die ekstatische Wiederbelebung alten Aberglaubens ist ein Verzweiflungsakt, und wer sich zurecht weigert, Wojtylas Befreiungspfaffen auf den Leim zu gehen, sollte der Versuchung widerstehen, den Ajatollahs soziale Utopien anzudichten. Gerade die erklärte Irrationalität, die sie vor den Einflüssen der Imperialisten schützen soll, macht sie zugleich zu deren Spielball. Keiner kann mehr mit Bestimmtheit sagen, wer wem die Waffen für seinen heiligen Krieg liefert, wer wen ermordet und ob die Entführung eines amerikanischen Managers in Beirut sicherheitshalber nicht gleich die CIA selber in die Hand nimmt, weil es wirklich nicht mehr darauf ankommt, wer gegen wen kämpft solange nur geschossen und gestorben wird. Auf daß diese Region, wenn sie sich schon nicht mehr in Frieden ausbeuten lassen will, ein einziger blutiger Klumpatsch werde.

Auch der Kampf gegen das Unrecht, sagt der Dichter, entstelle das Gesicht des Kämpfers. Wieviel mehr dieser Krieg, in den die Völker eines halben Erdteils seit vierzig Jahren gehetzt werden. Und welch tragische Ironie, daß ausgerechnet ein Zufluchtsort schuldlos Verfolgter dazu auserwählt war, das mörderische Treiben in Gang zu setzen. Auserwählt nicht von Jahwe, sondern von der Führungsmacht des imperialistischen Lagers, das fürchtete, die Araber könnten sich zu gemeinsamer Revolution erheben und »unser Öl« (Kissinger) zu ihrem erklären. Deshalb bauten die USA Israel mit vielen

Milliarden Dollar zu einer funkelnden Provokation seiner Nachbarn aus und enthoben den von ihnen ausgehaltenen Staat der Notwendigkeit, einen friedlichen Ausgleich mit den andern Völkern der Region zu suchen. Wo Geld keine Rolle spielt, spielt es bald die entscheidende.

Gotteskämpfer, vermummte Kidnapper, staatliche Killerkommandos, rächende Siedler, minderjährige Märtyrer, geifernde Rabbiner und durchgedrehte Pilger: »Rätselhafter Orient« schrieb einer der Weisen vor einiger Zeit als Quintessenz unter seinen Nahost-Bericht. Von wegen tausend und einer Nacht. Dieser Orient ist, wie die Raketen, die in Bagdad einschlagen, und das Gas, mit dem die Iraker ihre Gegner ersticken, Made in Germany, USA, Great Britain, France. Und seine Rätsel sind nichts anderes als die Betriebskosten dessen, was Peter Glotz so unvergleichlich tragend »westliche Wertegemeinschaft« nennt.

Konkret 05/88, S. 10

Gaby Gottwald; Werner Meisen; Oliver Tolmein

... und morgen die ganze Welt

Bei den Haushaltsberatungen 1987 stand das Thema nicht auf der Tagesordnung. Im Auswärtigen Ausschuß gab es dazu keine Debatte. Im Innenausschuß durfte es nur zustimmend zur Kenntnis genommen werden: Die Bundesrepublik wird 1988-1990 für 176,5 Millionen Mark Polizei- und Militärhilfe vor allem an afrikanische Staaten leisten. Ausstattungshilfe heißt dieses Programm

Der Sparwille der Bundesregierung hat deutlich umrissene Grenzen: Sicherheit darf teuer bleiben, Repression verträgt keine Etatkürzungen, und die Stammheim-Folgekosten sind für die CDU/FDP-Regierung unantastbar – die SPD-Opposition hält dazu verständlicherweise brav den Mund. »Somalia ist ein Schwerpunktland unserer Ausstattungshilfe. Somalias Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland haben seit der Geiselbefreiung von Mogadischu 1977 eine besondere Qualität.« Und Qualität kostet: 12 Millionen Mark sogenannter Ausstattungshilfe wird das Wüstenland, »das nach einem spektakulären Kurswechsel seit 1977/78 am Westen orientiert (ist)« und »als latent instabil (gilt)«, zwischen 1988 und 1990 erhalten. »Eine Beratergruppe der Bundeswehr befindet sich im Land«, meldet die KONKRET vorliegende vertrauliche Beschlußvorlage des Auswärtigen Ausschusses. Empfänger der Leistungen, die vom bundesdeutschen Verteidigungsministerium verteilt werden, ist die somalische Polizei.

Ausstattungshilfe – das Wort klingt so nichtssagend harmlos wie Justizvollzugsanstalt und Vorne-Verteidigung, aber nicht so originell wie Entsorgungspark. Früher firmierte der Etat unter Ausrüstungshilfe. »Hinter der Namensänderung steht: Diese Form der Hilfe soll schon im Wortklang nicht an die Lieferung von Rüstungsgütern erinnern«, klärt das Auswärtige Amt in einem vertraulichen Papier vom 28.1.88. Der Motorenklang von Militärlastwagen und Polizeihubschraubern erinnert aber weiterhin an Erschießungskommandos, Sondereinsatztruppen, Folterkeller. Die Liste der 30 Empfängerländer liest sich wie ein kleines »Where rules who« der Diktaturen. In den kurzen Kommentaren der Ministerialbeamten des Auswärtigen Amtes, die begründen, warum Polizei und Militär Tunesiens, Zaires, der Türkei oder Costa Ricas unterstützt werden sollen, ist viel von »Westbindung« und »Blockfreiheit« die Rede, von »Stabilität« und »geostrategischer Interessenlage«. Von Demokratie dagegen nie. Von Terrorismusbekämpfung dafür umso mehr. Und um dem Vorwurf der Einseitigkeit zu entgehen, fließt auch Geld in Länder, die nicht direkt mit dem Westen verbunden sind, beispielsweise in den Kongo: »Angesichts der zur Zeit starken politischen und militärischen Bindung der Volksrepublik Kongo an die Staaten des Warschauer Pakts bedeutet unser vergleichsweise kleines Ausstattungshilfeprogramm (2,5 Mio. DM) einen Beitrag zur Unterstützung einer grundsätzlichen Politik der Unabhängigkeit und Blockfreiheit dieses Landes.« Der Imperialismus ist flexibel, wie der Gelderfluß nach Tansania und Sambia zeigt. Sambia erhält 3,9 Millionen Mark, um der »Abkehr von der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungs-Fonds und seiner Hinwendung zu planwirtschaftlichen Strukturen« etwas entgegenzusetzen und dadurch wenigstens eine Abhängigkeit zu erhalten. Tansania, das jahrelang keine Ausstattungshilfe erhalten hat, sollen in dem gerade verabschiedeten neuen Programm drei Millionen Mark zukommen:

»Das ist Ausdruck unserer Bereitschaft, Tansania, das eine Einigung mit dem IWF erzielen konnte, auf seinem schwierigen Weg zu einer wirtschaftlichen Erneuerung tatkräftig zu unterstützen«.

Schwerpunktregion der Ausstattungshilfe ist Afrika. Dr. Robert Herzog, ehemals zuständiger Referatsleiter im Verteidigungsministerium weiß den Grund: »Ausstattungshilfe vertritt vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie durch Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten Afrikas nach besten Kräften zu verhindern sucht, daß außerafrikanische Mächte in Afrika gegen den Westen gerichtete Macht- und Einflußsphären aufbauen und so in die Lage kommen, europäische Handelsrouten im Südatlantik und im Indischen Ozean zu bedrohen«. Für weniger an den taktischen Problemen imperialistischer Staaten Interessierte hat der Ministerialbeamte auch eine humanitäre Erklärung parat: »Die Sicherheitskräfte sind in vielen Ländern Afrikas das einzig taugliche Instrument, die lebensnotwendige Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, Fürsorgemaßnahmen bei Notständen, wie Naturkatastrophen, Epidemien, Hungersnöten, Flucht und Vertreibung durchzuführen«. Der Neger als solcher braucht in allen Lebenslagen die Knute und weil die weißen Kolonialherren nicht mehr selbst für Zucht und Ordnung sorgen können, so tragen sie doch wenigstens durch ihre Polizeihilfe Sorge dafür, daß die Schwarzen die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffvorkommen durch die großen westlichen Konzerne weiterhin diszipliniert ertragen. Das Auswärtige Amt gesteht das unverschämt ein. Die 5,5 Millionen Mark, die Staatspräsident Mobutus Ein-Parteien-Diktatur in Zaire zugehen, damit er durch den weiteren Aufbau von Armee und Zivilgarde seine Herrschaft sichern kann, werden in der Beschlußvorlage so begründet: Die Lage in Zaire sei, wegen des »auf Mobutu zugeschnittenen Herrschaftssystems nach wie vor latent instabil (Existenz von Untergrundbewegungen und Exilopposition)« das Land verfüge aber »über für die Industrieländer wichtige mineralische Rohstoffe.«

Tunesien, das seit 1968 insgesamt 70 3 Millionen Mark Ausstattungshilfe erhalten hat, werden weitere 12,7 Millionen Mark unter anderem mit Verweis auf den prowestlichen Kurs der Regierung und rnit Blick auf die Grenze zu Libyen

bewilligt. Tunesien gehört zu den wenigen Staaten, die im Rahmen der Ausstattungshilfe sowohl Militärhilfe durch das Bundesministerium für Verteidigung, als auch Polizeihilfe über das Bundesministerium des Inneren (!) erhalten. Die Militärhilfe wird in den Aufbau eines Funknetzes, den Neukauf von Fahrzeugen und in den Ausbau des Militärsanitätsdienstes gesteckt, während mit den neu bewilligten Polizeihilfegeldern der Aufbau von Einsatzleitzentralen in Städten an der Grenze zu Libyen finanziert werden soll.

Die vier Millionen Mark, die der 1977 unabhängig gewordene Kleinstaat Dschibuti zum Aufbau eines Militärfernmeldewesens unter Aufsicht einer Bundeswehrberatergruppe bewilligt bekommen hat, dienen vor allem der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft: »Das Land hat aufgrund seiner bedeutsamen geostrategischen Lage eine gewichtige logistische Funktion für die französischen Übersee-Streitkräfte in der gesamten Indik-Region, einschließlich Rotes Meer und Persisch/Arabischer Golf.« Da die BRD selber keine kämpfenden Truppen außerhalb des Geltungsgebietes des Grundgesetzes unterhalten darf, sichert sie sich ihren Einfluß vorübergehend durch Unterstützung befreundeter Interventionskorps.

Aber auch vor direkter Hilfe für Kriegsparteien macht die Ausstattungshilfe nicht halt. Zwar werden keine Waffen geliefert, die unter das Kriegswaffenkontroll- oder das Außenwirtschaftsgesetz fallen würden, aber ohne Militärlazarette oder mobile Feldküchen kann auch nicht gekämpft werden. Acht Millionen Mark Ausstattungshilfe für Marokko, das sich in der Westsahara im Krieg mit der nationalen Befreiungsbewegung Polisario befindet, sieht das neue Programm für die nächsten drei Jahre vor – 53 Millionen Mark hat Marokko seit 1968 bereits kassiert. Nachdem es 1984 im Bundestag zu heftigen Protesten der Grünen wegen der Militärhilfe an den prowestlichen afrikanischen Staat gekommen ist, hat das Außenministerium jetzt den Wunsch nach Vertuschung der Affäre gleich mit in die Ausschußvorlage geschrieben: »Bei der Durchführung des Programms soll darauf geachtet werden, daß unsere Maßnahmen nicht als indirekte Unterstützung Marokkos im Westsahara-Konflikt interpretiert werden können«.

Auch bei den knapp elf Millionen Mark die in den Sudan fließen (142,5 Millionen sind seit 1961 bereits dorthin gezahlt worden), ist die Bundesrepublik um das Image einer neutralen, nur an humanitären Ideen interessierten Hilfsmacht besorgt. Unterstützt wird allerdings die im Nordsudan sitzende Zentralregierung, die seit Jahren den Südsudan politisch dominiert, wirtschaftlich ausbeutet und dessen vollständige Islamisierung betreibt. Um die Zentralregierung zu unterstützen, ist auch eine Beratergruppe der Bundeswehr im Land. Damit das Engagement nicht etwa richtig interpretiert wird, schreibt das Außenministerium: »Angesichts des fortdauernden Bürgerkrieges im Sudan findet unsere Unterstützung der sudanesischen Armee nur in Bereichen statt, die keine Auswirkungen auf die Auseinandersetzung haben«.

Neben dem Eingreifen in kriegerische Auseinandersetzungen ist der »Kampf gegen den Terrorismus« ein wesentliches Anliegen der Ausstattungshilfe. Die Gelder dafür werden ebenfalls federführend vom Auswärtigen Amt locker gemacht – aber über das Innenministerium verteilt. Den Spitzensatz in diesem Bereich und damit den höchsten Einzelbetrag im anlaufenden Ausstattungshilfe-Gesamtetat wird an das Königreich Jordanien gezahlt: 13 Millionen Mark. »Mit einer wesentlichen Verstärkung unserer Ausstattungshilfe sollen die Friedensbemühungen von König Hussein und der jordanische Kampf gegen den Terrorismus gewürdigt werden. Die Bundesregierung hat daher bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Bereitschaft ausgedrückt, Jordanien in seiner schwierigen Lage in nachhaltiger Form zu helfen... Als vordringlichen Bedarf hat die jordanische Seite die Lieferung von Hubschraubern des Typs BO 105 für die jordanische Polizei für Zwecke der Grenzüberwachung bezeichnet«. Der Bedarf wird gedeckt werden. Die auch von der Bundeswehr verwendeten Hubschrauber werden selbstverständlich »in ziviler, nicht für militärische Zwecke umrüstbarer Ausführung« geliefert und dienen dann, wer sollte da etwas dagegen haben können, als »Führungs- und Einsatzmittel insbesondere zur Bekämpfung von Waffen- und Rauschgiftschmuggel«.

Eine Sonderrolle hat der NATO-Partner Türkei im Ausstattungshilfeprogramm inne. Neuerlich sind ihr drei Millionen Mark – »mit dem eindeutigen Schwerpunkt der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität« – bewilligt worden. Gerechtfertigt werden die Zahlungen mit den »ständigen Fortschritten auf dem Weg zu einer Demokratisierung«. Ein wenig stichhaltiges Argument angesichts der Tatsache, daß die Türkei seit 1964 kontinuierlich Gelder erhalten hat. Aber nicht nur die Begründung – auch die Summe von drei Millionen täuscht über den wahren Charakter dieser Hilfe. Insgesamt sind der Türkei in den letzten 24 Jahren nämlich 1.580 Millionen Mark aus dem Einzelplan 05 gezahlt worden. 1980-83 wurde eine Rüstungssonderhilfe von 600 Millionen Mark bewilligt. Zwei zusätzliche Abkommen über Materialhilfe und ein Sonderauftrag für Transall-Maschinen haben die »Verteidigungshilfe« auf 3.701 Millionen Mark bis 1988 anschwellen lassen. Dieses Jahr steht ein weiteres Rüstungssonderhilfe-Programm an. Wert: 580 Millionen Mark – und die gelieferten Bergpanzer und Leo I Panzer werden garantiert nicht zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels eingesetzt.

Der Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes sichert der BRD einerseits politischen Einfluß vor allem in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern – andererseits stellt er auch eine Art indirekter Wirtschaftsförderung für in der BRD ansässige Konzerne dar. »Die deutsche Industrie zieht doppelten Nutzen aus dem Programm«, schreibt der »Wehrdienst-Informationsbrief für die Rüstungswirtschaft 1982«, »1. das im Rahmen der Ausrüstungshilfe zu liefernde Material wird – soweit die Bundeswehr nicht Überschußmaterial abgibt – bei Lieferanten neu bestellt. 2. Der Ausrüstungshilfe folgen der

Rüstungsexport und der zivile Export auf dem Fuße. Die Ausrüstungshilfe erweist sich damit als Türöffner für kommerzielle Anschlußgeschäfte.« In der Beschlußvorlage des Auswärtigen Ausschusses wird die Neuaufnahme Indonesiens in das Ausstattungshilfeprogramm dann auch damit begründet, daß »durch diese Zusammenarbeit deutsche Technologie in Indonesien eingeführt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden« könnte. Der zu fördernde Aufbau eines »landesweiten Fernmeldeführungsnetzes für militärische wie zivile Zwecke« soll von der Firma Siemens durchgeführt werden. In Thailand hat sich ein ähnliches Projekt bereits bezahlt gemacht: 1982 zahlte die Bundesregierung im Rahmen der Ausstattungshilfe 3 Millionen Mark für ein Pilotprojekt. Das Telekommunikationssystem der Thailändischen Streitkräfte sollte auf moderne AEG-Telefunken-Geräte umgestellt und dadurch abhörsicher gemacht werden. 1985 wurden weitere 3,5 Millionen Mark bewilligt, um das Netz auszubauen, anschließend, so das Auswärtige Amt. erwartete man »kommerzielle Anschlußgeschäfte«. Die Hoffnung trog nicht: Vor kurzem bestellte Thailand auf eigene Rechnung für mehrere hundert Millionen Mark Militärfunksysteme bei der AEG-Tochter ANT Nachrichtentechnik GmbH in Backnang bei Stuttgart. Im neuen Ausstattungshilfeprogramm wird Thailand noch einmal mit 3,5 Millionen Mark bedacht: »Die Zusammenarbeit von Fachleuten beider Verteidigungsminister ist für den Fortschritt des Gesamtprojekts wesentlich. Thailand ist zugleich wesentlicher Stützpfeiler von ASEAN, dem NATO-Pendant in Südasien«.

Während die Ausstattungshilfe vorwiegend Materiallieferungen in die Empfängerstaaten ermöglicht, dienen kleinere Etats zusätzlich der Finanzierung von Ausbildungsmaßnahmen für Militärs und Polizeioffiziere in der BRD. Bedeutung hat vor allem der 1988 auf 21 Millionen Mark veranschlagte Einzelplan 14 des Bundesverteidigungsministeriums. Aus diesem Topf wurden von 1962 bis 1988 Fortbildungskurse für 2314 Soldaten aus 72 Nationen finanziert. Der überwiegende Teil der geförderten Militärs stammte aus sogenannten Dritte-Welt-Staaten: 148 Soldaten stammten aus dem Iran – seit dem Machtwechsel ist diese Hilfe allerdings eingestellt, Marokko stellte 72 der in der BRD ausgebildeten Personen. Zur Zeit befinden sich den vertraulichen Unterlagen des Verteidigungsministeriums zufolge 301 Soldaten aus 55 Ländern zur militärischen Ausbildung in der BRD.87 von ihnen nehmen an Generalstabskursen teil, 53 absolvieren ein Studium und 47 eine Offiziersausbildung. Die meisten Geförderten stammen aus Thailand (46), Tunesien (19), Pakistan (18) – Zaire, Sudan, Togo und Mali sind mit jeweils 13 Soldaten vertreten, Süd-Korea mit 11, Dschibuti mit 10.

Auch im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt es einen Polizeihilfe-Etat. Der Einzelplan 23 wurde bekannt, als er die Polizeihilfe für Guatemala ermöglichen sollte. Auf der Haushaltsausschußsitzung am 6.11.86 wurde dann auf Antrag der Grünen beschlossen, daß neue Polizeihilfeprojekte nicht mehr durchgeführt werden dürfen. Zwei Programme laufen allerdings noch weiter: zum einen die umstrittene Polizeihilfe an Guatemala, zum anderen die Ausbildung von 10 Polizeioffizieren aus Indonesien in Drogenbekämpfungsmaßnahmen. 50 Offiziere wurden bereits ausgebildet.

Das Bundesinnenministerium hat keine vergleichbaren Legitimationsschwierigkeiten. Neben der in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium abgewickelten Ausstattungshilfe hat es im Haushaltstitel 68602 die Möglichkeit Sonderprogramme durchzuführen. Indischen und thailändischen Polizisten werden mit diesen Geldern Hospitationen bei der GSG 9 finanziert, Experten der Arabischen Liga bekommen Fortbildungsmaßnahmen für die Spurensicherung bezahlt, der niederländischen Polizei wird Nachhilfe beim Personenschutz erteilt und – ein Artikel, der mit Stammheim beginnt, soll mit der GSG-9 enden – Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erhalten bundesdeutsche Unterstützung beim Aufbau von »Anti-Terror-Spezialeinheiten«. Der ehemalige GSG-9 Kommandeur Ulrich Wegener fungiert dabei als Berater. Den Urlaub dafür hat dem Chef des Grenzschutzkommandos West sein Dienstherr Friedrich Zimmermann, gewährt.

Konkret 05/88, S. 15

Mechthild Jansen

Frauen unter Gorbatschow

Perestroika, die Umgestaltung, weckt viele Hoffnungen – eine enttäuscht sie bitter: Die Emanzipation der Frauen steht nicht auf dem neuen Programm. Im Gegenteil: Die sowjetische Frau soll noch stärker auf die Rolle als Mutter und Hüterin des heimischen Herdes fixiert werden

Michail Gorbatschow liebt es zwar, sich auf Lenin zu berufen. Bei der »Ausrottung jeglichen Herrenstandpunktes« aber verläßt ihn der revolutionäre Mut. Obwohl Lenin sich damals sicherlich noch nicht auf der Höhe heutiger feministischer Erkenntnisse befand, wußte er immerhin schon, daß über das Fleisch in der Suppe nicht in der Küche entschieden wird und daß von Frauenemanzipation erst dann die Rede sein kann, wenn die Köchin die Staatsgeschäfte selber in die Hand genommen hat. Vielleicht war es die Krupskaja, die ihm die Wahrheit nahebrachte, daß die Beteiligung an der Produktionsarbeit nur der eine Teil des Segens für Frauen sein konnte und daß der andere in der – wie auch immer gearteten – Befreiung von der Haus- und Familienarbeit liegen müsse.

Gorbatschow aber hat nicht nur wenig begriffen und die Frauenfrage gewohnheitsmäßig zur abgeleiteten, nachrangigen Variable des Reformprogramms degradiert – die Ausführungen zur Frauenpolitik bilden das trübste Kapitel seiner »Perestroika«.

Mit Raissa fing es an. Die Ehefrau des Generalsekretärs darf sich glücklich schätzen, wenigstens im Ausland *an der Seite* ihres Mannes als *existentes* Wesen überhaupt in Erscheinung treten zu dürfen und in der Heimat nur noch auf jedem dritten Foto wegretouchiert zu werden. Das heißt freilich noch lange nicht, daß sie für die sowjetische Presse auch nur in der Unterzeile einen Namen hätte – oder gar eine eigene Identität. Das russische Altherrenpatriarchat leidet nämlich unter schlechten Erfahrungen mit Frauen in der Politik. Die wenigen, die sich vorgewagt hatten – Nadeschda Krupskaja, Alexandra Kollontai, Jekaterina Furzewa – spielten ihr (stalinistisches, antifeministisches, undemokratisches) Spiel nicht mit, leisteten sich eigenen politischen Willen. Solche Störungen gilt es fernzuhalten.

Nur eine Mission billigt man(n) Raissa Gorbatschowa zu. Der hochgebildeten Philosophie-Professorin ist es erlaubt, für die Sowjetunion schön und charmant zu sein, den Mief der letzten Jahrzehnte wegzustrahlen und gemäß weiblicher Rollentradition in Konkurrenz zu treten mit der Frau des weltpolitischen Gegenspielers, Nancy Reagan. Im Westen ist das nun mal so. Frauen sind da Werbeobjekte, und der Sozialismus will endlich aufholen im internationalen Wettbewerb.

Die vorzeigbare Gattin darf ausschnuppern, was sich mit westlicher Hilfe für die Schönheit und den Charme aller sowjetischen Frauen tun läßt. Nach so langer Zeit der Unterdrückung weiblicher Triebe im Sozialismus nämlich verspricht das eine Quelle guter Geschäfte zu werden. So testet Raissa Gorbatschowa Stoffe, bewundert Ohrringe und kauft sie gleich der Gastgeberin Margret Thatcher nach, läßt sich Pierre Cardins Modenschauen vorführen, sieht, fühlt, riecht, was der Westen an Parfüms, Luxus, Dessous und Wunderbarem mehr zu bieten hat. »Die russische Frau ist jetzt bereit, luxuriöse Annehmlichkeiten zu akzeptieren«, zitiert sie der Spiegel (11.11.85). Die Frau, die nachts eine selbstgerührte Maske aus Quark, Gurkenscheiben und allerlei Kräutern auflegt, wird nun zum Vorbild und Traum aller Sowjetfrauen.

Cardins Moskauer Kaufhaus »Lux« floriert. Aenne Burdas Frauenzeitschrift »Burda Moden« (mit Schnittmustern) hat sich »nach nunmehr einjähriger Laufzeit als anhaltender Erfolg erwiesen«. Die Hefte aus dem 'joint venture' werden »uns aus der Hand gerissen«; 1987 erwirtschafteten sie brutto eine Million DM. Neben deutschen Interessenten engagiert sich insbesondere die französische Kosmetik-Industrie, und der »Stern« entblättert auf 100 Seiten, was die westdeutsche Textilindustrie sich unter Frauenwünschen im Glasnost-Zeitalter vorstellt (24.3.88).

Jetzt dürfen sich auch die zuvor eher behinderten sowjetischen Mode-Meister und Meisterinnen mit dem Segen des Vize-Ministers für Leichtindustrie so richtig entfalten. »Aus der Mode spricht der Zeitgeist«, sagt Lidia Orlowa, Chefredakteurin des »Journal Mod«. Der Star sowjetischer Haute Couture, Slawa Saizew, verrät, wer und was gemeint ist: »Jetzt hat jede russische Frau endlich das Recht, schön zu sein.« Die Frauen sind »Dreiviertel des Himmels«, sekundiert der Minister. Wer sie zu Niedrigem bestimmt hat, muß sie propagandistisch eben erstmal um so höher halten. Bemerkenswert, auf welche Rechte Männer immer noch freiwillig verzichten, als hätten sie keinen Bedarf an ästhetischer Gestaltung. Daß vor wenigen Wochen zur Gaudi der Männer im Lande Gorbatschows auch die erste Wahl dner Schönheitskönigin, der 17jährigen »Miß Wilna«, über den Laufsteg ging, ist da nur konsequent. Glasnost als Fleischbeschau? Perestroika als Plädoyer für neue Weiblichkeit?

Oh, Gorbatschow ! Neben *einer* ZK-Sekretärin, Alexandra Birjukowa, für – wer hätte es gedacht – »Arbeitsfragen der Frau sowie Schutz von Mutter und Kind und für den menschlichen Faktor« (»zupackend und mit gesundem Hausfrauenverstand«), *einer* Botschafterin, Soja Nowoshilowa, im Zentralland Schweiz, Kampagnen gegen den Alkoholismus und das Schlangestehen – was willst Du sonst den Frauen noch antun?

Zwar meint der Generalsekretär mit Fourier und Marx ganz treffend, die Stellung des weiblichen Geschlechts gebe Aufschluß über den Grad der Emanzipation einer Gesellschaft. Doch Konsequenzen aus dieser Einsicht zieht er nicht. Im Bericht an den XXVII. Parteitag 1986 findet die Frau unter dem Kapitel »Familie« immerhin Erwähnung. Sie soll dieselbe festigen. Denn um die real-sozialistische Keimzelle des Staates steht es bekanntlich nicht zum Besten. Als »paradoxes Ergebnis der Gleichstellung der Frau« verkennt der Herr, was allenfalls Produkt der Ungleichstellung der Frau auf der Basis der Herrschaft und Rückständigkeit der Männer ist. »Eine Voraussetzung für die Lösung vieler Familienprobleme besteht in der Schaffung solcher Arbeits- und Lebensbedingungen für die Frauen, die es ihnen ermöglichen, die *Mutterpflichten* mit der aktiven Teilnahme an der Berufs- und Gesellschaftstätigkeit erfolgreich zu verbinden.« Er denkt an »verkürzten Arbeitstag oder Arbeitswoche wie auch Heimarbeit, bezahlten Urlaub der Mütter...«. Flexibilisierung zwecks »Gesundung des sittlichen Potentials der Familie« auf sozialistisch?

Die berühmte Rede Gorbatschows vom Januar 1987 schmückt *ein* ganzer Satz zur Frauenfrage. Es »geht auch um eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die Leitungstätigkeit.« Wohl damit sie durchsetzen, was er dem schönen Geschlecht als Zielvorstellung auf der Weltfrauenkonferenz im Juni 1987 anzubieten hat: »Zu allen Zeiten hoben die besten Geister die friedensstiftende Rolle der Frau hervor, ihre Fähigkeit, erbitterte Herzen weicher zu machen. Kein Wunder, daß heute die Idee des Friedens gerade in den Frauen, denen es von Natur bestimmt ist, das Menschengeschlecht zu wahren, ihren UNEIGENnützigsten SELBSTLOSESTEN (Hervorhebung d. V.) Massenverteidiger findet.« Drum soll die Gesellschaft ihr »soziales Empfinden« schützen. Das hätten auch die sowjetischen Männer gerne bis in alle Ewigkeit. Die erreichte Gleichberechtigung sei nur da noch zu »vervollkommnen«, wo sie »nicht immer durch die Erleichterung ihrer (der Frau) ureigenen Funktionen – jener der Mutter, der Ehefrau, der Erzieherin – begleitet« war. Offenherzig, kurz und bündig auf 2 von 343 Seiten erläutert Gorbatschow Ende 1987 in seinem »Perestroika«-Buch, daß die Frauen »nicht mehr genügend Zeit haben, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen – dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.« Er zeigt sich aber überzeugt, daß sie diesbezüglich noch allerhand zu leisten imstande sind.

Nachdem nun Glasnost ans Tageslicht bringt, was zuvor als üble Unterstellung westlich-halbdekadent-bürgerlicher Feministinnen weit abgewiesen worden ist, muß festgestellt werden, daß Frauen auch im realen Sozialismus bei allen historischen Fortschritten immer noch und weit verbreitet geduldige Mittel der Produktion und Reproduktion unter patriarchalischer Vorherrschaft sind. Wahre Arbeitstiere und Objekte staatlicher Bevölkerungspolitik. Historisch-gesellschaftlich modifiziert auf der Basis staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln sind ihre zentralen Probleme die gleichen wie überall auf der Welt: doppelte (Erwerbsund Haus-)Arbeit zu besonders schlechten Bedingungen, Alleinzuständigkeit für Kinder und Familie, alltäglicher Sexismus und Gewalt, Ausschluß aus den Sphären der (Männer-) Macht. Ausbeutung ist es, die da immer noch stattfindet.

98 Prozent der sowjetischen Frauen sind erwerbstätig, sie stellen 50,8 Prozent aller Beschäftigten, haben das höchste Bildungsniveau und finden sich dennoch überproportional in den untersten Positionen wieder. Sie leisten bevorzugt körperliche Schwerstarbeit in unqualifizierten Tätigkeiten bei ungleichen Löhnen unter besonders schlechten Bedingungen, z. B. in Nachtarbeit, die Männer kaum kennen. Sie arbeiten dort, wo Mechanisierung und Automatisierung am weitesten zurückgeblieben sind (weshalb sie übrigens jetzt besonders wichtig sind für die Perestroika) urld weit überproportional in jenen (pädagogischen, medizinischen) Bereichen, die das geringste Sozialprestige und Lohnniveau haben. Die Frauen haben unter dem Strich erheblich niedrigere Löhne, die Männer die Kommandoposten.

Zu Hause mimen die Herren mit penetranter Arroganz die Paschas, während die Frauen ihre zweite Schicht ohne Haushaltsgeräte, in engen Wohnverhältnissen, mit endlosem Schlangestehen beim Einkaufen u.ä.m. verrichten. Das Wort Heirat hat – die Realität ehrlich widerspiegelnd – in der russischen Sprache zwei Bedeutungen. Der Mann heiratet 'auf' seine Frau, die Frau 'hinter' ihren Mann. Daß Verhütung Frauensache ist, versteht sich von selbst. Daß es statt Verhütungsmittel »Massenabtreibungen« gibt, ist nicht länger Geheimnis, auch nicht, daß die Gesundheit der Frauen dabei ruiniert wird. In der Kinder- und Säuglingssterblichkeit ist die Sowjetunion ohnehin Weltspitze. Prostitution gibt es allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz, bestraft aber werden anstelle der Männer die Frauen. Von alltäglicher Gewalt gegen Frauen muß ausgegangen werden. Die Scheidungszahlen widersprechen dem idyllischen Bild, das die Medien von weißen Hochzeiten und häuslich-mütterlichem Glück den Frauen vorgaukeln. Seit 1960 hat sich die Zahl der Scheidungen verdreifacht. In den Großstädten wird die Hälfte aller Ehen wieder geschieden, wobei in 70 Prozent der Fälle die Initiative von den Frauen ausgeht.

Weil es offensichtlich so nicht weitergehen kann, soll es jetzt Verbesserungen in der Arbeitswelt geben: Freistellungen der Mütter von der Produktion nach der Geburt ihrer Kinder (z. Zt. 70 Tage bezahlt, 6 Monate unbezahlt, Ziel: bis zu drei Jahren), mehr Aufmerksamkeit für die demographische Entwicklung (der Zukunftsforscher Bestushew Lada befürwortete schon 1984 die »Nur-Hausfrau«), mehr Haushaltsgeräte, mehr Hilfen für die Familien, mehr Frauen in leitenden Funktionen, besonders in Form von *Frauenräten.* Reichlich tückisch und widersprüchlich, was den Frauen da geboten wird. Als selbständige »gesellschaftliche Organisation« und Organe der Selbstverwaltung sollen sich die Frauenräte der Frauenförderung und dem Frauenschutz in der Arbeit, den Gesetzesinitiativen und -Kontrollen, der Prüfung von

Kindereinrichtungen, Kantinen, Gesundheitswesen und Verkehrsbetrieben widmen, sich um inhaltsreiche Freizeit und Familiengestaltung, um Frauen im Baby-Jahr und Alte kümmern, Pläne zur Verbesserung d« Lebensbedingungen erarbeiten, Grünanlagen und Kultur pflegen, und ähnliche »Restposten« sozialer, pflegerischer und dienstleistender Alltagsarbeit verrichten. Das sozialistische Heim soll im Großen und Kleinen hübsch hergerichtet werden – weniger in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung als mit Hilfe staatlicher und weiblicher Versorgung.

Daß dabei alles im Rahmen bleibt, »hängt« nur noch »davon ab, wie die Partei die Frauenbewegung leitet« (Soja Puchowa). So wird die klassische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zementiert. Von Vätern ist weiterhin keine Rede, von Haus- und Familienarbeit als Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Reproduktion auch nicht. Frauenpolitik bleibt eine Zulieferinstanz für patriarchalisch-staatlich definierte Politik.

Machen die Frauen das mit? Ihre Unzufriedenheit ist inzwischen aktenkundig und jüngst auch der Prawda zu entnehmen. Die sowjetische Frau sei »Bürger zweiter Klasse«, war da zu lesen, und »auf der Suche nach sich selbst«. Noch richtet sich der Protest in vielen Fällen gegen die Berufsarbeit. Die Frauen sind besorgt um ihre »Weiblichkeit«, äußern Sehnsucht nach der Rolle der Hüterin des trauten Heims und der Mutter. Auf der Weltfrauenkonferenz in Moskau im Juni 1987 mußte sich manche Gast-Feministin von einem großen Chor sowjetischer Frauen belehren lassen, daß eine Frau in dem Moment aufhöre, eine Frau zu sein, wo sie ihre Einfühlsamkeit und das Herzklopfen über die möglicherweise unzureichende Sorge für Mann und Kind verliere.

Unter den Frauen in Wissenschaft, Literatur und Politik gibt es jedoch eine zweite Gruppe, die die Männergesellschaft aufs Korn nimmt. Nicht raus aus dem Beruf, sondern rein bis in die Spitzenpositionen, derweil die Männer in den Genuß der Haus- und Familienarbeit kommen sollen, lauten ihre Forderungen, die bereits bis zur Leitung des »Komitees der Sowjetfrauen«, nicht unbedingt immer die Avantgarde der Frauenbewegung, gedrungen sind. Die Vorsitzende, Soja Puchowa, hat der »Nostalgie über die gute alte Zeit, als die Frauen noch 'ihren Platz kannten'«, eine Absage erteilt und vom neuen sozialen Frauentypus gesprochen, den die sozialistische Entwicklung hervorgebracht habe. Zu Recht. Die Frauenräte sind ein Instrument, das die Frauen nutzen können, ihre eigene Revolution weiterzuführen und zu vollenden. So widersprüchlich oder abwegig manche der neuen frauenpolitischen Zumutungen auch sind, die Debatte beinhaltet die Chance einer linksfeministischen Öffnung. Es liegt an den Frauen, sie zu ergreifen.

Und Gorbatschow soll uns mal verraten, wie er seine Revolution bewerkstelligen will, wenn sie schon in der Geschlechterfrage wieder halbiert wird. Meint er, er bekommt die proklamierte Selbständigkeit und Unterstützung der Frauen für Perestroika, ohne einen Preis zu zahlen?

Konkret 05/88, S. 18

Detlef Hensche

Stunde der Gaukler

Warum haben Lafontaines Thesen zum Lohnverzicht so viel Zustimmung gefunden – in der SPD und sogar bei Gewerkschaftern? Weil das politische Bewußtsein auf den Hund gekommen ist

»Anders als in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gibt es derzeit keine ökonomisch plausible, keynesianische Strategie, mit der im nationalen Rahmen die sozialdemokratischen Ziele voll verwirklicht werden können, ohne daß dadurch Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie verletzt werden...

Für die absehbare Zukunft jedenfalls hat die Sozialdemokratie nur dann eine Chance der wirtschaftspolitischen Gestaltung, wenn sie die ganze Härte der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die Grenzen ihrer binnenwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten ausdrücklich akzeptiert – aber sie verdient diese Chance auch nur, wenn sie an den Zielen des demokratischen Sozialismus auch unter Bedingungen festhält, in denen diese nur als »Sozialismus in einer Klasse« verwirklicht werden können.«
Fritz Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik

Lafontaines Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Neubewertung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit sorgten für Aufregung. Mit Recht wehrten sich die Gewerkschaften gegen die Zumutung, den Unternehmern Lohngeschenke zu machen, die für die Arbeitslosen folgenlos bleiben müssen. Doch die Auseinandersetzung allein über Sinn und Unsinn des Lohnausgleichs greift zu kurz. Es handelt sich um mehr als um einen Irrtum oder Denkfehler. Offenkundig will Lafontaine mit seinen Thesen Anstoß zu einer wirtschaftspolitischen Wende der SPD geben, die weitreichende Folgen haben kann.

Nachdem ohnehin die Ursachen von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit seit langem schamhaft verschwiegen werden, soll nun die Anpassung an die Gesetzmäßigkeit einer kapitalistischen Wirtschaft offizielles Programm werden. »Sozialismus in einer Klasse« heißt die Rückzugslinie, wobei der Begriff »Sozialismus« dieselbe demagogische Funktion hat wie das schmückende Beiwort »sozial« vor Marktwirtschaft.

Um es in Erinnerung zu rufen: Die Arbeitslosigkeit hat nichts mit den Lohnkosten oder mit dem bestehenden sozialen und arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmer zu tun. Sie ist auch keine Folge angeblicher Gewinneinbußen oder rückläufiger Eigenkapital-Ausstattung. Vielmehr gilt: Solange Arbeit angeboten wird, um aus ihr eine angemessene Rendite aufs eingesetzte Kapital zu schlagen, verläuft die wirtschaftliche Entwicklung krisenhaft, verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit. Stets entwickeln sich im Kampf um Marktanteile die Produktionskapazitäten schneller als die kaufkräftige Nachfrage. Ja, Rationalisierung, Lohndrückerei, Ausplünderung anderer Länder und was sonst noch zur betriebswirtschaftlichen Kostensenkung eingesetzt wird, schmälern zusätzlich die profitablen Absatzchancen. Wer seinen Arbeitsplatz verloren hat, kann sich kaum eine größere Wohnung oder einen Zweitwagen leisten. Die hungernden Völker Lateinamerikas oder Afrikas bieten keinen kaufkräftigen Markt für Video-Systeme oder Heimcomputer. Fazit: Eine kapitalistische Wirtschaftsordnung produziert zwangsläufig Arbeitslosigkeit. Wer dem Volk vorgaukelt, mit marktwirtschaftlichen Methoden die Arbeitslosigkeit überwinden zu wollen, ist ein Traumtänzer oder Falschmünzer.

Die in der konkreten politischen Auseinandersetzung vorgetragenen Reformforderungen, vor allem Arbeitszeitverkürzung und staatliche Beschäftigungsprogramme, sind nur vorläufiger Natur. Das schmälert nicht ihren Wert; im Sinne einer praktikablen Reformstrategie ist es schon wichtig genug, zunächst erste Schritte einzuleiten, um den ärgsten Druck der Arbeitslosigkeit zu mindern. Doch man darf Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme nicht überfrachten; von ihnen eine dauerhafte Lösung zu erwarten, wäre unehrlich.

Natürlich handelt es sich auch dabei keineswegs um Reformschritte, die von den Unternehmern friedlich-schiedlich akzeptiert werden. Selbstverständlich werden sie jede Arbeitszeitverkürzung als Einschränkung ihrer Verfügungsmacht und als Kostenfaktor bekämpfen. Und Kosten soll sie ja auch verursachen; eine Arbeitszeitverkürzung, die nichts kostet, bringt auch nichts, weder zusätzliche Arbeitsplätze noch die Sicherung der vorhandenen. Desgleichen werden die Unternehmer niemals aus freien Stücken staatlichen Beschäftigungsprogrammen zustimmen. Eine staatliche Beschäftigungsoffensive muß zwangsläufig erhebliche Mittel umleiten und sie folglich der unternehmerischen Verfügung entziehen. Deshalb ist die Träumerei von Beschäftigungspakten ebenso hilflos wie rührend. Es gibt keine gesamtwirtschaftliche Vernunft, die gleichsam über den gegensätzlichen Interessen schwebt und deren einziges Handicap es ist, daß sie den Vorständen der Deutschen Bank, der Daimler-Benz AG oder der Firma Siemens noch nicht so recht einsichtig gemacht werden konnte. Da mögen sich ganze Generationen sozialdemokratischer Hoffnungsträger abarbeiten – die Herren der Wirtschaft werden sich

keine Politik aufschwatzen lassen, die ihren Interessen, nämlich ihren Ansprüchen an Rendite und Verfügungsfreiheit, widerspricht. In dieser Lage kommt nun Lafontaines Solidaritätsangebot: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Nun, wer wäre nicht für Solidarität. Als vor mehr als hundert Jahren die ersten Gewerkschaften gegründet wurden, war es eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Mitglieder und deren Familien zu unterstützen, wenn sie durch Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Krankheit in Not geraten waren. Zu diesem Zweck legten die Mitglieder Teile ihres Lohns zusammen; der Gewerkschaftsbeitrag war damals mehr als fünfmal so hoch wie heute. Nur, die Solidaritätsopfer in Gestalt des Gewerkschaftsbeitrags unterstanden der alleinigen Verfügungsgewalt der Mitglieder und der von ihnen gewählten Vertreter. So war sichergestellt, daß sie auch unmittelbar an die Betroffenen weiterflossen.

Was aber hat es auf sich, wenn heute im Namen der Solidarität z. B. Lohnverzicht gefordert wird? Fließt er etwa an die Arbeitslosen? Nein, zunächst einmal an den Unternehmer. Und dableibt er auch. Wenn Gewinne Arbeitsplätze schaffen würden, hätten wir nach der Gewinnexplosion der letzten vier Jahre heute Vollbeschäftigung.

Dasselbe gilt für andere Opfer, etwa den Verzicht auf Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Arbeitsschutz, Tarifbindung und sonstige »beschäftigungshemmende Vorschriften«. Sie verschaffen dem Unternehmer unstreitig spürbare Vorteile und Freiheiten, ohne daß dadurch ein einziger Arbeitsloser Arbeit findet. Der Arbeiter würde ja gern seinem arbeitslosen Bruder ein Stück Arbeitszeit und Lohn, ein Stück Arbeitsschutz, ein Stück Tarifbindung und Kündigungsschutz abtreten – drängte sich nicht stets der Unternehmer in den Handel, um das Solidaritätsopfer in die eigenen Taschen fließen zu lassen. Sowenig der Arbeitnehmer »Arbeitsplatzbesitzer« ist, sowenig kann er Teile »seines« Arbeitsplatzes an Arbeitslose »abtreten«. Nicht anders verhält es sich übrigens mit dem öffentlichen Dienst. Vordergründig mag es dem Finanzminister willkommen sein, aus den Einsparungen eines Gehaltsverzichts neue Stellen zu schaffen. Doch die eigentlichen Profiteure dieser Transaktion sind die Unternehmer, die um so ungehemmter in die Kassen der öffentlichen Hände greifen. Die staatlichen Finanzklemmen rühren nicht von der Tarifpolitik der Gewerkschaften, sondern von der systematischen Ausplünderung des staatlichen Haushalts durch die andere Seite, gegenwärtig z. B. in Gestalt der Steuerreform.

Später schoben Lafontaine und andere die soziale Komponente nach. Nur die Besserverdienenden sollten auf Einkommensbestandteile verzichten. Die Variante klingt ungemein pfiffig und hat jüngst sogar einige, sonst wissenschaftlich arbeitende Referenten des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) in ihren Bann geschlagen. Was tut man nicht alles für das angekratzte Renommee eines Hoffnungsträgers! Dabei hätte auch nur kurzes Nachdenken zur Erkenntnis geführt, daß die Unternehmer diese Art von »Sozialismus in einer Klasse« niemals akzeptieren werden. Sie betreiben ja gerade das genaue Gegenteil solcher Nivellierungen: Nämlich Differenzierung und Ausgrenzung nach unten. Die Besserverdienenden sollen umgekehrt zusätzlich bedacht werden, wie die Steuerreformpläne beweisen. Wenn im Unternehmerlager von Einkommensverzicht die Rede ist, so denkt man gerade nicht an die leitenden Angestellten, Ingenieure und hochqualifizierten Facharbeiter, sondern an die Masse der niedrigbezahlten Arbeiter und Angestellten. Wer deren Lage mit Hilfe zusätzlicher Solidaritätsopfer der Spitzenverdiener verbessern will, begibt sich auf arbeitskampfträchtige Nebenkriegsschauplätze; nebenbei: Die gewerkschaftlichen Bemühungen um Angestelltenwerbung würden dadurch sicher nicht gefördert.

Was von den Vorschlägen des differenzierten Solidaritätsopfers übrigbleibt, kann nur der einfältige Versuch sein, die Unternehmer aufs Glatteis zu führen und zu testen, ob sie denn ihrem verbalen Beifall zu Lafontaines Thesen Taten folgen lassen; natürlich werden sie's nicht tun – und am übernächsten Tag ist alles vergessen. Zurück bleiben Irritation und Orientierungslosigkeit unter den Mitgliedern; die vergessen nämlich die Winkelzüge von Gewerkschaftswissenschaftlern nicht. Sozialdemokratische Modellschreiner und sonstige Pfiffikusse sollten nie aus dem Blick verlieren, daß sich gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht zu irgendwelchen Kabinettstücken eignet, sondern stets auf Glaubwürdigkeit und massenhafte Folgebereitschaft tausender Funktionäre und Mitglieder angewiesen ist.

Bis hierher kann man die Auseinandersetzung noch als Meinungsverschiedenheit über den richtigen Weg der Arbeitszeitverkürzung einordnen. Doch die Wurzeln liegen tiefer.

Es mußte schon zu denken geben, daß über Nacht zahlreiche andere prominente Sozialdemokraten der Enkelgeneration Lafontaine unterstützten. Gerhard Schröder setzte eilfertig noch eins drauf und bot sich an, gleich »weitere gewerkschaftliche Tabu-Themen anzuknacken«, wie den Ladenschluß.

Nun mag es hin und wieder Mode sein, auf kalkulierte Distanz zu den Gewerkschaften zu gehen. Wenn Flexibilität und Individualismus angesagt sind, liegen die Gewerkschaften als Sachwalter kollektiver Interessen quer zum Zeitgeist. Für viele Journalisten eröffnet sich hier sicherlich ein willkommenes Erklärungsmuster, den Konflikt auf bürokratische Unbeweglichkeit gewerkschaftlichen Besitzstandsdenkens zurückzuführen. Doch für die SPD greift diese Erklärung zu kurz.

Einen Schlüssel findet man in Lafontaines zweiter These: der Neubewertung unbezahlter Arbeit. Um Fehlurteilen vorzubeugen: Die Arbeitslosigkeit liegt nicht daran, daß unserer Gesellschaft die Arbeit ausginge. Arbeit gibts genug; was knapp wird, ist lediglich die von privatem Kapital mit Renditeaussicht angebotene Arbeit. Hält man sich dagegen auch nur

einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Bedürfnisse vor Augen, die zur Zeit nicht befriedigt werden, von der Umweltsanierung, über Städtebau und Energiesicherung bis zu Kinderkrippen und Seniorenheimen, von der Hilfe für die Dritte Welt ganz zu schweigen – so gäbe es genug Arbeit, weit mehr als in einer 35-StundenWoche zu bewerkstelligen wäre. Da an solcher Arbeit freilich kein privater Profit klebt, wird sie nicht etwa von Thyssen, der Dresdner Bank oder Bosch angeboten. Vielmehr muß sie gesellschaftlich organisiert und bezahlt werden, natürlich als Erwerbsarbeit mit beruflichen Perspektiven. Hier liegen die Aufgaben für staatliche Beschäftigungsprogramme. Um sie zu finanzieren, muß man allerdings den Verteilungskonflikt mit den Unternehmern aufnehmen, im Kampf um die Verwendung des Steueraufkommens wie um die Abschöpfung unproduktiv dahinvagabundierender Gewinne.

Genau vor dieser Mindestaufgabe staatlicher Beschäftigungspolitik weicht der Versuch der Neubewertung der Arbeit zurück. Lafontaines These lautet: »Erwerbsarbeit« sei nicht alles; wir sollen uns damit abfinden, daß viele gesellschaftlich nützliche Arbeiten, von der Kindererziehung und Krankenpflege bis zur Nachbarschaftshilfe, nicht als Erwerbsarbeit getan werde; als Dank soll den unbezahlt Arbeitenden mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine Grundsicherung im Alter zuteil werden. Betroffen sind zu 90 Prozent Frauen. Sie sollen von der schmaler werdenden Erwerbsarbeit auf Dauer ausgeschlossen bleiben, belohnt vielleicht durch großzügiger vergebene Bundesverdienstkreuze und eine Minirente im Alter.

Nicht nur daß Lafontaine damit den Minimalkonsens hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frau aufkündigt. Schlimmer noch, das ist das Programm der offiziellen Hinnahme des kapitalistisch betriebenen Raubbaus an Arbeit und Berufsperspektiven, an Chancengleichheit und gesellschaftlicher Wohlfahrt. Mit Verlaub, nichts anderes betreiben die Geißlers und Süssmuths.

Die theoretische Grundlage dieser bedingungslosen Kapitulation liefert der Direktor des Kölner Max-Planck-lnstitutes, Fritz Scharpf. Da aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung und der Macht multinationaler Konzerne die staatliche Nachfragepolitik in einem Lande nicht mehr möglich sei, gelte es, den wachsenden Verteilungsanspruch des Kapitals zu respektieren, im Interesse des Industriestandortes Bundesrepublik. Was verbleibt, ist die Herstellung von Gerechtigkeit unter den Opfern.

Das Konzept muß schon daran scheitern, daß das Kapital auch die Gleichverteilung unter den Opfern niemals dulden wird. Sie liefen den Differenzierungs- und Ausgrenzungsstrategien diametral entgegen. Wichtiger ist, daß damit Gesetzmäßigkeit und Grausamkeit der kapitalistischen Wirtschaft auf Dauer ihre sozialdemokratische Weihe erhielten. Was bisher unter der Hand aus Opportunität oder Illusion faktisch bewirkt wurde, soll morgen offizielles Programm werden.

Angesichts dieser Brisanz ist es beängstigend, daß Lafontaines Thesen auf so breite Zustimmung stoßen. Das ist nur unzureichend damit erklärt, daß es in der SPD an Kompetenz und Wirtschaftspolitikern fehlt. Den Schuh des heruntergekommenen politischen Bewußtseins müssen sich vielmehr auch andere anziehen, unter anderem die Gewerkschaften.

Wo ist das Programm, das Alternativen zur marktwirtschaftlichen Ordnung bietet? Daß die gesellschaftliche Kontrolle einschließlich der Überführung markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum im politischen Tagesgeschäft nicht von heute auf morgen erreichbar ist, muß ja nicht bedeuten, daß sie auch aus Forderungen, Prüfsteinen und Programmen verschwindet. Im Grunde überlassen wir das Feld denen, die die Wirtschaft gesundbeten oder gesundlügen. Selbst Kommunisten ziehen aus den zugegebenermaßen widrigen objektiven Umständen die Schlußfolgerung, sich in die Selbstgenügsamkeit der eigenen Gemeinde zurückzuziehen, wie jüngst Georg Fülberth in KONKRET 3/88 empfiehlt. Kurzum, das Volk weiß trotz gleichfalls eifrig betriebener Vernebelungsstrategien über die Ursachen des Waldsterbens mehr als über die Wurzeln der Arbeitslosigkeit.

Dabei ist es ja keineswegs so, als gäbe es hierzulande kein kritisches Potential. Frieden und Umwelt waren in der Lage, oppositionelle Bewegungen auszulösen, wie sie unser Land noch nicht erlebt hat. Nur stand die SPD nicht an der Spitze dieser Bewegung, sondern auf der anderen Seite der Barrikade, etwa in Sachen Nachrüstung, Kernkraft und Großtechnologie. Die Versuche, nachträglich Glaubwürdigkeit zu gewinnen, waren von mäßigem Erfolg. Auch die Gewerkschaften hatten und haben zum Teil auch heute noch Probleme, auf jenen Feldern zu klaren und überzeugenden Positionen zu gelangen. Und nun machen uns ausgerechnet noch auf dem angestammten Gebiet der Arbeitszeitverkürzung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Gaukeleien eines Oskar Lafontaine zu schaffen. Das mag auch damit zusammenhängen, daß Lafontaines Vorschläge scheinbar eine praktische Alternative aufzeigen. Die Bereitschaft zu solidarischen Opfern ist zweifellos vorhanden. Viele Jugendliche verzichten z. B. auf angemessenen Lohn, um in minderbezahlten Projekten der alternativen Szene sinnvolle Arbeit zu tun, statt arbeitslos zu bleiben. Wie kommt es, daß die Alternativen, auch die Kirchen in solchen Ansätzen zur Selbsthilfe mehr Glaubwürdigkeit ausstrahlen als mancher Gewerkschaftssekretär, wenn er die DGB-Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen herunterbetet? Wer versteht schon das Fachchinesisch, mit dem wir eine »Investitions-Offensive« fordern? Zumal es sich um Forderungen handelt, die den Vorrang marktwirtschaftlicher Gesetze und Entscheidungen im Grunde respektieren. Oder: Selbst in Rheinhausen schienen zeitweilig die Kirchen der Motor des Protestes zu sein.

Bei alledem haben es die Gewerkschaften in den letzten Jahren immer wieder vermocht, Gegenwehr zu entwickeln, beim Streik um Arbeitszeitverkürzung wie bei der Verteidigung der eigenen Handlungsfreiheit (§ 116 AFG). Diese punktuellen Erfolge, aus denen die Gewerkschaften jeweils gestärkt hervorgingen, belegen zugleich, wie wichtig klare inhaltliche Positionen und entschlossenes Eintreten sind. Sind dagegen Gedanken und Aussagen durch Inkonsequenz und das Handeln durch Halbherzigkeit geprägt, darf man sich nicht wundern, wenn die Stunde der Gaukler anbricht.

Konkret 05/88, S. 22

Franz Christoph

Ökologie: Euthanasie

Hat die ökologische Bewegung ein Klima geschaffen, das den Sozialdarwinismus aufblühen läßt? Mit einer militanten Aktion haben Behinderte den Auftritt eines Euthanasie-Propagandisten verhindert
Interview mit Franz Christoph

KONKRET: Im »Jahr der Behinderten« 1981 hast du den damaligen Bundespräsidenten mit deiner Krücke vors Schienbein geschlagen und zu ihm gesagt: »Ich bin halt für die Prügelstrafe für Gönner.« Du hast das damals in KONKRET (8/81) ausführlich begründet. Jetzt habt ihr, etwa zwanzig Rollstuhlfahrer und Fußkrüppel, beim Rehabilitationskongreß in Karlsruhe die Bühne gestürmt und den Sterbehelfer Atrott am Reden gehindert. Warum?

Christoph: Die Schauprozesse, die der Atrott veranstaltet, sind Propaganda für die Lebensunwertigkeit von Behinderten. Der Behinderte, der sich umbringen will, wird als Held dargestellt, sein Tod als die einzige Heldentat eines unwerten Lebens. Andere Behinderte werden vor die Frage gestellt, warum sie so unemanzipiert sind und nicht Atrott zur Hilfe rufen.

KONKRET: Zur Emanzipation gehört auch das Recht auf Selbsttötung. Es ist hart genug gegen Kirche und Staat erkämpft worden.

Christoph: Ich habe meine Probleme mit der freien Entscheidung von Selbstmördern. Überall gibt's gesellschaftliche Zwänge, nur wenn es um Leben und Tod geht, gibt es plötzlich keine mehr. Dabei ist jeder Selbstmord ein Stück Anklage an die Gesellschaft. Neunzig Prozent der Selbstmordversuche scheitern. Und warum? Weil sie auf das Scheitern angelegt sind. Aber die Sterbehilfe ist kein Selbstmord, sondern eine Hinrichtung. Wer sich an Atrott wendet, hat keine Chance mehr, seinen Selbstmord scheitern zu lassen. Sterbehilfe ist ein makaber verharmlosender Begriff. Da wird getötet.

Und es wird festgelegt, was lebenswert ist und was nicht. Atrott hat beispielsweise erklärt, daß die Tötung eines durch Unfall Querschnittsgelähmten legitim sei, weil dessen Lebensplanung ins Wanken gekommen sei, während er – da hab' ich Glück! – einem Klein-auf-Krüppel eher den Willen abnimmt, weiterleben zu wollen.

KONKRET: Wie erklärst du dir, daß die Bereitschaft, über Sterbe- oder vielmehr Tötungshilfe zu diskutieren, in den letzten Jahren so spürbar gewachsen ist?

Christoph: Da kommt Verschiedenes zusammen: Einmal hat die ökologische Diskussion ein »gesundes Leben« zur Bürgerpflicht gemacht. Da gibt es etwa den Vorschlag einer Öko-Steuerreform, die eine ungesunde Lebensführung finanziell bestraft sehen will. Dahinter steckt die Illusion, Krankheit und Behinderung wären besiegbar. Und was machen wir dann mit denen, die trotzdem krank und behindert sind?

Zum andern gibt es kein Katastrophenbild, in dem behindertes Leben nicht als abschreckendes Beispiel verächtlich gemacht wird. Tschernobyl war der Durchbruch: Behinderung sei schlimmer als Strahlentod. Und plötzlich wurden aus den Humangenetikern, die als gespenstische Wissenschaftler gegolten hatten, weise Gelehrte, die die Folgen von Tschernobyl lindern könnten. Es war in dieser Zeit, als ein ökologisch orientierter Vater seinen mongoloiden Säugling umgebracht hat.

Die Gefährdung von behindertem Leben ist schon so weit fortgeschritten, daß man von Euthanasie reden muß. Die vorgeburtliche flächendeckende Versorgung der Bevölkerung durch die Humangenetiker wird zur flächendeckenden Entsorgung der Bevölkerung von Behinderten. Dazu kommt die Zwangssterilisierung Behinderter, die in diesem Jahr Gesetz werden soll. Und schließlich die sogenannte Sterbehilfe, über deren Anwendung an Neugeborenen schon munter diskutiert wird: Da führt die Illustrierte »Stern« ein Interview, in dem ein holländischer Sterbehelfer sagt: »In Zukunft werden wir mehr denn je in der Lage sein, Kinder am Leben zu halten, die 700 oder 600 Gramm oder weniger wiegen. Solche Kinder sind oft sehr behindert und sie werden niemals gesund. Trotzdem halten wir sie für einige Monate oder Jahre am Leben. Wenn die Eltern immer wieder fordern, das Leben dieser Babies zu beenden, sollten wir auch die Möglichkeit dazu haben.« Und was sagt der »Stern« dazu?: »Aber wo ziehen Sie die Grenze, wer soll entscheiden, welches Leben lebenswert ist und welches nicht?« Also vor zehn Jahren wäre es unmöglich gewesen, öffentlich zu fragen, welches Leben lebensunwert ist.

Wie weit das geht, und wie selbstverständlich es mittlerweile geworden ist, sieht man an dem Super-Gau-Buch, das Rowohlt nach Tschernobyl herausgebracht hat: Da steht einfach mal so nebenbei, »daß dem deutschen Volk der erbbiologische Zusammenbruch droht«.

KONKRET: Nun muß man aber doch sehen, daß von allen im Bundestag vertretenen Parteien die ökologische die einzige ist, die den Humangenetikern und den Zwangssterilisierern Widerstand leistet.

Christoph: Der Widerstand gegen die Humangenetik wird nicht lange halten. Denn die Ökologen und die Humangenetiker haben das gleiche Lebensmodell – die einen wollen auf ökologischer Basis dasselbe Produkt Mensch erzeugen wie die

anderen im Labor. Einerseits wehren sich die Grünen mehr als die anderen Parteien, andererseits bereiten sie das Klima, in dem solche Gesetze überhaupt diskussionsfähig werden. Die Öko-Bewegung und die Grüne Partei geben in ihrer Agitation fürs gesunde Leben behindertes und krankes Leben permanent der Verachtung preis. Diese Schuld müssen sie akzeptieren und aufarbeiten. Nur wer Ja sagt zu Krankheit und Behinderung, kommt einer humanen Gesellschaft näher.

KONKRET: Sollen wir uns also mehr Krankheit und mehr Behinderte wünschen?

Christoph: Ich fände ein paar Behinderte mehr nicht schlecht.

KONKRET: Willst du allen Ernstes sagen, daß man nichts dagegen unternehmen soll, wenn durch radioaktive Strahlung die Geburt behinderter Kinder herbeigeführt wird?

Christoph: Ich bin dagegen, daß Leute geschädigt werden, aber ich bin auch dagegen, daß Behinderte zwangsnormalisiert werden. Die ökologische Bewegung vermischt den Kampf gegen Schädigungen mit der Verachtung von Geschädigten – in beispielloser Oberflächlichkeit.

KONKRET: Sie denken sich einfach nichts dabei.

Christoph: Sie wollen nicht. Sie sind ja nun oft genug dafür kritisiert worden. Unter Druck haben die Grünen 1986 beschlossen, sich einmal grundsätzlich über das Verhältnis Ökologie und Behinderung auseinanderzusetzen. Bis heute ist nichts passiert. Eine der ersten Maßnahmen des grünen Umweltministers in Hessen richtete sich gegen die Haltung von Hühnern in sogenannten Hühner-KZs. Aber daß Behinderte in einem alten KZ, heute hessische Landespsychiatrie, untergebracht werden, wo sie auf den Massenfriedhof schauen können und wissen, daß man sie fünfzig Jahre früher dort hingeschafft hätte – das war für die hessischen Grünen kein Thema.

KONKRET: Geht dein Angriff auf die Ökologie-Bewegung nicht übers Ziel hinaus? Atomkraftwerke sind vielleicht Massen-Sterbehilfe .

Christoph: Im Gegensatz zu vielen Nichtbehinderten habe ich auch Solidarität für die anderen übrig. Ich würde gerne in der Ökologie-Bewegung mitarbeiten, wenn die sich zu einem eindeutigen Ja zum Leben, und nicht nur zum gesunden Leben, entschließen würde. Aber das tut sie nicht. Sowenig wie die Frauenbewegung. Da schreibt eine frauenbewegte Wissenschaftlerin, die auch den Grünen nahesteht, über die Mütter nach Tschernobyl: »Wir müssen damit rechnen, daß unsere Kinder vielleicht nie in den Vollbesitz der unbeschränkten Lebenskräfte, dieser satten, überbrodelnden Vitalität in Körper und Geist gelangen werden, dieser Fülle und Freude des Seins, dieses Grundvertrauens in andere und in sich selbst. Wir werden statt dessen das Behindertsein, das Eingeschränktsein, das Halbsein, das Unterbrochensein der Kreisläufe, das Nachhelfen, das Helfenmüssen und das von anderen Abhängigsein für normal halten lernen müssen, was es, wie wir ganz genau wissen, nicht ist.«

KONKRET: Das hört sich ja an wie aus »Die deutsche Mutter...«.

Christoph: Das ist unglaublich, Und ich wage zu behaupten: Ohne solche klimatische Vorbereitung durch die Öko-Bewegung würden wir jetzt nicht jeden Monat einen dieser Show-Selbstmorde von Behinderten erleben.

KONKRET: Dabei spielt natürlich auch eine Rolle, daß die Öko-Bewegung auch um den letzten reaktionären Oberförster wirbt, wenn der es bloß mit der Natur hat.

Christoph: Vor dieser neuen Allianz von Mensch und Natur habe ich Angst. Wenn die Realos, die dem Zeitgeist am nächsten sind, verlangen, der neuen Allianz von Mensch und Natur hätten sich alle anderen Fragen unterzuordnen, dann lädt das zu einem modernen Sozialdarwinismus ein. Wer die menschliche Kultur der Ökologie unterordnen will, landet im Inhumanen. Allein von 1986 auf 1987 ist die Zahl der prinzipiellen Gegner der sogenannten Sterbehilfe von 30 auf 21 Prozent zurückgegangen. Das war im Jahr von Tschernobyl. Und einer der größten Spätschäden von Tschernobyl ist eben die verlorengegangene Moral der Ökologie-Bewegung.

Konkret 05/88, S. 24

Michael Wunder

Sterilisation

Die Eugeniker im Vormarsch: Die Zwangssterilisation Behinderter soll Gesetz werden

»In Bonn waren wir uns nach eingehender Aussprache völlig darüber klar, daß es ein unsinniges Ding sei, heute Menschen als durch dieses Gesetz (Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses von 1933, d. V.) zu Unrecht behandelte zu entschädigen und vielleicht morgen in die Notwendigkeit gesetzt zu sein, dieselben Menschen unter ein neues Eugenikgesetz zu stellen.«

Es war Friedrich von Bodelschwingh (Neffe), der weit über die Kirche hinaus anerkannte Leiter Bethels, der dies 1962 an die Leitung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) berichtete. Er hat Recht behalten.

Bis heute sind die Opfer der Zwangssterilisation nicht als NS-Opfer anerkannt. Noch im Januar 1988 haben sich die Koalitionsfraktionen und die SPD im Justizausschuß darauf geeinigt, das Gesetz von 1933 nicht zum NS-Unrecht zu erklären. Eine solche Erklärung hätte den Zwangssterilisierten nicht nur die politische Anerkennung gebracht, sondern auch Rentenansprüche. Laut Stoltenberg in Höhe von einer Milliarde Mark. Es wäre aber voreilig, wollte man nur diese Summe als Grund für die erneute Brüskierung der Opfer ansehen.

Zeitgleich legte nämlich der Bundesjustizminister einen Gesetzentwurf zur Reform des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts vor, mit dem auch die Sterilisation behinderter Menschen ohne deren persönliche Einwilligung ermöglicht werden soll. So konnte tatsächlich nicht der eine Bundestagsausschuß die Zwangssterilisierten endlich als NS-Opfer anerkennen, während ein anderer gerade die Voraussetzungen für neue Zwangssterilisationen schafft.

Was ist eine Zwangssterilisation?

Die Autoren des Gesetzentwurfs lehnen »Zwangssterilisationen« selbstverständlich ab. Juristisch feinsinnig erklären sie, eine Zwangssterilisation läge nur vor, wenn *gegen* den erkennbaren, geäußerten Willen sterilisiert würde, nicht jedoch, wenn dies *ohne* den Willen der betroffenen Person geschehe. Was aber juristisch glatt formulierbar ist, muß noch lange nicht mit der Praxis übereinstimmen, schon gar nicht mit der Lebenspraxis geistig behinderter Menschen.

Denn viele Menschen mit geistiger Behinderung erscheinen entscheidungslabil, weil es für sie schwierig ist, sich die Folgen von etwas vorzustellen, was erst in Zukunft geschehen wird und jetzt nur mit Worten zu beschreiben ist. Sie können auf den Gutachter oder den Richter durchaus den Eindruck der Willenlosigkeit machen und trotzdem eine gefühlsmäßige Abwehr haben, die Einlieferung ins Krankenhaus angstvoll, den Eingriff degradierend und sie in ihren Rechten beschneidend erleben. Der Gesetzentwurf betreibt hier Schönfärberei mit Worten und zieht eine Trennlinie hoch, wo keine ist. Eine Zwangssterilisation liegt auch vor, wenn sie im Zustand juristisch gesehener Willenlosigkeit erfolgt.

Im übrigen: Auch eine herbeigeredete Zustimmung zur Sterilisation schützt nicht vor Zwang Viele geistig behinderte Frauen, die zu ihrer Sterilisation überredet wurden, haben den Eingriff als Zwang erlebt, kämpfen jahrelang mit den psychischen Folgen und fallen nach ihrer Wiederbemündigung nur allzu leicht skrupellosen Gynäkologen in die Hände, die sie refertilisieren wollen.

Wer ist »einwilligungsunfähig«?

Das Nadelöhr des neuen Sterilisationsgesetzes ist die »Einwilligungsunfähigkeit«. Nur wo sie vorliegt, soll es dem »Betreuer«, wie in Zukunft der Vormund oder Pfleger heißen soll, möglich sein, ersatzweise seine Einwilligung zu geben. Gefragt sind da wieder mal die Ärzte, denn diese sollen die »Einwilligungsunfähigkeit« gutachterlich feststellen. Da niemand so recht weiß, was das ist, sind willkürlichen Interpretationen Tür und Tor geöffnet. Geht es um Mängel der Urteilsfähigkeit bezüglich der Eingriffsfolgen? Oder vielleicht um die fehlende Einsicht, wem geborene Kinder zur Last fallen würden? Wem selbst die Einsicht fehlt, daß er begutachtet werden muß, kann auch zwangswdse vorgeführt werden. Wie eh und je. Hier endet denn auch die juristisch so wohlfeile Liberalität des Entwurfs.

Sterilisation als Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen

Der Kernpunkt der vorgeschlagenen Regelung ist, daß mit einer Sterilisation Notlagen verhindert werden sollen, die sonst zu einem straffreien Schwangerschaftsabbruch nach Paragraph 218a Strafgesetzbuch führen könnten. Diese vorbeugende Notlagenvermeidung wirft nicht nur mehr Fragen auf als sie löst, sie stellt die Argumentationslogik des 218 geradezu auf den Kopf. Die Anerkennung einer Notlage nach Paragraph 218 a ist immer nur dann möglich, wenn es tatsächlich zu einer

Schwangerschaft gekommen ist. Für einen prophylaktischen Eingriff, der alle zukünftigen Schwangerschaften verhindern soll, müßte aber von einer lebenslangen Notlage einer Frau ausgegangen werden. Könnte dies für streng medizinische Indikationen noch so eben hinkommen, wird es bei der sozialen Indikation völlig haltlos. Der Gutachter müßte jede Lern- und Förderungsfähigkeit der Frau ausschließen. Es wird solche Gutachter geben, vor allem weil solche Förderung immer teuer ist.

Das Anerkennungsverfahren nach 218a wird trotz aller Degradierung und drohender Ausredungsgespräche immer noch in der Regel von der Betroffenen selbst in Gang gesetzt. Die betroffene Frau entscheidet auch, ob es bei Anerkennung einer Notlage tatsächlich zum Abbruch kommt. Im Sterilisationsfall würden dies alles jedoch Dritte machen. »Im wohl verstandenen Interesse...«, wie es so schön heißt. Was sich heute bereits im Bereich der ersatzweisen Einwilligung zum Schwangerschaftsabbruch (bei entmündigten Frauen) abspielt, wird bei einer Ausweitung auf die Sterilisation in großem Maßstab stattfinden.

Aus der individuellen Unzumutbarkeit für die einzelne Frau, ein behindertes Kind zu bekommen, wird die eugenische Unzumutbarkeit für die Gesellschaft, für ein behindertes Kind aufzukommen. Und im Fall der »sozialen Indikation« rechnen selbst die liberalen Autoren des Gesetzentwurfs damit, daß hierunter alle behinderten Frauen fallen, die ihr Kind nicht ohne weitere Hilfe aufziehen können. Die »Unzumutbarkeit« für die Gesellschaft, solchen behinderten Müttern jede erdenkliche Erziehungshilfe zu geben, lugt hier aus jeder Zeile.

Ein Gesetz gegen Frauen

Bezüglich der Männer kommen die Entwurfsautoren in einen unübersehbaren Argumentationsnotstand. Wie soll nämlich die zukünftige Notlage einer Schwangeren eingeschätzt werden, wenn es um die Sterilisation eines Mannes geht? Logischerweise können die Indikationen des Paragraphen 218a nur festgestellt werden, wenn ein behinderter Mann ein festes Verhältnis mit einer behinderten Frau hat. Ein behinderter Mann mit wechselnden oder dem Gutachter nicht bekannten Partnerinnen kann demnach nicht sterilisiert werden. Den Gutachtern und Richtern wird es darüber hinaus auch zu aufwendig und anstrengend sein, in diesen Fällen die Partnerinnen ausfindig zu machen, so daß dieses Gesetz fast ausschließlich die geistig behinderten Frauen treffen wird.

Legitimation durch Verfahren

Der Gesetzentwurf macht bestechende Verfahrensvorschläge. Die Betroffenen sollen ein Widerspruchsrecht haben. Ihnen wird ein Verfahrenspfleger zugeordnet. Die Einwilligung des Betreuers reicht nicht, eine Sterilisation durchführen zu lassen. Das Vormundschaftsgericht muß diese noch einmal bestätigen.

Das alles kann jedoch nicht beruhigen. Die Idee, Sterilisationseingriffe durch mehrere Verfahrensgänge zu legitimieren, ist alt. Das Gesetz von 1933 kannte auch diverse Verfahrensrechte. Sie konnten damals und sie werden heute die Menschen nicht vor zwangsweisen Eingriffen in ihre persönliche Integrität bewahren.

Die Schatten der Vergangenheit

Die Sterilisation der zunächst eng umgrenzten Gruppe der Behinderten war auch in der NS-Zeit die Eintrittspforte für immer weiterreichende Eingriffe in das Lebensrecht unliebsamer, als lästig oder unproduktiv empfundener Menschen. Die damals übliche klinische Diagnose »Schwachsinn« mußte sich aus ihrer inneren Logik heraus in eine soziale Diagnose verwandeln, mit der die Gutachter immer mehr Menschen in das Gesetz hineinzogen. Wer garantiert heute, daß nicht morgen unter »einwilligungsunfähig« Menschen fallen, die nicht einsehen wollen, daß ihr möglicherweise HlV-positives oder durch Umweltgifte geschädigtes Kind besser nicht geboren würde?

Im übrigen darf nicht verkannt werden, daß zeitgleich mit der Ausarbeitung des neuen Sterilisationsgesetzes eine Debatte über die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe eingesetzt hat, die die Planungen der Bevölkerungspolitiker gewissermaßen komplettiert: Während die Sterilisationsinitiative auf die Verfügbarkeit des Lebens an seinem Anfang zielt, kreist die Sterbehilfedebatte um dessen Ende. Auch bei ihr aber steht die Frage nach der 'Erkennbarkeit des Willens' (vermeintlich Lebensmüder) im Mittelpunkt, werden unterschiedlichste Mutmaßungen über diesen 'Willen' und die Indikation gehandelt, was noch »Lebensqualität« sei und was ein »zumutbares Leben«. Auch hier geht »individuelles Verlangen« schrittweise über in »gesellschaftliches Verlangen«, individuelle Unzumutbarkeit in gesellschaftliche Unzumutbarkeit.

Käme das Sterilisationsgesetz durch, wäre dies eine Weichenstellung auch für die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Behindertengruppen, Frauengruppen, Zwangssterilisierten aus der NS-Zeit, Kirchen usw. muß dafür sorgen, daß der Sterilisationsteil aus der Neuformulierung des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts wieder gestrichen wird. Das drohende neue Sterilisationsgesetz kann aber sicher nur verhindert werden, wenn es gelingt, die wenigen Wohngruppen und Wohnformen, in denen geistig behinderte Menschen mit ihren Kindern

auch schon heute zusammen leben, zu stärken und mehr davon zu schaffen.

Den »Appell gegen ein neues Sterilisationsgesetz in der BRD« kann man zwecks Unterschrift anfordern bei »die randschau«, Pohlstr. 13, 5000 Köln 60

Kasten >Paragraph 1905< auf Seite >24<

(1) In eine Sterilisation des Betreuten, in die dieser nicht einwilligen kann, kann der Betreuer nur einwilligen, wenn

1. Die Sterilisation dem Willen des Betreuten nicht widerspricht,

2. der Betreute auf Dauer einwilligungsunfähig bleiben wird,

3. anzunehmen ist, daß es ohne die Sterilisation zu einer Schwangerschaft kommen würde,

4. anzunehmen ist, daß ein Abbruch dieser Schwangerschaft gemäß § 218 a Abs. 1 Abs. 2 Nr. 1, 3 des Strafgesetzbuchs nicht strafbar wäre und

5. die Schwangerschaft nicht durch andere zumutbare Mittel verhindert werden kann.

(2) Die Einwilligung bedarf der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Die Sterilisation darf erst zwei Wochen nach Wirksamkeit der Genehmigung durchgeführt werden.

Konkret 05/88, S. 26

Jürgen Reents

Zwei von dreißig

Militär und Gewalt zur Terrorisierung der Palästinenser – Militär und Gewalt zur Belebung der Geschäfte: Israel handelt vorzugsweise mit den Diktaturen dieser Welt

Ein Aprilabend im Jahr 1976: »Ich saß in meinem Appartement in Haifa und schaute mir die Abendnachrichten des israelischen Fernsehens an. Es war nichts besonders Aufregendes passiert an diesem Tag, und so führte man den Zuschauern eine Reihe von Kurzberichten über ziemlich alltägliche Geschehnisse aus nah und fern vor. An die meisten dieser bebilderten Meldungen kann ich mich nicht mehr erinnern, aber eine fesselte sogleich meine Aufmerksamkeit und wurde für mich persönlich zu einem entscheidenden Erlebnis. Zu sehen war in diesem Bericht Balthasar Johannes (John) Vorster, Premierminister der Republik Südafrika, der an diesem Tag zu einem offiziellen Staatsbesuch in Israel eingetroffen war. Was das israelische Fernsehen seinen Zuschauern an diesem Abend vorsetzte, waren Bilder vom Besuch des Herrn Vorster in Yad Vashem, der Gedenkstätte für den Holocaust in Jerusalem.«

Weil das israelische Außenministerium die »Taktlosigkeit besaß, einen aktenkundigen Nazi-Kollaborateur zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus zu führen«, machte sich Benjamin Beit-Hallahmi, Psychologieprofessor an der Universität Haifa, daran, die israelische Außenpolitik kreuz und quer über die gesamte Weltkarte zu untersuchen. Das Ergebnis seiner zehnjährigen Forschungsarbeit, die jetzt auch in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde, hielt er im Buchtitel fest: »Schmutzige Allianzen«.

Wer mal einen Blick in die Jahrbücher des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI geworfen hat, wußte bereits dies: Israel, in den Statistiken als Staat der »Dritten Welt« geführt, ist unter diesen zum größten Großwaffenproduzenten und Rüstungslieferanten heraufgewachsen. Es gibt rund 30 Prozent seines Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke aus (ein Vergleich: USA 7 Prozent). Der Umfang israelischer Rüstungsexporte wird von den in den USA erscheinenden »MERIP Middle East Reports« auf eine bis zwei Milliarden Dollar jährlich geschätzt – offizielle Angaben, die einigermaßen zutreffend sind, gibt es von der israelischen Regierung ebensowenig wie von der Bundesregierung hierzulande.

Israelische Außenpolitik, außerhalb der arabischen Welt, das ist im wesentlichen Handel mit Waffen und GeheimdienstKnow-how, Hilfe bei militärischer Ausbildung und Aufstandsbekämpfung. Und die Staaten, mit denen Israel beste Beziehungen pflegt, sind zuvorderst die Diktaturen dieser Welt:

Südkorea und *Thailand* werden mit der Uzi-Maschinenpistole und dem Galil-Gewehr ausgerüstet, den Exportschlagern israelischer Waffenproduktion (die Uzi ist mit ca. einer dreiviertel Million Exemplaren die am meisten verkaufte MP auf der Welt). *Taiwan* erhielt aus Israel u.a. das Know-how für die Produktion chemischer Waffen. Für das Mobuto-Regime in *Zaire* bildete Israel Elite-Einheiten aus und lieferte Uzis, Galil-Gewehre und sowjetische AK-17-Gewehre, die in diversen Nahost-Kriegen erbeutet wurden. In *Liberia* und in *Kenia* sind israelische Spezialisten und der israelische Geheimdienst Mossad für die »innere Sicherheit« tätig. Für das 1980 abgelöste Siedler-Regime im früheren *Rhodesien* bauten israelische Techniker einen 800 km langen Minengürtel an der Grenze zu Mosambik und Sambia; die rhodesische Polizei wurde mit der in Lizenz nachgebauten Uzi ausgerüstet, das Militär mit ausgemusterten US-Kampfhubschraubern, die Israel via Südafrika an Ian Smith leitete. In den *Tchad, zu* den Truppen von Hissen Habré, schickte Israel Militärberater. Bokassa, als er noch Präsident und dann selbstgekrönter Kaiser von *Zentralafrika* war, erhielt ebenfalls israelische Waffen.

In *Angola* lieferte Israel in den 70er Jahren, nachdem das portugiesische Kolonialregime abgedankt hatte, zunächst Waffen an die FNLA des CIA-Zöglings Holden Roberto, dann an die gegen die MPLA kämpfende und von Südafrika unterstützte UNITA. In *Mosambik* rüstet Israel, z. T. in Kooperation mit Saudi-Arabien, die von Südafrika dirigierte Killertruppe der MNR (ReNaMo) mit sowjetischen Beutewaffen aus.

Mittel zur Aufstandsbekämpfung lieferte Israel an *Indonesien* für dessen 1975 begonnenen Krieg gegen Ost-Timor, an das *philippinische* Marcos-Regime, an die Jayawardene-Regierung in *Sri Lanka* zur Niederhaltung der Tamilen, an die *äthiopische* Regierung für ihren Krieg in Eritrea, an die Duvalier-Diktatur in *Haiti,* Anfang der 60er Jahre an die französische Geheimarmee OAS gegen den algerischen Befreiungskampf, und heute noch an das *marokkanische* Königreich für dessen Westsahara-Krieg gegen die Frente Polisario. König Hassan konnte bereits in den 60er Jahren mit israelischer Unterstützung einen Polizei- und Sicherheitsapparat etablieren, der seine Wirksamkeit gegenüber der innenpolitischen Opposition schon zu Zeiten des Generals Oufkir und der Ermordung Ben Barkas unter Beweis gestellt hat.

Tätige Hilfe beim Aufbau von Geheimpolizeien und Geheimdiensten hat Israel auch dem seinerzeitigen Schah-Regime im *Iran,* der *Türkei, Äthiopien, Zaire, Chile, Guatemala, El Salvador* und *Honduras* geleistet. Über die israelischen High-Tech-Lieferungen an Guatemala, in dem bis zum Januar 1986 eines der brutalsten Regimes in Mittelamerika an der Macht

war, schreibt Benjamin Beit-Hallahmi: »Es kursieren (...) Berichte über die Existenz eines (. . .) von Israelis aufgebauten computerisierten Überwachungssystems, das in der Lage sein soll, 'verdächtige Aktivitäten' aufzuspüren, indem es feststellt, in welchen Haushalten nachts ungewöhnlich viel Strom verbraucht wird. Solche Techniken sind von den Israelis für die 'Verwaltung' der besetzten Gebiete entwickelt worden.«

Mittel- und Südamerika sind ohnehin die bevorzugten Adressaten israelischer Außenpolitik. Als US-Präsident Carter 1977 bekanntgab, daß seine Regierung nunmehr Menschenrechtspolitik betreiben und deswegen die Wirtschafts- und Militärhilfe an etliche lateinamerikanische Diktaturen einstellen wolle (was Reagan dann 1981 widerrief), hielt Israel allen davon betroffenen Regimes eine unverbrüchliche Treue. Die israelische Regierung fühlte sich ihnen engstens verbunden, wie der damalige stellvertretende Premierminister Mordechai Zippori 1978 während eines Besuchs bei Pinochet bekannte: »Wenn ich mir mein Urteil über die Lage in Chile nur aufgrund von Fernsehbildern und Rundfunknachrichten bilden müßte, würde ich nicht nach Chile kommen, weil ich denken würde, hier gäbe es Tag für Tag Schießereien und Straßenschlachten. Dasselbe widerfährt dem israelischen Staat: Durch die Brille der Kommunikationsmedien gesehen, kämpfen die palästinensischen Terroristen im Dienst einer gerechten Sache und werden dafür von Israel verfolgt. Allein, weder das von Chile noch das von Israel gezeichnete Bild ist zutreffend.«

So wurde Israel nach 1977 nahezu alleiniger Waffenlieferant für *Guatemala;* vereinbarte 1982 ein Militärabkommen mit *Honduras;* lieferte den wechselnden Militärdiktaturen 1976 bis 1983 in *Argentinien* unter anderem Shafrir- und Gabriel-Raketen; half dem Pinochet-Regime in *Chile* mit Helmen, Wasserwerfern, Munition und Leichtwaffen bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land und lieferte technische Ausrüstung und technisches Wissen für die Produktion von Splitterbomben; rüstete die Leibwache des Generals Stroessner in *Paraguay* aus; erkannte zusammen mit lediglich acht anderen Staaten 1980 das Putschisten-Regime von Luis Garcia Meza in *Bolivien* an und kooperierte bei der dorthin gehenden Militärhilfe mit Südafrika- bestritt 80% der Rüstungsimporte von *El Salvador* (unter den Lieferungen sollen auch Napalm-Bomben gewesen sein, die nach Aussagen des salvadorianischen Luftwaffenobersten Rafael Bustillo Ende der 70er Jahre gegen die Guerilla eingesetzt wurden); und lieferte dem Somoza-Regime in *Nicaragua* unter anderem die Avara-Transportflugzeuge, die im Juni 1979 zum Abwurf von Bomben auf die Elendsquartiere in Managua eingesetzt wurden. Was Nicaragua betrifft, so sind die Empfänger israelischer Artilleriegeschütze, Minen, Handgranaten usw. jetzt nicht mehr Regierungsstellen, sondern die Contras.

Daß umgekehrt lateinamerikanische Diktaturen mit Israel noch lieber als mit den USA zusammenarbeiten, erklärt ein namhafter guatemaltekischer Politiker so: »Die Israelis lassen nicht zu, daß Menschenrechte die Geschäfte verderben.«

Nur mit dem Rassisten-Regime in *Südafrika* unterhält Israel intensivere Beziehungen als mit den lateinamerikanischen Diktaturen. Die Haltung, die die israelische Regierung zum Apartheid-Staat einnimmt, läßt sich am besten durch Äußerungen ihrer Repräsentanten charakterisieren:

Itzhak Rabin, ehemaliger Premierminister, heute Verteidigungsminister Israels, 1976: »Gemeinsam ist unseren Ländern das Problem, daß wir, jeder in seinem Teil der Welt, unter den Bedingungen einer von außen gesteuerten Instabilität und Skrupellosigkeit die Initiative zum Dialog, zur Koexistenz und zur Stabilität ergreifen müssen.«

Itzhak Unna, israelischer Botschafter in Südafrika, 1979: »Man muß sehen, daß Südafrika besondere Werte für die freie Welt verkörpert – die von den Arabern heute bereits erpreßt und als Geisel gehalten wird, wenn wir an Erdöl und Energie denken... Es wäre eine Katastrophe, wenn Südafrika als konstruktives und aktives Mitglied der Gemeinschaften der freien Völker verlorenginge.«

Gideon Patt, israelischer Industrie- und Handelsminister, 1982: »Israel und Südafrika sind zwei der dreißig demokratisch regierten Länder auf der Erde.«

General Rafael Eitan schließlich, ehemaliger Stabschef der israelischen Streitkräfte und heute einer der Sprecher der israelischen Rechten, bezeichnete die südafrikanische Politik in und gegenüber Bantustan 1983 als ein »mögliches Vorbild für die Lösung des Palästinenser-Problems in Israel«.

An Südafrika liefert Israel nahezu alles, was die eigene Rüstungsindustrie hergibt: Es ist dreimal so viel wie an Argentinien, das auf Platz 2 der israelischen Kundenliste steht. Etliches südafrikanische Kriegsgerät ist zudem ein Lizenznachbau israelischer Originale: unter anderem das R-1-Gewehr (alias Galil), die Scorpion-Schiffsrakete (alias Gabriel) und der Cheetah-Düsenjäger (eine Kopie des israelischen Kfir-2, der wiederum nach Blaupausen der französischen Mirage-5 konstruiert wurde, die der Mossad 1969 in seinen Besitz brachte).

Ähnlich wie zuvor in Rhodesien wirkten israelische Techniker an der Errichtung eines Sicherungssystems entlang der südafrikanischen Grenzen mit. Bei der Vorbereitung der südafrikanischen Luftangriffe Mitte Mai 1986 auf die Hauptstädte von Zimbabwe, Sambia und Botswana, und beim südafrikanischen Flottenangriff zwei Wochen später auf den Hafen Namibe im südlichen Angola sollen israelische Berater ebenfalls zur Seite gestanden haben. Israelische Erfahrung scheint das Rassisten-Regime auch auf einem anderen Sektor iu schätzen: Seit Anfang der 80er Jahre trafen bei im Exil lebenden

Führern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Paket- und Briefbomben ein, wie sie der Mossad in den 70er Jahren an PLO-Repräsentanten abgeschickt hatte.

Das bestgehütete Kapitel israelisch-südafrikanischer Zusammenarbeit aber trägt die Überschrift 'Atomtechnik'. Seine atomtechnischen Lehr- und Wanderjahre hat Israel unter Anleitung der französischen Regierung absolviert, die in den Jahren 1957 bis 1960 beim Bau des Reaktorkomplexes Dimona im Nuklearen Forschungszentrum Negev (NRCN/KAMAG) half. Unmittelbar danach, 1961, begann Südafrika mit der Errichtung seines Atomforschungszentrums in Pelindaba. Südafrika mit seinen reichhaltigen Uran-Vorkommen war von vornherein für fast alle Atom-Staaten von größtem Interesse. Bei dem besonderen Verhältnis, das Tel Aviv und Pretoria seit den späten 50er Jahren untereinander pflegten, gewann die Atom-Kooperation immer größere Bedeutung. Beide Staaten gehören zu den Ländern, die sich geweigert haben, den Atomwaffensperrvertrag von 1968 zu unterzeichnen was auch bedeutet, daß ihre nuklearen Anlagen von der internationalen Atomenergie-Behörde nicht inspiziert werden dürfen.

Daß Israel (und Südafrika) bereits im Besitz der Atomwaffe seien, wurde mehrfach behauptet. Nicht nur von Mordechai Vanunu, der wegen seiner Tätigkeit im Dimona-Komplex einer derjenigen ist, dem man ein tatsächliches Wissen zutrauen kann. Seine Entführung durch den Mossad, die Art des anschließenden Militärprozesses gegen ihn und seine jetzige Verurteilung zu 18 Jahren Gefängnis deuten an, wie sehr die israelische Regierung daran interessiert ist, den Entwicklungsstand ihrer Atomtechnik geheim zu halten. Schon 1980 aber wurde von der US-Fernsehgesellschaft CBS berichtet, daß im September 1979 ein erster israelisch-südafrikanischer Atomwaffentest auf offener See unweit der Südspitze Südafrikas stattgefunden habe. Dabei soll es sich um den Test einer Atom-Granate gehandelt haben, die eine verhältnismäßig »kleine« Sprengkraft von zwei Kilotonnen besitzt und aus einer Haubitze oder einer Schiffskanone abgefeuert werden kann. Tatsächlich würde angesichts ihrer geographischen Lage sowohl für Südafrika als auch für Israel lediglich eine »kleine« Atomwaffe zwecks Abschreckung der Nachbarstaaten von Interesse sein. Zur Enteignung und Entrechtung der einheimischen palästinensischen bzw. schwarzen Bevölkerung – dem Hauptanliegen beider Staaten – wäre sie untauglich.

Benjamim Beit-Hallahmi: Schmutzige Allianzen – Die geheimen Geschäfte Israels, Kindler-Verlag, München 1988, 322 Seiten, 29.80 DM

Konkret 05/88, S. 28

Kurt Hübner

Beast and Beauty

Die meisten halten den Internationalen Währungsfond und die Weltbank für eher karitative Einrichtungen, die den armen Ländern helfen sollen. Viele ahnen zwar, daß das nicht stimmt, wissen aber auch nichts Genaues. Im September tagen die beiden »Wohltäter« in Westberlin. Höchste Zeit also, ihre Geschichte, aktuelle Politik und Funktion in der Weltwirtschaft zu durchleuchten

Der umgangssprachliche Wortschatz in der Bundesrepublik wurde in jüngster Zeit durch zwei Kürzel bereichert, die bislang eher zwischen den Deckeln trockener Fachbücher ihr Dasein fristeten und höchstens ab und an auf den gerne gemiedenen Wirschaftsseiten einiger Tageszeitungen auftauchten. Die Rede ist von »IWF« und »Weltbank« – dem »Internationalen Währungsfonds« und der »Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung« also. Was bis vor kurzem noch die »Pershings«, »Cruise Missiles«, »Lance« – und andere Raketen waren, scheinen heuer »Kredite«, »Schuldendienstquotienten«, »Konditionalitäten« und »Schuldenkrise« zu werden. In der Republik regt sich etwas – nach den nationalistischen Betroffenheitsemotionen von Teilen der Friedensbewegung richtet sich der Blick der Bewegungen wieder einmal ins internationale Feld. Für diese Perspektivenverschiebung verantwortlich zeichnet die Ankündigung der Herbsttagung von IWF und Weltbank für den September 1988 in Berlin (West).

IWF und Weltbank verdanken ihren – schlechten – Ruf einem Strukturproblem der kapitalistischen Weltwirtschaft, das als internationale Schuldenkrise spätestens seit der sog. »Mexiko-Krise« von 1982, als das Land schlichtweg bankrott war und die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit das kapitalistische Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs brachte, weithin Beachtung gefunden hat. Zu Beginn des Jahres 1988 sind die Länder der Dritten Welt und des realen Sozialismus mit etwa 1.200.000.000.000 US-Dollar verschuldet. Gläubiger dieses gewaltigen Kreditberges sind das transnationale Bankensystem, supranationale Institutionen wie der IWF und die Weltbank sowie die Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder. Nur etwa ein Drittel der gesamten Schulden fallen dabei gegenüber den supranationalen Institutionen und den Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder ann Der (über-) große Rest sind Schulden gegenüber dem privaten Bankensystem . Das genau macht die Verschuldung der Länder der Dritten Welt und des realen Sozialismus zu einem Schlüsselproblem der weltwirtschaftlichen Reproduktion. Diese quantitativen Dimensionen der internationalen Schuldenkrise verdeutlichen unmittelbar, daß die herausragende Rolle von IWF und Weltbank nicht in ihrer Funktion als Kreditgeber begründet sein kann. Das von den verschuldeten Ländern benötigte Finanzvolumen könnten selbst gutwillige IWF und Weltbank nicht mobilisieren. Ihre Rolle liegt eher in der politischen Sphäre der kapitalistischen Weltwirtschaft begründet.

Seit den Vereinbarungen im US amerikanischen Bretton Woods von 1944 haben IWF und Weltbank wechselvolle Karrieren hinter sich. Betrachtet man die Entstehungsgeschichte beider Institutionen, dann empfiehlt es sich, IWF und Weltbank nicht in einem Atemzug zu erwähnen – auch wenn nur Mitglied der Weltbank werden kann, wer auch Mitglied des IWF ist. Beide Institutionen wurden zu völlig unterschiedlichen Zwecken gegründet und unterscheiden sich in ihren jeweiligen Politiken gegenüber den verschuldeten Ländern auch heute noch. Bei ihrer Gründung waren sie in ein umfassenderes Projekt einer Nachkriegs-Weltwirtschaftsordnung eingebettet, das als multilaterales Freiheitshandelssystem beschrieben werden kann. In langwierigen und kontroversen Auseinandersetzungen zwischen dem US-amerikanischen Verhandlungsführer Harry Dexter White und dem britischen Delegationsleiter John Maynard Keynes wurden der institutionelle Rahmen und die Spielregeln für eine kapitalistische Weltwirtschaft festgelegt, die dazu beitragen sollten, die nach Beendigung des Krieges zu erwartende Rezession rasch zu überwinden und der desintegrierten Weltwirtschaft neues Leben einzuhauchen. Daß von den 44 nationalen Delegationen (darunter auch eine sowjetische), die an der »United Nations Monetary and Financial Conference« teilnahmen, ausgerechnet die US-amerikanischen und die britischen Delegationen die Tagesordnung bestimmten, verdankt sich weder einem Zufall noch etwa dem bloßen Charisma der beiden Delegationsleiter. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war unübersehbar, daß die USA als stärkste kapitalistische Macht aus dem Krieg hervorgehen würden und sich anschickten, die alte Hegemonialmacht Großbritannien endgültig abzulösen. Diese Wachablösung in der Hierarchiestruktur der kapitalistischen Wirtschaft wurde in Bretton Woods, gegen den hilflosen Widerstand Großbritanniens, festgeschrieben.

Das dort vereinbarte internationale Handels- und Währungssystem sah neben dem Abbau von Zöllen vor allem die Etablierung eines Systems fixer Wechselkurse vor, in dessen Zentrum der US-Dollar als Leitwährung stehen sollte. Der Wert des US-Dollar wurde in einem fixen Verhältnis zu Gold festgelegt (1 Feinunze Gold entsprach 35 US-Dollar); die anderen Währungen wurden in einer fixen Relation zum Dollar definiert. Als ökonomisch-psychologische Absicherung der Schlüsselstellung des Dollar wurde weiterhin vereinbart, daß bei nationalen Notenbanken angehäufte Dollarüberschüsse jederzeit von den USA gegen Gold eingetauscht werden würden. »As good as gold« – die Dominanz des greenback schien gesichert.

Weil erwartet werden konnte, daß insbesondere in den kriegszerstörten Ökonomien Westeuropas und Japans mit Aufnahme des internationalen Handels die Importnachfrage wesentlich größer ausfallen würde als das Exportangebot, wurde weitere Vorsorge getroffen, die Handels- und Zahlungsbilanzdefizite möglichst elegant zu überwinden. Um Abwertungswettläufe wie in den 30er Jahren zu verhindern, wurden den Unterzeichnerländern einseitige Währungsabwertungen untersagt und Abwertungen nur in Absprache, und auch dann nur in Ausnahmefällen, zugebilligt. Die Antwort auf das potentielle Problem von Zahlungsbilanzdefiziten und Liquiditätsengpässen war die Gründung des Internationalen Währungsfonds: Durch Bereitstellung kurzfristiger Stützungskredite an defizitäre Länder sollten Abwertungen unnötig gemacht und die Stabilität des Kurs- und damit des Weltwährungssystems gesichert werden. Bis zu Beginn der fünfziger Jahre griffen vor allem Großbritannien und Frankreich auf Mittel des IWF zurück, um ihre Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden. Aber auch Italien mußte den Gang zum IWF antreten, um die Lücken der Zahlungsbilanz schließen zu können.

Während der IWF also eine Währungssicherungsfunktion innerhalb einer etablierten kapitalistischen Weltwirtschaft zum Ziel hatte, ging es bei der Gründung der »Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung« darum, den kapitalistischen Entwicklungsprozeß nach dem Krieg überhaupt wieder in Gang zu bringen und den Verwertungsraum für Kapital international abzusichern. Das Mittel dazu sollte die Vergabe langfristiger Kredite zu relativ günstigen Zinskonditionen sein, die für konkrete, von der Bank überwachte Investitionsvorhaben verwendet werden sollten. Bereits zu Beginn der 50er Jahre, nachdem der Marshall-Plan der USA in Westeuropa erste Erfolge gezeitigt hatte, floß der Löwenanteil der Weltbankmittel allerdings in Länder der Dritten Welt. Die Verteilung der Darlehensmittel orientierte sich politisch-geographisch strikt entlang den Linien des Kalten Krieges. Prinzipiell mit Weltbankmitteln belohnt wurden die Regierungen, die ihre Gesellschaften nach den »abendländischen Werten« zu gestalten versuchten. Wagten es Regierungen, Maßnahmen wie etwa die Nationalisierung von Schlüsselindustrien vorzunehmen, dann drohte die Weltbank umgehend mit einem Kreditstopp. Länder wie Indien, Pakistan und Kolumbien erhielten in dieser frühen Phase sogar erst Weltbankdarlehen, als sie sich zu Reprivatisierungsmaßnahmen verpflichteten.

Diese von der Weltbank verfolgte langfristige kapitalistische Entwicklungsförderung schlug sich bereits 1956 in der Gründung einer weiteren Weltbanktochter nieder: der International Finance Corporation (IFC). Aufgabe dieser Organisation ist es, privatwirtschaftliche Initiativen in Ländern der Dritten Welt zu unterstützen, indem sog. joint ventures gefördert werden, also einheimische Unternehmen mit ausländischen Unternehmen zusammengeführt werden. Bis heute hat sich die IFC insbesondere für die multinationalen Konzerne als wichtige Informations- und Koordinationszentrale herausgebildet, die rentable und sichere Direktinvestitionen zu vermitteln vermag.

IWF und Weltbank sind Organisationen, die jeweils für die Erfüllung spezifischer Funktionen innerhalb des historischen Projektes der Rekonstitution einer kapitalistischen Weltwirtschaft gedacht waren. Beide unterscheiden sich in ihrer internen ökonomischen Funktionslogik voneinander. Der Internationale Währungsfonds speist seine Zahlungsbilanzkredite aus den in Form von Länderquoten einströmenden Geldmitteln.

Im Lauf der 60er Jahre wurden dem Fonds – unter recht strikten Bedingungen – darüber hinaus in Gestalt des sog. »General Agreement to Borrow« (GAB) seitens des »Zehnerclubs«, zu dem sich die entwickelten kapitalistischen Länder zusammengefunden haben, bei Bedarf weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Bis heute kann der Fonds dadurch auf weitere l9 Mrd. US-Dollar zurückgreifen.

Die Weltbank dagegen ist mit einem seitens der Mitgliedsländer bereitgestellten Grundkapital von mittlerweile 174 Mrd. US-Dollar ausgestattet, das als Sicherheit für die von der Weltbank ausgegebenen Schuldverschreibungen dient. Die Weltbank finanziert ihre Aktivitäten also ausschließlich über die internationalen privaten Kapitalmärkte und gibt die damit verbundenen Zinskosten an die Kreditnehmer der Dritten Welt weiter. Der Unterschied zwischen einem privaten Bankenkredit und einem Kredit bei der Weltbank besteht für die Kreditnehmer der Dritten Welt darin, daß zum einen die Laufzeiten der Weltbankkredite in aller Regel länger sind und zum anderen die Weltbank, dank ihres hohen Grundkapitals und des damit verbundenen geringeren Gläubigerrisikos, günstigere Konditionen bei der Vergabe von Anleihen erzielen kann.

In völkerrechtlicher Hinsicht sind sowohl IWF als auch Weltbank Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Das dort übliche »one country – one vote«-Prinzip gilt allerdings für diese beiden Institutionen nicht. Das Sagen haben die ökonomisch Mächtigen, also die entwickelten kapitalistischen Länder. Im IWF verfügen zwar alle 151 Mitgliedsländer in hochst demokratischer Manier über gleichermaßen 250 Basisstimmen. Doch damit hört die Demokratie auch bereits auf. Denn hinzu kommen noch weitere Stimmen für jedes Land, die sich nach der eingezahlten Quote (25 Prozent in Gold und 75 Prozent in nationaler Währung) richten. Berechnet wird diese Quote wiederum nach Maßgabe der absoluten Größe des Bruttosozialproduktes, dem Betrag des Außenhandels, dem Umfang der nationalen Gold- und Devisenreserven sowie weiteren einschlägigen Kriterien. Bei der Weltbank wird die Stimmverteilung sogar ausschließlich nach der eingezahlten Quote bemessen. Da darüber hinaus alle grundsätzlichen Entscheidungen einen Stimmenanteil von 85 Prozent auf sich vereinigen müssen, kann der Block der entwickelten kapitalistischen Länder alle politischen Initiativen des großen Restes der Mitgliedsländer blockieren. Dank ihrer hohen Quote können die USA in beiden Organisationen sogar eine

Sperrminorität ausüben. Angesichts dieser Machtposition ist es nicht verwunderlich, wenn IWF und Weltbank in der öffentlichen Diskussion immer wieder als Instrumente des US-amerikanischen Imperialismus gegeißelt werden. Rein optisch wurde dieser Eindruck noch durch die frühe Entscheidung verstärkt, IWF und Weltbank nicht wie die anderen UN-Organisationen in New York, sondern im Zentrum der politischen Macht, in Washington, anzusiedeln.

Eine solche Einschätzung ist durchaus treffend, greift aber dennoch zu kurz. Folgt man den groben Politiklinien von IWF und Weltbank, dann läßt sich unschwer eine weitgehende Parallelisierung mit der jeweiligen Ausrichtung der US-amerikanischen Außen- und Geopolitik erkennen. So gehört es zum politischen Selbstverständnis von IWF und Weltbank, daß während der Präsidentschaft Salvador Allendes Chile von Weltbank- und IWF-Mitteln ebenso abgeschnitten wurde, wie das mit Nicaragua nach dem siegreichen Aufstand der Sandinisten gegen das Somoza-Regime geschehen ist. Mit der Machtübernahme des autoritären Pinochet-Regimes wurden die Geldhähne wieder geöffnet. Allein von 1985 bis 1987 erhielt Chile zur »Strukturanpassung« seiner Ökonomie von der Weltbank 750 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt.

Eines der Hätschelkinder des IWF war bis vor kurzem auch noch das Rassistenregime in Südafrika. Seit seinem ersten IWF-Kredit in den Jahren 1957/58 konnte Südafrika immer wieder Stützungskredite aufnehmen und dabei, vor allem im Vergleich mit den restlichen afrikanischen Ländern, Sonderkonditionen durchsetzen – obwohl es dank seiner Verfügung über die größten Goldreserven der Welt die aufgetretenen Zahlungsbilanzprobleme auch hätte ohne fremde Hilfe lösen können. Weil es aber auch zugleich über immense Vorräte an strategischen, für die westliche Rüstungsindustrie wichtigen Rohstoffen verfügt, wurden bis in die jüngste Zeit – im Jahr 1982 erhielt Südafrika den letzten großen IWF-Stützungskredit in Höhe von 1,1 Mrd. US-Dollar – alle Kreditanfragen Südafrikas von den USA durch die Entscheidungsgremien des IWF gepeitscht. Es ist nur dem innenpolitischen Druck der Anti-Apartheid-Bewegung in den USA zu verdanken, daß der US-Kongreß im Rahmen der letzten Erhöhung der US-Quote im IWF eine Zusatzklausel verabschieden mußte, wonach der US-amerikanische IWF-Vertreter jeder Kreditvergabe an Südafrika sich zu widersetzen hat, wenn mit der Verwendung dieser Gelder nicht das Apartheid-System abgebaut wird.

Die Politik von IWF und Weltbank zielt aber nicht allein auf die Stabilisierung von politisch autoritären, dem reinen Kapitalismus-Modell verpflichteten Regimes sowie auf die Destabilisierung eher sozialistisch ausgerichteter Gesellschaften. Beiden geht es um mehr: Um die Sicherung kapitalistischer Verwertungsstrukturen im internationalen Raum. An vorderster Front bei der Erfüllung dieser Aufgabe steht seit Beginn der 80er Jahre der IWF. Seit im Jahr 1973 das Fixkurssystem von Bretton Woods aufgelöst wurde und an dessen Stelle ein Regime flexibler Wechselkurse mit der gleichzeitigen Herausbildung von Währungsblöcken trat, hat sich die Funktion des IWF grundlegend geändert: Aus einer Währungssicherungsinstitution wurde eine Kreditsicherungsinstitution.

Ausgelöst wurde diese Transformation durch den im Laufe der 70er Jahre entstandenen »internationalen Pumpkapitalismus«, der seine Grundlage zum ersten in einer strukturellen Polarisierung der Leistungsbilanzen und zum zweiten in den forcierten Anstrengungen einer nachholenden kapitalistischen Industrialisierung der Länder der Dritten Welt und des realen Sozialismus hat. Die finanzielle Überbrückung solcher Zahlungsbilanzdefizite und die Mittelbereitstellung für Industrialisierungsvorhaben wären eigentlich Aufgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gewesen. Sowohl die defizitären Länder des entwickelten Kapitalismus als auch die kreditsuchenden Länder haben in dieser Phase allerdings den Weg zu IWF und Weltbank gescheut. Ihnen stand in Gestalt des monetären Weltmarktes, der sich aus dem privaten transnationalen Bankensystem zusammensetzt, eine günstigere Finanzierungsalternative offen.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern entstand im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und der damit verbundenen langfristigen Akkumulations- und Wachstumsschwäche ein Überschuß an freier Kapitalliquidität, der nicht in Form von produktiven Investitionen, sondern in Form von kurzfristigen Finanzanlagen im internationalen Bankensystem verwendet wurde.

Von den Banken wurde dieser hohe Zufluß an kurzfristigen Mitteln zu extrem niedrigen Marktzinssätzen in langfristige Kredite transformiert. Für die Schuldner war mit der Kreditaufnahme beim privaten Bankensystem vor allem der Vorteil verbunden, daß die lästigen »Konditionalitäten« des IWF, also die Verpflichtung zu marktkonformen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, und die direkte Überwachung der Mittelverwendung seitens der Weltbank entfielen.

Vor allem der IWF verlor in dieser Phase viel von seinem früheren ökonomischen und politischen Gewicht. Dank der hohen Liquidität der internationalen Geldmärkte konnte sich die Weltbank zwar umfangreiche Kredite besorgen und ihr Darlehensprogramm gewaltig ausdehnen, doch blieben die damit erzielten »Entwicklungserfolge« äußerst dürftig. Insbesondere das vom seinerzeitigen Weltbankpräsidenten McNamara, der sich zwischendurch vom Saulus als US-amerikanischer Verteidigungsminister zum Paulus gewandelt hatte, in seiner berühmt gewordenen Nairobi-Rede angekündigte Armuts- und Grundbedürfnisprogramm erwies sich weitgehend als Flop. Der Abstand der »least developed countries« zum Rest der Welt wurde eher größer als kleiner.

Die Situation änderte sich erst grundlegend, als unübersehbar wurde, daß der aufgetürmte Schuldenberg nicht mehr rückzahlbar war. Nicht nur die verschuldeten Länder erinnerten sich jetzt wieder an die Existenz des IWF, auch und vor

allem das transnationale Bankensystem benötigte ihn jetzt zur Sicherung der eingegangenen Kreditrisiken. Krisenmanagement war angesagt – und die Federführung sollte der Internationale Währungsfonds übernehmen. Angesichts drohender Zahlungsunfähigkeiten der verschuldeten Länder und wegen der großen Gefahr eines darauf folgenden Bankrotts hochexponierter Banken ging es darum, die verschuldeten Ökonomien zur Schuldendienstleistung umzutrimmen und den Banken zumindest regelmäßige Zinszahlungen zu sichern.

Der erste Schritt des eingeleiteten Krisenmanagements bestand darin, die zuvor abtrünnig gewordenen Länder der Dritten Welt wieder dem IWF zuzuführen. Erreicht wurde dies mittels der Strategie der Banken, den verschuldeten Ländern nur noch in unumgänglichen Fällen neue Kredite zur Verfügung zu stellen. Der Gang zum IWF wurde unter dem Druck der weiterlaufenden Schuldendienstverpflichtungen nahezu unausweichlich. Selbst Länder des realen Sozialismus (Polen, Ungarn) sahen sich auf diese Weise gezwungen, Aufnahmeanträge beim IWF zu stellen . Einmal als Bittsteller angetreten, waren diese Länder dem Konditionalitäten-Martyrium des IWF vollständig ausgeliefert. Was mit der Verschuldung bei den privaten Banken vermieden werden sollte, trat jetzt mit voller Wucht ein: Der IWF reizte mit jedem neuen Ziehungswunsch eines Mitgliedslandes sein Disziplinierungsinstrumentarium weiter aus. Waren Ende der 60er Jahre erst knapp die Hälfte aller IWF-Kredite mit strikten wirtschaftspolitischen Auflagen gegenüber den Schuldnerländern verbunden, so vergibt der IWF Ende der 80er Jahre fast keine nicht-konditionalisierten Kredite mehr.

Das übliche Auflagenprogramm des IWF umfaßt neben außenwirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen wie Währungsabwertungen und Importeinsparungen vor allem die Streichung von Lebensmittelsubventionen und Sozialleistungen, die Begrenzung von Staatsausgaben, die Reduzierung der Inflation, die Privatisierung nationalisierter Sektoren sowie die Senkung von Löhnen. Die Erwirtschaftung von Devisen um jeden Preis ist das Leitmotto der Politik: Nur auf diesem Wege kann der Schuldendiensttransfer zu dem privaten Bankensystem sichergestellt werden. Faktisch handelt es sich bei den Auflagenprogrammen des IWF um einen – unzulässigen – Eingriff in die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Souveränität der verschuldeten Länder. Formal wird dies dadurch zu bemänteln versucht, daß es die nationalen Regierungen sind, die in einem sog. »letter of intent« (Absichtserklärung) dem IWF antragen, eine Reihe wirtschaftspolitischer Eingriffe vorzunehmen, wenn dann, bitteschön, im Gegenzug neue Kredite fließen. Die Hände des IWF bleiben sauber. Daß der IWF in nahezu allen verschuldeten Ländern der Dritten Welt Vertreter sitzen hat, die manchmal sogar die Geschäfte der Finanzminister und Notenbankpräsidenten führen, muß dabei nicht stören. Sie sind schließlich auf Wunsch der Regierungen im Land.

Das Schuldenmanagement des IWF beschränkt sich aber nicht auf die Vergabe neuer Kredite mit strikter Konditionalität. Fast noch wichtiger ist die Rolle des IWF bei den Umschuldungsverhandlungen. Die zeitliche Verschiebung der Schuldenrückzahlung in die weitere Zukunft gehört zu den wichtigsten Maßnahmen des Krisenmanagements der 80er Jahre. Während im gesamten Zeitraum 1956 bis 1981 gerade einmal 14 Mrd. US-Dollar umgeschuldet wurden, betrug die umgeschuldete Summe mittel- und langfristiger Bankenkredite allein im Jahr 1986 157 Mrd. US-Dollar. Dazu kommen noch einmal 33 Mrd. US-Dollar umgeschuldete öffentliche Forderungen. Ein Land wie Mexiko beispielsweise hat, mit tatkräftiger Hilfe des IWF, den größeren Teil seiner Auslandsverschuldung in Höhe von mehr als 105 Mrd. US-Dollar bis ins nächste Jahrtausend hinein verschoben. Der damit erzielte Zeitaufschub hat gewöhnlich einen hohen Preis. Schulden gegenüber öffentlichen und privaten Gläubigern können in aller Regel erst zum Gegenstand von Umschuldungsverhandlungen gemacht werden, wenn die betreffenden Länder zuvor ein Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF getroffen haben: Ohne Gütesiegel des IWF keine Umschuldung. In den Umschuldungsverhandlungen selbst werden IWF-Expertisen zu den wirtschaftspolitischen Erfolgen der einzelnen Länder als Grundlage für die zu vereinbarenden Umschuldungskonditionen genommen. Musterknaben des IWF und für den »freien Westen« geostrategisch wichtige Länder erhalten dann günstigere Konditionen (Anzahl der tilgungsfreien Jahre, Höhe der Gebühren, Risikoaufschlag etc.) als jene Schuldner, die sich gegen die wirtschaftspolitischen Souveränitätseingriffe, und sei es auch nur verbal, zur Wehr setzen. Über Wohl und Wehe entscheidet auch hier der IWF (zumindest mit).

Untersuchungen der Stabilisierungsprogramme des IWF konnten nachweisen, daß die durch den IWF selbst formulierten längerfristigen wirtschaftspolitischen Ziele bislang in keinem Land realisiert wurden. Erfolg hatte die rigide Auflagenpolitik allerdings insofern, als die verschuldeten Länder der Dritten Welt längst zu Nettokapitalexporteuren geworden sind: Unter dem ökonomischen Druck von IWF und politischem Druck von Banken und Gläubigerländern transferieren diese Länder mehr an Kapital in den nördlichen Teil der Hemisphäre als sie zur gleichen Zeit an neuen Krediten erhalten. In den verschuldeten Ländern ist als Folge ein ökonomisches und im buchstäblichen Sinne auch gesellschaftliches »overkill« eingetreten: Deindustrialisierung, Hungersnöte, ökologische Zerstörungen und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten markieren die Zerstörungsprozesse, die die Lebens- und Entwicklungschancen der heutigen und auch noch der nächsten Generationen belasten.

Die kurzfristig angelegte Raubbaupolitik des IWF mit ihren langfristigen negativen Folgen für die Aufnahmefähigkeit der Drittweltmärkte für Waren der entwickelten kapitalistischen Länder wird von IWF und Weltbank neuerdings als Problem angesehen. Seit der Ausrufung des Baker-Plans vom Oktober 1985 wird von beiden Institutionen deshalb forciert ein abgestimmtes Programm »doppelter Konditionalitäten« durchgeführt, bei dem der Abschluß eines IWF-

Bereitschaftskreditabkommens als Voraussetzung für den Bezug eines Structural Adjustment Lending der Weltbank dient. Dabei handelt es sich um langfristige Anpassungsdarlehen, die mit relativ günstigen Zins- und Laufzeitkonditionen ausgestattet sind und zur Finanzierung institutioneller und industrieller Strukturreformen verwendet werden sollen. Die Brachialpolitik des IWF wird also durch eine sanfte und vor allem langfristig angelegte Weltbankpolitik komplettiert. Die noch jungen Keimlinge des Kapitalismus sollen nicht gleich zerstört werden.

Wer von beiden Institutionen allerdings the Beauty oder the Beast ist, läßt sich nicht entscheiden. Eine interne Studie der Weltbank vom Januar 1988 hält fest, daß über Erfolge dieser Programme heute noch nicht geurteilt werden könne. Ein Erfolg dürfte diesen Programmen aber auch in späteren Jahren, wenn sie implementiert sind, nicht beschieden sein. Diese Skepsis läßt sich leicht begründen. IWF und Weltbank versuchen ein Kunststück, das nicht gelingen kann: Die verschuldeten Länder werden in ein exportseitiges Wachstums- und Industrialisierungsmodell gezwängt, das zum einen seinen Höhepunkt in den entwickelten kapitalistischen Ländern schon überlebt hat und zum anderen auf eine kräftig wachsende Weltwirtschaft angewiesen ist, die unter den strukturellen Bedingungen der anhaltenden Akkumulations- und Wachstumskrise nicht zu realisieren ist.

Innerhalb der gegebenen Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft geht bis heute kein Weg an IWF und Weltbank vorbei. Versuche wie die von Brasilien vom Februar 1987, als ein einseitiges und zeitlich zunächst unbefristetes Zinsmoratorium ausgerufen und versucht wurde, ohne Beteiligung des IWF zu einer Umschuldung mit den privaten Banken zu gelangen, sind alle gescheitert. Der Druck auf die brasilianische Regierung ging dabei zunächst nicht vom IWF sondern von den privaten Banken aus, die begannen, für einen Teil der Brasilienkredite Wertberichtigungen zu bilden und damit andeuteten, auf den brasilianischen Schuldendienst zwar verzichten, aber das Land gleichzeitig auch aus dem internationalen Kreditsystem ausschließen zu wollen. Die Drohung hat gereicht.

Eine Reform von IWF und Weltbank hilft unter diesen Bedingungen nicht viel weiter. Sicher, die undemokratische Stimmverteilung in beiden Organisationen und vor allem die rigiden wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind ein Skandal, der unerträglich ist. Aber auch die Einführung des »one country – one vote«-Prinzips sowie die Ausrichtung der Politik nach sozialen und ökologischen Kriterien wären nur ein Tropfen auf den heißen Stein der ökonomischen Gewaltstrukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Die vielzitierten Strukturreformen müssen über die Institutionen von Währungsfonds und Weltbank hinausgehen. An der Schuldenkrise und ihrem für die Bevölkerungen der verschuldeten Länder desaströsen Krisenmanagement sind noch viel mehr Akteure beteiligt. Ein erster und dringend notwendiger Schritt wäre die Einberufung einer internationalen Staatenkonferenz vergleichbar mit dem Treffen von Bretton Woods, auf der gleichberechtigt die Konturen einer neuen Weltwirtschaftsordnung inklusive eines zumindest partiellen Schuldenerlasses festgelegt werden müßten. Ob dabei die entwickelten kapitalistischen Länder auch in die Schuld genommen werden können, darf freilich nicht allein am Verhandlungstisch entschieden werden. Entschiedener Widerstand gegen die Politik von IWF und Weltbank sowie gegen die von dieser Politik profitierenden nationalen Eliten in den verschuldeten Ländern *und* die politische wie ökonomische Solidarität von Bewegungen und Organisationen in den entwickelten kapitalistischen Ländern müssen als Katalysator hinzutreten, um möglichst schnell viel Bewegung in die verfahrene Lage zu bringen.

Konkret 05/88, S. 32

Maria Mies

Heißhunger

Noch sind die Gewerkschaften und ihre Ökonomen mit der in die Krise geratenen Weltwirtschaftsordnung ganz zufrieden. Wie sollten sie auch nicht: Hohe Löhne und niedrige Preise für die Güter des täglichen Bedarfs bescheren den Arbeiterklassen in den Industrieländern einen relativ angenehmen Lebensstandard. Wen kümmert es, daß dafür die Arbeiterinnen und Arbeiter der »Dritten Welt« bluten?

Jede Krise hat ihre Opfer und ihre Gewinnler. Zu den Gewinnlern der kreditgesteuerten, exportorientierten Ausplünderung der »Dritten Welt«, der Natur und der Frauen dort, gehören nicht nur die transnationalen Konzerne, die Banken und die großen Kapitalisten, sondern auch die Masse der Verbraucher in den Industrieländern, die für ihr Geld immer mehr Waren aus diesen Ländern kaufen können. Darum kam zunächst in diesen Ländern, trotz steigender Arbeitslosigkeit, keine Krisenstimmung auf. Das änderte sich allerdings mit dem Börsenkrach am 19. Oktober 1987, dem Schwarzen Montag. Auf einen Schlag hatten sich 1000 Milliarden Dollar in Luft aufgelöst, genausoviel wie die gesamte Verschuldung der »Dritten Welt« zusammen .

Die Politiker versuchen zwar immer noch, das Volk zu beruhigen: So etwas wie 1929 könne nicht mehr geschehen. Es handele sich hier nur um eine Finanzkrise, die mit der »realen Wirtschaft« nichts zu tun habe. Doch die Politik des Pumpkapitalismus zeigt nun auch in den Industrieländern ihre Auswirkungen. Neben der bereits lange schwelenden Agrarkrise, die ihre Ursache unter anderem im Import von billigen Futtermitteln und Nahrungsmitteln aus der »Dritten Welt« hat, bedroht nun die Kohle- und Stahlkrise die alten Industriehochburgen wie das Ruhrgebiet. Langsam dämmert es nun den Ökonomen, daß auch die reiche BRD nicht ungeschoren bleiben wird und daß die Rechnung vielleicht nicht aufgeht, nach der man gehofft hat, die steigende Zahl der Erwerbslosen aus den Exportgewinnen, den Zinsrückflüssen und dem Kapitalrückfluß aus der »Dritten Welt« alimentieren zu können.

Doch selbst die Szenarien, die linke Ökonomen über die »Zukunft der Arbeit« in den Industrieländern Europas entwerfen, gehen ungebrochen vom Fortbestand dieser ausbeuterischen internationalen Arbeitsteilung, der bestehenden kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, der Spaltung zwischen sogenannten Industrieländern und sogenannten Entwicklungsländern aus. In der Krise wird deutlich, daß ihre Utopie, ihre Theorien und Strategien schon immer eurozentristisch auf den Interessenhorizont der westlichen Industriearbeiter verengt waren, und zwar der männlichen. Deren Interessen sehen sie nur durch das moderne Industriesystem gewahrt, das aber die ausbeuterische Kolonisierung der Natur, der Frauen und der »Dritten Welt« voraussetzt. Aus diesem Grunde befinden sich die linken Ökonomen, wie Gabriele Simon bemerkt, »heute in den Reihen derer, die die bestehende Weltwirtschaftsordnung retten wollen, anstatt sie aus den Angeln zu heben« (Simon, taz 21.11.1987). Sie sind nicht in der Lage, die Krise und die Schwächung der Hegemonialmacht USA auch als Chance zu sehen, um die »Zwangsintegration in den kapitalistischen Weltmarkt aufzubrechen, zugunsten einer *politischen* Regulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen«. Stattdessen weisen sie auch jede Idee einer Abkopplung von diesem Moloch Weltmarkt weit von sich. 1

Ehe jedoch bei den linken oder anderen Wirtschaftstheoretikern in den westlichen Industrieländern ein Umdenken in Richtung einer neuen Wirtschaftsordnung aufkommen kann, die nicht auf Ausbeutung der Natur, der Frauen und fremder Völker basiert, müssen einige zentrale Glaubenssätze der linken Theorie kritisch unter die Lupe genommen werden. Ein linker Glaubenssatz ist z. B. die These von den prinzipiell *gleichen Interessen* der Arbeiterklassen auf der ganzen Welt. Daß die Arbeiterklasse aus zwei Geschlechtern besteht und daß deren Interessen eben nicht identisch, sondern teilweise sogar antagonistisch sind – d. h. z. B. daß die Hausfrauisierung der Frauen die Vorbedingung für den Aufstieg der proletarischen Männer war und ist – , haben wir in der Frauenbewegung seit Mitte der siebziger Jahre zur Genüge analysiert.

Aber auch die Arbeiter in den Industrieländern haben nicht, wie oft unterstellt wird, die gleichen Interessen wie die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kolonien. Tatsache ist, daß es in der durch den Kapitalismus dualistisch und hierarchisch gespaltenen und gleichzeitig zwangsintegrierten Welt (zwischen den Geschlechtern, zwischen Mensch und Natur, zwischen Stadt und Land, zwischen Industrieländern und ihren Kolonien) keine Interessenidentität zwischen oben und unten, zwischen Zentrum und Peripherie geben kann. Wer dies übersieht, kann dann seine Hoffnung auf die organisierten Arbeiter in den Industrieländern setzen, wie es Anderson, Fröbel, Heinrichs und Kreye tun, die immer noch von den Gewerkschaften die Überwindung des Kapitalismus erwarten. 2 Sie betrachten die organisierten Lohnarbeiter immer noch als Antagonisten des Kapitals. Dabei hat das Kapital von Anfang an diese »privilegierten« Lohnarbeiter in den Metropolen durch den schlichten Raub an den nicht-freien Arbeiterinnen und Arbeitern in den Kolonien, durch den Raubbau an der Natur, durch die Beraubung der Kleinbauern bestochen.

In diesem Zusammenhang ist es ganz wesentlich, die Konsumsphäre mit in die Analyse einzubeziehen. Es reicht eben nicht, auch hohe Löhne für die Arbeiterinnen in Sri Lanka oder Malaysia und einen Abbau der Importschranken der EG für Importe aus Billiglohnländern zu fordern. Wenn die Arbeiterinnen in Sri Lanka Löhne bekämen, die den Löhnen

bundesdeutscher Textilarbeiterinnen entsprächen, wären die Jeans und die Hemden eben nicht so billig, daß sich Arbeiterinnen in der BRD sie so oft kaufen könnten, wie sie es heute tun. Oder aber sie wären hier gar nicht auf dem Markt. Die Lohnarbeiter in den Industrieländern werden doch nicht nur durch relativ hohe Löhne ruhig gehalten, sondern vielleicht in noch entscheidenderem Maße durch relativ niedrige Preise für die Güter des täglichen Bedarfs. Diese aber kommen in zunehmendem Maße aus den Billiglohnländern.

Angesichts dieser Struktur halte ich es für eine Illusion, immer noch davon auszugehen, daß die Arbeiter in den Metropolen und die in den Kolonien *eine* Klasse seien, die dieselben, bzw. nicht-antagonistische Interessen hätten. Wenn man von den materiellen Interessen ausgeht, gibt es de facto einen Antagonismus zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern hier und denen in den Kolonien, und zwar nicht nur in bezug auf die Arbeitsplatze, sondern auch in bezug auf den Konsum. Die Arbeiterinnen und Arbeiter hier wollen weiterhin »ihre« billigen Bananen, »ihre« billigen Hosen, »ihre« billigen Video- und Fernsehapparate, »ihr« billiges Gemüse, Fleisch usw. Wo soll es innerhalb dieser Struktur eine Möglichkeit zur internationalen Solidarität geben? Ich sehe sie nicht.

Wieso sollten ausgerechnet die Gewerkschaften, die bisher noch nie die Interessen der Nicht-Lohnarbeiter vertreten haben, insbesondere nicht die der Hausfrauen, ja, die sich ausdrücklich beschränkt haben auf die Vertretung der kapitalistisch definierten Lohnarbeit, und die die kapitalistische Abspaltung der »Kolonien« ohne Widerspruch mitgemacht haben, plötzlich ihre Solidarität mit den Hausfrauen, den Frauen in den Exportproduktionszonen in Asien, Lateinamerika und Afrika entdecken? Ich kann bisher jedenfalls nur feststellen, daß die organisierte Arbeiterklasse in den Metropolen die Dualisierungsstrategie des Kapitals ungehindert mitmacht.

Diese Dualisierungsstrategie verläuft auch entlang der Geschlechtergrenze. Dualisierung aber heißt, daß der Teil von Arbeit, der für die Kapitalakkumulation möglichst gratis sein soll – und das ist vor allem die Arbeit der Frauen – , über die Definition des Arbeitsbegriffs aus der gesellschaftlichen Produktion und Produktivität herausdefiniert, exterritorialisiert, bzw. kolonisiert wird. Erst dann kann gesagt werden, diese Arbeit »subventioniere« die Lohnarbeit.

Bevor die Gewerkschaften und die organisierte Arbeiterklasse in den Metropolen einen wirklichen Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus leisten können, ist es notwendig, daß sie sich von den eigenen theoretischen Grundlagen verabschieden. Das bedeutet den Abschied vom Modell des unendlichen Wachstums, des unendlichen Fortschritts, der unendlichen Bedürfnisse und vor allem vom immer noch herrschenden Arbeitsbegriff. Es bedeutet ferner, daß die kolonialen Abspaltungen und Exterritorialisierungen aufgegeben werden und daß keine Forderung mehr in den Metropolen erhoben werden kann, die nicht überprüft wurde auf ihre Wirkungen auf die diversen Kolonien: Frauen, Natur, ausgebeutete Völker. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich z. B. wäre erst dann »richtig«, wenn sichergestellt wäre, daß alle arbeitenden Menschen auf der Welt nur 35 Stunden arbeiten müßten, um einen ähnlichen Lebensstandard zu haben.

Anstatt Szenarien zur Krisenlösung zu entwerfen, um die kapitalistische Wachstumsmaschine wieder flott zu machen, wäre es höchste Zeit, daß Frauen und Männer, die sich Sorgen um die Zukunft machen, Ideen entwickeln, wie eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aussehen müßte, deren Grundlage nicht mehr die Ausbeutung und Unterwerfung der drei Kolonien des weißen Mannes sind: der Natur, der Frauen und der Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas.

Ich mache mir als Feministin solche Gedanken. Dabei ist mir jedoch bald klar geworden, daß weder eine feministische noch eine ökologische Perspektive einer neuen Gesellschaft auf der Grundlage der bestehenden Weltwirtschafts(un)ordnung aufbauen kann. Wir können uns nicht mit einem Sozialismus für die reichen und einem anderen für die ausgebeuteten Länder zufrieden geben. Das gleiche gilt für den Feminismus. Es kann nicht zwei Klassen von Feminismus geben: einen für die Frauen in den Industrieländern, die ihre Befreiung von der weiteren »Entwicklung« von Technologie und dem Sozialstaat abhängig machen, und einen anderen für die Frauen in der »Dritten Welt«, die ja gerade wegen jener »Entwicklung« in den Industrieländern nie dazu kommen werden, daß ein Sozialstaat ihre Lebensrisiken abfedert. Wir können uns noch viel weniger eine neue Gesellschaft vorstellen, die weiterhin die Erde und die Natur nach dem Prinzip behandelt: Nach uns die Sintflut. Das heißt, wir müssen nach Einsichten und Prinzipien suchen, die eine wirkliche Solidarität zwischen Männern und Frauen, zwischen Mensch und Natur, zwischen den Menschen verschiedener Völker möglich machen.

Im Zivilisationsmodell des weißen Mannes beruhen der »Aufstieg«, die »Emanzipation« und »Befreiung« der einen Kolonie immer auf der fortgesetzten Ausbeutung anderer Kolonien. Es ist also ein Befreiungskonzept zu entwickeln, das darauf beruht, daß nicht mehr eine Kolonie auf Kosten der anderen »entkolonisiert« wird.

Ein Bereich, der fast ganz aus den politischen und ökonomischen Befreiungsstrategien ausgespart worden ist, ist der Bereich des Konsums. Gewerkschaften, politische Oppositionsgruppen und auch die Frauenbewegung haben ihren Protest und ihre Forderungen entweder an die Bosse der Wirtschaft oder an den Staat gerichtet, die Frauen auch noch an die Männer allgemein. Selten haben sie ihre eigene Rolle innerhalb dieses ausbeuterischen Systems diskutiert. Und dennoch ist

es eine bekannte Tatsache, daß der Kapitalismus nicht funktionieren könnte, wenn er nicht in der Lage wäre, den Markt für seine Waren zu schaffen und immer weiter auszudehnen. Diesen Markt aber stellen wir selbst, die Käufer dieser Waren.

Wir werden als Konsumenten sicher nicht in der Lage sein, das gesamte Marktgeschehen zu beeinflussen. Aber eine konsequente Politisierung der Konsumsphäre, vor allem eine *Konsumbefreiungsbewegung* könnte ein weites Stück gehen, um das kapitalistisch-patriarchalische System zu unterminieren. Hier denke ich zunächst einmal an die Macht, die Hausfrauen als Agentinnen des privaten Konsums haben.

Solch eine Bewegung könnte sofort gestartet werden. Die Entscheidung, was und wieviel wir kaufen, ist nicht gänzlich determiniert durch unsere Bedürfnisse und durch das was auf dem Markt angeboten wird. Vielleicht sind 50 Prozent dessen, was heute in den privaten Haushalten konsumiert wird, nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich.

Vor allem die Produkte der sogenannten Zukunftstechnologien haben nicht länger das Ziel, wirkliche menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern zielen auf die Schaffung von passiven Süchten, ohne die der Markt für weitere Produkte nicht mehr weiter auszudehnen wäre. Nicht die menschlichen Bedürfnisse können ins Unendliche gesteigert werden, wohl aber die Süchte.

Konsumbefreiung würde hier bedeuten, wieder ein Stück Autonomie über das eigene Leben zu gewinnen, den Freiheitsraum im Leben der einzelnen zu erweitern und sich ein Stück weit aus der Existenz einer Konsum-Marionette des Kapitals zu befreien. Für Feministinnen und alle, denen die Frauenbefreiung ein wichtiges politisches Ziel ist, müßte die Absage an den Konsum von überflüssigen und schädlichen Dingen gekoppelt sein an einen Boykott aller Waren, die die sexistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft und ein sexistisches Frauenbild fördern. Auch der *Manipulation der Frauen als Hausfrauen und Mütter* durch die multinationalen Nahrungs- und Pharmakonzerne könnte durch eine gezielte Konsumbefreiungskampagne entgegengewirkt werden. Die Hausfrau in den Industrieländern ist eine der wichtigsten Komplizinnen von Herrn Kapital, solange sie bewußtlos kauft, was ihr der Markt anbietet.

Ein weiteres wesentliches Kriterium für die Auswahl von Produkten, die zu boykottieren wären, wäre der *Grad der Ausbeutung der Produzenten und vor allem der Produzentinnen in der»Dritten Welt«,* die in den importierten Waren inkorporiert ist. Außerdem die Frage, inwieweit die Herstellung der Waren die Lebensgrundlagen und die Umwelt in der »Dritten Welt« zerstört. Woher aber wissen wir etwas über die ausbeuterischen Verhältnisse in den importierten Waren, wie können wir ausmachen, ob die Blumen, die wir kaufen, auf dem durch Agrarkonzerne angeeigneten Boden in Kolumbien gewachsen sind oder in Holland? Woher soll frau wissen, daß der Lippenstift, den sie benutzt, das Sal-Öl enthält, das früher die Frauen der Santhals in Bihar (Indien) für ihren eigenen Gebrauch benutzten, das aber nun, dank der High Tech von Unilever und dem Weltmarkt in diesen Lippenstiften steckt?

In der Tat, die Warenproduktion mit der fast totalen Trennung von Produzenten und Konsumenten innerhalb einer internationalen, sozialen und sexistischen Arbeitsteilung hat es fertiggebracht, die in den Waren enthaltenen tatsächlichen Verhältnisse fast total zu verschleiern. Blinde Konsumenten sind de facto verbunden mit blinden Produzenten. Eine Konsumbefreiungsbewegung hätte darum mit dem Versuch zu beginnen, diese Blindheit aufzuheben, mit einer Entmystifizierung der Waren, einer Aufdeckung der Ausbeutung von Frauen, Natur und Kolonien, die in ihnen enthalten ist, und mit dem Versuch, die Marktbeziehungen, die heute Menschen der ganzen Welt anonym und entfremdet über den Warenmarkt miteinander verbinden, in wahre menschliche Beziehungen zu verwandeln. Das hieße, hinter den abstrakten Waren die konkreten Menschen wiederzuentdecken.

Mit einem Plädoyer für eine Politisierung des Konsums und für eine Konsumbefreiungskampagne ist nicht gesagt, daß nicht auch gleichzeitig andere Kämpfe geführt werden sollten, die die herrschenden Männerbünde in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angreifen. Dabei sollten wir uns aber fragen, in welche Richtung diese Kämpfe gehen. Führen sie in die Richtung der Fortsetzung des ausbeuterischen Industriesystems oder in die Richtung seiner Überwindung? Wenn wir uns für das letztere entscheiden, wäre es z. B. richtig, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zu fördern, die Kleinbauern bei ihrem Kampf gegen die EG-Agrarpolitik zu unterstützen, aber auch die Kampagnen gegen Futtermittelimporte aus der »Dritten Welt«, gegen die Politik der Chemiemultis, gegen die Gen- und Reproduktionstechnik. Im Sinne unserer Utopie wäre es aber auch richtig, wenn die Gewerkschaften endlich dafür kämpfen würden, daß die Arbeiter und nicht nur die Produktionsmittelbesitzer darüber entscheiden, was produziert wird. Derartige Kämpfe gegen die äußeren Feinde bleiben wichtig, sie werden aber nur Erfolg haben, wenn auch der Kampf gegen die Brückenköpfe, die das System in uns selbst errichtet hat, geführt wird.

Die heutige Weltwirtschafts(un)ordnung, mit der Hegemonialmacht USA an der Spitze, der BRD und Japan als ihren Juniorpartnern und dem militärisch-wissenschaftlich-industriellen Komplex im Zentrum gilt als schicksalhaft verfestigte Tatsache nicht nur in den Köpfen der Ökonomen und Politiker, sondern eben auch in den Köpfen der Frau und des Mannes auf den Straßen Europas und der USA.

Die Modernisierungspolitik Chinas, seine Öffnung zum kapitalistischen Westen, die Politik Gorbatschows, die u. a. auch durch den Wunsch nach »Modernisierung« (in den Kolonien nennt man das »Entwicklung«) motiviert ist, tun das ihre, um

die Vorstellung zu verfestigen, daß es keine Alternative zum Industriekapitalismus US-amerikanischer Prägung gebe. Diese Resignation vor den angeblichen Tatsachen, diese verfestigte Sicht historisch-lebendiger Prozesse verhindert, daß das, was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, auch verstanden wird. Alle lauschen gebannt der Rhetorik der Politiker und der Weltbank von der »Einheit der freien Welt« und meinen immer noch, gerade WB und IWF seien am besten geeignet, die katastrophale Verschuldung der »Dritten Welt« zu beheben 3 – womit dieser Bock erneut zum Gärtner gemacht würde.

Um sich aus ihrer Wirtschaftskrise herauszumanövrieren, rufen die USA die BRD auf, mehr zu konsumieren, vor allem US-amerikanische Waren. »Die Deutschen haben doch das Geld, warum geben sie es nicht aus!« (Finanzminister Baker). Konsumieren als Pflicht jedes aufrechten Demokraten. Zu diesem Zwecke müssen auch die Ladenschlußzeiten und andere Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung fallen. Es ist klar, daß die Sanierung der Wirtschaft der Hegemonialmacht auf Kosten der Arbeiter der Juniorpartner gehen wird. Damit sollte aber auch klar sein, daß der Konsens unter den »freien Marktwirtschaftlern« zerbrochen ist und daß der Prozeß der Desintegration der Weltwirtschaft schon begonnen hat. Er schreitet umso schneller fort, je lauter von den »gemeinsamen Interessen« der Industrieländer und der »Dritten Welt« geredet wird. Es gilt die Augen zu öffnen und dieses Auseinanderbrechen des zwangsintegrierten Weltmarkts nicht nur als Unglück, sondern als Chance zu begreifen, besonders für die Opfer dieser Integration, die Armen der Länder der »Dritten Welt«. Für sie kann der Zusammenbruch der herrschenden Weltwirtschaftsordnung nur gut sein, denn er würde ein Ende der ausbeuterischen, kreditgesteuerten Exportproduktion für die Übersatten und Überreichen in Europa, den USA und Japan bedeuten. Sie könnten ihr eigenes Land wieder für die Befriedigung ihrer eigenen Lebensbedürfnisse nutzen. Ihre Subsistenz- oder Überlebenssysteme würden nicht mehr dauernd durch Entwicklungsprojekte wie Staudämme, Grüne oder Weiße Revolutionen, Industrialisierung der Landwirtschaft und der tropischen Regenwälder und durch andere »Entwicklungsprojekte« bedroht.

Die Erkenntnis, daß die Krise des Weltwirtschaftssystems des weißen Mannes eine Chance für die Opfer dieses Ausbeutungssystems ist, ist verständlicherweise zuerst in den Kolonien formuliert worden, z. B. von dem »entprofessionalisierten Intellektuellen« Gustavo Esteva aus Mexiko. Er weist das Gerede von der »Entwicklung« als gefährlichen Mythos zurück, durch den der wahre Krieg gegen die Armen verschleiert würde. Für die Slumbewohner und die armen Bauern Mexikos sei die »Entwicklung« stets eine Bedrohung gewesen. »Wenn du in Mexiko-Stadt lebst, bist du entweder reich oder total abgestumpft, wenn du nicht bemerkst, daß Entwicklung stinkt... Die meisten Bauern sind sich bewußt, daß die Entwicklung ihre Subsistenz, die auf der Basis einer jahrhundertealten diversifizierten Anbauweise beruhte, unterminiert hat. Die Slumbewohner wissen, daß sie (die Entwicklung) ihre Fähigkeiten überflüssig und ihre Ausbildung nutzlos gemacht hat für die Jobs, die geschaffen wurden... die wirklich marginalisierten Gruppen wissen, wie es sich anfühlt, Stück um Stück in die Geldökonomie gestoßen zu werden«. Für alle diese Menschen bedeutet das Ende der Entwicklung die Chance ihrer Befreiung, die Chance, daß sie entweder ihre alten Überlebenssysteme erhalten oder neue wieder herstellen auf den Ruinen, die der Heißhunger des Kapitals zurückläßt.

Dieser hier gekürzte Text ist vollständig abgedruckt in: Altvater u.a.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988, 230 S., 22 Mark

1 Dies wurde in aller Deutlichkeit auf der von den Grünen und Alternativen im Europaparlament organisierten Tagung »von der Arbeitsgesellschaft zur Kulturgesellschaft« (Brüssel, 12.-14. Nov. 1987) ausgesprochen. Der »Aufstieg« der europäischen Arbeiter in die »Kulturgesellschaft« setzt eben den Fortbestand des Kapitalismus ebenso voraus wie die weitere Kolonisierung der Natur und der »Dritten Welt«.

2 Anderson, Perry, Fröbel, Heinrichs, Kreye: Politik des radikalen Realismus, in: »Das Argument« Nr. 148,1984, S. 831

3 Dies wird vor allem von der SPD zur Lösung der Schuldenkrise vorgeschlagen, vgl.: Deutscher Bundestag, Drucksache 11/826: Schuldenkrise der Dritten Welt.

Konkret 05/88, S. 35

Dieter Liehmann

Kongressomanie

Vom 27. bis 29. September treffen sich 10.000 Bankiers zur Jahreshauptversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Westberlin. Sie kommen nicht allein

Antiimps und Autonome denken über einen »neuen Imperialismus« nach und spannen den Bogen von den Hungerrevolten in den Ländern der »3. Welt« (»IWF-riots«) bis zu den »Leuten aus der Hafenstraße« und ins tiefe Kreuzberg. Grün-Alternative basteln an globalen alternativen Lösungen herum – ökologisch und sozial, versteht sich – , Naturschützer decken den ökologischen Raubbau in Amazonien und anderswo auf, »3. Welt«-Solidaritätsgruppen, hiesige Sektionen von Befreiungsbewegungen, linke Ökonomen und Kirchengruppen führen Schulungen und Veranstaltungen durch. Spätestens seit dem Fuldaer Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen im Mai letzten Jahres wird unter Grünen, Friedensbewegten, Soli-Gruppen, Kirchenkreisen, Umweltschützern und den Autonomen darüber gestritten, was dem offiziellen Finanzspektakel entgegengesetzt werden könnte.

Theoretisch ist sich das breite Spektrum zwar noch einigermaßen über die Rolle von IWF und Weltbank als Instrumentarien des internationalen Finanzkapitals zur Drangsalierung der »3. Welt«-Länder einig – aber da hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Während die Grünen Schuldenstreichungen verlangen, lehnen Autonome diese Forderung als »reformistisch« ab; andere halten diese Lösung *allein* für nicht ausreichend. Auch darüber, ob der IWF bzw. die geltende Weltwirtschaftsordnung »reformierbar« sei oder nicht, gehen die Meinungen weit auseinander.

Die praktischen Ziele einer ins Auge gefaßten breiten Anti-lWF/Weltbank-Kampagne sind bis heute ebenfalls umstritten und durch heilloses Durcheinander, ein Gerangel um Kompetenzen und Zuständigkeiten geprägt. Während die »Kongreßverhinderer« nur Kopfschütteln auslösen (die Kreuzberger Abriegelung schon vergessen?), sind IWF- und Weltbanktagung für die diversen übrigen Bewegungen zum neuen Kulminationspunkt ihrer Aktivitäten geworden: Die Bankiers sollen nicht mit Steinen, sondern mit großangelegter Gegen-Publicity ausgepunktet werden.

Gemäß der in der hiesigen Linken bekannten Maxime »Einheit in der Vielfalt« verständigte sich die zweite bundesweite Aktionskonferenz Ende Januar auf ein ganzes Bündel von Aktionen – angefangen bei Protesten vor den Bonner Ministerien für Finanzen und wirtschaftliche Zusammenarbeit im April aus Anlaß der Frühjahrstagungen von IWF/Weltbank in Washington, über Maßnahmen anläßlich der Jahreshauptversammlungen von Deutscher-, Dresdner- und Comerzbank zwischen dem 11. und 27. Mai, bis zum eigentlichen Höhepunkt der Kampagne: einer Triade aus »Gegenkongreß«, »Tribunal« und bundesweiter »Großdemonstration« vor und während der offiziellen Tagung in Westberlin.

Dieses »additive« Konzept ist maßgeblich von der Westberliner »Koordination« gesponsort worden, die sich das Heft vor Ort nicht vom bundesweiten »Arbeitsausschuß«, der aus der Aktionskonferenz hervorging, oder vom »Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen« (Buko) aus der Hand nehmen lassen wollte, weswegen die Bundesdeutschen – von den »Berlinern« wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt – auch etwas pikiert dreinschauten.

Demnach soll nun der »Gegenkongreß« vom 23. bis 25.9.88 (also vor der offiziellen Tagung) in Form von Veranstaltungen und Arbeitsgruppen nochmals die Kritiken an der IWF/Weltbank-Politik bündeln und Lösungen diskutieren. Thematisch sind dabei die hiesigen »Bewegungs«vertreterInnen ebenso repräsentiert wie Wissenschaftler, Gewerkschafter und Befreiungsbewegungen aus Ländern der »3. Welt«. Diverse »Promi-Listen« geistern durch die Bündniszusammenhänge – der »Gegenkongreß« soll mit angesehenen Persönlichkeiten gewürzt werden.

Das »Tribunal« findet parallel zur offiziellen Tagung zwischen dem 26. und 30. September unter der Federführung der italienischen Lelio-Basso-Gesellschaft, einer Art Russel-Tribunal für unterdrückte Völker, statt. Auf diesem »Permanent Peoples Tribunal« wird eine von lateinamerikanischen JuristInnen verfaßte Anklageschrift verlesen, Betroffene und Sachverständige sollen zu Wort kommen, und schließlich wird durch eine Jury international bekannter Persönlichkeiten ein abschließendes Urteil gefällt.

Die »Großdemonstration« soll nach Meinung der Westberliner Alternativen an einem Sonntag (25.9.88), eingebettet in den »Gegenkongreß«, stattfinden, während der Buko gemäß seiner bundesweiten Orientierung für den Samstag plädiert.

Aber halt! Weder berlin- noch bundesweit herrscht Klarheit über die Finanzierung des Gesamtprojekts, und die dritte Bundesaktionskonferenz am 23./24. April in Westberlin muß die »Triade« noch absegnen, wobei sich an der Demo-Frage die Geister scheiden werden. Einige Naturschützer haben bereits abgewinkt, und aus unterschiedlichen Motiven lehnen Jusos und Autonome mit Hinweis auf »dezentrale« Aktionen eine Großdemonstration überhaupt ab. Die »Berliner« haben noch den 12. Juni 1987 vor Augen, als anläßlich des Besuchs des US-Präsidenten die Polizei Demonstranten einkesselte und verprügelte und der gesamte

Stadtteil Kreuzberg hermetisch abgeriegelt wurde. Was wird wohl erst an Staats- und Polizeimacht aufgefahren, um nicht einen Mann, sondern 10.000 Bankiers zu »schützen«?. . .

Die Westberliner Koordination befürchtet ein generelles Demonstrationsverbot für die Dauer der offiziellen Tagung. In der Tat wird die Öffentlichkeit propagandistisch bereits darauf vorbereitet – schließlich sei der IWF das »neue Reizthema« der »links-extremistischen und linksterroristischen Szene«, verkündete beispielsweise der Stuttgarter Verfassungsschutzleiter der »Welt«. Und da die RAF derzeit nichts von sich hören lasse, schmiede sie bestimmt allerlei Pläne – »mit Anschlägen sei zu rechnen«. Schon jetzt mußten die »Gegenkongreß«und »Tribunal«-Veranstalter zur Kenntnis nehmen, daß ihnen Räumlichkeiten an der Freien und Technischen Universität wegen angeblicher »personaltechnischer Schwierigkeiten« (TU-Präsident) nicht zur Verfügung gestellt werden würden.

Im übrigen ist die ideologische Gegenoffensive des Staatsapparates längst angelaufen: Das Entwicklungshilfeministerium hat 120.000 DM für eine Pro-IWF- und Weltbank-Kampagne zur Verfügung gestellt, und der Berliner Senat hat die Kirchen davor gewarnt, während der offiziellen Tagung an Gegenaktivitäten teilzunehmen. Prompt wollen die Kirchen nun bereits Ende August ein »ökumenisches Hearing« mit Vertretern des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen durchführen, das konzeptionell durchaus dem »Tribunal« ähnelt.

Auch der Westberliner »tageszeitung« wird vorgeworfen, als rechte Hand des europäischen Pressesprechers der Weltbank fungiert zu haben, was diese eifrig dementierte. Am 19.2.88 hatte die »linksradikale«, aber vor allem »unabhängige« Zeitung ihr interessiertes Publikum mit dem Konzept eines eigenen Hearings bekanntgemacht. Am 8. Mai wollte sie ein Symposium mit Vertretern der Weltbank und ihren nationalen wie internationalen Kritikern durchführen. Diese – auch innerhalb der »taz« umstrittene – Dialogstrategie stieß nicht nur bei den Westberliner Autonomen auf wenig Gegenliebe. Die Westberliner »Koordination« und der »Arbeitsausschuß« äußerten ebenfalls ihr Befremden über das sehr eigenmächtige Vorpreschen der »taz«lerInnen, die sich bei den Vorbereitungen der sonstigen Gegenaktivitäten nie blicken ließen. Die »taz« mußte schließlich ihren Kongreß absagen. Dafür plant nun das Berliner »Bildungsaktionszentrum« (BAZ) eine Woche vor dem eigentlichen »Gegenkongreß« einen eigenen, auf dem vor allem VertreterInnen von Befreiungsbewegungen zu Wort kommen sollen. Die Kongresse tanzen – mit und ohne Auflagen.

Konkret 05/88, S. 36

Theo Christiansen; Detlef zum Winkel

Transit Frankfurt

Mehr als 10.000 Anträge auf Asyl wurden 1987 allein im Frankfurter Flughafen gestellt. Die Behörden haben sich allerlei einfallen lassen, wie man die heilige deutsche Erde davor schützt, von Kanaken betreten zu werden

Zur Zeit ist der Frankfurter Flughafen eine der besseren Adressen für Flüchtlinge und Fluchtorganisationen. Im letzten Jahr wurden dort 10.156 Anträge auf Asyl in der Bundesrepublik gestellt. Die Vorjahreszahlen zeigen die Entwicklung: von 633 (1983) über 2.561 (1985) bis 4.728 (1986). 1987 kamen 60 Prozent der Antragsteller aus der Türkei, darunter vor allem Kurden. Es folgen Flüchtlinge aus Iran, Irak, Sri Lanka, Indien, Äthiopien, Afghanistan, Pakistan. Schon die geografische Verteilung macht deutlich, wie demagogisch die Rede von den »Wirtschaftsasylanten« ist. Sie kommen aus politischen und militärischen Krisenregionen, sie waren nationaler Unterdrückung (Kurden, Tamilen, Erithreer, Sikhs), religiös motivierter Verfolgung oder dem Krieg (Iran, Irak, Afghanistan) ausgesetzt.

Der starke Anstieg der Frankfurter Zahlen von 1986 auf 1987 markiert keine »Asylantenflut«, sondern hat eine einfache innerdeutscheUrsache. Im Herbst 1986 wurde der Weg über Berlin geschlossen. Bis dahin waren viele Flüchtlinge in Schönefeld gelandet, um von dort per Bus nach Westberlin zu fahren. Seitdem haben sich die DDR-Grenzbehörden auf Bonner Druck bereit erklärt, nur noch diejenigen in den Transit-Bus zu lassen, die ein BRD-Visum vorzeigen können. Die monatlichen Zahlen der Asylsuchenden, die via Berlin/DDR einreisten, gingen auf ein Zehntel zurück. Wie soll man auch da, wo man verfolgt wird, in einer westdeutschen Botschaft ordnungsgemäß ein Einreisevisum beantragen – bei mehrmonatiger Wartezeit und dem Risiko, daß die Botschaft beim einheimischen Geheimdienst Erkundungen anstellt? Die Handschrift verrät die Absicht: Es ist evident, daß nur Menschen, die *nicht* politisch verfolgt werden, in der Lage wären, diesen Weg zu beschreiten. Der Visum-Zwang richtet sich gerade nicht gegen den angeblichen Mißbrauch des Asylrechts – das Recht selbst wird bekämpft und damit die eigene Verfassung.

Transit Frankfurt, Halle B/Abflug. Duty-free shops, Snackbars, Boutiquen, Bankschalter, Kunstleder, Messing, Glas. Hast der Abreisenden und Leerlauf der Wartenden. Permanente Präsenz irgendwelcher Informationen, irgendwelcher Menschen, irgendwelcher Geräusche, die absolut lästig sind, wenn sie einen nicht persönlich betreffen. Überheizte Luft und kein Fenster, das man mal aufreißen könnte. Die scheinbare Bedeutung all dieser nebensächlichen Vorgänge – wann geht die Maschine, wo ist das Gate, hat man nichts vergessen, kauft man etwas ein? – nimmt die Leute gefangen, und niemand würde von allein den zwei Meter hohen Verschlag aus weißen Plastikwänden bemerken, der hinter eine Geschenkboutique gequetscht ist und einen vielleicht fünfzig Quadratmeter großen Raum abgrenzt. Durch einen schmalen Gang tritt man ein, und es riecht nach Kantine. Organisiert vom evangelischen Sozialdienst bekommen hier bis zu zweihundert Flüchtlinge dreimal täglich eine Mahlzeit. An diesem Tag die hessische Rindswurst auf Plastikgeschirr, aber manche trauen dem nicht und begnügen sich mit Reis. Zusammen mit einem Dolmetscher sitzen wir bei einer Gruppe von Iranern, Frauen und Männer im Alter zwischen zwanzig und dreißig, am Vortag mit einem Direktflug der Turkish Airlines angekommen.

Der Bundesgrenzschutz habe sie nicht unanständig behandelt, meint der eine. Immerhin seien sie mit falschen Papieren angekommen, und da sei die Prozedur, der sie sich jetzt unterziehen müßten, nur natürlich. Wenn sie gut geht, heißt das: nach dem Verlassen des Gates den Transitbereich passieren und bei der Paßkontrolle Asyl beantragen; in einem speziellen Raum dem BGS ein sog. Erstinterview geben; dann im Transit warten, manchmal bis zu neun Tage, während die Behörden die gemachten Angaben und die »Berechtigung« des Asylwunsches prüfen. Verläuft diese erste behördliche Untersuchung positiv, wird man per Bus nach Schwalbach in die »hessische Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge« (HGU) gebracht. Dort wird nach einem Länderschlüssel die Aufteilung in verschiedene »Gemeinschaftsunterkünfte« vorgenommen. Dann monatelanges Warten auf die eigentliche Entscheidung über den Asylantrag. Schließlich fünf Jahre ohne Arbeitserlaubnis. Weitere Unterbringung in »Gemeinschaftsunterkünften«. Wenn alles gutgeht.. .

Aber weder in München noch in Stuttgart, Düsseldorf oder Hamburg, sondern nur noch in Frankfurt kann es so laufen. Anfang 1987 erließ die rechte Koalition – das Wort liberal wäre in diesem Zusammenhang völlig verfehlt – ein »Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher Vorschriften«. Unter Zimmermanns Regie wurden insbesondere drei Verschärfungen vorgenommen. Früher hatten die Behörden ein Asylgesuch nur dann ablehnen können, wenn der Flüchtling bereits »in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hat«. Umfaßte dieser Verfolgungsschutz noch ein gesichertes Aufenthaltsrecht und die Garantie einer menschenwürdigen Existenz, so wird heute nur noch die Sicherheit vor einer Abschiebung ins Heimatland vorausgesetzt. Führt eine Fluchtroute, beispielsweise aus Sri Lanka, zunächst nach Indien und gibt es auf dem Flug zu einem westdeutschen Ziel noch eine Zwischenlandung, etwa in Rom oder Zürich, so ist das bereits ein doppelter Ablehnungsgrund. Denn nach dem neuen Gesetz wäre der tamilische Flüchtling sowohl in Indien als auch in den europäischen Städten schon »in Sicherheit« gewesen. So kommt es dazu, daß Flüchtlinge endlos zwischen verschiedenen westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern hin und her geschoben werden, wo sie jeweils in Abschiebehaft sitzen.

Wegen der Aussichtslosigkeit, das vorgeschriebene Einreisevisum zu bekommen, ist es eine vielgeübte Praxis, bei Zwischenlandungen auszusteigen. Deshalb schreiben die neuen Regelungen für Fluggäste aus »flüchtlingsverdächtigen« Staaten Transitvisa für eine Zwischenlandung in der BRD vor. Mit niederbayerischer Beamtenschläue hat das Haus Zimmermann für die Effizienz dieser Vorschrift gesorgt: Fluggesellschaften, die Passagiere ohne gültiges Visum in die BRD bringen, haben eine Rückbeförderungspflicht, müssen zweitens 2.000 Mark »Bearbeitungsgebühr« an die Behörden zahlen und können drittens mit einem Bußgeld bis zu 20.000 Mark belegt werden. Ging es dem Innenminister anfangs darum, Möglichkeiten zu schaffen, um Flüchtlinge direkt an der Grenze zurückzuschicken, so versucht man inzwischen, sie gar nicht erst so weit kommen zu lassen: Hier sind es DDR-Polizisten, da Fluggesellschaften, die das schmutzige Geschäft für die Bundesrepublik Deutschland verrichten sollen.

Das Nadelöhr wird immer enger, und die nächste Restriktion ist schon in Sicht. Wenn die EG-Länder ihre Asylverfahren vereinheitlichen, wird es zu einer Nivellierung auf dem schlechtesten Niveau kommen. Nach dem Vorbild von Interpol soll es eine übernationale Flüchtlingsbehörde geben und natürlich ein Computersystem, das dazu dient, jemanden, der vielleicht in London schon einmal vergeblich Asyl begehrte, auch in Hannover, Amsterdam und Brüssel ohne weiteres Verfahren zurückzuweisen. In Frankfurt jedoch war jede rechtliche Anrufung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden oder der nächst höheren Instanz in Kassel gegen das neue Gesetz erfolgreich. Das BMI zog die Konsequenz und setzte den entscheidenden Paragraph 9 am 8.5 .87 für Hessen bis auf weiteres außer Kraft. Deshalb ist der Rhein/Main Flughafen – noch – eine gute Adresse.

Ein dreiundzwanzigjähriger Iraner schildert seine Flucht durchs Gebirge in der Türkei. Mehrere Wochen hat er gebraucht, um sich zu Fuß von einem Dorf ins nächste durchzuschlagen. Er hatte Militärdienst geleistet, befürchtete aber, jederzeit wieder von der Straße weg zwangsrekrutiert zu werden. Ohne den Nachweis der Kriegseinsätze bekommt man, wie er berichtet, im Iran weder Arbeit noch kann man studieren. Ein anderer aus der Gruppe war neun Monate im Gefängnis gewesen. Er weiß nicht, warum er eingesperrt wurde, und genauso wenig, warum er wieder freikam. Wichtiger, als davon zu erzählen, scheint ihm zu sein, Pathos zu vermeiden. Andere müßten viel Schlimmeres durchmachen. »Ich weiß nicht, in was für ein Land ich komme, aber ich weiß vieles über das Land, aus dem ich fort bin – es war die Hölle«, übersetzt der Dolmetscher.

»Achtung, Achtung, es folgt ein Sicherheitshinweis: Lassen Sie Ihr Gepäck nicht unbeaufsichtigt stehen!« Ein Fluggast soll sich bei der Airline einfinden und eine Familie am Informationsstand. Der leitende Angestellte sucht in der Boutique nach einem Geschenk für die Gemahlin, und der Inhaber des Ladens klagt auf Mietminderung. Die Anwesenheit der »Asylanten« schädige das Geschäft, weil die Kauflust beeinträchtigt wird. Daß das Humane in dem improvisierten Plastikverschlag wohnt, den der offizielle Flughafen nicht sehen will, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Die Flüchtlinge sind kein Häufchen Elend und schon gar kein elendes Häufchen wie der Boutiquenidiot. Sie sind froh, es bis hierhin geschafft zu haben. Jede neue Station, die sie auf ihrer Odyssee erreichen, bedeutet die Freiheit *von* etwas Schrecklichem. Und auf jeder neuen Station wissen sie, daß der ganze Weg zur Freiheit *für* etwas Besseres noch vor ihnen liegt. Aber das erste ist entscheidend. Diejenigen, die Angehörige in der BRD haben, können sich verabreden und ihnen am Durchgang »Nur für Personal« über eine Distanz von dreißig Metern zuwinken. Näherkommen verboten. Nur Kinder rennen gelegentlich einfach durch die Kontrollstelle durch, bevor jemand etwas merkt.

Es ist von böser Absurdität: Wer den Transit einmal erreicht hat, mußte keine besondere Anstrengung vollbringen. Er oder sie hat einfach ein paar Schritte zurückgelegt. Und doch ahnen oder wissen die Leute, wie entscheidend diese paar Meter vom Flugzeug in die Halle gewesen sind. »Asyl, Asyl«, rief einmal ein Flüchtling. Die Grenzer verstanden ihn »falsch« und setzten ihn in eine Maschine nach Oslo. Vor dem Amtsgericht Ansbach sagten vor kurzem zwei BGS-Beamte aus, sie hätten »zu keiner Zeit« die Asylrufe zweier pakistanischer Familien in München gehört, als sie unmittelbar an der Flugzeugtür eine erste Paßkontrolle durchführten. Die Betroffenen, die nach Damaskus zurückgeschoben wurden, gaben über Anwälte in der BRD eine ganz andere Darstellung: Sie seien trotz Behinderung durch das Flugpersonal zur Flugzeugtür vorgedrungen, wo ihnen zwei Polizisten den Weg versperrten. Sie hätten auf deutsch »Asyl« gerufen und den Beamten ihre Pässe gegeben. Diese hätten sie jedoch nicht aus dem Flugzeug gelassen, sondern die Papiere dem syrischen Personal überreicht. Das Gericht glaubte ihnen nicht und lehnte ihren Antrag ab, in die BRD einreisen zu können.

Tausend Tricks praktizieren die Grenzbehörden, um den Transitbereich gegen Flüchtlinge zu schließen. Diejenigen, die es glücklich geschafft haben, können (oder wollen) davon natürlich nicht berichten, und diejenigen, die abgewiesen wurden, haben nur in den seltensten Fällen Angehörige oder Bekannte in der BRD, denen sie ihre Erfahrungen übermitteln können. Und ob sie dann Verbreitung finden, ist noch einmal eine andere Frage. Bei »flüchtlingsverdächtigen« Flügen (Fluggesellschaften der Balkanländer, der Türkei und des Libanon) erscheint der Bundesgrenzschutz zu einer Vorkontrolle direkt an der Flugzeugtür. Diesen Ort definiert die Zimmermannsche Rechtsauffassung als eine Art Niemandsland: Das Flugzeug gilt noch als Territorium des Eignerlandes, während die heilige deutsche Erde, auf welcher man mit beiden Füßen stehen muß, um verfassungswirksam Asyl fordern zu können, juristisch erst im Transit beginnt. In dem beweglichen Finger, der an die Maschine herangefahren wird, regiert das Faustrecht. Hier geschieht es immer häufiger, daß Flüchtlinge ohne Anhörung und gegebenenfalls auch mit physischer Gewalt am Verlassen des Flugzeugs gehindert werden.

Auch ist es schon vorgekommen, daß die Beamten nach einem Blick ins Flugzeug Desinfektionsmaßnahmen anordneten. Während einer solchen mehrstündigen Prozedur müssen alle Passagiere in der Maschine bleiben: Anschlußflüge werden verpaßt, der Flugplan der betroffenen Airline gerät durcheinander, die Anlegegebühren schnellen in die Höhe. Kostspielige, empfindliche Folgen für kleinere Gesellschaften wie die Balkan-Bulgarian-Airlines, die rumänische Tarom oder die libanesische Middle East Airlines. Es geht auch noch direkter. Nachdem die Middle East vor kurzem mehrmals Gruppen jugendlicher Flüchtlinge nach Frankfurt brachte, drohte ihr das Bonner Innenministerium mit der Verweigerung der Landerechte. Immerhin: Gegen den Druck auf die Fluggesellschaften, quasi polizeiliche Maßnahmen durchzuführen, rumort es bei Lufthansa-Angestellten. Piloten pochen auf ein Weigerungsrecht, abgeschobene Flüchtlinge gegen ihren Willen zu transportieren. Mit Unterstützung der ÖTV wurde eine Feststellungsklage eingereicht, mit der sich die Beschäftigten bescheinigen lassen wollen, daß sie zur Beteiligung an Abschiebungen nicht verpflichtet werden können.

Von der Eingangshalle des Rhein/Main-Flughafens erreicht man den Transitbereich über zwei lange parallele Gänge mit Laufbändern. Am Ende folgen zwei Kontrollen hintereinander, erst die Flugscheine, dann die Ausweise. Wir stehen in der Schlange. Rechts von der Absperrung steht eine zweieinhalb Meter hohe Zwischenwand. Über die Oberkante dieser Wand greift ein kleiner Arm, der zu einem schwarzlockigen Kinderkopf gehört. Von diesem seltsamen Posten aus beobachtet die Kleine völlig unbemerkt die Beamtenschaft bei ihrer Arbeit. Hinter der Wand ist ein Schlafraum für Frauen und Kinder mit zwölf doppelstöckigen Betten improvisiert. Auf einem der oberen Betten steht das interessierte Kind. Nicht nur daß dieser nach oben offene Raum immer hell und immer laut ist, denn ab drei Uhr nachts kommen die Reinigungstrupps – er grenzt auch noch an das BGS-Büro, in das die Flüchtlinge zum Erstinterview gerufen werden.

Vor diesem Schlafraum werden wir einigen Kurden vorgestellt. Auch sie sprechen mit großer Zurückhaltung von ihrer persönlichen Situation, obwohl sie doch daran interessiert sein müßten, ihr Leid in den Vordergrund zu stellen. Man muß also nachfragen. Sind Sie gefoltert worden? Zwei, drei Männer, die bisher schweigend dabeigestanden haben, mischen sich ein. Sie wechseln ein paar Worte. Der Dolmetscher übersetzt: »Hier ist jeder schon geschlagen worden.« Einer berichtet von Mißhandlungen mit kaltem Wasser, Aufhängen an den Armen, Elektroschocks. Ein paar verfettete Touristen schieben ihren Gepäckwagen vorbei. Man hat die nächste Frage vergessen.

Der Schlafraum, der Eßraum, die Betten da, die Liegen dort, das Einkaufen, Transportieren und Austeilen der Mahlzeiten, die Sorge um das Gepäck der Flüchtlinge, das nur einmal am Tag, jeweils morgens, abgeholt werden kann, die Organisierung von Dolmetschern, die im Unterschied zu ihren vom BGS engagierten Kollegen ehrenamtlich arbeiten, das Besorgen von Decken, Handtüchern, Seife und Windeln, Informationsübermittlung nach draußen, Benachrichtigung von Rechtsanwälten, wenn Abschiebungen drohen, zum Flugzeug Gehen, wenn Flüchtlinge angekündigt worden sind... – das ist die Arbeit des Flughafensozialdiensts. 1975 hatte die Flughafen AG (FAG) noch an eher traditionelle diakonische Einrichtungen gedacht, als sie den beiden kirchlichen Diensten, Seelsorge und Sozialdienst, Büroräume in Halle B zur Verfügung stellte und ihnen den ungehinderten Zutritt zu den Flugsteigen ermöglichte.

Mit dem Ansteigen der Flüchtlingszahlen einerseits und den immer rigideren Gegenmaßnahmen der Behörden andererseits wurden die täglichen Verrichtungen und im Grunde schon die Präsenz des Sozialdienstes mit seinen vier hauptamtlichen und vierzig weiteren MitarbeiterInnen brisant. Es kann entscheidend sein, ob an einer Maschine, mit der Flüchtlinge ankommen, nicht nur der BGS wartet, sondern auch Leute, die ihm über die Schultern schauen und notfalls eine begrenzte Öffentlichkeit herstellen können. Es kann entscheidend sein, ob der Sozialdienst von einer bevorstehenden Abschiebung auf Rhein-Main erfährt, um im letzten Moment noch rechtliche Schritte einzuleiten.

Entsprechend werden sie von den mehr oder weniger offenen Rassisten angefeindet. »Das Kanakenfutter wird serviert«, ist einer der Sprüche von Bundesgrenzschützern, mit denen sich die SozialarbeiterInnen beinahe schon resigniert abgefunden haben. An anderer Stelle wird mit kalter Berechnung nach Alternativen gesucht: Im Zuge der Erweiterungs- und Umbauten der FAG denkt man daran, die Flüchtlinge aus den »menschenunwürdigen Zuständen« im Transit herauszuholen, um eine spezielle Auffangstelle in einem anderen Gebäudekomplex (Bereich C) zu schaffen. Modell Amsterdam: Dort gibt es auf dem Vorfeld ein separates Gebäude für Asylsuchende, aber keine Öffentlichkeit und keinen freien Zutritt für eine unabhängige Institution. Man bietet bessere Unterbringung und schneidet den Kontakt zur Außenwelt ab. Dann sind die Flüchtlinge der Willkür einer asylfeindlichen Regierungspolitik überlassen.

Der status quo in Frankfurt ist beschämend für ein Land, wo das Recht auf Asyl immerhin im Grundgesetz verankert ist. Und er ist gleichzeitig das deutlich kleinere Übel unter den Umständen, die die herrschende Politik gesetzt hat. Wegen des internationalen Images, das dieser Flughafen braucht, können die Rasssisten nicht, wie sie wollen. Es sind einfach immer zuviele Zeugen da.

Der Bus nach Schwalbach ist gekommen, ungefähr fünfzig Flüchtlinge konnten den Ort ihrer letzten Tage und Nächte verlassen. In einer langen Reihe haben sie das Terminal durchquert, gefolgt von zwei BGS-Männern mit Maschinenpistole und Funkgerät. Aber vielleicht haben die nur einen besonders wichtigen Fluggast begleitet, der zufällig den gleichen Weg hatte. Hinter den Busfenstern winken die Kinder den Leuten vom Sozialdienst zu. Sie wissen noch nicht, was eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende ist.

Konkret 05/88, S. 42

Oliver Tolmein

Linke Bullen

Sie lesen Seyfried, solidarisieren sich mit der Hafenstraße, demonstrieren gegen die WAA. Aber wenn der Einsatzbefehl kommt, müssen sie ihre Mützen aufsetzen. Und Räumungspläne verraten sie auch nicht. Kritische Polizisten: ein staatsgewaltiger Widerspruch

Gewöhnlich ist in Bayern nichts. Selbst scheinbar Unverdächtiges gerät, wie von selbst, spektakulär und wirkt sofort exotisch: ein Sonntagsgottesdienst, Polizisten bei einer Demonstration.

Es ist bitterkalt. Das Gelände für die geplante Wiederaufbereitungsanlage trutzt wie eine postmoderne Ritterburg auch noch dem harmlosesten Oberpfälzer – die wehrhaften Sägefische haben gegen die ausgefeilte Stahlverstrebungstechnik und den kunstvollen Stacheldrahtverhau schon lange keine Chance mehr. Ins Jenseits des Bauzauns dringen nur noch die Choräle – »Fürchte dich nicht« – und vielleicht ein Gebet. Denn Beten ist »in« im Widerstand. Vor den regelmäßig stattfindenden Sonntagsspaziergang hat die theologische Fachschaft aus dem nahen Erlangen den Gottesdienst gestellt. Obs stürmt oder schneit, ob die Sonne lacht oder – wie an diesem 21.2. – alles zusammen: Vor dem überlebensgroßen Jesus, dem Marterl, stehen knapp dreihundert Leute still. Wem innerlich nicht warm genug wird, kann an den nahen Ständen einen Kaffee bekommen – gegen eine Spende, denn verkaufen dürfen die Oberpfälzer nichts. Sie dürfen im Umfeld des WAA-Geländes auch nicht demonstrieren – deswegen spazieren sie eben.

»Punsch für unsere Gäste von der Polizei« prangt diesen Sonntag ein Schild vor einem der drei Stände. Keine bittere Ironie – freundlicher Ernst. Die Oberpfälzer haben seit Freitagabend Besuch: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten hat sich, überwiegend aus dem hohen Norden, auf den Weg gemacht, um ihr zweites Bundestreffen stilecht im Grünen abzuhalten. »Die sind überflüssig wie ein Kropf«, hat der bayerische Innenminister die vierzig Gäste über die Medien begrüßt, »Polizisten sind an sich kritisch«. Ein paar Autonome draußen am Bauzaun denken mit anderen Worten ähnliches: »Kritische Polizisten – das ist doch ein Widerspruch in sich.«

Die recht kleine Masse der SonntagsspaziergängerInnen sieht das weniger philosophisch: Ihnen sind die Gäste erstmal willkommene UnterstützerInnen. »Seid ihr von der Polizei?«, werden zwei Anorakträger am Punschstand gefragt. »Um Gottes willen, nein«, die beiden sind auch beruflich Zivilisten. »Macht nichts, ihr könnt trotzdem einen Punsch haben.« Die Oberpfälzer sind wirklich sehr gastfreundlich. »Der sieht aus wie ein Zivi«, murmelt eine ältere WAA-Gegnerin einer anderen zu und deutet auf einen Vierzigjährigen, der mit Jeanshose, Jeansjacke, Turnschuhen und einem »Atomkraft – Nein Danke«-Sticker tatsächlich so aussieht, wie man sich einen Zivilbeamten vorzustellen hat: bemüht angepaßt. Kurz darauf befindet sich die verdächtige Gestalt in herzlichem Gespräch mit dem SPD-Landrat Schuirer: Polizist in Zivil ist er schon, aber eben ein kritischer. Da fassen die Oberpfälzer schnell Vertrauen – endlich jemand, dem sie ihr Leid mit der Polizei klagen können. »Da, wo ihr jetzt nichts seht«, eine Oberpfälzerin deutet Richtung Wald, »da sind sonst jeden Sonntag ein paar Hundertschaften Polizei«.

Die geradezu demonstrative Abwesenheit der regulären Ordnungskräfte erbost die SonntagsspaziergängerInnen am meisten. Statt einem Flecken Polizeistaat erleben die Angereisten am Sonntag nur ein zerstörtes Naturgebiet – und eine andere bayerische Besonderheit: Diskussionspolizisten. Inmitten eines dichten Knäuels von Menschen stehen, bar jeder Waffe und mit einem knappen Stoffkäppi, drei Mustereinsatzbeamte. »Aber daß dort Chaoten mit Steinen geworfen haben, haben sie doch eben selber zugegeben« – Herr Bühler (die Diskussionsbeamten sind selbstverständlich mit Namensschildern ausgestattet) ist so leicht nicht in Verlegenheit zu bringen: die neuen Unterstützungskommandos von Staatssekretär Gauweiler, die Übergriffe der westberliner Ex-Sondereinheit an Karneval, die friedliche Nutzung der Atomenergie und die fehlenden Namensschilder bei seinen helmbewehrten und bewaffneten Kollegen – ihm fällt zu allem ein Argument ein, und zeigt das keine Wirkung, wird es eben wiederholt, zweimal, dreimal. Wiederaufbereitungsanlage.

Bühler kennt auch seine Grenzen: Als die kritischen Polizisten auftauchen und sich zu erkennen geben, tritt der alles rechtfertigende Beamte behutsam aber entschieden den Rückzug an. Nestbeschmutzer fallen in das Ressort eines anderen Kollegen. Auf der Pressekonferenz, die die kritischen Polizisten abhalten, schreibt er kräftig mit. Er gehört auch zu denen ohne Namen – er hat nur eine vorgesetzte Dienststelle: die Oberpfälzer Bezirksregierung. »Das mußte ich mir als Polizist erstmal reinziehen, was hier möglich ist«, klärt ein Hamburger Polizeikommissar die anwesenden Journalisten auf: Die Amberger Polizei habe den Kollegen dort geschickt, um ihr Treffen zu überwachen. Von ihrer nicht-öffentlichen Vereinssitzung haben sie ihn ausgeschlossen – zur Pressekonferenz wurde er eingeladen. Als der Hamburger Polizeikommissar den Journalisten kundtut: »Was mich verwundert, ist, daß privater Großbesitz wie die WAA dermaßen unter dem Schutz der Polizei steht«, flitzt der Kuli hektisch über den Block. Steno hat der Überwachungsbeamte nicht gelernt.

Drei Wochen später berichtet Holger Jänicke, der Polizeikommissar aus Hamburg, seinen Kollegen, die nicht dabei sein konnten, vom Treffen in Schwandorf. Zwanzig Hamburger Polizisten sitzen dichtgedrängt im Gemeindehaus der Friedenskirche in St. Pauli. Jänicke ist immer noch empört über seine Erlebnisse. Samstagnacht, erzählt er, seien sie zu siebt ans WAA-Gelände gefahren. Plötzlich habe eine Wanne sie gestoppt und eine Personenüberprüfung vorgenommen, »einfach so«. Auf die Frage nach der Rechtsgrundlage sei ihnen ein knappes »Paragraph 12 Polizeiaufgabengesetz« geantwortet worden, und als sie die Dienstnummern der überprüfenden Polizisten erfahren wollten, hätten sie gar keine Auskunft bekommen. »Mit sowas habe ich nicht gerechnet«, wirft Manfred Mahr, Polizeioberkommissar ein, »aber am Sonntag sind die bayerischen Kollegen mit einem Bulli an der Straße entlanggefahren und haben alle Kennzeichen der dort parkenden Kraftfahrzeuge erfaßt, das finde ich einen ungeheuren Skandal.«

Das Vertrauen der kritischen Polizisten in den Rechtsstaat ist angeknackst – aber nicht gebrochen. »Wir wollen die Polizei von innen und von außen reformieren«, heißt das offizielle Credo der mittlerweile 160 Polizisten, die vor allem in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg aktiv sind. Nach dem offiziellen Treffen in der Stammkneipe klingt das nicht ganz so selbstbewußt: »Eine reale Chance, innerhalb der Polizei groß was zu verändern, sehe ich nicht«, meint einer, und manche nicken zustimmend. Aber noch setzt er auf die Wirkung von Öffentlichkeit und Druck von außen. Und die Resonanz, die die neue Polizeigruppierung seit ihrer Gründung nach dem Hamburger Kessel am 8. Juni 1986 gefunden hat, ist tatsächlich groß. Zwei dicke Leitz-Ordner voller Zeitungsausschnitte liegen beim Treffen in Hamburg auf dem Tisch. Mitterweile ist es sicher ein gutes Dutzend mehr. Als die Gruppe beschließt, ihre lockeren Treffen in einen Vereinsrahmen zu pressen, ist das sogar der »Bild« eine Notiz wert. Von überall kommen Einladungen: Der Bedarf nach »guten« Polizisten ist groß. Friedensinitiativen im ganzen Land, kirchliche Gruppen, Evangelische Akademien und katholische Gesprächskreise, kritische Polizeiforscher und liberale Grüne – alle wollen mit ihnen ins Gespräch kommen.

Und die Beamten weiten ihr Themenspektrum kontinuierlich aus: Sicherheitsgesetze, Hafenstraße, Polizeikritik, Abrüstung und Polizei im Faschismus sind Themen, mit denen sie sich beschäftigt haben. »Die Veranstaltungen und Diskussionen mit den Gruppen sind fast immer Heimspiele«, sagt Polizeiobermeister Reinhard Borchers, der sich manchmal wünscht, mehr gefordert und kritisiert zu werden: »Wir müssen unsere Positionen selbst noch entwickeln.« Damit sind weniger die anstehenden Gesetzesverschärfungen gemeint: Denen haben die kritischen Polizisten auf ihrem letzten Bundestreffen eine scharfe Absage erteilt. Vor allem die Gesetze zur Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten lehnen sie ab – meinen doch einige von ihnen, daß der Verfassungsschutz in dieser Form ganz abgeschafft gehört.

Schwerer tun sie sich, als sie nach den Verhaftungen von Ursula Penselin und Ingrid Strobl gefragt werden. »Wenn das, was in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, alles ist, was das BKA in der Hand hat, dann ist es ein ungeheurer Skandal, daß die im Knast sitzen«, findet Manfred Mahr und schränkt gleich wieder ein: »Aber wir wissen ja, daß das BKA oft nicht alles sagt.«

Das einzige Mitglied das über bessere Kenntnisse verfügt hätte, ist mittlerweile wieder ausgetreten: Ein Polizeirat der Abteilung Terrorismus beim BKA in Meckenheim schickte nach wenigen Treffen einen kurzen Brief. Er fühle sich der Gruppe zwar verbunden, könne aber nicht mehr mitarbeiten. »Die Beamten im höheren Dienst können noch was werden, aber natürlich nicht, wenn sie bei uns sind«, erklärt sich einer den raschen Rückzug dieses bislang einzigen Mitglieds aus den höheren Besoldungsgruppen.

Wie verhält sich ein kritischer Polizist bei einer Großfahndung? Die Frage löst Ratlosigkeit aus. Auch ein kritischer Polizist ist schließlich ein Polizist – und eine Fahndung ist eben kein Polizeiübergriff auf einer Demonstration. Wie finden kritische Polizisten, daß Ingrid Strobl von der Freundin eines K-14 Beamten gewarnt wurde? »Wenn ich höre, da läuft was, irgend eine Überwachung, dann muß ich den Mund halten, es kann ja sein, daß an der Geschichte was dran ist«, meint einer. »So Gedankenspiele sind riskant«, warnt Mahr. »Als die Hafenstraßen-Auseinandersetzungen am Kochen waren«, berichtet Reinhard Borchers, der in der Hamburger Einsatz-Zentrale Dienst tut und dadurch einen guten Überblick hat, »hieß es, ich hätte Einsatzpläne nach draußen gegeben. Aber sowas mach ich nicht.« Kritische Polizisten sind nicht illoyal.

»In allen Beamtengesetzen haben die Gesetzgeber den Beamten die Pflicht auferlegt, dienstliche Anordnungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen (Remonstrationspflicht)... Nur selbstbewußte und in ihrem Demokratieverständnis bestärkte Persönlichkeiten sind in der Lage, das zu leisten. Darüber hinaus fordern wir eine Erweiterung der Remonstrationspflicht zum Recht des Beamten, in existentiellen Gewissensfragen Diensthandlungen abzulehnen«, heißt es in einem Beschluß der bundesweiten Gruppe, der das Dilemma der kritischen Polizisten offensichtlich werden läßt: Sie haben zwar eine beachtliche Portion Zivilcourage, die sie die massiven internen Anfeindungen, die Disziplinarmaßnahmen und unübersehbaren Karriereknicks selbstbewußt ertragen läßt, aber bewirken können sie faktisch nichts. 160 sind sie – 220.000 Polizisten gibt es in der BRD, Tendenz: steigend. Nicht einmal die beiden Polizeigewerkschaften teilen die selbstkritischen Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft auch nur in Ansätzen. Und daß das, was deutsche Polizisten Tag für Tag an Skandalen produzieren, nicht rechtswidrig ist, entscheiden die Gerichte immer wieder aufs Neue. Der Hamburger Kessel war die Ausnahme, die Absperrung von Kreuzberg und die zertrümmerten Windschutzscheiben von Kleve sind die Regel.

Holger Jänicke, der auf dem Umweg über eine Jugendliebe zu seiner massiven Polizeikritik gefunden hat, und der 1983 sich bei den großen Friedensdemonstrationen mal auf der Seite der Protestierer, mal auf der der Uniformierten wiederfand, ist froh, daß er nicht mehr bei der Bereitschaftspolizei Dienst schieben muß. Aber auch als Schichtführer auf einem Revier hat er sich schon im Einsatz gegen die wiedergefunden, denen er sich eigentlich zugehörig fühlt: Als die Auseinandersetzungen um die Hafenstraße ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde das Revier zum Personen- und Objektschutz herangezogen und mußte Zwölfstundenschichten absolvieren, um andere Polizeikräfte für die direkten Einsätze gegen die HafenstraßenbewohnerInnen zu entlasten. Solidarität mit dem nicht zu befriedenden Wohnprojekt bekundeten die kritischen Polizisten in einer Zeitungsanzeige – mehr war aber auch nicht möglich. »Vielleicht bin ich nicht ganz konsequent. Vielleicht müßte ich eigentlich kündigen«, führt einer in der Runde den Gedanken weiter, »aber auf jeden Fall bin ich ein Sandkorn im Getriebe des Apparats.«

Die Lieblingslektüre der kritischen Polizisten spiegelt ihre widersprüchliche Situation wieder: Es sind Gerhard Seyfrieds Karikaturen, die den eifernden, obrigkeitshörigen Polizeibeamten zum Gespött der Scene gemacht haben: »Stop Polizei – ich habe eine einstweilige Erschießung gegen sie.« »Manchmal klebe ich einen Seyfried-Sticker in unseren Dienstraum, der ist dann allerdings nach ein paar Stunden meistens wieder abgekratzt: 'Meine Befehle kommen von ganz oben' steht da drauf und von oben fliegt gerade ein Blumentopf auf den Kontaktbereichsbeamten drauf.« Wir müssen leider drinnen bleiben...

Konkret 05/88, S. 44

Hermann L. Gremliza

Müder Mythos

Die Bürgerkinder von 1968 wollten nicht den Umsturz der ökonomischen Basis, sondern die Renovierung des Überbaus, Befreiung nicht von Herrschaft, sondern von Autoritäten. Sie haben geholfen, die BRD zu modernisieren

Einerseits: »Der gesellschaftliche und politische Lernprozeß, den die deutschen Studenten durchlaufen haben, ist nicht mehr reversibel... Hochschulreform könnte die Bewegung nicht mehr stoppen, und zwar schon deshalb nicht, weil sie, spätestens seit Ostern 1968, die intelligentesten jungen Arbeiter, Lehrlinge und Schüler ergriffen hat. Nur wenn sie festhält an den großen gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die allein ihre Einheit herstellen können: Aktionen gegen den Imperialismus, gegen die Nato, gegen die Notstandsverfassung, nur dann wird die neue Opposition im Ernst das werden, wozu Springer sie vorschnell ernannt hat: zum Feind, der das imperialistische System von innen her bedrohen kann.«

Andererseits: »Die Westdeutschen sind anspruchsvoller geworden. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle Tatsache. Wir sehen darin die Folge eines über 30jährigen Friedens, des enorm wachsenden gesellschaftlichen Reichtums und eines zunehmenden Selbstbewußtseins.«

Was das ist? Zwei Ansichten eines und desselben Autors, die erste aus dem »Kursbuch« 1968, die zweite aus »Transatlantik« 1980. Der Name: Hans Magnus Enzensberger. Doch nicht der Denunziation eines auf Teufel komm raus originellen Intellektuellen sollen die Zitate hier dienen, obwohl der aus ihnen ins Auge springende Beweis, daß die tiefsten Erkenntnisse dieser Sorte Denker ein kürzeres Verfallsdatum tragen als Frankfurter Würstchen, nicht ungern mitgenommen wird. Komischer noch als die Schieläugigkeit eines Beobachters, der erst auf dem Kudamm die Weltrevolution marschieren und zwölf Jährchen später bei Feinkost Käfer die Weltkultur ausbrechen sieht, ist nämlich die verwirrende Tatsache, daß da einer, der zweimal unrecht hatte, durch die Konfrontation seiner beiden Fehler einmal recht bekommt:

Die Studentenbewegung war zu stoppen, sie hatte nicht die intelligentesten jungen Arbeiter ergriffen und war fern jeder Möglichkeit, das imperialistische System von innen her zu bedrohen; das Zeugnis über die kulturelle Anspruchsfülle »der Westdeutschen« stellt inzwischen der Doktor Brinkmann aus. Und doch ist es wahr: ohne die »Kursbuch«-Revolution keine »Transatlantik«-Kultur, ohne die Studentenbewegung kein Siegeszug der Nouvelle Cuisine. Was der »neuen Opposition« zum Opfer fiel, waren nicht Nato, Imperialismus und Notstandsverfassung, sondern jene historischen Fesseln, welche die Bundesrepublik zwei Jahrzehnte lang daran gehindert hatten, politisch und kulturell das Weltniveau zu erreichen, das ihrer ökonomischen Potenz entsprochen hätte.

»Wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg«, hatte Franz Josef Strauß immer mal wieder gestöhnt, ohne doch begreifen zu können, was die Bundesrepublik niederdrückte: die enge Verbundenheit der christlichen Staatspartei mit dem Personal und dem ideologischen Bodensatz der braunen Jahre. Ein Staat, der seine Außenpolitik an den Maximen sudetendeutscher Trachtenredner orientierte, und eine Gesellschaft, deren Sitte und Anstand sich gegen »Negermusik« aufbäumten, rief Mißtrauen hervor und lächelnde Geringschätzung. Und Heinrich Lübke war Präsident.

Eine Opposition gab es nicht. Die kommunistische Partei war verboten, die sozialdemokratische suchte ihr Heil in der Anpassung, verstieß noch 1961 ihren Studentenverband SDS, weil dieser es gewagt hatte, Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR vorzuschlagen, und ließ etwa ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden Fritz Erler 1962 im Audimax der FU erklären, warum eine Anerkennung der Oder/Neiße-Linie als Grenze niemals in Betracht komme.

Diesen Zustand hielt man für normal – als ob die Bourgeoisien anderer Länder ihre linken Oppositionen aus Jux und Tollerei gewähren ließen ! Wie sehr man sie braucht, die aggressive Opposition, die Leute, die – wie Biedenkopf sagt – die richtigen Fragen stellen, zeigte die sogenannte Bildungskatastrophe. »Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren« – die restaurierte Honoratioren-Universität war nicht mehr in der Lage, den von der Industrie verlangten wissenschaftlich-technischen Nachwuchs zu produzieren. Erst die Hochschulreform hat die Lage am Arbeitsmarkt für Akademiker gründlich entspannt.

»Hoch die internationale Solidarität«, »Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten« und »Enteignet Springer« – daß es dazu kommen könnte, glaubten nicht einmal die Söhne und Töchter, die diese Schlachtrufe skandierten, und die klügeren unter ihren Vätern erst recht nicht. Fünf Prozent der Studierenden waren Kinder aus Arbeiterfamilien, und so wahr es ist, daß die Anführer der Revolte stets aus dem Lager der Herrschenden stammen, so absurd ist die Vorstellung, das könne auch für die revolutionäre Masse gelten. Die Bürgerkinder von 1968 wollten den Kuchen essen und behalten, nicht den Umsturz der ökonomischen Basis, sondern die Renovierung des Überbaus, nicht Revolution, sondern »Kulturrevolution«, Befreiung nicht von Herrschaft, sondern von Autoritäten.

Die intelligenteren Medien machten mit, die Stimmung kippte – nicht gerade hin zu einer »kulturellen Hegemonie«, aber die Linke bestimmte doch die Mode im Frühjahr vor dem deutschen Herbst. Es wurde Willy gewählt (unter der Wahlkampfparole: »Die Erfolge des demokratischen Sozialismus«), das Kapital schob seine FDP rüber, die Bundesrepublik wurde runderneuert – zum weltoffenen, urbanen, eben: modernen imperialistischen Staat.

Der Rest spaltbaren Materials, jene kleine radikale Minderheit, die als Text verstanden hatte, was den andern nur ein Rhythmus war, wurde entsorgt – beginnend unter Brandt mit dem Berufsverbot (1972), endend unter Helmut Schmidt (Wahlkampfparole: »Wir schaffen das moderne Deutschland«). Manche haben es nicht überlebt.

Und nun gehen wir zum gemütlichen Teil über: Zwanzig Jahre Apo, eine Feier in endlosen Aufzügen. »Hausmitteilung«, »Betr.: Serie 68er« im »Spiegel«: »Der 'Spiegel', selber antiautoritär bis auf die Knochen, tat sich denn auch nicht allzu schwer bei seinem Bemühen herauszufinden, was die jungen Leute bewegte: Kritik an der Großen Koalition und an den Lebenslügen der Bonner Republik...«

Lebenslügen? Es muß 1970 gewesen sein, als der Verlagsdirektor des bis auf die Knochen antiautoritären Nachrichtenmagazins zu mir sagte: »Beim 'Spiegel' wird niemand gekündigt. Es kann nur mal sein, daß ich einen zu mir bestelle und ihm sage: 'Entweder Sie putzen die Platte oder es wird förmlich'.« Der Mann ist längst in Pension und die Angestellten des Verlags sind seit 1971 zu 50 Prozent am Unternehmen beteiligt. Wer es nicht weiß, dem würde es bei der Lektüre des Blattes nie auffallen. Ist das nicht schön?

Konkret 05/88, S. 45

Karl Heinz Roth; Sibylle Plogstedt; Karl Dietrich Wolff; Wolfgang Kraushaar; Hermann L. Gremliza

Konkret-Streitgespräch
»Da nich für«. 1968: Die Revolte und ihre Folgen

Nach dem Streitgespräcb in der KONKRET-Redaktion (von links nach rechts): Karl Heinz Roth, SDS-Mitglied in Hamburg, 1968/69 untergetaucht wegen eines Haftbefehls (»Widerstand gegen die Staatsgewalt.), 1975 bei einer Personenkontrolle durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt, 1977 von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, ist heute Arzt und Historiker (»Die Daimler-Benz AG 1916-1948«). Sibylle Plogstedt, ab 1965 Mitglied des SDS in Westberlin, 1969 in der CSSR verhaftet, Mitbegründerin der Frauenzeitschrift Courage, heute Redakteurin beim SPD-»Vorwärts«. KD (Karl Dietrich) Wolff, (knieend), 1967/68 Bundesvorsitzender des SDS, 1969 Mitbegründer des März-Verlags, 1970 Gründer des Verlags Roter Stern (heute: Stroemfeld/Roter Stern), in dem u.a. eine historisch-kritische Hölderlin-Gesamtausgabe erscheint. Wolfgang Kraushaar, 1974/75 AStA- Vorsitzender in Frankfurt, 1975/77 Lektor im Verlag Neue Kritik, seit 1987 Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, arbeitet zur Zeit an einer Geschichte der Protestbewegungen in der BRD.

Gremliza: Schon 1969 hat Degenhardt in einem Lied gewarnt: »Daß das nicht solche Geschichten bleiben, die man den Enkeln erzählen kann, . .. Streiche von Kindern besserer Leute, die letzten Streiche vor dem großen Abspeisen. . .« Waren es solche Streiche? Sind es solche Geschichten geblieben?

Plogstedt: Erstmal, ich liebe Anekdoten und ich denke, Geschichte wird überhaupt nur lebendig über das Reale, das erzählt wird, und nicht über die scheinbar effektive Bilanz: Wer hat gesiegt, wer nicht? Was mich stört, ist eher, daß die Aufarbeitung erst nach zwanzig Jahren passiert. Vor zehn Jahren wäre diese Bilanz noch viel dichter an den Emotionen dran gewesen. Vielleicht wäre sie noch etwas gefährlicher gewesen als heute, wo das Protestpotential sich in die eingefahrenen Gleise, auch die parlamentarischen, begeben hat.

Wolff: Wir haben schon vor zwölf Jahren damit begonnen, aber damals war die Diskussion überschattet von der Frage, was mit der RAF passiert und was für ein Staat aus der Auseinandersetzung mit der RAF entsteht. Heute ist ein Rückblick auch deswegen möglich, weil diese Phase abgeschlossen ist. Weshalb es auch wirklich Zeit ist, daß die RAF-Gefangenen amnestiert werden. Wolfgang Pohrt und ich fordern das seit 1977, seit dem Zeitpunkt, an dem die Niederlage dieses Versuchs feststeht. Die RAF ist aus der Studentenrevolte hervorgegangen, und man sollte den Leuten, die in sehr persönlicher Weise Opfer dieser Tendenz geworden sind, die Möglichkeit geben, zurückzukommen und ein Leben in dieser etwas lebendigeren und etwas offeneren Gesellschaft führen und auch normal politischen Protest äußern zu können. Den Hinweis auf die besser gestellten Kinder besserer Leute mag ich nicht.

Roth: Haben wir verloren? Ist eine Niederlage abzufeiern? Was ist eigentlich übriggeblieben? Darauf sollten wir antworten, bevor wir zu der extrem wichtigen Frage kommen, welche Rolle die aus der Revolte hervorgegangenen bewaffneten Gruppen gespielt haben.

Wolff: Es wäre vielleicht besser zu sagen: die Möchtegern-bewaffneten Gruppen.

Roth: Das klingt mir ein bißchen sehr arrogant, so wie 68. Denn es gibt ja noch bewaffnete Gruppen, die auch ziemlich effizient sind und die man nicht so einfach unter den Tisch jubeln kann: die Rote Zora, die Roten Zellen. Es gibt auch Lernprozesse.

Aber zurück zu der Frage, was eigentlich passiert ist: Wir haben nichts verändert an den sozioökonomischen Machtstrukturen. Die herrschende Klasse war in der Lage, die Revolte in einer sehr komplex organisierten Operation für einen eigenen Innovationsschub zu benutzen – wie Hermann das in seinem Kommentar geschrieben hat. Und doch hat die Revolte noch keine endgültige Niederlage erlitten. Noch existieren irgendwelche linken Sekten, es hat im sozialen Umwälzungsprozeß der letzten Jahre Umschichtungen gegeben, die ein neues Widerstandspotential hervorgebracht haben: Die Anti-AKW-Bewegung, die Häuserkampf-Bewegung...

Wenn man sich mal im Ausland umsieht, muß man sagen: Eine Katastrophe des Ausmaßes, wie sie etwa in Frankreich oder in Italien zu konstatieren ist, hat in der BRD nicht stattgefunden. In Frankreich beispielsweise hat sich die gesamte linke Intelligenz inzwischen sozialrassistisch stationiert.

Kraushaar: Gerade wenn man auf Frankreich und Italien schaut, wo die Verbindungen der Revolte zur traditionellen Arbeiterbewegung viel stärker waren als bei uns, muß man sich fragen, ob diese Stärke nicht eher eine Schwäche war. Man darf sich bei der Frage nach Erfolg oder Niederlage nicht ins Bockshorn jagen lassen und sie nur auf der institutionellen Ebene beantworten. Man muß gleichzeitig die Dimension ins Gespräch holen, die unterhalb dieser Ebene liegt, um verstehen zu können, warum so viele Strömungen aus dem 68er Bruch in der Bundesrepublik noch eine solche politische Bedeutung haben.

Plogstedt: Der Grund für diesen Erfolg liegt in der Strategie der Studentenbewegung, keine Härte zu applizieren, also das Gegenteil dessen zu tun, was die traditionelle Arbeiterbewegung tat und wofür sich später die Gruppen entschieden, die

sich dem bewaffneten Kampf anschlossen. Oder auch die K-Gruppen, die 1969 damit begannen, der Bewegung eine feste Organisationsform geben zu wollen. Daran ist dann eine Gruppe nach der anderen gescheitert...

Wolff: Leider noch nicht die Grünen.

Plogstedt: Die haben sich noch nicht ganz festgelegt.

Wolff: Spießig genug sind sie schon geworden.

Roth: Aber solche Phänomene wie die Grünen, die du so belächelst, oder Projekte wie die »Tageszeitung« – für die gibt es in Italien, Frankreich, auch in den USA eine stille Form der Bewunderung...

Wolff: Die Sorte Bewunderung brauchen wir nicht.

Roth: Es geht nicht um Bewunderung, es geht um die Einschätzung der Situation, in der wir uns hier befinden. Ich war seit 68 zumindest zeitweilig mehrfach politisch und persönlich in einer Lage, in der ich darüber nachdenken mußte, ob es nicht besser wäre, zu emigrieren. Deshalb habe ich mir immer angeschaut, wie es denn in anderen Ländern aussieht, was da läuft.

Die Feststellung, wie die anderen unsere Lage sehen, ist gar nicht triumphalisch gemeint. Es ist einfach Fakt, daß beispielsweise die Italiener, deren Studentenbewegung sich mit militanten Strömungen der Arbeiterklasse verbündet und so eine zumindest vorrevolutionäre Situation geschaffen hat, die dann in einer brutalen Konterrevolution untergegangen ist, heute nichts mehr haben und merkwürdigerweise auf die BRD gucken.

Denn wir haben, seit der Revolte, sich reproduzierende Widerstandsbewegungen, und es gibt eine Kontinuität, die nie endgültig abgebrochen ist.

Obwohl ich mit denen nie etwas am Hut gehabt habe, können wir auch die Grünen nicht pauschal verdammen. Es gibt dort ein sozialistisches Spektrum, das ein respektabler Diskussionspartner geblieben ist. Es gibt die autonome Szene, es gibt eine Geschichte der Häuserkämpfe, die noch nicht zu Ende ist...

Gremliza: Ist sie nicht?

Roth: In Hamburg beispielsweise ist sie nicht zu Ende.

Gremliza: Es gibt, abgesehen von Hamburg, in der Bundesrepublik insgesamt noch vier besetzte Häuser.

Roth: Wenn ich Häuserkampf-Bewegung sage, dann meine ich auch die Tatsache, daß es uns gelungen ist, die Grundrente so zu modifizieren, daß es immer noch Wohngemeinschaften gibt, daß es immer noch Lebenszusammenhänge gibt, die nicht zurückbombardiert sind in die Kernfamilienstruktur der 50er Jahre. Wenn du heute die bevölkerungspolitischen Statistiken ansiehst, dann kannst du daran unglaubliche Wirkungen der WG-Kampagne ablesen – hin zu einem Zerfall der Kernfamilie. Vielleicht ist dieses Land gerade dadurch verändert worden, daß Sozialprozesse ablaufen, die so komplex sind, daß sie vom Regime nicht kontrolliert werden können.

Wolff: Über Wohngemeinschaften zu reden mit den Kategorien von Grundrente und so zu tun, als säße irgendwo ein Gesamtkapitalist, der die Familienstrukturen plant – das trifft es nicht. Natürlich kann man sagen, die Studentenrevolte habe an diesem Punkt zur Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft beigetragen, aber andererseits hat ja jeder einzelne in dieser Revolte für sich ein Stück Lebensentwurf gemacht, hat Wilhelm Reich gelesen, hat sich überlegt, was fange ich mit meinem Leben an, wie definiere ich mein Leben gegen die Eltern – das war ja nicht einfach nur spinnert, sondern darin drückte sich ein Bruch aus.

Roth: Richtig. Genau da liegt Degenhardt falsch.

Wolff: Es gibt eine politisierende Form von Rückbetrachtung, die etwas Hohles hat. Als wir von den ersten SDS-Delegiertenkonferenzen zu unserer Gruppe nach Freiburg zurückkamen, da haben wir als erstes nicht berichtet, daß der SDS beschlossen hat, die chinesische Kulturrevolution zu unterstützen – was damals noch spektakulär war – , sondern wir kamen und berichteten: In Frankfurt hat der SDS ein Studentenheim, da wohnen Jungen und Mädchen auf einem Stockwerk zusammen. Und jeder wußte: Wenn der SDS das in Frankfurt kann, dann müssen wir das überall können. Diesen Aspekt, der sich ja mit vielen politischen Momenten verbunden hatte, jetzt wieder abzulösen und zu sagen: Das war sozusagen das Private – das finde ich lächerlich.

Es ist auch überhaupt nicht wahr, daß in der Studentenbewegung nur die Kinder der herrschenden Klasse gewesen seien. Im SDS spielten vor allem Pfarrerkinder, Polizistenkinder, Richterkinder eine Rolle. Warum gerade die? Weil es bei diesen Eltern eine unübersehbare Konfrontation von persönlicher Moral und Herrschaft gab. Unsere Eltern waren politisch bankrott. Und was wir in der Schule gelernt hatten an demokratischen Idealen, kollidierte mit dieser Generation.

Gremliza: Mit der NS-Generation, die den Sprung auf die Höhe der Zeit nicht schaffen konnte. Erst die Studentenbewegung hat die Bundesrepublik auf das Niveau eines normalen kapitalistisch-westlich-parlamentarischen Staates gebracht.

Wolff: Das klingt so, als ob es einen Gesamtdenker gäbe, der die Gesellschaft auf ein Niveau bringt. Das ist nicht so. Sondern jeder einzelne, der sich in die Revolte gestürzt hat und in sie gezogen wurde, hat diese Gesellschaft so verändert, daß man heute sagen kann, die Bundesrepublik ist 'ne moderne, halbwegs demokratische Gesellschaft.

Gremliza: Das hat man sie machen lassen, das hat nicht »die Revolte gemacht«.

Plogstedt: Das hat sie schon gemacht, auch wenn sie es nicht wollte. Da kam beispielsweise der Soziologe Erwin K. Scheuch damals aus den USA und sagte: Wir brauchen so eine Modernisierung wie in Amerika. Weil wir etwas anderes wollten, ist Scheuch dann zwar abgefallen und schließlich bei Positionen der CSU gelandet. Trotzdem könnte man sagen: Das, was er damals gefordert hat, ist bei der Revolte ungefähr rausgekommen.

Gremliza: Was heißt das? Das heißt doch, daß die herrschende Klasse in der Lage war, die Revolte so zu steuern, daß nicht mehr als eine Modernisierung herauskam. Beispielsweise dadurch, daß die bürgerliche Presse willkommene Themen wie etwa die sexuelle Befreiung besonders förderte.

Roth: Hermann, das ist zu einfach. Also paß auf: Ich kenne die Biografien einiger Genossen und Genossinnen, die eben 1969 nicht aufgehört haben, sondern in den bewaffneten Kampf gegangen sind. Im nachhinein ist es undenkbar, uns etwas wegzunehmen, was uns wirklich alle angetrieben hat: Das war ein wirklich existentieller Protest gegen die Lebensbedingungen, gegen die systematische Verlogenheit dieser nachnazistischen Gesellschaft, gegen die furchtbare Kontinuität des Nazismus in der Adenauer-Restauration. Das war ein Impuls, der dann erheblich theoretisiert worden ist. Auch die sexuelle Befreiung war so ein Impuls, der dann aber in eine sexistische Perspektive der Medien geriet.

Wolff: Paß nur auf, daß du nicht gleich bei Alice Schwarzers neuem Spießertum landest.

Roth: Darüber können wir vielleicht noch reden. Jedenfalls war diese Revolte nicht auf bürgerliche Studenten beschränkt. Es gab beispielsweise seit 68 in Hamburg die sozialistischen Lehrlingszentren. Das Zitat von Enzensberger, das Hermann ihm vorwirft, war auch ein Stück realistischer Beschreibung. Junge Arbeiter begannen, gegen die unglaublich bürokratischen Strukturen der institutionalisierten Arbeiterbewegung zu rebellieren.

Erst dann kamen politische Übersetzungsprozesse wie die technokratische Hochschulreform von 1969 oder die Berufsverbote 1972. Das war, organisiert von der sozialliberalen Koalition, ein großes Spaltungsmanöver, das dazu führte, daß ein Teil der Bewegung vereinnahmt, integriert werden konnte. Aber der Ausgangspunkt waren eben nicht irgendwelche Bürgersöhnchen und -töchter. Es gab bereits seit 1964/65 eine subproletarische Revolte, die sich bei Rock-Konzerten äußerte und die wir 1967/68 ganz massiv erlebt haben, als wir gegen Springer mobilisierten.

Kraushaar: Was wir feststellen können, ist erstens, daß die Studentenbewegung mit ihren Vorhaben – Anti-Notstands-Kampagne, Anti-Springer-Kampagne undsoweiter – gescheitert ist, und zweitens, daß es von außen betrachtet heute so aussieht, als sei diese Bewegung trotz allem relativ erfolgreich gewesen. Woran liegt das? Der entscheidende Punkt ist meines Erachtens, daß in der BRD diejenigen, die sich aus der Unwahrhaftigkeit der Adenauer-Ära freimachen wollten, gezwungen waren, gleichsam die Keimzelle der Gesellschaftsform, die Familie, anzugreifen, um die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der älteren Generation aufnehmen zu können. Hier hat es in einem sub-politischen Bereich eine Dynamik gegeben, die in anderen Ländern nicht nötig und deshalb nicht möglich war. Das als Erstes.

Das Zweite: Als die Bewegung mit ihren politischen Großprojekten – Parteien, Organisationskadern, Strategien – gescheitert war, konnte sie auf die Ebene des Milieus zurückkehren und mußte sich nicht mehr den großen Ansprüchen nach Revolutionen stellen. Aus dieser Position war es in den 70er Jahren viel leichter möglich, die Anti-AKW-Bewegung, die ökologische Bewegung, die grüne Bewegung zu starten. Der Umweg über die subpolitische Dimension hat auf einer niedrigeren Erfolgsebene etwas glücken lassen, was in anderen Ländern auf einer höheren gescheitert ist.

Wolff: Wenn Gremliza die Bedeutung des gesellschaftlichen Bruchs von 1968 in Frage stellen will, dann fängt er an, über sexuelle Befreiung zu reden...

Gremliza: Nicht ich habe angefangen, sondern Sie, als Sie über die überragende Wichtigkeit des zweigeschlechtlichen Studentenheims sprachen.

Wolff: Ich bin ja auch dafür, daß das im Zentrum der Diskussion steht. Es ist nämlich interessant, daß das Rollback nicht vom Staat auf der Ebene von Demonstrationsrecht oder Notstandsverfassung veranstaltet wird, denn da sind wir eigentlich nicht zu schlagen, sondern es findet statt im Spießertum von jemandem wie Alice Schwarzer. Da kommt eine Rücknahme in der Szene selber in Gang, die enorme politische Auswirkungen haben wird.

Plogstedt: Die sexuelle Befreiung war eine sexistische Befreiung, weil es ihr um eine Sexualität ging, wie Männer sie verstehen und wie Männer etwas davon haben. Es ist bezeichnend, daß die ersten Schriften über die weiblichen Lustorgane erst in der Frauenbewegung Mitte der 70er lahre erschienen sind. Was damals befreiend war: die Sexualität überhaupt zu thematisieren, den Kuppeleiparagraphen abzuschaffen – war zugleich alles eindimensional.

Wolff: Wenn du sagst, die Clitoris-Propagandaschriften seien erst 1975 rausgekommen – ja, das ist unbestreitbar, aber das ist überhaupt kein Argument gegen den Beginn der sexuellen Befreiung in der Revolte. Das Entscheidende war gar nicht so sehr, was im einzelnen passierte, das Entscheidende war, daß die Körper selbst Thema der politischen Auseinandersetzung wurden. In dem Moment, wo die Körper selbst zur Sprache kamen, war alles möglich. Und heute sind Leute, die es eigentlich besser wissen müßten, eben dabei, die Präsenz der Körper wieder aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Die politischen Folgen wird man sehen.

Plogstedt: Über ein Verbot der Pornografie kann man verschiedener Meinung sein...

Wolff: Als freiheitsliebender Mensch kann man da nicht verschiedener Meinung sein.

Kraushaar: Das mit dem freiheitsliebenden Menschen ist so 'ne Sache..

Wolff: Das ist wahr: das ist schwer.

Roth: Ich bin entschieden nicht der Auffassung von KD. Ich habe es miterlebt und auch selbst erfahren, daß vor allem in der studentischen Fraktion der Sozialrevolte eine männliche Inbesitznahme der sexuellen Befreiung stattgefunden hat. Diese sexuelle Befreiung ist zu einem ganz erheblichen Teil auf Kosten der damaligen Genossinnen gegangen. Es wäre vielleicht interessant, mal genauer nachzuprüfen, was beispielsweise der Weiberrat bedeutet hat und wie wir im SDS mit dem Weiberrat umgegangen sind. Soweit ich mich erinnere, war auf dem Flugblatt des Weiberrats auch eine Imagination meines Schwanzes, denn ich war genauso sexistisch wie die anderen Männern damals.

Die Konstituierung der Frauenbewegung aus der Sozialrevolte war ein Protest gegen die männliche Usurpation der Revolte. Und wenn du heute ein Rollback konstatierst und dies an der Kampagne gegen Pornografie festmachst, dann hast du zumindest in diesem Bereich nichts verstanden und vor allem nichts gelernt.

Der Restaurationsprozeß, der heute stattfindet, findet nicht über die Restriktion bestimmter Artikulationsformen der Körpersprache statt, sondern er findet statt, wo Leute aus der damaligen Bewegung dezidiert reaktionäre Positionen wie etwa die Mutterschaftsideologie beziehen, etwa auf dem rechtsextremistischen Flügel der Grünen. Da gibt es Beziehungen zur CDU und faschistische Besetzungen von Körperterminologie. Das sind die bedrohlichen Prozesse.

Gremliza: Wenn man sich den Themenkatalog der 68er-Bewegung vornimmt, kann man fast alle Punkte als gescheitert abstreichen – bis auf zwei, und die standen eigentlich zunächst gar nicht drauf, sondern haben sich erst aus dem Protest gegen die Revolte entwickelt: Erstens die Frauenbewegung, zweitens die Negation des staatlichen Gewaltmonopols. Zunächst: Warum war die Frauenbewegung bis heute so erfolgreich?

Plogstedt: Weil sie es im SDS und in den neuen sozialen Bewegungen erstmal am schwierigsten hatte. Es war ihr Vorteil, daß sie keine eigenen Strukturen hatte, daß sie nicht in soziale Netze fallen konnte, die ja auch Fesseln sein können.

Gremliza: Und das Zweite, die Aufkündigung des staatlichen Anspruchs aufs Gewaltmonopol? Die Militanz, die vor 68 so gut wie keine Rolle im politischen Widerstand gespielt hatte, ist seither aus diesem nicht mehr verschwunden.

Kraushaar: Ich sehe das nicht so. Mir scheint, daß die Friedensbewegung dafür gesorgt hat, daß in der Bundesrepublik jede Form politischer Aktion tabuisiert wurde, die sich nicht auf eine Apologie der bestehenden Verhältnisse einlassen wollte. Es wurde die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols vorausgesetzt. Im Vergleich zu dieser massenhaften Friedensbewegung ist die Militanz autonomer Strömungen zur selben Zeit wirklich nur marginal gewesen. Es wäre interessant zu untersuchen, an welcher Stelle die Gewaltdiskussion versackt ist, an welcher Stelle sie wieder aufgebrochen ist und welche Rolle in diesem Zusammenhang die Grünen gespielt haben, die ja bei ihrer Gründung Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Roth: Ich glaube, daß deine Antithese überzieht und hier endlich mal die katholische Mitte der Wahrheit am nächsten kommt: Es gibt eine sehr komplexe Verschränkung der Militanz-Erfahrungen: Es gab eine Militanz, die aus subproletarischen Randströmungen kam, aus Rockerkrawallen, aus den Schwabinger Krawallen. Das hat sich in die Sozialrevolte integriert und zu einer enormen Verbreiterung geführt. Mit dem konzeptionellen Ansatz der Studentenbewegung hatte das nichts mehr zu tun.

Ostern 68, bei der großen Aktion gegen Springer in Hamburg, da wollten wir den Verlag wirklich dicht machen und...

Wolff: ...da hat der Jens Litten den Innensenator angerufen und ihm alles erzählt.

Roth: Stell dir vor, wir haben damals jemanden gehabt, der die Telefonate aufgezeichnet hat, und wir wußten immer, was der Litten mit dem Ruhnau besprochen hatte. Jedenfalls: Als an einer Baustelle in der Caffamacherreihe unsere Barrikaden durchbrochen wurden und die Bullen über uns herfielen, da standen irgendwelche Gruppen von Leuten, die wir gar nicht realisiert hatten, und schmissen die Bullen in aller Ruhe in die Baugruben. Das war unsere erste Erfahrung mit so handfester Gewalt. Es waren alte kommunistische Kader, die da ganz bieder dabeigestanden hatten, und als man sich etwas kennengelernt hatte, haben die gesagt: Weißt du, Genosse, vergiß es gleich wieder, aber wir haben da auch noch ein paar Rechnungen zu begleichen gehabt.

Die Massenmilitanz ist also in die Sozialrevolte eingedrungen, sie wurde zu einem zentralen Thema, sie wurde dann in der von Wolfgang beschriebenen Form systematisch wieder ausgegrenzt – aber nur aus der Konzeption, aus der Debatte, nicht aus den politischen Gruppierungen, die immer weiter existierten. Es gab auch zur Zeit der Friedensbewegung immer die Schwarzen Blöcke, eine autonome Szene, die sich eingemischt hat und auch heute einmischt, wo diese ganzen Bürgerbewegungen in ihre entscheidende Krise geraten und mehr oder weniger zusammenbrechen. Es gibt, bei aller Anmache und Ausgrenzung, immer noch so etwas wie eine unterschwellige Kommunikation, die trotz allem den gemeinsamen Klassenfeind erkennt. Und das ist nur möglich, weil sich weder die Pazifizierungsstrategie, die damals vom SDS ausging, durchgesetzt hat, noch eine militante Massenbewegung, die wie in den anderen Ländern zerschlagen worden wäre. Das heißt: Wir sind in einer Schwebesituation.

Wolff: Das ist ja poetisch.

Roth: Vielleicht willst du es ja verlegen. Die Frage ist also nicht erledigt, obwohl sie jahrelang an den Rand der Diskussionsmöglichkeit gedrängt wurde und trotz aller entscheidenden strategischen Fehler der bewaffneten Gruppen, nicht nur der RAF. Es gibt eine Kontinuität der Debatte über die revolutionäre Gewalt, also über die Frage, unter welchen Voraussetzungen der physische Angriff auf Menschen legitim ist.

Plogstedt: Ist das so wünschenswert? Wenn diese Schwarzen Blöcke in Demonstrationen eingreifen, verhindern sie immer wieder den Test, was die friedliche Form des Widerstands leisten könnte. Es kann nie ausprobiert werden, was eine Widerstandsform, die Gandhi sogar für Deutschland unter dem Faschismus vorgeschlagen hat, wirklich leisten könnte. Für mich sind die Versuche, mit Formen friedlichen Widerstands in den Justizapparat hineinzugehen, wichtiger als eine Schlacht, wo mal wieder Steine fliegen. Denn überall, wo ich die Schwarzen Blöcke gesehen habe, haben ihre Aktionen nur dazu geführt, daß die Demonstranten sich selber eingeschüchtert haben. Darin sehe ich keinen Sinn.

Wolff: Vor ein paar Jahren haben Reste der RAF einen amerikanischen Philippino-Soldaten durch Genickschuß liquidiert. Die Debatte aber, die die militanten Gruppen darüber geführt haben, mußte ihnen öffentlich aufgezwungen werden. Von alleine hätten sie die nicht geführt, und sie haben es getan, weil sie merkten, daß sie sonst überhaupt kein Bein mehr auf den Boden bringen würden.

Roth: Die Kritik an dieser sogenannten Hinrichtung teile ich vollkommen.

Wolff: Wir sind uns in diesem Punkt nahe – auch aus unserer Kenntnis dieser sogenannten bewaffneten Gruppen. Aber das sollte man an dieser Stelle nochmal sagen: Der Zusammenhang der Studentenrevolte mit diesen gewaltsamen Versuchen der gesellschaftlichen Veränderung ist viel enger, als allgemein zugegeben und anerkannt wird. Jeder oder fast jeder von uns, der in der Studentenbewegung eine Rolle gespielt hat, ist mindestens psychisch diesen Gruppen sehr nahe gewesen. Wenn man mal betrachtet, wie Jan Raspe – der inzwischen auch von den Autonomen »Jan Carl Raspe« genannt wird, weil ihn die Bundesanwaltschaft so genannt hat – in die RAF gekommen ist, dann ist mir ganz klar, daß es mir genau so hätte gehen können:

Raspe wohnte in einer Wohngemeinschaft in der Nähe vom Kurfürstendamm. Ulrike Meinhof flüchtete nach der Befreiung von Baader in diese Wohnung und fragte Jan Raspe, ob er sie nicht nach Westdeutschland fahren könne. Jan Raspe hat selbstverständlich ja gesagt, so wie fast alle meiner Freunde und Genossen damals ja gesagt hätten. Er hat sie nach Westdeutschland gefahren, sie sind in eine Kontrolle gekommen und konnten abhauen. Ab diesem Moment war Jan Raspe in der RAF.

Plogstedt: Er hätte es nicht bleiben müssen.

Wolff: Wenn er sich freiwillig den Fahndern gestellt hätte, dann hätte er sechs Monate, ein Jahr oder mehr Gefängnis bekommen. Niemand von uns wäre damals freiwillig für ein Jahr ins Gefängnis gegangen.

Gremliza: Ich hatte im Frühjahr 1967 ein längeres Gespräch mit Dutschke, in dessen Verlauf er sagte: Wenn wir solidarisch sein wollen mit dem vietnamesischen Volk, dann müssen wir die US-Kasernen, die Nachschubbasen der US-Army in Westdeutschland angreifen. Ich weiß nicht, wieviele Leute damals so dachten, aber es war ja eine bezwingende Erkenntnis. Und es ist doch seltsam, daß wir hier seit mehr als einer Stunde über die Studentenbewegung reden, aber das Wort Vietnam noch nicht ein Mal gefallen ist.

Wolff: Weil es um Vietnam nicht ging, es ging darum, in dem Land, in dem wir leben, eine Situation zu schaffen, daß wir jedenfalls nicht in einen Krieg geschickt werden.

Roth: Es ging um eine Befreiung aus einer nachnazistischen Kontinuität imperialistischer Expansion mit Massenmorden. Das Bild des KZ Auschwitz stand ganz früh bei sehr vielen Leuten neben den Bildern aus Vietnam. Was KD eben gesagt hat, ist ganz richtig: Es ging uns primär nicht um Vietnam, wir wollten diesen nazistischen Dreck, aus dem wir uns herausgewühlt hatten, nicht wieder hineinfallen. Das hat dazu geführt, daß neben allen großen Phrasen, die es natürlich auch gab, fast alle SDS-Gruppen sehr handfeste Sachen für die antiimperialistische Befreiungsbewegung gemacht haben: GI-Deserteure wurden quer durch Europa geschleust, die portugiesischen Befreiungsbewegungen wurden unterstützt und

so weiter. Ich habe einmal eine Serie für KONKRET geschrieben, weil wir Geld für eine bestimmte Art von Sprengstoff brauchten, die ein Mitglied einer Befreiungsbewegung an einer bestimmten Lokalität anbringen wollte.

Kraushaar: Ich halte die These, es sei nicht um Vietnam gegangen, für überzogen. Für mich haben Vietnam und die Solidarität mit dem Vietcong etwas erheblich anderes bedeutet, und ich glaube, für viele andere auch. Daß diese Meldungen, diese Bilder aus Vietnam, die einen Tag für Tag erreicht haben, an einen appelliert haben, nicht zu tun, was die Eltern getan hatten, nicht zuzusehen, nicht zu schweigen, sondern etwas zu unternehmen – auf dieser Ebene sehe ich die Verbindung durchaus. Aber ich sehe sie nicht in dieser konkreten Zusammendrängung zweier Bilder – als sei der Völkermord in Südostasien gleichsam ein Abbild dessen, was wir als Völkermord mit Auschwitz assoziiert haben.

Plogstedt: Wir haben die Fahnen des Vietcong getragen und waren selber gekleidet in amerikanische Kutten – allein dieses Bild zeigt, daß dieses Vietnam in uns stattfand. Vietnam – das war nicht das Erdrückende, wie der Imperialismus eingreift und wie überwältigend er ist. Vietnam war die erste sinnliche Erfahrung, daß der Widerstand international ist. Aber wenn Vietnam in uns stattfand, was bedeutete es dann eigentlich, wenn man Waffen für Vietnam besorgt. Das werden dann Waffen für hier. Da kam ein Militanzprozeß in Gang, mit dem auch ich damals sympathisiert habe. Erst in der CSSR habe ich diesen Prozeß wieder von ganz anderer Seite angeguckt.

Gremliza: Wenn es den 68ern nicht um Vietnam ging – worum dann?

Plogstedt: Es ging darum, ob die linke Bewegung sich ad hoc in den Stand versetzen kann, die Macht zu ergreifen. Und das kann sie nicht. Das heißt aber nicht, daß alles, was 68 begonnen wurde, auch gestoppt wurde. Es hat seine Folgen in den Grünen, in der Frauenbewegung der SPD...

Wolff: Wo gibt's denn die?

Plogstedt: Bei den SPD-Frauen, na, die siehst du nicht, das ist ja klar. Daß es bei der Diskussion des Irseer Programms um die Stellung der Frauen in der Gesellschaft geht, ist ein Zeichen, daß die Parteien bis hin zur SPD diese Thematik versuchen aufzunehmen und daß 68er über den Generationswechsel in Positionen gekommen sind, wo sie dies zum Thema machen können. Für mich ist das revolutionäre Potential heute nicht mehr in den Schwarzen Blöcken angesiedelt, sondern...

Wolff: Bei Frau Gmelin?

Plogstedt: ... bei den verschiedenen Gruppierungen, die versuchen, diese Thematik in die Institutionen hineinzutragen.

Roth: Ich sehe zur Zeit keinen Ort, an dem eine Diskussion geführt wird, die Anlaß zu der Hoffnung gibt, daß sich auf absehbare Zeit so etwas wie eine komplexe revolutionäre Perspektive entwickelt, die mit den heutigen Ausbeutungsstrukturen zu tun hat und die sich gleichzeitig mit den ungeheuer differenziert anzugehenden Problemen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt verbindet. Es gibt fragmentarische Ansätze aber es ist richtig, daß die militanten Erben der Sozialrevolte in den vergangenen Jahren mit extrem theoriefeindlichen Positionen agiert haben und daß darauf ein ganz erheblicher Teil ihrer Rückschläge zurückzuführen ist. Woher diese Theoriefeindlichkeit kommt, ist eine eigene Diskussion wert: Ich meine, daß dort die Institutionalisierung der alten 68er übertrieben interpretiert wird. Ich glaube aber auch, daß in dem Bereich, den man so schön schablonenhaft »Schwarzer Block« nennt, neue Diskussionen in Gang gekommen sind, Ansätze zu einer Revitalisierung der Dritte-Welt-Kampagnen, beispielsweise.

Unsere Perspektive besteht darin, diese Theorieansätze zu bewahren, zu entwickeln und uns nicht von irgendwelchen Modedenkern abspenstig machen zu lassen. Unsere Generation, die 68er, werden den Generationswechsel nicht mehr wesentlich beeinflussen, der in den nächsten zehn Jahren stattfinden wird. Wir können nur versuchen, unsere analytische und praktische Arbeit an sehr wesentlichen Fragen so zu präsentieren, daß eine neue revolutionäre Bewegung damit etwas anfangen kann.

Plogstedt: Was heißt denn diese Revolution? Heißt das den wirklich nur Enteignung des Kapitals, heißt das Räte schaffen, was heißt das?

Roth: Ich sage ja gerade, daß es kein geschlossenes Konzept gibt. Ich weiß nur eins: Daß die Umwälzung der Produktionsverhältnisse und vor allem die Zerstörung des transnationalen Kapitals elementare Grundbedingungen sind. Damit schließe ich Lernprozesse nicht aus, die wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten gemacht haben oder die uns, zum Beispiel durch die Frauenbewegung, aufgezwungen worden sind.

Gremliza: Und worin besteht dieser Lernprozeß vor allem?

Roth: Darin, daß sich die Konstituierung eines neuen Menschen, eines emanzipierten Sozialsubjekts, nicht logisch aus der ökonomischen Umwälzung herleitet. Es ist also notwendig, komplex zu planen und komplex zu agieren – und ich weiß nicht, wie es möglich sein wird, dafür eine Organisation zu finden. Die bisherigen Erfahrungen organisatorischer Art, die ich gesammelt habe, sind dem nicht adäquat. Ich habe in Teilbereichen Erfahrungen, die ich für einen revolutionären

Prozeß bereithalten will. Und ich kann warten. Wir sind nicht mehr diejenigen, die den nächsten revolutionären Zyklus auslösen.

Wolff: Lieber nicht warten.

Roth: Ich weiß nicht, was du morgen machen willst, wenn du nicht warten kannst.

Wolff: Warten muß man von alleine genug. Es ist trotzdem richtig, nicht zu warten.

Gremliza: Und was zu tun?

Wolff: Straßen sperren, Löcher buddeln, Tunnel graben – alles, selbstverständlich.

Roth: Was wir auf dem Gebiet wußten, haben wir der Hafenstraße rechtzeitig mitgeteilt. Aber das subsummiere ich unter Wartenkönnen.

Gremliza: Die einen warten, die anderen setzen den bekannten Marsch durch die Institutionen fort, dessen Ergebnisse aus den letzten zwanzig Jahren so richtig eindrucksvoll sind. Und wir betrachten aus dem Zuschauerraum Bundesrepublik, was aus der Welt so wird, ob die USA ein Expeditionskorps nach Nicaragua schicken, ob sich die Völker des Nahen Ostens aufeinander zu Tode hetzen lassen, ob die südafrikanischen Rassisten ihre Nachbarn liquidieren. Denn natürlich können wir keine Partei ergreifen, weil die Weltpolitik zwischen Washington und Moskau entschieden wird und wir uns auf keine der beiden Seiten schlagen dürfen.

Wolff: Ob die USA ein Expeditionskorps nach Nicaragua schicken oder die Bundesrepublik ihre Unterstützung für die südafrikanische Politik so fortsetzen kann, das sind keine Fragen, die zwischen den USA und der Sowjetunion ausgemacht werden.

Gremliza: Nicht? Ach, ich dachte.

Kraushaar: Ich halte die Position des Abwartens, die Karl Heinz einnimmt, für eine sehr reduzierte Position.

Wolff: Roth macht doch Ideologiekritik, wenn er Geburtstagsschriften für Mercedes-Benz schreibt. Er wartet doch nicht ab, er macht jetzt Ideologiekritik.

Kraushaar: Er hat gesagt: Was ich mache, wird nur sinnvoll vor dem Hintergrund, daß ein Generationswechsel eintritt und ich dann, in einer zukünftigen revolutionären Situation, anderen etwas zur Verfügung stelle.

Ich will dem keineswegs eine optimistischere Variante gegenüberstellen, sondern ich stimme da Hermann völlig zu: Dieser Modernisierungsschub, den wir erleben, der wirkt wie ein großes Löschpapier, das die marginalen Ansätze, die es in der 68er Generation gegeben hat, aufgesaugt hat. Nirgends erleben wir – jenseits dieser Modernisierungslogik – eine wirkliche rebellische Qualität, auf die wir bauen könnten. Der Übriggebliebene aus der 68er Generation, der sich nicht in diesen Modernisierungsprozeß begibt – und zu dieser Modernisierung gehört die neue Mittelschichtenpartei der Grünen – , der ist heute nahezu so ortlos, wie er es Mitte der 60er einmal war.

Plogstedt: Was die Frauen betrifft, ist mir das, ehrlich gesagt, egal, ob das Modernisierung heißt oder wie auch immer: Solange die gesetzliche Situation, die Frauen diskriminiert, nicht umgeschrieben wird, solange es nicht möglich ist, daß Frauen durch Gesetze, durch Zwangsregelungen, durch Quotierungen auf allen Ebenen der Gesellschaft in diese Positionen reinkommen...

Wolff: Gudrun Ensslin im Aufsichtsrat der Deutschen Bank!

Roth: Der Attentismus, den Wolfgang mir unterschiebt, geht an meinem zentralen Argument vorbei. Ich habe gesagt, wir haben zwanzig Jahre oder mehr politische Erfahrung hinter uns, wir haben 'ne ganze Menge Lernprozesse hinter uns, auch was organisatorische revolutionäre Perspektiven betrifft, und ich habe von der Tatsache gesprochen, daß eine sozialrevolutionäre Alternative zu dem gegenwärtigen informationskapitalistischen Innovationsschub komplexe Voraussetzungen hat, die sich zur Zeit in den Diskussionen nicht finden und die neue Lernprozesse nötig machen. An diesem Punkt verorte ich mich und versuche, an bestimmten zentralen Fragen zu arbeiten – für eine Perspektive, von deren Kommen ich überzeugt bin. Das ist kein Warten auf den St. Nimmerleinstag. Ich gehe davon aus, daß die soziale Dynamik zu Umschichtungen im Proletariat führt, mit immer größeren Segmenten von Massenarbeitslosigkeit, Massenverarmungsprozessen, und daß sich immer wieder die Frage der Verknüpfungspunkte einer revolutionären Klassensituation stellt. Und dazu ist sehr viel Analyse notwendig, ist sehr viel historische Arbeit notwendig – gerade dann, wenn es darum geht, aus dem Scheitern der bisherigen antikapitalistischen Strategien herauszukommen und eine neue Perspektive zu finden.

Ich glaube, es ist realistisch zu sagen: Wir haben ganz bestimmte Positionen gehalten, und die reichen aus, einen weiteren Regressionsprozeß zu ertragen, im Vorarbeiten auf eine neue revolutionäre Synthese hin.

Kraushaar: Aber damit bestätigst du doch genau das, was ich sage. Ohne den Wert dieser Arbeit verringern zu wollen: Das ist im Grunde genommen intellektuelle analytische Begleitmusik.

Plogstedt: Ich möchte auf einen anderen Widerspruch hinweisen: Menschenrechtspolitik versus revolutionäre Politik. Da würde ich sagen: Die Hoffnung, eine Revolution aus einer Minderheitenposition zu machen und zu etablieren, kann nur nach hinten losgehen. Wir müssen es schaffen, mit dem, was wir vertreten, in Mehrheitspositionen zu kommen. Das sollten wir in den letzten zwanzig Jahren gelernt haben.

Kraushaar: Das klingt mir sehr nach einem Verstecken hinter zukünftigen Mehrheiten und dient nur dazu, sehr vieles von dem zu legitimieren, was man heute macht. Ich glaube, daß wirkliche politische Veränderungen sich nur durch Initiativen von Minderheiten realisieren lassen. Daß bei der Frage, wie man dann Mehrheiten dafür bekommt, Menschenrechtspositionen unverzichtbar sind – so viel müßten wir gelernt haben. Aber das kann doch nicht heißen, daß wir uns von vornherein nur auf der Ebene von Mehrheitspositionen bewegen dürften.

Plogstedt: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dort geschieht etwas, dort sind auch viele von uns 68ern tätig, sowohl bei den Grünen als auch in der SPD, und versuchen, unsere Positionen als einzelne oder auch als kleine Gruppen dort reinzutragen.

Gremliza: In die SPD? Was ist das für ein Verständnis von der Geschichte und der Funktion der sozialdemokratischen Partei für die kapitalistische Gesellschaft, das davon ausgeht, in der SPD etwas bewirken zu können, was auch nur entfernt revolutionären Charakter hat?

Plogstedt: Wo es um bestimmte soziale Fragen geht, wie die Frauenfrage ja nun mal eine ist, kann man doch sehen, was sich in diesen Parteien tut und man kann sie anstoßen, weiterbringen.

Gremliza: Das meinen Sie?

Wolff: Das meint Sibylle Plogstedt, das meint Moneta...

Plogstedt: Woher weißt du das?

Gremliza: KD wollte nur die bekannteren Mitglieder eines ehemaligen gegnerischen Vereins aufzählen.

Wolff: Wieso denn gegnerischen? Die SED hat doch damals die Beteiligung der FDJ am Vietnamkongreß nicht erlauben wollen, weil da die westeuropäischen Trotzkisten teilnehmen sollten. Das war ein interessantes Gespräch damals beim Zentralrat der FDJ mit dem – wie heißt der Kerl?

Gremliza: Krenz.

Wolff: Richtig, Krenz, mit Rudi Dutschke, Jürgen Horlemann, Christian Semmler, KD Wolff. Als erstes hat Rudi Dutschke Herrn Krenz gedankt dafür, daß er 'ne marxistische Grundausbildung in der DDR genießen durfte, und Krenz hat gesagt: Nichts für ungut.

Gremliza: Da nich für, würde man in Hamburg sagen. Da nich für.

Kasten auf Seite 53 >Ein Deutscher Herbst war schon zuviel<

Seit über vier Monaten sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobl in Haft. Seit einiger Zeit wird außerdem nach vier weiteren Personen mit großem Aufwand gefahndet. Allen sechs Personen wird Mitgliedschaft in den »revolutionären Zellen« beziehungsweise in der »Roten Zora« vorgeworfen. Ingrid Strobl soll darüberhinaus an dem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa Köln, Ulla Penselin an Anschlägen auf die Bekleidungsfirma Adler beteiligt gewesen sein.

Die Verdachtsmomente, die die Bundesanwaltschaft dafür aufführt, sind dürftig. Ulla Penselin soll sich mit anderen »konspirativ« getroffen haben, Ingrid Strobl wird der Kauf eines Weckers vorgehalten, der bei dem Anschlag Verwendung gefunden haben soll. Ansonsten werden »Erkenntnisse« über die bloße Bekanntschaft mit »verdächtigen« Personen, der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen und die Beschäftigung mit sogenannten »anschlagrelevanten Themen« wie Gentechnik und Flüchtlingspolitik dazu benutzt, die Verhaftungen zu rechtfertigen. Der nahezu beliebig weit ausdehnbare Gesinnungsparagraph 129a erfüllt dabei seine Funktion als juristische Vielzweckwaffe. Denn nach wie vor verfügt die Bundesanwaltschaft trotz zahlreicher Hausdurchsuchungen und langanhaltender Überwachungsmaßnahmen über keine konkreten Indizien und aussagekräftigen Beweise.

Die Umstände der z.T. von der GSG 9 durchgeführten Verhaftungen, der ungewöhnliche Fahndungsaufwand und der Umfang der Hausdurchsuchungen, z. B. beim Gen-Archiv in Essen zeigen, daß es der Bundesanwaltschaft und ihren politischen Auftraggebern um die Einschüchterung und Kriminalisierung radikaler Feministinnen, Gentechnik-KritikerInnen und GegnerInnen der restriktiven bundesdeutschen Asylpolitik geht. Mithilfe der Zauberformel von den »anschlagrelevanten Themen« wird nicht nur mit einem generellen »Terrorismusverdacht« Stimmung gemacht, es soll

gleichzeitig von den Inhalten dieser Politik abgelenkt werden. Nicht die Taten von Frauenhändlern oder GentechnologInnen werden verfolgt sondern deren KritikerInnen.

Ein Deutscher Herbst war schon zu viel. Wir fordern die sofortige Freilassung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl sowie den sofortigen Stop der Fahndung nach den in diesem Zusammenhang beschuldigten Personen!

Konkret 05/88, S. 54

Matthias Altenburg

Buch des Monats: Ulrike Meinhof. Keine Rezension

Mario Krebs: Ulrike Meinhof □ Ein Leben im Widerspruch, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek/Hamburg 1988, 280 Seiten, DM 12.80

Gerade wird, weil's der Kalender so will, mal wieder die 68er Bewegung medial abgekocht. Die Rebellen von einst sind zu 'Zeitzeugen' geworden. Keine Feier ohne Meier, how splendid is Cohn-Bendit. Und keiner, der nicht auch noch ein Anekdötchen beizutragen hätte. Die ehemaligen Streetfighter und Prop-Writer lümmeln sich in den Sesseln von Talk- und anderen Shows, erinnern sich an die lustigen Tage, gestehen Irrtümer ein und freuen sich, daß Ernst Benda auch was dazugelernt hat. Öffentlich denken sie über GEIST UND MACHT nach und machen die Begriffe an Weizsäcker und Strauß fest, als wäre der Unterschied zwischen denen nicht immer noch bloß der zwischen FEIST UND SACHT.

»Daß das bloß solche Geschichten bleiben, die man den Enkeln erzählen kann, es gibt 'ne Menge Leute, die hätten großes Interesse daran«, sang Degenhardt schon 1969. Es scheint, als wäre dieses Interesse bei denen am größten, die damals am lautesten geschrien haben. Und es scheint, als wären ihnen die Fehler der RAF ein willkommener Vorwand, um endlich tabula rasa zu machen mit ihren Träumen von einst.

Und Ulrike Meinhof? Seit ihrem Tod hat sich die Erinnerung verdünnt. Die Eigenschaften, die ihr zugeschrieben werden, sind an den Polen zu suchen, die ihre Gegner und ihre Anhänger besetzt halten: Märtyrerin und Mörderin. War das nicht die mit dem Doppelnamen? Baader-Meinhof?

Ulrike Marie Meinhof wird 1934 in Oldenburg geboren. Ihre Eltern sind Gegner der Nazis, Christen aus dem Umkreis der Bekennenden Kirche. Der Vater, ein Kunsthistoriker, stirbt, als Ulrike sechs Jahre alt ist, die Mutter nur neun Jahre später. Renate Riemeck, eine Freundin der Familie, entschließt sich, die Vormundschaft für Ulrike und ihre um drei Jahre ältere Schwester zu übernehmen. Die Schülerin Ulrike Meinhof interessiert sich für Geschichte und Literatur. Sie liest Hermann Hesse, beschäftigt sich mit dem Urchristentum und lernt Violine spielen. Als sie 1955 ihr Abitur macht, bekommt sie ein Stipendium der 'Studienstiftung des Deutschen Volkes' und beginnt, Psychologie, Pädagogik und Kunstgeschichte zu studieren, zuerst in Marburg, dann in Münster.

Dem Beispiel ihrer Pflegemutter folgend, engagiert sich Ulrike Meinhof gegen die Pläne der Adenauer-Regierung, die Bundeswehr mit Atomwaffen zu bestücken. Um die zahlreichen Aktivitäten der Anti-Atom-Bewegung zusammenzufassen, wird 1958 in Gelsenkirchen der »Ständige Kongress gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik« gegründet. Ulrike Meinhof und Renate Riemeck werden in das Präsidium des Kongresses gewählt. »Sie hat mir zunächst moralisch zugestimmt«, berichtet Renate Riemeck, »und dann erst politisch. Das ist etwas, das sich durch ihr ganzes Leben hindurchzieht: Sie hatte immer einen starken moralischen Anspruch. Sie konnte moralisch auf die Barrikaden gehen.«

Kurz zuvor war die Zeitschrift KONKRET gegründet worden. Sie hatte sich vom »Studentenkurier« zur »unabhängigen Zeitschrift für Kultur und Politik« gemausert und war rasch zum umstrittenen Forum der Bewegung geworden. Über den Redakteur Reinhard Opitz bekommt Ulrike Meinhof Kontakt zur KONKRET-Gruppe. Opitz über Meinhof: »das typische evangelische Blockflöten-Mädchen«.

Als ein halbes Jahr später, im Januar 1959, in Westberlin der »Studentenkongreß gegen Atomrüstung« stattfindet, an dem auch der junge sozialdemokratische »Wehrexperte« Helmut Schmidt teilnimmt, ist Ulrike Meinhof bereits auf Seiten der KONKRET-Leute. Mit moralischer Überzeugungskraft und rhetorischem Geschick gelingt es ihr, zu verhindern, daß der Kongreß, wie der SPD-Parteivorstand es gern hätte, zu einer reinen Diskussionsveranstaltung wird. Als der »Starredner« Schmidt merkt, daß er in den langen Wortgefechten mit der Meinhof immer wieder unterliegt, verläßt er schließlich empört die Veranstaltung. Schmidts späteren Stolz – den er bis heute spazierenträgt – , als Kanzler der RAF den Garaus gemacht zu haben, versteht man besser, wenn man auch diese Geschichte kennt.

Ulrike Meinhofs Kontakt zu KONKRET wird enger; im Oktober 1959 schreibt sie ihre erste Kolumne. Ihre anfängliche Abneigung gegen Klaus Rainer Röhl, den Herausgeber der Zeitschrift – »ein fieser Typ, ein Brechmittel« – wird sie schnell (und wie sich später herausstellt: vorschnell) überwinden. Röhl ist Mitglied der illegalen KPD, und weil Ulrike Meinhof aus dem, was sie lernt, schnell Konsequenzen zieht, tritt auch sie in die Partei ein. Obwohl sie sich immer noch als protestantische Christin versteht, obwohl der moralische Rigorismus noch immer der Hauptantrieb ihres Denkens ist, gewinnen ihre Texte rasch an analytischer Schärfe. Sie wächst an KONKRET, und KONKRET wächst mit ihr. Sie schreibt gegen die alten Nazis in neuen Ämtern, unterstützt die Ostermarschierer mit Fakten und Vorschlägen, zeigt die Kontinuität von Faschismus und der »dezenten Diktatur« (Rühmkorf) des Adenauer-Staates und warnt vor der Großen Koalition, lange bevor diese Wirklichkeit wird.

Im Winter 1961 heiraten Klaus Rainer Röhl und Ulrike Meinhof. Schon ein Jahr später werden die Zwillinge Bettina und Regine geboren. In der Ehe kommt es bald zu Konflikten. Röhls Dominanz und das gewachsene Selbstbewußtsein Ulrike Meinhofs prallen aufeinander. Sie schreibt weiter ihre Kolumnen, muß sich aber, weil Hausarbeit und Kindererziehung ihr überlassen bleiben, aus der Redaktion zurückziehen.

Mitte 1964 kommt KONKRET in Schwierigkeiten. Meinungsverschiedenheiten zwischen Redaktion und der Ostberliner KPD-Führung, die bislang die Zeitschrift finanziell unterstützt hat führen dazu, daß die Zahlungen eingestellt werden. Daraufhin beantragen die Parteimitglieder in der Redaktion ihren Austritt. Aber bis auf einen, nämlich Röhls, werden alle Anträge abgelehnt. Was bedeutet, daß Ulrike Meinhof faktisch bis zu ihrem Tod KPD-Mitglied bleibt.

Um dem drohenden Konkurs zu entgehen, muß die Auflage gesteigert werden. Rühmkorf und Röhl schlagen vor, dem angeschlagenen Blatt mit dem »Treib- und Triebmittel Sexualität« wieder auf die Beine zu helfen. Fortan werden die kritischen Texte mit Arsch und Titten garniert und schweinöse Reportagen über das Heft verstreut – gegen Meinhofs Widerstand.

Die aber erschreibt sich, während die Verkaufszahlen der Zeitschrift stetig klettern, ein immer größeres Publikum. Publizistisch unterstützt sie den Widerstand gegen die Notstandsgesetze und die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg. Gleichzeitig werden ihre ersten Rundfunkarbeiten gesendet, Features über berufstätige Mütter, über Hilfschulkinder und Heimerziehung. Bald ist sie auch in diesem Medium eine begehrte Journalistin. Ihre Recherchen »führten sie tief in die Anstalten, und zwar gleichzeitig nach ganz oben und ganz unten, in die lichte Sphäre der Medien und die lichtlose von Elendsquartieren, Bewahrungsheimen, Gastarbeiterquartieren, Fließbandhallen und Fürsorgeanstalten« (Rühmkorf). Lange bevor das linksliberale Bürgertum sich dem »Bildungserlebnis Randgruppe« unterzieht, hat Ulrike Meinhof mit den Opfern des Wonderland Westgermany gearbeitet, hat als »bluternst« erlebt und beschrieben, was andere nur als exotischen Partytalk hören wollen.

Als 1967 der Schah Berlin besucht, als die Jubelperser von SAWAK auf Demonstranten knüppeln, als Benno Ohnesorg erschossen wird, als die ersten Steine und die ersten Mollies fliegen, radikalisiert sich mit den Studenten auch die Journalistin Ulrike Meinhof und stellt mit dem politischen Konsens auch ihre persönlichen Bindungen infrage. »Verschleierung und schöner Schein gehen kaputt, Konflikte werden sichtbar, persönliche Konflikte können zunehmend als gesellschaftlich verursacht, als Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte begriffen werden.« Als sie das schreibt, hat kurz zuvor der lange Abschied von Röhl ein Ende gefunden. Sie hat sich von ihrem Mann getrennt und ist mit den Kindern nach Westberlin gezogen.

Mehr und mehr mißtraut sie den Möglichkeiten ihres Berufs. Sie schreibt weiter, aber ihre Artikel werden drängend, unerbittlich; sie fordert politische Effizienz, fordert auf, den Protest zum Widerstand werden zu lassen. Gleichzeitig warnt sie davor, die Stärke des Gegners, seine Flexibilität zu unter- und die Wirksamkeit gewaltsamer Aktionen zu überschätzen. Öffentlich hat sie mit ihren alten Genossen gebrochen und schreibt doch, als die sowjetischen Panzer in Prag einrollen, einen klugen, merkwürdig bedächtigen Artikel. Sie attackiert den Starjournalismus und ihre eigene Rolle als KONKRET-Kolumnistin (»Kolumnisten sind Stars, in ihrer Badewanne sind sie Kapitän«) und tut dies in einer Kolumne für KONKRET.

Im April 1969 bricht sie endgültig mit der Hamburger Redaktion und erklärt KONKRET zu einem »Instrument der Konterrevolution«. Die antiautoritäre Bewegung beginnt zu zerfallen, ihre Begriffe werden zu Totschlagworten. Bedingt durch ihre politische und persönliche Isolation in Westberlin, bleibt auch Ulrike Meinhof nicht von dem zunehmenden Realitätsverlust der Neuen Linken verschont.

Im Februar 1970 erhält sie unverhofft Besuch von Gudrun Ensslin und Andreas Baader. Sie hatte die beiden schon als Angeklagte im Frankfurter Brandstiftungsprozeß kennengelernt, über den sie für KONKRET berichtet hatte. Ensslin und Baader haben beschlossen, ihren Hafturlaub zu benutzen, um unterzutauchen und so ihrer Reststrafe zu entgehen. Ulrike Meinhof gewährt ihnen Unterschlupf. Aber schon nach sechs Wochen wird Baader wieder verhaftet. Durch einen Trick will man ihn aus dem Gefängnis herausholen. Ulrike Meinhof bittet ihren Verleger Klaus Wagenbach, dem Leiter der Haftanstalt in einem Schreiben mitzuteilen, daß sie gemeinsam mit Baader an einem Buch über Fürsorge-Jugendliche arbeite. Tatsächlich genehmigt der Gefängnisleiter daraufhin die beantragte Ausführung des Gefangenen. Begleitet von zwei Polizisten kommt Baader am 14. Mai 1970 in die Bibliothek des »Instituts für soziale Fragen«, wo ihn Ulrike Meinhof bereits erwartet. Ein aus vier Personen bestehender »Befreiungstrupp« sollte nun den Abzug des Gefangenen sichern, während Meinhof, scheinbar ahnungslos, in der Bibliothek zurückbleiben sollte. Unerwartet taucht jedoch der Institutsangestellte Linke auf. Statt, wie für den Notfall geplant, mit einer Gaspistole, schießt einer der »Befreier« den Angestellten mit einer scharfen Waffe nieder und verletzt ihn dabei lebensgefährlich. Ulrike Meinhof flieht mit den anderen. Schon einen Tag später wird sie wegen Mordverdachts gesucht.

Eine Chance hätte sie noch gehabt. Sie hätte das Asylangebot der DDR annehmen können. Weil es aber nur für sie und nicht auch für die anderen Mitglieder der Gruppe hatte gelten sollen, lehnte sie ab.

Was danach folgt, hat wenig zu tun mit dem bisherigen Leben der Ulrike Marie Meinhof, aber viel mit dieser einen verunglückten Aktion. Und viel mit dem Wahnsystem dieser Republik: Die Gründung der RAF, die Überfälle, die Anschläge, das »Konzept Stadtguerilla«, ist nicht mehr als der Versuch, dem Zufall nachträglich einen Sinn zu geben. Die beispiellose Hatz auf die »Staatsfeindin Nr. 1«, die Isolationsfolter in der Haftanstalt Köln-Ossendorf, das gigantische Unrechtsverfahren in Stammheim, der Tod Ulrike Meinhofs in ihrer Zelle, all das ist nichts anderes als der Versuch, den Gegnern dieses Systems zu zeigen, was ihnen blüht.

Es gibt Menschen, absolute Personen der Zeitgeschichte werden sie genannt, über die kann man schreiben, was man will, man trägt in jedem Fall zu ihrer Mythisierung bei. Mit jedem Wort, das man über diese Menschen verliert, geht ein Stück mehr von ihrer historischen Wirklichkeit verloren. Jeder Versuch, sie zu erklären, verklärt sie aufs Neue. Selbst die Absicht, sie zu entmythisieren, bewirkt das Gegenteil. Man kann sich ihnen nur nähern, indem man sich von ihnen entfernt.

Mario Krebs hat die erste Biografie der Ulrike Meinhof geschrieben. Behutsam, fast betulich, hat er sich der Wirklichkeit ihres Lebens genähert, indem er die politische Geschichte dieser Republik erzählt. Alles andere als ein journalistischer Naseweis, ist der Biograf keiner der Versuchungen erlegen, die ein solches Thema parat hält. Dennoch hat es der Herausgeber des Bandes, der Sozialdemokrat Freimut Duve, für nötig gehalten, sich in einem dem Buch angehängten offenen Brief von dem Autor und seinem Text zu distanzieren. So weh tut das noch.

In seinem Vorwort berichtet Krebs über seine Recherchen: »Manch einer, der Ulrike Meinhof aus der gemeinsamen Arbeit in den fünfziger und sechziger Jahren kannte, hat seine Erinnerungen inzwischen unter dem Blickwinkel geordnet, daß und warum es mit ihr 'so weit kommen mußte'«. Und was, wenn wir mal fragen, gehört dazu, hier *nicht so* weit zu kommen?

Konkret 05/88, S. 60

Diedrich Diederichsen

Fünf Freunde und die Schleyer-Entführung

Für den Rest seines Lebens hahen sie den Peter-Jürgen Boock hinter Gitter gesperrt. Dort hat er einen Roman geschrieben, in dem steht, was sich zugetragen hat, der aber keinen denunzieren will. Es ist eine Geschichte der Katastrophe des Jahres 1977, auch eine Geschichte, die zwischen Hippies und Punk-Rockern spielt

»Rock-music is breeding soldiers and killers« Henry Rollins

Wie ungenau Pop-Musik sein kann (oder wie allgemeingültig)! Wie Millionen andere in aller Welt, die zwanzig Jahre später schlecht gelaunte Rundfunk-Moderatoren geworden sind oder einfach SPD-Mitglieder, wurde Peter-Jürgen Boock von Eric Burdon & The Animals und Country Joe & The Fish politisiert. Der Soundtrack zur romantischen, gefährlichen Ein-oder Zweisamkeit (in anonymen Interconti-Zimmern) war der gleiche wie bei vielen Millionen Drogen-Hippies, Individualanarchisten und 68ern mit künstlerischen Neigungen, die heute vor dem Musee D'Orsay für die Van Gogh-Ausstellung Schlange stehen oder Bücher von Matthes & Seitz lesen: »Strange Days« von den Doors.

Das ist die späte miese Rache der Legalen. Die großen, bösen, konsequenten Terroristen haben sich mit den gleichen schlappen sentimentalen Hippie-Lebenslügen getröstet wie die letzten Penner vom Campus. »Strange Days« und dazu ein Joint, etwas Rotwein und mit der Genossin in die Badewanne gehen, sich gegenseitig Lebensgeschichten erzählen. Grusel, aber so war's, so steht es geschrieben. Die Illegalen suchen in Kampfpausen Erbauung bei den allerlegalsten aller Subkulturvergnügungen, bei bekannten billigen Platten und bekannten billigen Gefühlen und bekannten billigen Drogen. Das Erstaunen darüber steht für den Mythos, daß einer, der zur Waffe greift, irgendwie mehr wissen, ein »höheres Bewußtsein«, eine »Erleuchtung« erlebt haben muß.

Der Unterschied, der in Boocks »Roman« zwar nicht herausgearbeitet, aber ablesbar ist, besteht allerdings darin, daß die Legalen diese Mittel zur Steigerung ihres Lebens benutzten, die Illegalen aber zur Dämpfung, zur Beruhigung. Man trifft sich in der Mitte. So wie immer alle großen US-Revolutionäre oder einfach nur Outcasts immer irgendwann bei Gospel oder Country & Western und Mutters Apple Pie enden, durchzieht das ganze Buch die Gefahr, die die Sehnsucht nach dem ganz billigen Gefühl, der großen, schönen korrumpierenden Sentimentalität, als Absturz aus der als notwendig erkannten Isolierung von allen Darreichungsformen der verschiedenen, in der Welt da draußen existierenden Common Senses, bereithält.

Wenn Du ein Schreiber bist, mußt Du hingehen und nachsehen, wie es ist. Aber da, wo Du hingehst, kannst Du auch umkommen, sagt William Burroughs. Und das geht natürlich auch umgekehrt, wie eine Vielzahl von Büchern zeigt, die Leute nur geschrieben haben, weil sie irgendwo waren (oder sind), wo sie auch hätten umkommen können. Fast schon professionell zaubert Boock die Toten aus dem Hut, wenn die Story langweilig werden könnte, in kunstvoll eingeschachtelten Rückblenden. Wie plötzlich das Gehirn eines libanesischen Freundes an seinem T-Shirt, ohnehin verschwitzt, klebt, wie dem Genossen Hans der tote Kopf seiner Freundin, der Genossin Lore, auf den Schoß sinkt, woraufhin dieser wild um sich zu schießen beginnt, was wiederum einen Polizeibeamten das Leben kostet, wie Christliche Milizionäre in Beirut eine Genossin zu Tode foltern, indem sie eine ausgehungerte Ratte sich durch die Vagina in das Körperinnere fressen lassen... Überhaupt Beirut, aus Beirut kommt er in der gleichen Verfassung zurück wie der all american GI aus Vietnam. Es war nicht so, wie sie es ihm gesagt haben. Die Fronten waren nicht klar, jeder schoß auf jeden. Das Konzept Stadtguerilla kam aus Südamerika und scheiterte in Beirut. Die Strategien des US-Imperialismus sind eben vielfältig, nicht immer nimmt er die leicht zu bekämpfende, geschenkt gehaßte Fratze des Militärdiktators mit altmodischer Sonnenbrille, des Latifundista oder der United Fruit an, da wo die Strategie der USA einfach nur noch Destabilisierung heißt, ist auch jede Guerilla nur ein Faktor der von den anderen gewollten Destabilisierung, spielt deren Spiel. Seit Beirut, so Boock immer wieder, war er nicht mehr da Alte.

Die alte und zu einfache These, daß die RAF im Prinzip deren Spiel gespielt hätte, Vorwände geliefert für das, was damals auf Flugblättern »Faschisierung von Staat und Gesellschaft« genannt wurde, für Repression und bis vor kurzem fälschungssicheren Personalausweis (wie wenig ein Staat dafür Vorwände braucht, sieht man heute), wird in diesem Buch schon mal einem legalen Unterstützer, dann wieder einem holländischen schwulen Hippie und Popjournalisten in den Mund gelegt, auch das eine oder andere Gruppenmitglied öffnet sich in sentimentalen oder kritischen Momenten Einwänden oder Vorwürfen, wie dem des verlorenen Kontaktes zur Basis/den legalen Unterstützern. Diskutiert/entschieden wird eigentlich nichts. Wo Aust sich in die Psychologie rettet, um nicht Stellung zu nehmen (und damit Stellung nimmt: Terrorismus oder Sozialdemokratie? – eine Sache der Temperamente), nimmt Boock die Literatur zu Hilfe. Action und Horror und Liebesszenen zerreißen dann die Analyse. Was aber schon in wesentlich ungefährlicheren, bescheideneren

Entscheidungsprozessen in everybodys autobiography den Tatsachen entspricht; denn es ist ja in jedem Leben der Trick der Welt, mit Action, Horror und Liebe die ungestörte, zu richtigen Entscheidungen führende Reflektion zu zerreißen.

Und der, der hier »ich« sagt, was ist das für einer? Boock ist sich überhaupt nie sicher. Selbst wenn er als harter Revolutionär auftritt, vergißt er nicht hinzuzufügen, was a »wirklich« gedacht hatte, »in Wirklichkeit lieber« gesagt hätte. In den entscheidenden Momenten der vielen Diskussionen mit seinen beiden Freundinnen in der Guerilla, Anna und Renate, zieht er sich auf seine »Ganovenehre« zurück, die ihm auch unabhängig von allen politischen Erwägungen gebietet, »die Stammheimer« zu befreien, weil sie ihm seinerzeit geholfen haben, als er im Heim saß. Damit ist er dann ganz alleine in der Gruppe, der »Strange Days« hörende Ex-Dealer. Strange days have found us, strange days have tracked us down und die Verse des kleinbürgerlichen Rimbaud-Fans und Drogen-Existentialisten Jim Morrison, Sohn eines US-Offiziers, helfen den ganzen isolierten, selbstgewählten Kriegsstatus als einen seltsamen Trip auszupolstern, in den man vulgär-existentialistisch »geworfen wurde wie ein Hund ohne Knochen« (Morrison, a.a.O.). Und das kann ich gut verstehen, auch wenn es doch zu seltsam ist, daß andere Leute dasselbe Lied benutzten, um mit schlechten Schulnoten, schlechtem Haschisch oder weggelaufenen Freundinnen fertig zu werden.

Immer wenn die Dritte-Welt-Argumentation durch ist, verlangen die legalen Freunde und Unterstützer nach einer Einschätzung der Lage in der BRD. Und dann kann Boock seinem holländischen Pop-Kenner-Freund Willem auch nichts anderes erzählen als die Leier von den TV-Zombies und -Spießern, die dringend befreit gehören, dann mokiert er sich über McDonald's »Plastik«-Essen wie der blödeste Juso-Studienrat, dann fragt man sich, wer hier eigentlich wirklich der Spießer ist.

Ein RAF-Kommando bezieht mit acht Personen eine Zwei-Zimmer-Wohnung in einem dieser berühmten anonymen Appartementhäuser. Sie achten auf Anpassung. Am ersten Abend gestatten sie sich Lärm und Fröhlichkeit und Rotwein und den gemütlichen Joint, weil sie das den Spießern gegenüber als Einweihungsparty deklarieren können. Von da an müssen die zwei, die sich als das junge Mieterpaar ausgeben, jeden Morgen zu der Zeit, wenn die Spießer das Haus verlassen, weil sie nämlich arbeiten, ebenfalls jeden Morgen das Haus verlassen, die anderen dürfen sich nicht mehr bemerkbar machen, allenfalls nachts sich davonschleichen, sogar die Toilettenbenutzung wird rationiert.

Dabei weiß jeder, der jemals in so einem Haus gewohnt hat, daß sich da in der Regel weit schlimmere Dinge zutragen als ein wenig Guerilla. Man schmeißt Kinder aus dem Fenster, verprügelt abgeschleppte Stricher, killt Callgirls und geht in den seltensten Fällen einer geregelten Arbeit nach. Mit so erzspießigen Dingen wie einer Housewarming Party halten sich höchstens die paar Studenten auf, die gerade keinen WG-Platz in einem schönen Altbau mit Stuck abgekriegt haben. Selten so deutlich wie in diesen Szenen wird einem, wie für die deutsche Guerilla die Maxime ihrer Vorbilder sich dramatisch ins Gegenteil verkehrt hatte: Nicht von einer sympathisierenden Unterstützerszene freundlich umgeben sind sie, sondern spießigen Arbeitsrobotern, die schon lange vor der großen Terrorhysterie offensichtlich nichts anderes im Kopf haben, als zur Rettung von McDonald's und TV-Zombietum abweichende Verhaltensweisen aufzuspüren, ausgesetzt. Das ewige 68er-Problem: Über dem Kampf gegen die Spießer wird man zwangsläufig selber zum Spießer.

Eine der sympathischsten und am anschaulichsten geschilderten Figuren ist »der Lange«, Boocks großer Freund aus dem Heim, mit dem er, bevor er in den politischen Untergrund einsteigt, eine Dealerkarriere macht. Der Lange ist von Anfang an gegen die Bürgerkinder und »Studententussis« mißtrauisch. Es macht ihm Spaß, die Kiffer vom Campus abzuziehen, es macht beiden Spaß, das Geld mit beiden Händen auszugeben, erster Klasse zu reisen und die Minibars im Interconti zu plündern (eine Neigung, die Boock sympathischerweise auch bei der RAF nicht los wird und den puritanischen Genossinnen auf rührende Weise als strategische Notwendigkeit – nicht auffallen etc. – zu verkaufen versucht). Der Lange setzt sich später, von Drogen ruiniert und vom abtrünnigen Freund enttäuscht, live vor Boock und seiner Freundin den goldenen Schuß. Jeder kannte damals so einen, so einen schlacksigen Dealer, der vor nichts Angst hatte, von dem man sich gerne linken ließ, dessen cooler wortkarger Humor Vorbild für die Jungen und Erbauung für die Gleichaltrigen war. Und von dem man dann irgendwann hören mußte, daß er sich den goldenen Schuß gesetzt hatte. Dieses Leben wäre für Boock die einzig denkbare Alternative zur RAF gewesen.

68 wurde die Alternative geboren, Drogenhippie zu werden oder Linksradikaler, 77 Punk oder Yuppie. So steht es in den Geschichtsbüchern geschrieben. Lange hat man 68 mit friedlichen Demonstrationen vieler friedlicher oder nur begrenzt gewalttätiger Langhaariger assoziiert und 77 mit Beendigung kläglicher und korrupter Existenzen und nihilistischen Punkrocks. Folgt man diesem Buch, war die RAF nichts anderes als extremes Hippietum, politisch extremer und drogenerfahrungsmäßig extremer, nicht aber das andere, Anti-Hippie-Bewußtsein, das im Punk populär wurde. Die Alltagsansichten, die Alltagskultur, die Lieblingsfilme (»Casablanca«), die Diskussionen, bei denen am Ende der Recht erhält, der mit »dem Bauch« oder aus der Betroffenheit argumentiert, alles pur Hippie, wie es der Punk-Rocker haßte. Die

Stammheim-Begeisterung der Punk-Rocker wäre demnach nichts als Kult, weltfremde Heroisierung irregeleiteter Jugendlicher auf der Suche nach einem Leitbild.

Ich glaube das nicht, ich neige eher dazu, daß die Katastrophe der RAF, die das Jahr 77 darstellte, im Punk-Rock ihr angemessenes Spiegelbild gefunden hat, der ja nichts anderes zum Ausdruck brachte als die Enttäuschung, daß man seine Aggressionen nicht mehr politisch sinnvoll in Terror umsetzen könne. Der, der für diese Einsicht sein Leben gegeben hat, ist natürlich ein Held. Mogadischu ist das Golgatha jeder weißen, kleinbürgerlichen, europäischen Jugendrebellion. Der Haß, das Aufbegehren hat seitdem die Form eines rituellen Dennoch angenommen, ohne die Chance, in seinem Sinne die Welt zu gestalten. Viele verzichten heute von vornherein auf ihre Jugend. Haß darf keinen Sinn mehr haben, heute, das ist die große Niederlage. Denn es gibt natürlich immer noch und immer wieder genauso viel gerechten Haß wie ehedem. Dem Hippie aber, den die Punk-Rocker dann in Form von sozialdemokratischen Lehrern bekämpft und gehaßt haben, wurde eigentlich nur vorgeworfen, nicht wie seine Gesinnungsgenossen beizeiten sein Leben gegeben zu haben.

Was ist ein Roman? Wenn man aufschreibt, was sich zugetragen hat, aber niemanden denunzieren will. Solche einfachen Wahrheiten werden einem noch einmal klar, wenn man Romane von Terroristen liest.

Sehr lange habe ich darüber nachgedacht, woher ich die extrem unangenehme, unangemessene Sprache kenne, die Boock wählt, wenn er die Terroristen sich unterhalten läßt. Der sonst normal geschriebene Roman wird fast unlesbar, wenn es zu Gesprächen oder Diskussionen kommt. Egal ob im Angesicht des Todes oder beim konspirativen Treff in Amsterdam, die Figuren reden in einem umständlichen, blumigen, mit müden Witzen und Formulierungen wie »Spaß beiseite« gewürzten Deutsch, das mir von irgendwoher bekannt vorkommt. Ist es die »eh, Du«-Sprache der 70er Jahre? Teilweise. Ist es das bemüht Verbindliche von Rockerpfarrern? Nicht ganz. Nach 150 Seiten etwa wußte ich, was es ist: Enid Blyton, 5 Freunde und die Schleyer-Entführung. Nachdem das klar war, konnte ich es wieder gut aushalten. Schließlich ist das nur ein weiterer Aspekt des tiefgreifend-rührend-sympathischen Charakters des Peter-Jürgen Boock, der dieses Buch durchzieht und nur Haß zuläßt auf einen Staat, der es für nötig befunden hat, diesen netten, leicht ältlich-vergrübelten, unglaublich bemühten und verantwortungsbewußten Bürger Boock in erster Instanz für dreimal lebenslänglich plus fünfzehn Jahre hinter Gitter zu sperren.

Es gibt nach wie vor keinen Grund, sich auf die Schulter zu klopfen, weil man damals nicht dabei war: Man dachte ja nicht anders, war nicht schlauer als die, die in diesem Buch zu Wort kommen, man war ja nur zu klein, zu alt oder zu feige. Ebenso unzulässig, wie aus diesem Buch Rückschlüsse über die RAF oder gar die deutsche illegale Linke im allgemeinen zu ziehen, wäre es, die in irgendeiner Weise »typische« Autobiographie eines Heimkindes herauslesen zu wollen, dem nur die eine oder andere Sorte von Illegalität blieb. Eher kann man von der Gefangennahme durch eine Zeit sprechen, die bis heute für Boock andauert und unauslöschlich Grundsätze festgelegt hat. Daß viele andere, die diese Grundsätze teilten, mit sehr viel heilerer Haut davongekommen sind als Boock und der Lange, verdankt sich der Gestapo-Logik, nach der diese Welt organisiert ist: Muckt ein Dorf (Generation, Klasse, Religion) auf, wird halt willkürlich jeder Zehnte herausgegriffen und erschossen.

Peter-Jürgen Boock: Abgang. Lamuv Verlag 1988, 327 S., 38 DM

Konkret 05/88, S. 64

Nachrichten

Warme BRD

»Schwule und Lesben bekennen Farbe«: unter diesem Motto veranstaltet die Konferenz der Schwulen und Lesben Gruppen im Essener Jugend & Kulturzentrum »Zeche-Carl« eine »Schwule Woche«. Zum Abschluß dieser Woche wird am 9. Juli 88, dem Gay-Freedom-Day, eine zentrale Demonstration in Essen stattfinden. Der 9. Juli ist, so die Veranstalter, »für Schwule und Lesben seit 1969 internationaler Tag der Solidarität, des Stolzes und des Widerstands«. Interessierte wenden sich an: medienzentrum ruhr e.V., Höhmannstraße 10, 4300 Essen 12.

04821/3299

Hintor dieser Nummer verbirgt sich der »Brokdorf Widerstands Telefon-Automat«, bei dem weder das Fernsehprogramm noch die Ziehung der Lottozahlen abgerufen werden kann, sondern Nachrichten wie diese: »Am 1.9.87 wurde dem Bundesrichter Günter Korbmacher in den Unterleib geschossen, dadurch ist er politisch gebrandmarkt; Korbmacher fällte Urteile gegen Asylbewerber«. Mit diesem Automaten soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich authentische Informationen über den Widerstand in der BRD zu beschaffen. Für Neugierige empfiehlt sich, die Informationen von einer Telefonzelle aus abzurufen.

Ein Recht auf Spicken

Während derr Abschlußprüfungen für die Oberschule verließen hunderte von SchülerInnen die Schule, um an einer Kundgebung teilzunehmen, auf der sie das Recht abzuschreiben, forderten. Die Polizei ging nach eigenen Angaben mit Warnschüssen und Schlagstöcken gegen die demonstrierenden SchülerInnen vor, die sich ihrerseits mit Hockeyschlägern und Steinen zu wehren wußten. Allerdings spielte sich das ganze nicht hierzulande ab, sondern in Bangladesh.

Und nun das Wetter

»Die Bundesanstalt für Arbeit teilt mit: Die Zahl der Arbeitslosen ist im März um 76.400 oder 3 Prozent auf 2.244.100 zurückgegangen. Ende des Monats gab es 27.700 Arbeitslose mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 9,6 Prozent. Wie auch schon im März letzten Jahres nahm die Arbeitslosigkeit auch diesmal weniger ab als gewöhnlich.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Heinrich Franke, nannte dafür am 7. April 1988 in Nürnberg zwei Gründe: Das schlechte Wetter im März und den geringen Sockel an Winterarbeitslosigkeit im Vergleich zu früheren Jahren. »Wer nicht entlassen worden ist, kann jetzt nicht eingestellt werden«, sagte Franke.

(Aus: Bulletin der Bundesregierung).

Zu Hause arbeiten?

Die philippinische Regierung hat ein Gesetz in Kraft gesetzt, demnach junge Frauen nicht mehr das Land verlassen dürfen, um als Hauspersonal im Ausland zu arbeiten. Mit dieser Entscheidung soll die Ausbeutung, vor allem die sexuelle, von rund 180.000 Filipinas, die in Asien, den Golfstaaten und in Europa ihre Dienste anbieten, erschwert werden.

Passivrauchen besser

Auf Fragen nach der Bewertung der aktuellen Diskussion über die Gefahr von Asbest in Schulen und anderen Gebäuden antwortete das Bundesgesundheitsamt: Passivrauchen sei »Grob gerechnet« hundertmal risikoreicher als das Einatmen von Asbeststaub in Innenräumen. Auf 500.000 SchülerInnen, die zehn Jahre lang wöchentlich 48 Stunden asbesthaltige Luft einatmen, sei statistisch gesehen mit einem zusätzlichen Krebstoten zu rechnen. So der Leiter des Fachgebiets für »Spezielle humanökologische Fragen«, Manfred Fischer, bei einer Pressekonferenz in Westberlin.

Israelisches Gas

Um die palästinensische Zivilbevölkerung in Schach zu halten, setzte das israelische Militär ein Giftgas ein, das verharmlosend als Tränengas bezeichnet wird. Dies berichtete ein Vertreter der Liga für Menschenrechte in Wien. Das Stickgas hätte die Eigenschaft, daß es mehrere Tage an Gegenständen haften bleibe und durch Berührung übertragen

werden könne. Bislang sind vermutlich drei Personen durch dieses Gas getötet worden.

Niedersachsen und Afghanen

Wolfgang Knies, Kultusminister in Niedersachsen, der bislang nur wenig Innovatives von sich gab, hatte eine Idee: Er appellierte an Landkreise und Gemeinden ausrangierte Schulbänke für afghanische Flüchtlingskinder in Pakistan und Afghanistan zu spenden. Damit könnten dann »Brücken zwischen den Menschen in Afghanistan und Niedersachsen gebaut werden«.

Stehplätze

Die beiden Astronauten Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer haben sich die Überlegung von Wolfgang Neuss zu Herzen genommen, daß nach dem Challenger-Unglück keine Sitze mehr in die Raumfähren eingebaut werden müßten, denn diese »drei Sekunden können sie auch stehen« . Genau so lange flog damals die Raumfähre. In einem Interview haben jetzt Furrer und Messerschmid bekannt gegeben, daß sie auf Schleudersitze verzichten wollen, denn mit dieser Modifikation verliere man den Platz für einen Astronauten und gewinne damit Gewicht für die Nutzlast.

Nicht Männer sondern Frauen

Ein Atelier für Unverheiratete wurde in der kanadischen Stadt Toronto eröffnet. Dort bügelt man Hosen, näht Knöpfe an, bessert Wäsche aus, stopft Strümpfe und führt noch eine Vielzahl anderer Dienstleistungen aus. Entgegen den Erwartungen der Geschäftsinhaber sind die meisten der Kunden nicht Männer, sondern Frauen.

Zu recht hämisch

»Stereotyp klingt es in der BRD, dort könne – im Unterschied zu anderen Ländern und vor allem zur DDR – jeder, absolut jeder reisen, so wie er wolle; wann, wie, womit und wohin, nur vorausgesetzt, er hat das notwendige Kleingeld.

Daß dem nicht so ist, erfährt man allenfalls aus Randglossen, so etwa aus einem Bericht in einer BRD-Illustrierten über die Handballmannschaft des Turnvereins Hassee-Winterfeld Kiel, eines führenden Klubs der Bundesliga. Deren Manager Jacobson z. B. kann seine Mannschaft keineswegs überallhin begleiten, schon gar nicht, wenn es in den »Ostblock« geht. Jacobson ist nämlich im Hauptberuf beim Militärischen Abwehrdienst (MAD) engagiert, und da darf er »selbstverständlich« (!) nicht so frei reisen. Sieh mal an. Ganz nebenbei: Ist das nicht eine recht eigenartige Führungskonstellation für einen »unpolitischen« Sportverein?«

(aus der DDR-Zeitung horizont, Nr. 4/1988)

Bestanden

Heinrich Lummer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Liebling allerlei Talk-Shows, hat die Prüfung für den Motorradführerschein bestanden. Prompt verlieh die Motorradstaffel der Westberliner Polizei dem einstigen Innensenator Sturzhelm und Ehrenmitgliedschaft in ihrer Truppe.

Alain Mafart, Major, französischer Geheimagent und Beteiligter bei dem Attentat auf das Greenpeace-Schiff »Rainbow«, hat dagegen an einer ganz anderen Prüfung teilgenommen und bestanden, so daß er jetzt Schüler der französischen Militärfachschule »Ecole de Guerre« ist.

Kasten >radikalauer von Winfried Thomson< auf Seite >65<

Atomkraftwerke dürfen nicht überflogen werden: Baut AKW an AKW, dann ist Schluß mit dem Fluglärm.

Piloten, hört ihr? Tiefffliegen sollt ihr, nicht Tiefpflügen!

Was ist ein Beratungsgesetz? Der Fahrplan nach Holland.

Rechtsradikale, was wollt ihr in den Landtagen? Macht´s wie in Niedersachsen: werdet Verfassungsschutz

Wo gestern eine Bank stand, ist heute eine Pommes-Bude: das muß ´ne Währungsreform sein.

Keusch bleiben, sonst schickt der Papst das BKA: Verdacht auf terroristische Vereinigung.

Wußten Sie schon, daß man mit Ölflecken jetzt seine Kleidung reinigen kann?

Der Dampfkessel ist out, der Wandergesell passé. Die Polizei setzt ihre Tradition fort: Es lebe der Wanderkessel.

Konkret 05/88, S. 66

F. W. Bernstein

Ich habe gelesen

Von Lektüre und verantwortungsvoller Buchprüfung kann in diesem Frühjahr 88 noch keine Rede sein. Unaufgeräumtes Durcheinander herrscht, und gelesen wird, was mir vor Augen kommt. Und wenn es gleich der Aufklärung dient:

»Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich Diät beurteilt u.s.w.: so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen.«

Das hat Immanuel Kant geschrieben. Das habe ich gelesen.

Das habe ich weiß auf schwarz gelesen auf so einem Großformatplakat in einem U-Bahnhof. Das habe ich am 17. März 88 (so schwittert die 'taz' schon den ganzen März, albern sowas!) auf dem 'Lichtbild des Tages' gelesen, das jenes U-Bahn-Plakat zeigt.

Die Botschaften kommen auf Umwegen an.

Aus Bequemlichkeit und starken Schmerzen bin ich dann doch, als ich am 19. März (!) den rechten Arm nicht mehr regen konnte, zum Orthopäden gegangen, und war recht unmündig froh, als der mir die Gelenkkapselentzündung mit einer Spritze repariert hat.

II

In »Der Neger (Negerl)« von Immanuel Kant/Eckhard Henscheid – nachgelesen, weil ich für die Neuausgabe Titelzeichnung machen darf – zitiert Henscheid die »überaus einleuchtende Nachrichten- und Medientheorie« von Franz Kafka: »Fast jeden zweiten Tag finde ich in der Zeitung eine derartige, für mich allein bestimmte Nachricht...« Ich auch!

Wen, wenn nicht mich, gehen seit Wochen, seit Monaten all die vielen siebenzeilenlangen Chinesermeldungen in allen Tageszeitungen an? Allenfalls noch S.

Peking (Reuter): Der aus den USA stammende Breakdance ist bei der chinesischen Jugend offenbar so beliebt, daß er Schüler vom Lernen abhält und den Behörden Sorge bereitet. Das Parteiorgan 'Volkszeitung' berichtete gestern... (Tagesspiegel, 17.3.88)

Peking (dpa): Die einflußreiche chinesische Tageszeitung 'Guangming Ribao' hat die in China weitverbreitete Praxis angeprangert, für Dienstleistungen Geldgeschenke und Spenden zu erpressen... Kinos müßten Elektrizitätswerke mit Eintrittskarten versorgen, wenn sie sicher gehen wollen, daß ihnen der Strom während einer Vorstellung nicht abgestellt werde... Selbst Schriftsteller müßten Verleger bezahlen, damit sie ihre Werke druckten. . . (Tagesspiegel, 20.3.88)

Peking, 17. März (AFP): Mehr als 10000 Wandmalereien, von denen manche bis zu 3000 Jahre alt sind und den Alltag in jener Zeit darstellen, sind im Altai-Gebirge im Nordwesten Chinas gefunden worden... (FAZ, 18.3.88)

III

Unsere aktuellen Wandmalereien werden nicht nur rasch weggewischt, sie sind auch kaum mehr lesbar: hochelegante Kalligraphien, mit breitem Filzer zierlich hingeschnörkelt. In der Düppelstraße in Steglitz muß noch ein steinalter Sprayer unterwegs gewesen sein: dfffffff-dfffffft-dffft-ffffff-ffff-: »Roland riecht«

In einer Umkleidekabine der Schwimmhalle Schöneberg fordert ein Filzstift: »Solidarität mit den Gefangenen der RAF«. Während ich beim Schuhzumachen sprachkritische Überlegungen anstelle, wer in diesem Satz wessen Gefangener sei, lese ich den Kugelschreiberzusatz: »In dieser engen Kabine bin ich mit jedem Gefangenen solidarisch.« Schnell raus!

IV

Straßenlesen. Sicher gibt es interessantere Straßen als die Düppelstraße in Steglitz, die zudem nur noch eine Häuserzeile hat, links läuft die Autobahn. Das letzte Stück vor dem Ehlersplatz les ich immer wieder gern. Bei »Betten Dahms« fang ich an. Im Schaufenster diesmal sein handgeschriebenes Sonderangebot: »Kopfkissen Original Gänsehalbdaune 80 x 80 DM 69,-«

Nächstes Haus: »Videothek Nr. 1« »Ankauf Tausch Verkauf Verleih. KRIMI / Zeichentrick- / Sciencefiction- / SEX / Abenteuer- / Horror- / Karate-Videofilme VHS/Beta/2000«. KRIMI und SEX in Großbuchstaben. SEX mehrmals durchgestrichen.

Nächste Station auf dem Weg ins Verderben: »Tabakwaren, Spirituosen/Lotto, Toto, Spiel 77«

»Gardinen-atelier«

»Hair cut« – Halt, der Friseur baut um. Aber noch ist zu lesen an weißer Wand: »Hair power von hair cut«

Und weiter – ein Haus ein Wort: »Salatparadies Grill Partyvergnügen«

»Jacquelines Strickstube«

»Kaffeehaus – Bistro«

Diese Welt ist von Henscheid erschaffen. Solidere Verworfenheit in Nr. 39: »Spielautomaten/Pferdewetten«. Im Schaufenster neben den Einkaufslisten von Köln, Hannover und Auteuil aber auch schon windiges Wendiges: eine verblaßte DIN A 4 Kopie »Glück ist machbar – wetten wie auf der Rennbahn«.

Am Ende aber dieser Straße lauert das Ziel all unsrer Mühen; eben kehrt dort der Hausknecht den Garten, auf dem Rasen rackert das Riesenkaninchen und die zwei dicken Enten watscheln – Guten Tag! Über dem Eingang steht in leuchtenden Lettern geschrieben – und ihr, die ihr hier eintretet, seid gut dran: »EIS – Cafe – Biergarten – Mr. Vanille – Imbiß«.

V

Vorgelesen kriegen. Am schönsten, wenn Harry vorliest.

Vorgestern, bevor die Uhren wieder auf Sommer gestellt wurden, sitzt er im »Akademischen Verein Hütte« in der Carmerstraße in Berlin Charlottenburg, einem feinen kleinen Festsaal der 50er-Jahre, den das »Literarische Colloquium« als Dependance nutzen darf, und liest schwer verzückten Zuhörern aus seinen Übersetzungen der »Trost und Rat«-Texte des Flann O'Brien vor. »Es ist wahr«, seufzt Harry O'Brien, »sie sind schön, meine Zeichnungen. Sie stellen den menschlichen Appetit auf Angenehmes und Wohlgetanes zufrieden. Es ist keine Lüge, wenn ich sage, sie sind ganz reizend. . .« Für diese Zeitungs-Ratgeber-Texte, 1985 im Haffmans Verlag erschienen, gilt das in immer stärkerem Maße.

VI

Von den »Arbeiten auf Papier« des Joseph Beuys hingegen kann man nicht sagen, sie stellten den menschlichen Appetit auf Angenehmes und Wohlgetanes zufrieden. Man – d.h. Herr v.d. Grinten – kann nur dies sagen: und ich les es rasch im Stehen runter aus einem Katalogbuch in der Ausstellung in der Akademie der Künste im Tiergarten: »Es erscheint. ..« – bitte lesen Sie diesen Satz ihrem Ohr vor, halblaut: – »Es erscheint nunmehr wohl nicht unangemessen, zu konstatieren, daß Joseph Beuys in der Komplexität seiner Wirkungs- und Aktionsfelder auch den Ausdruckswerten des Malerischen im Besonderen nachgegangen ist...«

Schmarren.

Die »Arbeiten auf Papier« sind erfreulich kleinformatig und sagen mir etwa:

»flabflabflabflabflabfffffffffff...«, und manchmal fügt sich so eine Komplexität vor meinem Männer- und Kennerblick zu einer Barbiepüppchen-Gestalt, flach aber kaum.

Tressant aber, was zu lesen ist auf den kleinen Schilderchen unten rechts an den Wechselrahmen. Wie aus solcher Flachware Kunst wird – durch verbales Design. Bitte: »Ohne Titel« steht auf vielen Schildchen. Manchmal auch »Ohne Titel (Mädchen)«, oder »Akt«, »Halbakt«, sehr seriös und akademisch. »Zwei Mädchen« gar oder »zwei Frauen«.

Unversehens gerät der Leser in die leis leiernde Litanei der Transsubstantiation: Aus nix und wieder nix wird Kunscht. »Frau mit Kopfverband« stimmt noch, auch »drei Mädchen«; aber »Mänade« lappt ins Mythische, altmodischer Schmäh wie »Heldin«, »Germanin« oder »kleine Leda«. »Tanzende Mädchen«, »weinende Mädchen«, »Vier Frauen«, »Der Tod und das Mädchen« – schon wirkt der faule Zauber und schnatternd flegelt der avanciertere Tinnef mit den Flügeln: »Mona Lisa Fluxus«, »Druidin«, »roter weiblicher Torso«, »Honigsammlerin«, »weinende Amazone« und »Blumennymphe« und schon läßt Holde Kunst, die Puffmutti, ihre apartesten Titelgirls antanzen: »Tatarische Imkerin«, die »Frau mit Keule«, »Elch und Faunesse« fünf mal, und wo eh alles wurst und Kunst ist, fallen auch »Geysir, Nymphe und blutender Riesenhirsch« nicht weiter auf, und »Idee für kommende Substanzvorbereitung« und – ja, und: »Scharfe Tante mit Hüftgürtel, Straps und schwarzen Handschuhen« – doch! Genau das ist auf dem Blatt erkennbar, so wahr mir Beuys helfe! Drunter aber les ich »Mädchen«. Ach...

VII

Kunst und Künstler im Frühling – O Mann! »Der Maler Georg Baselitz denkt in Dimensionen, die das Übliche auf den Kopf stellen« – die Dreckflut des Gedruckten plätschert aus einer ganzseitigen Anzeige im »Spiegel«: »Die Kunst des Professors Georg Baselitz ist kein angepaßtes Unterhaltungsprogramm, sondern Ausdruck einer nachdenklichen geistigen

Qualität. Wohl darum paßt das Denkniveau der Leica Philosophie, die sich in der Meßsucher-Kamera Leica M6 ausdrückt, so gut zu seinem persönlichen Ambiente. . .«

Und schon tritt er ins Bild, den Kotzkübel hat man rasch beiseit geräumt, voll tritt er und nachdenklich auf eine Zeichnung – nein! »Leica – das Niveau der Elite« – nein! Nein! Aus! Pfui!

VIII

Rasch als Gegengift in dieser schönen Frühlingszeit mein Hinweis auf einen Künstler, der zwar keine C-4-Professur hat, keine sechsstelligen Preise auf dem Kunstmarkt erzielt für seine Ausdrücke nachdenklicher geistiger Qualitäten, der kein Schloß besitzt und auch nicht auf Eliteanzeigen auftritt, dafür aber gute Arbeit macht und prima Waren liefert: Chlodwig Poth. Ja – wir sind befreundet; ja, ich gehöre zu seinen Bewunderern. Und die in Frankfurt und Umgebung haben es in dieser unserer Zeit gut. Jeden Montag bringt die »FAZ« in ihrem Regionalteil – ja, die »FAZ«! Heilanzack; wenn die »Frankfurter Rundschau« zu doof ist! – dreispaltig bringt die Allgemeine die »Frankfurter Federlese« von Poth. Ansichten, Sehenswürdigkeiten, Schandflecke, Schauplätze voll aktuellen Lokalcolorits, in den realistischen Kulissen inszeniert er ohne Müh' mit ein paar Sprechbläschen und drei-vier Leuten eine Lokalposse, einen satirischen Sketch, eine Szene aus dem zeitgenössischen Miljöh; Skizzen vor Ort, das gehört zum G'schäft. Diese durchaus altmodische fortschrittliche kritische Chronik – kein Photo kann das leisten – ja schlafen denn alle unsere Redaktionen?

IX

Weiter mit Bildern.

Weiter mit dem Künstler, der den sorgsamsten Umgang mit Bildern pflegt: Andreas Seltzer. Manchmal zeigt er Abbildungen aus seiner Sammlung in der Zeitschrift »Alltag« aus Zürich, zum Frühjahrsanfang ein ganzseitiges (!) Foto in der »taz« . In »Die andere Chronik 1987«, hrsg. v. Michael Rutschky, stellt er Blätter »aus einem Bildertagebuch« vor: Auf den Schrottplätzen der niederen Medien findet er äußerste Merkwürdigkeiten.

»Suche helles Zimmer« – eine Suchanzeige, in der Nachbarschaft an Baum und Wand geklebt. Ein Blick in ein Zimmer ist darauf gezeichnet. Seltzers Befund – nichts ist ihm selbstverständlich: »...man ahnt jetzt: Das Zimmer, in dem die Zeichnerin noch lebt, ist hier abgebildet worden. Weil sie, als Ungeübte, ein 'helles Zimmer' nicht zeichnen konnte, darum hielt sie sich ans Vorhandene...«

Muß ich noch betonen, daß die Lichtgestalten dieses Frühjahrs, Andreas Seltzer und Chlodwig Poth, den Blick und das Händchen für Komik haben? Beuys und Baselitz die finsteren Dumpfmeister aber – ja, richtig: diese beiden nicht.

X

Noch rasch eine weitere Schmähung: Wie ich grad die Bestände in Wohltats Buchhandlung kontrolliere, liegt da auch die neue Betty Edwards. Vor zwei, drei Jahren erschien bei Rowohlt ihr durchaus nützlicher Band »garantiert zeichnen lernen«, wenn man nur die schlauen Aufgabenstellungen nimmt und die doofe Heilslehre diskret ignoriert. Aber die Dame läßt nicht locker und unsre aufgeklärte Ignoranz gefällt ihr nicht und sie bringt das zweite Buch »Der Künstler in Dir. Intuition und Phantasie methodisch entwickeln. Ein Intensivkurs in kreativem Sehen, Denken und Gestalten« (und dabei sieht man doch grad bei Beuys und Baselitz, wohin das geführt hat: nix als Dummheit, Ruhm und Reichtum). Für den weiteren Erlösungsbedarf der Kundschaft hat Wohltats Buchstapler dies dicht neben Betty gelegt: »Cremes und sanfte Seifen; Kosmetik zum Selbermachen. Natürlich und gesund.«

XI

Buchprüfer Bernstein suchte auch das Gute Buch. »Nimm dieses und lies es«, flüsterte es und schon hielt ich ein dickes richtiges Buch in Händen in Wohltats Buchhandlung, die bis zehn Uhr nachts aufhat. Bohumil Hrabal: »Ich habe den englischen König bedient«. Vor Jahren las ich entzückt seine »Tanzstunden für Erwachsene« und hörte hingerissen zu, wenn Qualtinger draus vorlas. Der erste Satz des neuen Hrabal behext mich so, daß ich gar nicht weiterlesen kann:

»Passen Sie auf, was ich ihnen jetzt erzählen werde. . . «

XII

Das letzte Wort aber habe der Zeichner. Freimut Wössner füllt es handschriftlich in eine Sprechblase und »Zitty« 7/88 bringt das Ding – ein Photocartoon diesmal, ganzseitig auf S. 241. Und hier rundet sich mein Beitrag und die Aufklärung beißt sich in den Schwanz.

Überschrift »Die Fachberatung«. Ein Herr weist einen andern auf Münzen hin, die er ihm auf dem Tisch vorlegt. Und spricht – und es ist, als hätt der Himmel unsre Schwerenot versüßt und die Anstrengung, dumm zu bleiben, und das brummende Bemühen, den Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu finden, sind so verknüpft und verwuselt – Bitte »Fachberatung« – Ton ab:

»Wir haben also einmal *so* große Münzen, dann haben wir welche, also die sind *etwas* kleiner, dann haben wir mittelgroße Dings äh Münzen, dann können wir ihnen Münzen anbieten, also die sind *noch* kleiner. Wir können Ihnen aber auch Münzen anbieten, die also, wie soll ich sagen – die äh. . .na! Komm schon...die ganz klein sind.«

Konkret 05/88, S. 68

Alfred Hrdlicka

Kunstbetriebskunst par excellence

Nicht der Künstler, sondern der Impressario, der Arrangeur, der Regisseur, der Interpret "macht" die Kunst. Das große Vorbild der Interpreten ist Joseph Beuys. Doch was bleibt vom Tiefsinn des Arrangements ohne den Charme dieses Arrangeurs?

Am 4. April 1988 wurde Herbert von Karajan achtzig Jahre alt; aus diesem Anlaß übertrug das österreichische Fernsehen ein eineinhalbstündiges Gespräch mit dem Maestro: »Das Wunder Karajan«. Karajans Gesprächspartner, Karl Löbl, war sichtlich bemüht, jedweden zeitgeschichtlichen Bezug auszuklammern, das Großdeutsche Reich und der Krieg kamen nicht zur Sprache, nur die Freizeitgestaltung in jenen Jahren, Bergsteigen und Skifahren, wurde dokumentiert. Der Großteil der Unterhaltung drehte sich um die Perfektionierung der Tonträger, Video, Stereo, Langspielplatten, Schellacks, Playback, CD usw. Karajan sprach auch unumwunden aus, was ihn in erster Linie interessiert: der Musikbetrieb. Die Herren Komponisten, denen er Weltruhm und Reichtum verdankt, wurden, abgesehen von Richard Strauß, mit keinem Wort erwähnt. Die Musikgeschichte ist ein riesiger Selbstbedienungsladen, in dem man nicht zur Kasse gebeten wird, sondern abkassiert.

Über das Wunder Karajan braucht man sich aber nicht zu wundern, er ist keine Einzelerscheinung. Auch der Kunstbetrieb ist inzwischen zum Selbstbedienungsladen geworden. Der Dirigismus, den ich schon vor gut zwanzig Jahren in meinem polemischen Aufsatz »I´m allright!« angeprangert habe, hat sich im Kunstbetrieb, modisch ausgedrückt, voll etabliert, die Veranstaltungsverunstaltung der Bildnerei ist in vollem Gange. Auf Deubel komm raus wird interpretiert, inszeniert, zusammengefügt, angehäuft. Wer oder was auf der *documenta* ausgestellt wurde, und das bezieht sich nicht nur auf die letzte, weiß kein Mensch mehr, man erinnert sich nur noch an den jeweiligen Impressario . Eine einzige Ausnahme gibt es: Joseph Beuys. Der hat seine Werke selbst zur Aufführung gebracht, und diesem Superstar des Kunstbetriebs trauert man zu Recht nach.

Ulrich Greiner bringt in der »Zeit« etwas zur Sprache, worauf ich – man verzeihe mir diese andauernde Selbstberühmung – schon seit Jahren hinweise: »Die Sänger des höheren Schwachsinns.« Für mich bezieht sich das natürlich nicht nur auf Beuysinterpreten, aber im Fall Beuys dürfte es schon so eklatant sein, daß es auch anderen übel aufstößt. Bahnt sich eine Expertendämmerung an?

Das Wunder Beuys hat, wenn ich mir als Meister der Selbstexpertise eine Expertise erlauben darf, Kunstbetriebskunst par excellence hervorgebracht und, was seine Interpreten nicht können, sie auch meisterhaft zelebriert. Beuys ist ja nicht der einzige, dessen Nachlaß nach Strich und Faden ausgeschlachtet wird, aber kaum ein anderer Künstler war so sehr Darsteller seines Oeuvres – Selbstdarsteller gibt es viele, auch ich zähle dazu – , daß nun die Gefahr droht, daß, ohne seine Person, sein visionäres Agieren, seinen streitbaren Charme, der von ihm mystifizierte Trödelkram sich wieder in das zurückverwandelt, was er ursprünglich war.

Die aufgescheuchten Experten bleiben natürlich nicht nur am Fall Beuys hängen. E.B., in der »FAZ« vor einigen Tagen, ist bei seinem letzten Parisbesuch aufgefallen, daß die Kunst des 19. Jahrhunderts im Musée d'Orsay, bei aller innenarchitektonischen Scheußlichkeit, ungleich spannender ist als die des 20. in den meisten zeitgenössischen Museen, daß die Kunst des 20. Jahrhunderts gegenüber der des 19., trotz Beuys, steril, gleichgeschaltet, gesäubert wirkt. Und wieder ein kleiner Hinweis: Bei der Diskussion »Nazikunst in die Museen – ja oder nein?« bin ich über die »Blockwarte der Westkunst« kräftig hergezogen, denn ich war schon immer der Ansicht, daß Museen nicht dazu da sind, den guten Geschmack der Museumsleiter zu manifestieren.

In diesen Tagen hat sich die Fraktion der Grünen im deutschen Bundestag dazu entschlossen, das Thema Nazikunst in Form einer Anfrage zur Diskussion zu stellen. Hand aufs Herz: Werner Schmalenbachs Stellungnahme: »Adolf Hitlers Zeichnungen und Aquarelle haben kein Museumsniveau«, ist von unglaublicher Naivität. Kunstgeschichte ist ein Teil der Menschheitsgeschichte, man hat sie gefälligst unzensiert zu präsentieren, oder, wie ich am 14. September 1986 an Klaus Staeck zum Thema NS-Kunst geschrieben habe: Wenn alles und jedes Kunst ist, ist Nazikunst allemal Kunst. Wenn Beuys jedem, der es hören wollte, attestiert hat, daß auch er ein Künstler sei, so war das die nette Geste des Oberkünstlers, und bei unserer letzten Diskussion in der Staatsgalerie Stuttgart sind ihm darob auch die Herzen zugeflogen. Vor allem einige Schüler meiner Bildhauerklasse, die mich schon lange im Verdacht hatten, daß ich einen eingeengten Kunstbegriff kultiviere, fühlten sich befreit von der Last der Steineklopferei und ergingen sich in Steinarrangements und anderen Experimenten (!) . Schließlich hat Beuys auf der vorletzten *documenta* gezeigt, daß man mit Steinen auch was machen kann, ohne sie zu bearbeiten, angekarrt und abgeladen in großen Mengen, gibt der Stein auch unbehauen was her.

Joseph Beuys, der sich selbst einen Bildhauer nannte, zumindest bei dem Gespräch in Stuttgart, verstand unter Bildhauerkunst sicher nicht das, was man Skulptur nennt; für ihn war nicht die Gestaltung das entscheidende Kriterium, sondern der Tiefsinn der Anordnung, der Sinnbezug. Ob seine Rauminstallation »Blitzschlag mit Lichtschein auf Hirsch«

ohne seine Person den Sinnbezug aufrechterhalten kann? Daß eine Nacheiferergeneration nicht den Charme einer Person imitieren kann, wird man wohl oder übel zur Kenntnis nehmen müssen; die Beuys-Retrospektive bezeugt, daß das Arrangement ohne Arrangeur an Ausstrahlung eingebüßt hat. Die Bastler und Installateure werden zwar weiter mit der Solidarität der Experten rechnen dürfen, aber ihre eigene inflatorische Entwicklung werden sie nicht aufrechthalten können – wo doch jeder Künstler ist! Suggerierte Kreativität, und Beuys war suggestiv, kann leicht bei Selbstbetrug enden.

»Süddeutsche Zeitung«, Il. April 1988: Zeit der Bastler. Das Forum junger Kunst im Württembergischen Kunstverein Stuttgart. Die Heimwerker sind unter uns... In seinem Schlußsatz zieht Gottfried Knapp Bilanz: Den jungen Künstlern kann man diese Dürftigkeit nicht allein anlasten, sie bestätigen nur, was sich auch anderswo zeigt: daß sich die klassischen Disziplinen der bildenden Kunst der Zeit gemäß in der totalen Beliebigkeit, im Zwischenraum zwischen Design und Arrangement, aufzulösen beginnen. Viele der Künstler, mit denen wir es in den nächsten Jahren zu tun haben, wirken heute wie kleine Kaspar Hausers, die bei der Arbeit beschwörend vor sich hin sagen: Ich möchte einer werden, wie einmal ein anderer gewesen ist. Ich liege wohl nicht falsch, wenn ich vermute, daß mit dem »anderen« Joseph Beuys gemeint ist, obgleich ich nicht behaupten will, daß Beuys der Erfinder der verrätselten Banalität ist. Schon vor ihm hat »Postdada« den aufmüpfigen Witz der zwanziger Jahre überstrapaziert, und in meinem Aufsatz »Roll over Mondrian«, 1967, also wieder vor gut zwanzig Jahren, habe ich geschrieben, daß der Egghead-Charme dem Handwerksburschengeist gewichen ist. Mir sind die Heimwerker schon damals auf den Wecker gegangen. Daß Beuys dieses Metier so publikumswirksam aufmöbeln konnte, spricht für ihn. Er war ein missionarischer Eiferer mit Engelsgeduld, und gäbe es einen Weltrekord im Dauerdiskutieren, müßte Beuys im Buch der Rekorde eingetragen sein.

Kennengelernt habe ich ihn in den sechziger Jahren, 1967 oder 68, als seine sensiblen Zeichnungen in der Galerie St. Stephan gezeigt wurden. In dieser Zeit begann Beuys' unaufhaltsamer Aufstieg. Anfang der siebziger Jahre traf ich ihn in der Düsseldorfer Kunsthalle, wo er eine große Ausstellung arrangierte, installierte, wie immer man das nennen mag, z.B. tote Fliegen in einer Vitrine. Wir grüßten uns und ich beobachtete ihn bei der Arbeit. »Ach«, sagte Beuys, »ich weiß daß du von alldem nichts hältst«, und damit war das Gespräch auch beendet. Ein bekannter Museumsdirektor, der mich hingebracht hatte, beim Weggehen: »Die vom Niederrhein sind drecksüchtig«, was mich eher verwundert hat, denn Beuys wirkte, so oft ich ihn sah, wie aus dem Ei gepellt; nicht konventionell gekleidet, aber sauber und wohldurchdacht adjustiert und in seinem Gehabe sehr diszipliniert.

Es ist kein Zufall, daß ich meinen Beuys-Artikel mit Karajan eingeleitet habe, da beide, nicht nur was den Bekanntheitsgrad anlangt, viel Gemeinsames aufweisen: Stoisches Negieren körperlicher Beschwerden, Betriebsbesessenheit, die Fähigkeit, eine verschworene Gemeinde um sich zu bilden und ein Organisationstalent, dem selbst Technokraten Anerkennung zollen müssen. Als Prototyp der Wiederaufbaugeneration nach 1945 wird Beuys, auch wenn er mit den Achtundsechzigern hochgekommen ist, gleich Karajan eine Schlüsselfigur jener Zeit bleiben. Die Gabe zu begeistern, zu provozieren, zu vermitteln ist nicht jedem gegeben, wobei gerechterweise festgestellt werden muß, daß Beuys in erster Linie eigene Kreationen propagiert, Karajan hingegen von allem Anfang an auf die sichere Bank der Ewigkeitswerte gesetzt hat.

Kasten >Texte und Bilder< auf Seite >68<

Alfred Hrdlicka:

Von Robespierre zu Hitler. Die Pervertierung der Revolution seit 1789, hrsg. von Walter Schurian, 224 durchgehend bebilderte Seiten, davon 48 vierfarbig, Format 21 x 27,5 cm, Verlag Rasch und Röhring 1988, 68 Mark

Ulrike Jenni, Theo Schäufele (Hg.):

Alfred Hrdlicka. Zum 60. Geburtstag des Bildhauers, 244 Seiten mit etwa 350 teils farbigen Abbildungen, Format 24 x 28,5 cm, Verlag Moos und Partner 1988, 78 Mark

Alfred Hrdlicka:

»Randnotizen«. Zeichnungen und Bronzen. Katalog zur Ausstellung im Kunstverein Braunschweig vom 17.3. bis 12.5.1988, 184 Seiten mit 151 teils farbigen Abbildungen, 35 Mark

Konkret 05/88, S. 70

Georg Fülberth

Von oben für unten

In drei dicken Bänden hat der Historiker Heinrich August Winkler eine Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik vorgelegt. Zweck der Übung ist die sozialliberale Entsorgung einer Geschichte, in der die Organisationen der Arbeiterbewegung leider noch nicht das Niveau eines Peter Glotz erklommen hatten

Der Historikerstreit 1986/87 hatte auch einen Nebenkriegsschauplatz. Dort fand wieder einmal ein Gefecht der konservativen Richtung in der westdeutschen Geschichtswissenschaft mit ihrer sozialliberalen Konkurrenz statt. Diese Kontroverse hatte bereits 1961 mit der sogenannten »Fischer-Debatte« begonnen: Die Wahrheit des Hamburger Historikers Fritz Fischer, daß die deutsche Reichsleitung den Ersten Weltkrieg bewußt ausgelöst habe, spaltete die Zunft. Erst seitdem kann man überhaupt von einer sozialliberalen Richtung in der westdeutschen Geschichtswissenschaft sprechen. Die Konservativen hatten damit ihr Monopol im Fach verloren.

Eine Radikalisierung des Sozialliberalismus unter den Historikern nahm Ende der sechziger Jahre Hans-Ulrich Wehler (heute Professor in Bielefeld und Haupt der sogenannten »Bielefelder Schule«) dadurch vor, daß er den Imperialismusbegriff schon auf Bismarck anwandte und behauptete, die Politik des wilheminischen Deutschland und des deutschen Faschismus sei durch die gleichen gesellschaftlichen Strukturen bedingt. Allerdings hatte Wehler von Anfang auch Angst vor der eigenen Courage. Er nahm seiner These jede Aktualität, indem er den Imperialismusbegriff nur für die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges akzeptierte. Auf die Bundesrepublik sei er nicht anwendbar. Wichtiger als tagespolitische Stellungnahme war ihm die Entwicklung einer eigenen Methode: die Ersetzung von Geistes- und Ereignisgeschichte durch »Strukturgeschichte«. Mit der Gründung der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« Mitte der siebziger Jahre wurde die Zweipoligkeit der westdeutschen Geschichtswissenschaft institutionalisiert. Die ältere »Historische Zeitschrift« verlor ihre Alleinvertretung des Faches.

Die Zweipoligkeit des politischen Lebens in der Bundesrepublik prägt sich nunmehr also auch in der Geschichtswissenschaft aus. Nachdem diese Grundentscheidung einmal gefallen war, setzten beide Richtungen in den achtziger Jahren ihre Konkurrenz vor allem durch paralleles Breitenwachstum fort. Jede Seite versucht Felder für sich zu besetzen.

Die Konservativen beherrschen weitgehend die Literatur zur Geschichte der Bundesrepublik. Ein Beleg hierfür ist die fünfbändige »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«, herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jäckel. Den wichtigsten Teil dieses Unternehmens stellen die beiden Bände von Hans-Peter Schwarz über die Ära Adenauer dar. Leitbild der Darstellung ist ein nach innen und außen handlungsfähiger Staat, der sich weder durch Sozialklimbim noch durch übertriebene Friedfertigkeit hemmen läßt.

Die Struktur-Geschichtsschreibung errichtet gegenwärtig ihr zentrales Monument mit einer auf mehrere Bände angelegten »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« von Hans-Ulrich Wehler. Zugleich nehmen die Sozialliberalen sich immer stärker der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung an. Der Vorsprung, welchen auf diesem Feld die marxistische Historiographie – vor allem in der DDR – hatte, beginnt zu schrumpfen und ist teilweise bereits schon aufgehoben. Er beruhte auf zwei Voraussetzungen:

Erstens: In der DDR war sehr früh ein Forschungsschwerpunkt auf die Geschichte der Arbeiterbewegung gelegt worden, die in der Bundesrepublik bis Anfang der sechziger Jahre weitgehend vernachlässigt worden war. Bereits 1966 erschien eine achtbändige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Nomineller Chef des Autorenkollektivs war kein Geringerer als Walter Ulbricht selbst. In der BRD wurde dieses Opus zwar oft als einseitig und verfälschend geschmäht, aber es gab hierzulande zunächst kein Gegenstück.

Zweitens: Der Historische Materialismus erlaubt von Anfang an, Geschichte als Gesellschaftsgeschichte zu schreiben – was in der Bundesrepublik so lange nahezu unmöglich war, wie da die reine Geistes-, Staats- und Organisationsgeschichte dominiert hatte.

Nunmehr allerdings ist auch im Westen die Geschichte der Arbeiterbewegung längst kein vernachlässigtes Gebiet mehr. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und eine breite Corona von der SPD entweder angehörenden oder ihnen nahestehenden Professoren haben sich in den vergangenen fünfzehn Jahren auf dieses Gebiet gestürzt. Sie haben zugleich die geistesgeschichtliche Verengung aufgebrochen. Zwar ist das von Wehler und Jürgen Kocka propagierte Konzept einer »Geschichte als Gesellschaftsgeschichte« arg eklektisch, aber es erhebt einen Anspruch, dessen Einlösung mehr erlaubt als die traditionelle Organisations-Beschreibung. Soweit Alltagsgeschichte einbezogen und Analysen der historischen Struktur der Arbeiterklasse unternommen wurden, hat die westdeutsche Geschichtsschreibung sogar einen Vorsprung vor der DDR.

(Jenseits – da oberhalb – dieses Vergleichs bleibt allerdings das Werk von Jürgen Kuczynski, insbesondere seine »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«.)

Das gleichsam offiziöse Gegen-Opus zur »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« aus der DDR erscheint seit 1984 im sozialdemokratischen Verlag J.H.W. Dietz Nachf.: eine auf sieben Bände veranschlagte »Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts«, herausgegeben von Gerhard A. Ritter. Autoren sind: Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde und Heinrich August Winkler. Bislang gibt es drei Bände über die Zeit der Weimarer Republik, verfaßt von Heinrich August Winkler.

Welches Parteibuch dieser Autor, ein Ordinarius an der Universität Freiburg, besitzt, weiß ich nicht. Seiner politischen Position nach gehört er allenfalls auf den äußersten rechten Flügel der SPD, sagen wir: in den »Seeheimer Kreis«. Die Arbeiterbewegung interessiert ihn wenig, obwohl er doch jetzt drei dicke Bände mit über zweieinhalbtausend Seiten Text über sie geschrieben hat. Seine Leidenschaft gilt dem Staat, genauer: der parlamentarischen Demokratie. Da die SPD sich zu diesem Regime bekannte, wendet Winkler ihr seine Aufmerksamkeit zu. Er selbst sagt es umgekehrt: »Die Orientierung an der parlamentarischen Demokratie als Norm läßt sich zunächst damit begründen, daß diese Haltung ganz dem Selbstverständnis der Weimarer Sozialdemokratie entsprach.« Doch hat er für diese Partei meist nur freundliche Herablassung übrig, zuweilen geht diese in milde Verachtung über.

Wissenschaftlich hält es Winkler mit Max Weber: scharfe Trennung von Sachaussagen und Werturteil. Gegenüber den Kommunisten bringt er allerdings so viel Delikatesse nicht auf. Seine gründliche Abneigung gegen ihre Partei verschiebt ihm deutlich die Fakten. Dafür ein Beispiel: Winkler stellt fest, daß in den Schluß-Jahren der Weimarer Republik Kommunisten häufiger wegen Gewalttaten verurteilt wurden als Nazis. Dadurch ist für ihn erwiesen, daß die KPD mehr zu Mord und Totschlag neigte als die NSDAP. Alles, was er über den Charakter der Justiz in Weimar einmal wußte, vergißt er, wenn es um die Bolschewiken geht. Die KPD ist für ihn ein finsterer Bunker, dessen von Moskau gesteuerte Kommandanten sozialen Protest mißbrauchten. Er schildert ausführlich die furchtbaren Mißhandlungen, welche viele Sozialdemokraten 1933 erlitten. Dabei nennt er Einzelheiten und die Namen von Betroffenen. Für die Kommunisten begnügt er sich mit summarischen Zahlenangaben. Beim Iwan ist der Mensch ohnehin nur eine Nummer.

Winklers Einseitigkeit zeigt sich auch in der Materialbehandlung. Ungedruckte Quellen verwendet er selten – bei einem dreibändigen Überblickswerk ist dies auch kaum zu verlangen. Immerhin ist er im Institut für Zeitgeschichte, im Bundesarchiv, in Firmenarchiven und in Archiven der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gewesen. Ungedruckte Quellen der KPD hat er nirgends benutzt. Dabei hätte er gar nicht bis nach Ost-Berlin fahren müssen, um sie zu finden. Aufgrund der gründlichen Polizei-Beobachtung, welcher diese Partei bereits vor 1933 ausgesetzt war, finden sich zahlreiche Quellen auch in westdeutschen Archiven.

Es wäre aber ungerecht, Winkler nur nach seiner Dünnbrett-Bohrerei in Sachen KPD zu beurteilen. Die Stärke seiner Arbeit liegt in der Darstellung der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Seine Schilderungen sind häufig geeignet, Mitleid mit der Sozialdemokratie zu wecken. Doch werden die Schandtaten ihres rechten Flügels nicht übergangen. Die kommunistische These, daß die SPD »sozialfaschistisch« gewesen sei, war zwar falsch, Winklers buchhalterische Fakten-Auflistungen machen aber immerhin verständlich, weshalb manche Leute damals auf diese Idee kamen. Zur Erinnerung:

Am Ende des Ersten Weltkriegs erklärte der Sozialdemokrat Scheidemann den kaiserlichen Ministern die Haltung seiner Partei zur Monarchie und zur Vaterlandsverteidigung: »Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.« 1918 schloß Friedrich Ebert einen Pakt mit der Obersten Heeresleitung zwecks Liquidierung der Revolution. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichswehrminister Gustav Noske war bereit, gegen Spartakus den Bluthund zu machen. Auf ihrem Parteitag in Weimar 1919 weigerte sich die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD), die Hauptschuld des Deutschen Reiches am Kriegsausbruch einzugestehen. 1923 schickte Ebert Reichswehr nach Thüringen und Sachsen. Die dortigen Koalitionsregierungen aus SPD und KPD wurden abgesetzt. 1929 ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, in eine Maidemonstration schießen: über 30 Tote. Zur Strafe wurde der Rotfrontkämpferbund, eine Sympathisanten-Organisation der KPD, verboten. Es ist bekannt, daß Konrad Adenauer 1932 für Preußen eine Koalition aus Zentrum und NSDAP befürwortete. War er etwa kein Demokrat? Gemach: Auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun war dafür.

Noch schlimmer trieben es die Gewerkschaften: Der ADGB begeisterte sich immer mehr für einen Freiwilligen Arbeitsdienst zusammen mit faschistischen Organisationen. Die SPD war ihm am Ende der Weimarer Zeit viel zu links. Winkler hat begriffen, daß die Gewerkschaftsführung sich im Berliner Verkehrsarbeiter-Streik (1932) falsch verhielt: Sie setzte sich über das Ergebnis einer Abstimmung hinweg, die sie selbst zugelassen hatte. 1933 fanden sich leitende Funktionäre des ADGB, der christlichen und der liberalen Gewerkschaften zu einem »Führerkreis« zusammen. Dies gilt als Etappe auf dem Weg zur heutigen Einheitsgewerkschaft. Die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen ihnen bestand damals aber in ihrer Bereitschaft, mit den Nazis ins Geschäft zu kommen.

Alle diese Dinge passierten am Anfang und am Ende der Weimarer Periode. Der Kapitalismus schien in Gefahr, die SPD war auf dem Posten. In der Zwischenperiode – 1924-1928 – gab sie sich milder und linker, wie heute.

Es gibt aber auch ein paar pikante Einzelheiten aus einer anderen Richtung. Wußten Sie, daß Ernst Reuter, der spätere Frontstadt-Oberbürgermeister, 1920 als Berliner Organisationsleiter der Kommunistischen Partei entscheidend dafür sorgte, daß die KPD sich zunächst nicht am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch beteiligte? 1921 war er dann Generalsekretär der Partei auf Reichsebene und trug einen großen Teil der Verantwortung für die mißglückte »Märzaktion« von 1921, bei der 145 Menschen ums Leben kamen – die meisten von ihnen durch die Schüsse der Polizei, die der sozialdemokratische Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, geschickt hatte. Bei Winkler ist auch nachzulesen, wie Willi Eichler, nachmals Mitverfasser des Godesberger Programms, bei der Reichspräsidenten-Wahl 1932 für Thälmann agitierte.

Der Autor verschweigt im übrigen auch einiges. Er hätte gern berichten dürfen, daß im sozialdemokratisch regierten Preußen seit 1921 kommunistische Bürgermeister und Magistratsmitglieder ihr Amt nicht antreten konnten: Der Innenminister versagte ihnen die Bestätigung. Nachdem dieser Brauch zwischendurch ein wenig gelockert worden war, wurde ab 1930 wieder scharf zugegriffen. Da gab es dann auch schon von sozialdemokratischen Innenministern verhängte Berufsverbote für Kommunisten im Öffentlichen Dienst. Winkler würdigt die Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz durch die SPD 1933. Aus der Rede des Parteivorsitzenden Wels zitiert er den schönen Satz: »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.« Er hätte aber nicht unterschlagen dürfen, daß dieselbe Rede zahlreiche Anbiederungsversuche an die Nazis enthielt.

Die Rechts-Ausschläge der SPD werden von Winkler teils kritisiert, teils gebilligt, fast immer aber bekundet er Verständnis. Er macht mildernde Umstände geltend: Die reformistische Arbeiterbewegung sei fast immer nur Objekt der Verhältnisse gewesen, ohne Chance, eine eigenständige Politik zu entwickeln. Eine Ausnahme läßt er lediglich für die Monate um die Jahreswende 1918/19 gelten: Wären damals Großgrundbesitz und Bergbau enteignet und die Positionen der alten Eliten in Verwaltung und Militär entscheidend geschwächt worden, dann »hätte ein gewisses Maß an Sozialismus der liberalen Demokratie ein festeres soziales Fundament geben können« . Und darum geht es ihm ausschließlich: liberale Demokratie. Nachdem dies aber einmal verpaßt war, sei die Sozialdemokratie zwischen zwei Extreme eingeklemmt und dort zur Bewegungslosigkeit verurteilt gewesen. Ihre Feinde waren:

Erstens: die alten Eliten, die sich nur selten zur Zusammenarbeit mit den Sozis bereitfanden.

Zweitens: der Marxismus. Ja, der Marxismus. Er habe die Bereitschaft der Partei gelähmt, sich mit den kooperationswilligen Teilen des Bürgertums fest zu verbinden. Für Winkler sind in diesem Zusammenhang die Linken innerhalb der Sozialdemokratie nahezu ebenso schlimm wie die Kommunisten. Da die Klassenzusammenarbeit für ihn die entscheidende Voraussetzung der Demokratie ist, waren Leute, welche in der Weimarer Republik auf den Klassenkampf setzten, seiner Auffassung nach im Grunde Verfassungsfeinde. Dieses Verdikt erstreckt sich letztlich sogar auf Carl von Ossietzkys Zeitschrift »Die Weltbühne«: Sie half, »das politische System auszuhöhlen, das sie zu verteidigen meinte. Ihr Rigorismus war am Ende von Verblendung nicht mehr zu unterscheiden.«

1926 machten KPD und SPD endlich einmal etwas gemeinsam: Sie fanden sich zu einem Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zusammen. Winkler wirft der SPD vor, damit habe sie ihren Abstand zu den bürgerlichen Parteien erweitert. »Die Folgen für die parlamentarische Republik waren, alles in allem genommen, eher negativ.«

Heinrich August Winkler ist ein Mann des »Westens«. Den Vertrag von Rapallo, mit dem das Deutsche Reich und Sowjetrußland diplomatische Beziehungen aufnahmen, betrachtet er skeptisch: Er habe die Beziehungen zu Frankreich gefährdet.

Hier können wir uns noch einmal ein paar Gedanken über den Historikerstreit machen. Habermas plädierte da gegen die Ideologie der »Mitte« für eine Orientierung am »Westen«. Damit meinte er wahrscheinlich die Traditionen der Aufklärung. Aber im publizistischen Handgemenge ließ sich seine Position kaum noch von einer Apologie der politischen, ökonomischen und militärischen Westintegration der Bundesrepublik unterscheiden. Winkler gehörte damals zu denjenigen, welche ihre Stellungnahme im »Historikerstreit« zugleich als ein Bekenntnis zum Westabmarsch der Bundesrepublik verstanden. Hier die Ideologie der geopolitischen »Mitte« (Hillgruber, Stürmer), dort NATO und EWC: Offensichtlich standen sich da zwei imperialistische Denk-Schulen gegenüber, bei denen es allerdings – zugegeben – ein kleineres und ein größeres Übel gab.

Fassen wir zusammen. Die deutsche Sozialdemokratie der Weimarer Periode war subaltern und ziemlich rechts. Winkler hätte sie gern noch rechter und viel glatter gehabt. Sie war ihm zu sperrig. Grund dafür war die Existenz einer starken KPD außerhalb und einer zwar schwachen, aber lauten Linken innerhalb der Sozialdemokratie. Unter ihrem Druck habe die Partei nicht die Manövrierfähigkeit gewinnen können, welche zu einem dauerhaften Bündnis mit den – ihrerseits zu schwachen – sozialliberalen Kräften in der Kapitalistenklasse nötig gewesen wäre.

Winklers Kritik an Noske, Ebert und Zörgiebel dient der gleichen Argumentation. Diese Polizei-, Militär- und Notstandstölpel hätten durch ihr zu hartes Draufschlagen lediglich den Masseneinfluß der äußersten Linken gestärkt und somit Moskau in die Hände gearbeitet. In einem Geleitwort zu einem gerade erschienenen Taschenbuch von Thomas Kurz über den 1. Mai 1929 hebt Winkler hervor, daß das Vorgehen der preußischen Polizei letzten Endes Stalins Kampf gegen die Sozialdemokratie genutzt habe. »Der Kult um die Toten des 'Blutmai' erleichterte die Durchsetzung dieser selbstmörderischen Strategie. Darin liegt die historische Bedeutung der Berliner Ereignisse vom Mai 1929.«

Die Kommunisten in der Bundesrepublik und in Westberlin sind mangels Masse zur Zeit keine Konkurrenz für die SPD. Andererseits haben Leber und Schmidt, die Nachfolger von Noske und Ebert, das parlamentarische Monopol der Sozialdemokraten auf der Linken verscherzt. Eingeständnisse antikommunistischer Schweinereien von früher sind deshalb gefahrlos im Verhältnis zur KP und verleihen andererseits Flexibilität beim Konkurrenzkampf gegen die Grünen. So erklärt es sich, daß ein sozialdemokratischer Verlag die Texte von Winkler und Kurz herausbringt.

Die Kooperation von Sozialdemokratie und liberalem Bürgertum – Peter Glotz würde letztere wohl eher als die aufgeklärten Teile des Kapitals bezeichnen – aber ist für Heinrich August Winkler die letzte Voraussetzung für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Er nimmt die historische SPD in die Gefangenschaft des Godesberger Programms. Dabei ist ihm offensichtlich gleichgültig, daß die Art der Sozialpartnerschaft, welche er vorschlägt, ein Oben und ein Unten hat. Die Arbeiterbewegung wird hier aus ihrer subalternen Position nicht herauskommen. Im Unterschied zu Weimar aber vermag ihr heute eine Selbsttäuschung zu helfen: Sie kann sich mit dem kapitalistischen Gemeinwohl so stark identifizieren, daß sie schließlich selber nicht mehr weiß, wo oben und unten ist. Ihre Stellung als Ja-Sagerin verwechselt sie dann mit tatsächlicher Teilhabe an Macht und Herrschaft, formuliert in der parlamentarischen Demokratie. Dies ist Winklers politisches Ideal.

Gar nicht wenig gerissen, diese sozialliberalen Historiker. Weltfremde Stubengelehrte sind sie jedenfalls nicht.

Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1984, 788 S., 75 Mark

Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1985, 896 S., 80 Mark

Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1987, 1024 S., 118 Mark

Thomas Kurz: »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Mit einem Begleitwort von Heinrich August Winkler. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1988, 180 S., 24 Mark

Konkret 05/88, S. 74

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Und weil's so schön war, hier nochmals der Frau Oberstudienrätin Regina H. profunde Kapitalismus- und darüber hinaus Weltallkritik anläßlich des Weh-Hauchens des Trio Notturno in EsDur: »Also, der Schubert, wenn der noch mal auf die Welt kommen täte, man müßt' ihm sofort zehn Mark geben, damit er weiß, daß er mit nichts auf der Welt zu bezahlen ist«.

(Wer rund 20 Mark hinlegen und das Stück, kombiniert mit den zwei großen Klaviertrios, kaufen möchte: Es gibt mehrere sehr gute oder interessante Aufnahmen – ich persönlich plädiere für das Doppelalbum mit den Menuhins.)

&

Was, von Schubert und allen anderen mal abgesehen, schon ausreichend gegen Gott oder seine Existenz spricht: Daß er Puccini seine größte Oper, »Turandot«, nicht mehr vollenden, geschweige denn je hören ließ. Dabei plagte der alternde Komponist sich, von der schon fertigen Weltkarriere eher mißtrauisch und unzufrieden gemacht, die Wiederholung vormaliger Erfolgsrezepte sehr skrupulös fürchtend, über viele Jahre mit der Stoffsuche herum, mit einem besonders gewissenhaften Sujetstudium; er erfand, entwickelte für sein letztes und ambitioniertestes Werk eine Harmonie, eine musikalische Form und Notation, einen Gesangsstil weit jenseits alles früheren Eigenen, auch jenseits freilich Wagners und Debussys, am ehesten vergleichbar der Expressionistik der Mahler-Kantate vom »Klagenden Lied«. Wäre alles so gut wie der (einzig fertiggestellte) 1. Akt, in gewisser Weise ließe sich, »Don Giovanni« und »Don Carlos« hin und her, mit nicht allzu schlechtem Gewissen von der Oper aller Opern reden – ja, man tut gut daran, diesen ganzen 1. Akt praktisch durchzuweinen, sei's vor Rührung, sei's vor Erregung über die allzeit fast explodierende Geballtheit der Klangmassen; oder auch vor Gram darüber, daß Puccini diesen kosmotischen Farben- und Harmonierausch nimmer hörte, während wir ordinären Deppen heute dürfen.

Es gibt von »Turandot« gute, wohl aber keine überragende neuere Schallplattenaufnahme – behutsam aber empfehle ich für den Sommer 1988 eine Fahrt nach Verona. Dort, in der fußballstadionmächtigen Arena, ist, mit allen regielichen Abstrichen, die eigentlich unmögliche Realisierung der Oper einen Versuch wert.

&

Auch in der Musik gibt es, frei nach Karl Valentin, freiwillige, zufällige und saudumme Zufälle; daß aber eine Kongruenz des Nebenmotivs des 2. Satzes von Beethovens Streichquartett op. 59,2 und der »La Gioconda«-Arie »Suicidio!« des Verdi-Epigonen Ponchielli nicht zu überhören ist – das hätte auch nicht sein müssen, oder?

Denn jetzt weiß man überhaupt nicht mehr, was man tadeln – oder loben – soll: Daß italienische Opernkomponisten deutsche Streichquartett-Partituren *nicht* lesen, oder – *daß* sie sie lesen?

&

Hand aufs Herz – kennen Sie *two men, a drum machine and a trumpet?* Nein? Wirklich nicht? Das ist aber sehr unaufmerksam, mit Verlaub! Immerhin hatte sich die Gruppe bis zur Spitze der englischen Hitparade hochgearbeitet, damals, im Februar 88.

Aber gut, zugegeben: Das ist halt auch schon wieder verdammt lang her.

&

Ursprünglich aus Amerika kommend, hat sich das Danksagungs-Unwesen geradezu epidemisch über die Schallplattenhüllen dieser Welt verbreitet. Mitmusiker, Arrangeure, Tontechniker, Computerprogrammierer und Roadies kriegen den einfachen Dank ab. Desgleichen Kaffeeholer, Dealer, Sekretärinnen und sonstige Duzbekanntschaften. *Thank You.* Manager, Geldgeber und Sponsoren werden mit Extra-Dank bedacht. *Special thanks to everybody at CBS and Sony.* Die zuhausegebliebenen Ehefrauen und Freundinnen, »ohne deren selbstlose Unterstützung« *(support, love* etc.) »diese Platte niemals hätte entstehen können«, werden von den aushäusig tätigen Musikanten mit hochdosierten Zuneigungsbekundungen ruhiggestellt. *»Heige, ei rielie laff ju!«* versichert der hessische Schnell-Gitarrist Michael Sagmeister seiner *better half* auf Englisch natürlich, logo. Nach wie vor Pflicht ist im angelsächsischen Bereich die rührselige Widmung an die Eltern. Selbst der finsterste Schwermetall-Unhold achtet das vierte Gebot, das da lautet: *this record is dedicated to my parents.* Chick Corea setzte seinerzeit noch einen drauf. Er überging *mom und dad* und pries stattdessen gleich den Scientology-Chef Ron Hubbard. Für John McLaughlin gab eine Zeitlang der Guru Sri Chinmoy den

öffentlichen Übervater ab. Keith Jarrett umging die konkrete Namensnennung sehr elegant und teilte mit, nicht er selber spiele in seinen besten Momenten, sondern ER. Der HErrgott benutze ihn, Jarrett, praktisch als Instrument. Gegenüber solchen Höhepunkten bzw. Highlights nehmen sich die obligatorischen *Standard-Credits* fast schon rührend aus. George Benson erwähnt voller Stolz seinen Schneider. Wer das Haar gestylt und wer das Make-up aufgelegt hat, erfahren wir auf jeden Fall. Auch unser schwäbisches Sing-Spätzle Anne Haigis möchte uns den Namen ihrer Friseuse nicht vorenthalten.

Mit einer Neuheit versuchte es kürzlich der Gitarrist Hiram Bullock. Er verriet auf seiner Erstlingsplatte den Namen des verdienstvollen Spezialisten, der ihm die Studiotermine gebucht hatte. Das fanden wir, bei allem Respekt, allerdings etwas langweilig. Viel eher schon würden uns der Name und die Adresse von Michael Jacksons Gesichtschirurg interessieren. Wenn schon.

&

Komponisten ausgenommen, die, soweit es geniale waren, vom Sonderfall Bruckner abgesehen ja durchaus der Formation der Zurechnungsfähigen angehörten, gibt es, weit über Thomas Mann-Settembrinis Erwägungen hinaus, nichts Dümmeres auf der Welt als Musiker: Dirigenten, Instrumentalisten, Vokalisten; grad solche oft, die dabei auch noch als intellektuell gehandelt werden; nahezu keine Ausnahme bestätigt die Bauernregel. Das Allerdümmste aber, wo überhaupt gibt, sind Musikeranekdoten und ihre Verfasser – und etwas noch Dümmeres als Hans Peter Ranges, »Ins Herz geschaut, Anekdoten um Pianisten unserer Zeit« hab ich, Karl Böhms Memoiren inklusive, mein Lebtag überhaupt noch nie gelesen; man hört, schöner, lockender als selbst die in Pfitzners »Palestrina«, förmlich die Engel singen.

Nicht schlecht aber auch die jüngste Kollektion »Lachen nach Noten« (Serie Piper) von Volker Meid – immer wieder ein Wunder, daß sowas gedruckt wird. Und sogar schnurgrad gelesen. Wenigstens von mir.

&

Louis Spohrs historisierend die Epochenstile durchschreitende Sinfonie Nr. 6 in G-Dur (1839) gefällt mir nicht, ist zu anämisch; und ich werde mir deshalb heute selber eine basteln und einpfeifen. Alsdann: Mozart, Sinfonie Nr. 39, 1. Satz; Beethoven, Fünfte, 2. Satz; Mendelssohn, Schottische, Scherzo; Bruckner, Neunte, 3. Satz.

Jawohl, das wird, von Es- über As- nach E-dur rumpelnd, wieder was werden. Nicht noch besser das Ganze zeitlich nach rückwärts, soweit die LP-Bestände tragen, bis zum virtuellen Verschwinden all des Lärms hin?

&

Der eine, Horowitz, hält von Schuberts B-dur-Klaviersonate, der letzten und jenseitigsten, nichts, weil sie zu leicht sei – der andere, Gould, wirft Schubert, Schumann, Chopin in einem Aufwasch in den Orkus; weil sie »exhibitionistisch« seien, weil sie für die allein seligmachende Polyphonie, d.h. den Kontrapunkt, die Einheit horizontaler und vertikaler Strukturen nichts bewirkt hätten, kurz: auf Salonmusik hinausplätscherten.

Sie sind, auch wenn Goulds Schriftensammlungen in zwei Bänden (Piper Verlag 1986 und 1987) anderswo anregender sind, schon enorme Geisteshelden, unsere vor Langeweile stets von der eigenen Explosion bedrohten Spitzenpianisten. Seine krause und pianistisch masochistische Schumann-Verachtung teilt Gould im übrigen mit keinem konfuseren als F. Nietzsche, dessen ewig und einen Tag sich selbst attestierte Geschmacksverfeinerung Schumann deshalb nicht gelten läßt, weil der, anders als Mozart, »kein europäisches Ereignis« mehr gewesen sei! Ja, er war schon ein fast rundum inkompetenter Schmarrer, der Nietzsche, und wenn einer, der so wenig von beidem verstand, zum bekümmerungsvollen Großmeister von Literatur- und Musikkritik sich aufplusterte, dann heischt das retrospektiv schon fast wieder Bewunderung.

Und immerhin weiß ich jetzt, woher geistesgeschichtlich der Ruf wie Donnerhall nach dem »europäischen Ereignis« herrührt, wie er heute noch immer wieder mal von der »Süddeutschen« über die »Welt« bis retour zum »Bayernkurier« ausgestoßen wird – und wie er allerdings seit 1986 im Schleswig-Holstein-Musikfestival des Justus Frantz zur Erfüllung und zur Ruhe gekommen ist. Obschon dieser, genau bedacht, eher ein Weltereignis ist: Barschel kurz vor der Schleswig-Holstein-Wahl 1987 mit Bruckners Achter und mit Frantz und Helmut Schmidt 1 1/2 Stunden lang andächtig im Fernsehen: Es war schon toll, es war schon narrisch, es war schon pfeifferhaft vergaunert.

&

Es hat schon – das Lieblingsthema ein vermutlich letztes Mal zu streicheln – etwas Inkommensurables; bzw. etwas für sich, daß jener, der 1936/37 die wunderbaren und erotisierenden Sopransoli der »Carmina Burana« schrieb, wie in Vision eines neuen lyrisch-erotischen Zeitalters: daß Carl Orff also keine zwanzig Jahre später die Vision derart realisierte, daß er die größte Betriebsnudel und Ranschmeißerin der Jahrzehnte 1930-1988, die damalige »Sexbombe« (Herbert Rosendorfer) und

nachmalige gesinnungsethische Oberschrumpel und Superschrapnelle Ruine Linser heim und in München zum Altare führte und ... ah ... aaah ... äh ... bäh.

Konkret 05/88, S. 76

Jochen Stremmel

Sprachsatire als Zeitsatire

»In einem riesigen Werk stellt (Karl) Kraus, der erste Schriftsteller unserer Zeit, die Entartung und Verworfenheit der zivilisierten Menschheit dar. Als Prüfstein dient ihm die Sprache, das Mittel der Verständigung zwischen Mensch und Mensch« (Bertolt Brecht, 1934)

Von Karl Kraus weiß man heute nicht viel, nicht einmal das Nötigste. Das ist schade, aber kein Wunder, weil das Publikum, längst und endgültig am Tropf der öffentlichen Meinung hängend, sich widerstandslos noch größeren Blödsinn erzählen ließe, als es sich im allgemeinen sowieso und in seinem besonderen Fall alle Jubeljahre und zwischendurch erzählen läßt. Der WDR verkaufte in der Zeit-Zeichen-Sendung zu Kraus' 50. Todestag die Nachricht, er sei im Prager Exil gestorben, und in den Spalten von *Konkret* stand ein Jahr später, im Juni 1987, die peinlichere Dummheit, Kraus habe in seiner *Dritten Walpurgisnacht,* 1933 geschrieben, »eines der unbekanntesten Bücher, aber vielleicht das wichtigste über Hitler und die Nazis« (H. Arntzen,1975), »sein unbekanntestes und sein aktuellstes« (M. Scharang, 1986), das Wort »unvorstellbar« für nicht mehr brauchbar erklärt. Die Lektüre dieses 1952 aus dem Nachlaß veröffentlichten Buchs, in dem der Name Hitler so häufig fällt wie kein zweiter, haben verschiedene Vertreter der Institution, die darin mit guten Gründen für das Emporkommen des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht wird, mehr als 30 Jahre mit der Information zu verhindern versucht, Kraus sei zu Hitler nichts eingefallen, er habe es im übrigen ja auch offen zugegeben: wie es scheint mit Erfolg. Denn wie anders könnte beispielsweise Otto Köhler, als betriebsblind nicht bekannt, im WDR im ironischen Brustton von Werner HOfers »Erblast« reden, der »Liberalität des freien Worts«, und in der *Zeit* sich darüber verwundert zeigen, wie »nahtlos« das Geschäft der Journalisten nach 1945 weiterging: 1933 war es Kraus zufolge ebenfalls ziemlich nahtlos weitergegangen: »Wenn aber 'Kommissare' in Redaktionen eindringen und 'den Revolver auf den Schreibtisch legen', so ist dies kriminalistisch insofern erheblich, als dann zwei dort liegen.«

Von Karl Kraus weiß man heute nicht einmal das Nötigste: Deshalb sind gute Bücher über ihn, Einführungen, Führungen, die dennoch nicht oberflächlich sind, seltener und notwendiger denn je. Von einem solchen Buch ist hier die Rede, es trägt den Titel *Sprachsatire als Zeitsatire bei Karl Kraus* und ist eine Sammlung von neun in den vergangenen 25 Jahren entstandenen und oft an unzugänglicher oder versteckter Stelle veröffentlichten Studien des DDR-Germanisten Kurt Krolop, der sich damit als Leser ausgewiesen hat, der wie vermutlich kein zweiter nicht nur im Werk von Karl Kraus zuhause ist, sondern auch den literarischen und zeitgeschichtlichen Anspielungen gewachsen, die dieses Werk in kaum vorstellbarer Fülle enthält.

In seiner Einleitung nennt Krolop die beiden Hauptgefahren, denen das Schreiben über Kraus ausgesetzt war, ist und sein wird: die des apologetischen Nachvollzugs und die des pseudokritischen Reduktionismus. Dieser könne »für Leser, die sich auf Texte von Karl Kraus nicht eingelassen haben, eine Rezeptionshemmschwelle schaffen, die (...) oft dem wirkungsstrategisch beabsichtigten Effekt dergestalt verwerfender Abschreckung« entspreche. Solche »oft geradezu zwanghaft sich forterbenden Einwendungs und Einschränkungsklischees« (z.B. Geschichtsfeindlichkeit, Sprachfetischismus, Mißachtung der ökonomischen Grundlagen) jeweils vor dem Hintergrund der Entwicklung von Gesamtwerk und Autor kritisch zu überprüfen, ist Krolops Forderung an eine »auf produktivierende Erhellung bedachte marxistische Karl-Kraus-Darstellung«; er führt zur Illustrierung »ein Beispiel höchsten Ranges« an, Walter Benjamins Einsicht von 1931, Kraus werde im Angriff auf die Presse »der soziologische Bereich nie transparent«: Dies wirke »zwar auf den ersten Blick, nämlich im Hinblick auf die entwicklungsgeschichtlich *gewordene* Dominanzideologie-, kultur- und sprachkritischer Motive plausibel, klammert aber den Sachverhalt aus, daß solcher Dominanz eine gründliche Durchleuchtung des 'soziologischen Bereichs' bereits in den Anfängen der *Fackel* vorausgegangen war; daß die Analyse dieses Bereichs der 'Ökonomischen Zusammenhänge' *(Die Fackel Nr. 5, S.* 11)die Vor*aussetzung* aller weiteren Medienkritik und -satire bildete, auf die im Bedarfsfall – wie etwa dem des späteren *'Briefwechsels mit der* Literarischen Welt' *(Die Fackel Nr. 838-844, S. 13-39)* – jederzeit Bezug genommen werden konnte. Hier wäre also nicht ein Ausfallsymptom zu diagnostizieren, sondern ein kumulativer Erweiterungsvorgang zu beschreiben, der in der *Fackel* selbst schon satirisch reflektiert ist.«

Krolops Studien, die er als Bausteine einer noch ausstehenden marxistischen Gesamtdarstellung des österreichischen Satirikers versteht, ist zu bescheinigen, daß sie dieser Forderung gerecht werden wie der heute nicht selbstverständlichen nach einer Sprache, die ihrem Gegenstand angemessen ist. Das gilt schon für die früheste, die 1961 in einer Prager philologischen Zeitschrift publizierte Untersuchung *Bertolt Brecht und Karl Kraus,* aus heutiger Sicht, wie Krolop in seiner Einleitung anmerkt, nicht mehr auf dem letzten Stand, dafür aber die bisher nicht überholte gründlichste zum Verhältnis beider Schriftsteller und zugleich die ausführlichste Interpretation des wohl wichtigsten Kraus-Gedichts, mit dem dieser 1933 sein (öffentliches) Schweigen erklärt hatte und das ja seinerseits zum Thema eines großen Brecht-Gedichts geworden war. Jedenfalls auf dem letzten Stand befinden sich die beiden andern umfangreichen Studien, die den Band eröffnen,

erweiterte und überarbeitete Fassungen von Essays, die 1971 und 1978 in der DDR erscheinende Bände der *Ausgewählten Werte* von Karl Kraus kommentierend und interpretierend begleiteten. Da die ersten drei Bände dieser Auswahl dank einem Arrangement mit dem Lizenzgeber Kösel, der erst kürzlich nach zähen Verhandlungen seine Verwertungsrechte an Suhrkamp abtrat, auch außerhalb der DDR erscheinen durften (Langen-Müller, Bertelsmann, Deutsche Buchgemeinschaft etc.), hat dieser Essay Krolops, *Dichtung und Satire bei Karl Kraus,* die weiteste Verbreitung erfahren: auf knapp 40 Seiten ein prägnanter und denkbar umfassender Abriß zugleich von Leben und Werk des *Fackel*-Autors*,* bestimmt für Leser, denen der Satiriker in dieser Auswahl zum ersten Mal zugänglich gemacht wurde, war er schon damals und ist er heute noch, um einen Abschnitt vermehrt, mit Nachweisen und Anmerkungen versehen und insgesamt auf eine Weise überarbeitet, die an Kraus' Verfahren von »Korrektur und Klitterung« erinnert, lehrreich und anregend für jeden, der das Abenteuer der Kraus-Lektüre längst begonnen hat. Gemessen an jener Einführungs-Studie ist die zweite, doppelt so umfang-(und inhalts-)reiche des vorliegenden Bandes, *Genesis und Geltung eines Warnstücks,* hierzulande so gut wie unbekannt geblieben als Bestandteil des Kommentarbands der DDR-Ausgabe von Kraus' Weltkriegsdrama, die im Zuständigkeitsbereich Kösels begreiflicherweise nicht verkauft werden durfte und daher auch in kaum einer öffentlichen Bibliothek der BRD zu finden sein dürfte. Diese Studie ist vor allem eine minutiöse Darstellung der Entstehung der *Letzten Tage der Menschheit* vor dem Hintergrund der *Kriegs-Fackel,* der Briefe an Sidonie Nádherný und des Repertoires der Vorlesungen, hier besonders der Begründung dessen, was zehn Jahre später *Theater der Dichtung* genannt werden sollte und den Vortrag, das Vorspielen ganzer Dramen vornehmlich Shakespeares, Nestroys, Raimunds durch den einen Sprecher einschloß.

Ein Beispiel aus der Fülle von Anstößen zu tieferem Verständnis: der beiläufige Hinweis, eine der Ergänzungen, daß die in der Wiener Vorlesung vom 16. 12. 1914 präsentierten Tafelszenen aus Shakespeares *Timon von Athen* und Nestroys Posse *Die beiden Nachtwandler oder: Das Notwendige und das Überflüssige* offenbar Vorbildcharakter für die Szene *Liebesmahl bei einem Korpskommando* hatten, die letzte des letzten Akts. *Die letzten Tage der Menschheit* endlich als erste exemplarische Ausprägung einer »Dramatisierung des Dokumentarischen« (Kraus) zu begreifen, der es nach einem inzwischen 50 Jahre alten Wort Walter Benjamins allein gegeben ist, »die noch glühende Aktualität so in sich einzulassen, daß sie als ein ehernes Zeugnis auf die Nachwelt gelangt« – diese Forderung Krolops steht am Schluß seines Essays, der im Wortsinn grundlegend für jede weitere Beschäftigung mit dieser größten Tragödie des 20. Jahrhunderts ist.

Analytischer Scharfsinn, gedankliche Klarheit, stilistische Sicherheit, profundes Wissen sind Vorzüge auch der übrigen Studien dieses Bandes, die sich dem Themenkomplex »Karl Kraus und die Tradition« zuordnen lassen; zwei von ihnen sind unter diesem Gesichtspunkt der *Dritten Walpurgisnacht* gewidmet.

Bertolt Brecht hat 1934 notiert, Karl Kraus sei »der erste Schriftsteller unserer Zeit«. Er ist es heute noch. Krolops Buch zeigt warum.

Karl Krolop: »Sprachsatire als Zeitsatire bei Karl Kraus«, Akademie-Verlag Berlin, DDR, 19,50DM

Konkret 05/88, S. 78

Günter Gaus

Folgen von Staats wegen

Kulturschaffende aller Länder, versammelt euch! Wie sähe das wohl aus, wenn es zustandekäme. Hermann Kant hat es in seinem jüngsten Buch ausgemalt

Jeder hat seine Methode; auch beim Rezensieren eines Buches. Ich unter streiche bei der Lektüre jene Stellen im Text, auf die ich in der Besprechung zurückkommen will. Auf einem Zettel notiere ich die Seitenzahlen der Fundstücke, um sie später, zum etwaigen Zitieren, schnell vor Augen zu haben. Hinter die Seitenzahlen schreibe ich, falls ich mich nicht mit einem Ausrufezeichen begnüge, ein paar Stichworte, damit ich später den Notizen ablesen kann, in welchen Zusammenhang meines Gesamteindrucks die so markierte Textstelle gehört. Gewiß keine bemerkenswerte Methode, wahrscheinlich weit verbreitet und nicht ausgefuchster als die Vorarbeit an einem Referat fürs Proseminar. Aber wenn ich sie hier darlege, so kann ich deutlich machen, wie – überwiegend – amüsant für mich die Lektüre von Hermann Kants jüngstem Buch »Die Summe« gewesen ist: Auf knapp 190 Buchseiten habe ich fast vierzig Stellen angestrichen und über die meisten von ihnen eine erinnernde Bemerkung auf meinen Notizzettel geschrieben. Das scheint mir als die Summe eines Lesevergnügens an einem deutschen Buch der Gegenwart nicht wenig zu sein.

Eine Auswahl aus meinen Stichworten, festgehalten beim Lesen: Der Bezeichnungswahn – Anerkennungskampagne der DDR – Gemeinsames Auftreten von Sowjetunion und Bulgarien – Verhältnis der DDR zur Sowjetunion – Konferenzrituale – Die Mühen der Leiter – Deutsch-deutscher Umgang – Die Deutschen, die von hüben wie die von drüben, als international respektierte Nervensägen – Die Großen, USA und UdSSR, und ihre Kleinen, BRD und DDR – Die geprobte Namensgebung – Die Hymne – Lila Haarspangen und die Mängel der Versorgung. Im Klartext heißt das und was ich mir sonst noch notierte: Hermann Kant hat ein Buch geschrieben, in dem er gestelzte Ost-West-Beziehungen (unter besonderer Berücksichtigung der beiden Deutschland), das Pfauenradschlagen von Diplomaten, die Albernheiten staatlicher Apparate, den edlen Schwachsinn verwalteter Kultur samt alles, was – in 0st und West, tau huus is best – dazugehört, in leichtem Ton verspottet. Auf den Zdlen und zwischen ihnen; manchmal über den verständnisvollen Spott hinaus bis ins Höhnische, aber stets einigermaßen heiter, niemals gallebitter.

Das Buch darf auch als eine gelinde Selbstverspottung verstanden werden – der Autor ist, wie bekannt, nicht nur beachtlicher Romanschriftsteller, sondern auch ein höherer Kulturfunktionär der DDR. Er hat wohl immer gut aufgepaßt und sich seinen Teil gedacht, wenn er zuhause und außerhalb der Grenzen seines Staates auf Sitzungen, Tagungen, Konferenzen, Begegnungen *weil*te und an ihrem Verlauf, ihrem Verlaufen selber mitwirkte; über das bloße Verweilen hinaus. So ist »Die Summe«, Untertitel: Eine Begebenheit, nicht gérade, wie sagt man gern, eine schonungslose Offenlegung unter anderem des staatlich geförderten Kulturbetriebs aller Himmelsrichtungen, aber doch ein gelungenes, kritisches wie selbstkritisches Aperçu dazu. Das eine, die sogenannte scharfe Abrechnung, hätte den Einfall, der dem Buch zugrundeliegt, erdrückt – und wäre vor allem nicht Kants Art gemäß gewesen, der auch seine Methode hat. Das andere jedoch, das eher beiläufige Bloßstellen von Hackordnungen, menschlichen wie amtlichen wie politischen, entspricht Stil und Temperament Hermann Kants. Er hält es gern mit Nebensätzen. Einige seiner Reden auf Schriftstellerkongressen seines Landes belegen es wie seine Bücher. Er kann Funktionäre in Nebensätzen in ihre Schranken weisen: Manchmal freilich nimmt er zwischen Kommata auch versöhnlich – versöhnlerisch? – zurück, was ihm im Hauptsatz zu direkt gelang. Im vorliegenden Fall wird solche Vorsicht und Rücksicht nicht geübt, sondern bruchlos berichtet, satirisch und ironisch und keineswegs ohne tiefere Bedeutung, wie östliche, westliche und neutrale Würdenträger sich geben, wenn sie zusammentreten und sich dabei die ihnen erteilten Weisungen mit ihrem jeweiligen Naturell (dem der Würdenträger) mischen.

Die angenommene Begebenheit, die Kant schildert, ist eine Zusammenkunft aller Staaten, die die Schlußakte von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet haben. Gegenstand der ausgedachten Konferenz (in Budapest) ist das Sandkastenspiel dieser Staaten, wie die Praxis einer Alleuropäischen Kulturstiftung beschaffen sein könnte. (Real daran ist, daß eine solche Stiftung auf dem KSZE-Kulturforum im Jahr 1985 von Günter Grass vorgeschlagen worden ist: ein Einfall, dessen mögliche Folgen von Staats wegen Kant jetzt in der »Summe« durchspielt.) Obwohl nur neun Staaten – drei westliche, drei östliche, drei neutrale – den Ernstfall, mit je einem staatlichen Repräsentanten und einem vom weiten Feld der praktizierten Kultur, erproben sollen, entsenden vorsichtshalber alle 35 Unterzeichnerstaaten von Helsinki ihre Vertreter nach Budapest. Wie aus diesem großen Kreis der Bewohner des europäischen Hauses, einschließlich USA und Kanada, die neun Simulanten ausgewählt werden, die das Schwimmen auf dem Trocknen dann üben sollen, das steht im Buch von Hermann Kant. Es ist sehr viel gelungener als so manche Konferenz, für deren dürftige Ergebnisse Kant einen nicht unwichtigen Teil der real existieren den Gründe leichthin beschreibt. Kants Erzähler ist im Außenministerium der DDR der »Leiter des Schöpferischen Büros«. Er soll in Budapest seinen Staat verkörpern. Bevor er als bevollmächtigter Simulant auf die Konferenz eilt, fragt er seinen Vorgesetzten im

heimischen Amt. an wen er sich im Zweifelsfalle wenden könne. Antwort: »Mensch, Schleede, sagte Grölsch, du hast es noch nicht begriffen. Du rufst den Staat nicht an, du telefonierst nicht mit ihm, du schreibst ihm keine Briefe und wirst auch nicht bei seiner Botschaft in Budapest vorstellig. Du wendest dich nicht an den Staat, sondern bist der Staat. Kurzerhand, du bist er. – Das klingt nicht gut, sagte ich und nahm von meinem Minister Abschied.« Der Kulturmensch aus der DDR, der dem Staatsmenschen in Budapest an die Seite treten soll, ist in Kants Satire die Leiterin eines Marionettentheaters aus Lufftenberg. Da kann sich der Leser die Freiheit seiner Gedanken nehmen – oder es unterlassen.

So viele genaue Beobachtungen, die zur Pointe geronnen sind. Welche Beispiele soll ich nennen? Das vom Auftreten des bulgarischen Vertreters, der, wenn der sowjetische zugegen ist, immer päpstlicher noch ist als sein Papst? Das des rumänischen Repräsentanten, der in seiner Rede unvermittelt vom Singular in den Plural, vom ich ins wir verfällt? »Wahrscheinlich war nicht nur ich es, die Stille ließ es vermuten, der nicht wußte, warum Kollege Radulescu plötzlich in den Plural verfiel. Aber vielleicht hatte er sich nur angewöhnt, stets mehrere oder wenigstens einen immerfort mitzudenken.«

An einer anderen Stelle, an der die Unausweichlichkeit bestimmter deutscher Positionen, der einen und der anderen, in der Ost-West-Konstellation beschrieben wird, steht der Satz: »Ich schwieg, und auch in unseren Kreisen gilt das nur bedingt als Einspruch.« Eine Rarität: Ein amüsantes politisches Buch.

Hermann Kant: »Die Summe. Eine Begebenheit«, Luchterhand Literatur Verlag, 190 Seiten, 26,80 Mark

Konkret 05/88, S. 80

Thomas Brasch; Marli Feldvoß

Welcome to Germany

»Der Passagier« heißt der neue Film von Thomas Brasch (Buch und Regie). Marli Feldvoß hat ihn gesehen. Ein Interview statt einer Filmkritik

Inhalt

Der amerikanische Filmregisseur Cornfield, der in den USA viel Geld mit Fernsehserien verdient hat, kommt 1987 nach Deutschland, um einen Spielfilm zu drehen. Er kommt mit viel Geld und ohne Drehbuch. Es gibt nur diesen Entwurf: Körner, ein deutscher Filmregisseur dreht 1942 einen Film, im Auftrag des Propagandaministers Goebbels. Die jüdischen Statisten für diesen Film werden aus einem Konzentrationslager geholt und in den Ateliers wie Gefangene gehalten. Als Gage hat man ihnen die Freiheit versprochen, nach Abschluß der Dreharbeiten.

Baruch, einer unter ihnen, ein junger Krimineller erkennt, daß es keine Freilassung geben wird, und plant zusammen mit seinem Freund die Flucht. Aber diese Flucht würde für die anderen bedeuten: zurück ins Lager, in den sicheren Tod. Sein Freund läßt ihn im Stich...

Mit dieser Idee kommt der amerikanische Regisseur nach Deutschland, mehr erzählt er nicht.

Die Stimmung im Team ist von Ratlosigkeit geprägt.

Die Schauspieler erfahren ihre Dialoge immer erst kurz vor Drehbeginn, keiner der Mitarbeiter hat präzise Anweisungen.

Nach und nach weicht die Ratlosigkeit der Aggressivität: Wer ist dieser Mann? Dieser Amerikaner, der Deutsch versteht, es aber nicht sprechen will?

Und dann sickert es langsam durch: dieser Mann macht einen Film über sich selbst. Die Geschichte ist seine eigene Geschichte.

Vorspiel: Ein Interview -Termin wurde kurzfristig abgesagt, Thomas Brasch ist aufgebracht: »Ich bin nicht die Nutte von der Potsdamer. . . Ich stehe hier nicht zur freien Disposition von Journalisten. Ich habe an etwas fünf Jahre gearbeitet, und jemand kann mir sagen, der Film gefällt mir nicht, aber diese journalistische Herrenreiter-Attitüde sollen sie an anderen demonstrieren... Fangen wir an für KONKRET, ich bin gerade in der besten Stimmung.«

Konkret: Die Geschichte ist doch ausgedacht.

Brasch: Ich weiß nicht was das heißt: ausgedacht. Alles hat eine Geschichte. Ich lese vor zwölf Jahren einen Vermerk von Goebbels an Veit Harlan oder an die Presse, man sollte diesen Film drehen, man sollte ihn aber nicht als antisemitischen Film ankündigen, aber er erlaubt, daß Juden aus den Ghettos hergebracht werden als Kleindarsteller. So weit, so schlecht. Die Juden werden hergebracht, so stelle ich es mir vor. Vielleicht Feiglinge, vielleicht Leute, die noch nicht einmal begriffen haben, daß sie jetzt Riehen könnten, wenn sie aus ihrem Ghetto heraus sind, daß sie einfach über diese Mauer im Studio leichter springen könnten als im Konzentrationslager. Sie haben's merkwürdigerweise nicht getan. Wer war dieser Veit Harlan, der Kunst machen wollte? Was war das für ein Film, den er gedreht hat? Was wäre, wenn einer von den Kleindarstellern zu feige war abzuhauen, aber heute zweiundsechzig Jahre alt ist, Geld gemacht hat in Amerika, herkommt und sagt: Jetzt drehe ich einen Film über meine Feigheit. Ich habe zwar überlebt, aber die andern sind vergast worden. Vielleicht hatte er damals einen Freund, der die Flucht versucht hat. Aber anfangen tut es doch erstmal mit einem ganz normalen Kriminalfall. Herr Goebbels wollte den großen Film in Deutschland produzieren, Filmkunst, wie er sagte. Er wollte den deutschen »Panzerkreuzer Potemkin« drehen.

Konkret: »Jud Süss« stand also am Anfang. Mir ist von »Jud Süss« am stärksten das Ende in Erinnerung. Das werde ich nicht vergessen.

Brasch: Als Jud Süss in seinem Käfig aufgehängt wird, meinen Sie? Ja, ich auch nicht.

Konkret: Dieses Ende hat in mir einen Schrecken ausgelöst. Aber eigentlich den anderen Schrecken, den es gar nicht auslösen soll.

Brasch: Das ging mir genauso. Ich habe den Film gesehen, und ich finde das Ende enorm. Er war nicht anti- und nicht philosemitisch, sondern ich habe begriffen, daß es in Zeiten offensichtlich Kunst gibt, die man benutzen kann. Und man sieht das gleiche vierzig Jahre später, und plötzlich denkt man, das ist kein antisemitischer Film, sondern dieser Jud Süss sagt: Warum muß ich sterben, nur, weil ich eine blonde Frau geliebt habe? Es ist genau das Gegenteil von dem, was Goebbels wollte, es ist das, was Plechanow über Balzac sagt. Da ist jemand, der soviel Talent hat und eigentlich nichts anderes will, als dem König von Frankreich erklären, daß einige Kleinigkeiten in Frankreich nicht ganz in Ordnung sind.

Was rausgekommen ist, ist aber genau das Gegenteil von dem, was er wollte. Nämlich eine Bestandsaufnahme, der toten feudalistischen Gesellschaft, die Utopie einer bürgerlichen, damals revolutionären Klasse, die die alte Gesellschaft überflüssig macht. Balzac war ein Monarchist, aber er hatte zuviel Talent, sein Monarchismus ist ihm aus der Hand gerutscht, weil er zu genau beschrieben hat.

Konkret: Man hat danach noch »Die Rothschilds« und den »Ewigen Juden« gedreht, die beide eine sukzessive Verschärfung darstellen. Mir scheint das auch noch ein Argument dafür zu sein, daß »Jud Süss« doch nicht so ganz das Richtige war.

Brasch: Es geht ja gar nicht um ganz das Richtige. Soll man in der Bundesrepublik Deutschland, in der der Nationalsozialismus und seine ökonomischen Wurzeln im Grunde nie beseitigt wurden, einen Film machen? Ist mein Problem ein so grundsätzlich anderes, als das des Regisseurs Körner in meinem Film? Ist es denn wirklich so, daß man erst Leute in die Gasöfen stecken muß, um zu begreifen, daß die Gesellschaft, in der man lebt, aus Macht und Ohnmacht besteht? Wenn du in einem Land wie diesem noch einen Film machst, legitimierst du doch Dinge, du bist für etwas brauchbar, was ganz gegen das geht, was du machen willst. Davon, glaube ich, handelt mein Film. Die Geschichte des Nationalsozialismus ist nicht die Geschichte von 1933 bis 1945. Das ist eine Geschichte von 1848 bis heute. Sie ist auch nicht die Geschichte des Antisemitismus. 20 Millionen Russen sind umgekommen. Hat denen gegenüber jemand hier ein schlechtes Gewissen? Die Gasöfen, das ist das schlechte Gewissen... Die Geschichte des Nationalsozialismus ist für mich die Geschichte eines enormen ökonomischen Risikos des Bürgertums, zu sagen: Wir müssen den Verfall unserer Klasse aufhalten, indem wir den Verfall unserer Klasse internationalisieren.

Konkret: Aber das ist doch nicht primär das Thema des Films.

Brasch: Sind Sie sicher?

Konkret: Ja.

Brasch: Es ist aber sein Hintergrund. Ich bin ja kein Wanderprediger, der ökonomische Wahrheiten verkündet, sondern ich wollte eine Geschichte erzählen. Ich wollte die Geschichte einer Schwierigkeit erzählen, einer Verstörung oder einer Zerstörung. Daß da ein jüdischer Regisseur kommt, der überlebt hat und der mit diesem Überleben Schwierigkeiten hat und zwar große Schwierigkeiten, weil er im entscheidenden Augenblick Angst hatte. So wie es kein Zufall war, daß sich die Jugoslawen, die Russen, Belgier oder Holländer gewehrt haben, merkwürdigerweise aber nicht die Juden, die kein Land zu verteidigen hatten. Es gab keine jüdische Guerilla, leider nicht, Ich hoffe, beim nächsten Mal gibt es die, die jüdische oder libanesische oder palästinensische Guerilla.

Konkret: Immer wieder tauchen Figuren auf, Cornfield, Körner, Baruch, die etwas inszenieren und dabei zugleich Täter und Opfer sind.

Brasch: Mich interessieren die moralischen Kategorien des Bürgertums schon lange nicht mehr, wenn sie mich überhaupt jemals interessiert haben. Hänsel und Gretel sind die Guten, und die Hexe ist die Böse. Deshalb muß sie in den Ofen... Ich versteh' eins nicht: Sie haben einen andern Film gesehen als ich. Vielleicht haben Sie ja den richtigen Film gesehen. Ich erzähle Ihnen die Geschichte einmal anders. Ich bin zu Hause, und es klingelt an der Tür. Ich öffne. Da kommt jemand und sagt: Ich werde von der Polizei gesucht. Ich kenne ihn gut, war mit ihm befreundet, seit ich siebzehn bin, und sage, komm' mal rein. Es klingelt drei Stunden später nochmal an der Tür. Es ist die Polizei. Ich sage: Könntest du vielleicht mal aufmachen. Ich weiß ja nicht, ob es die Polizei ist oder nicht. Er geht raus. Es knallt. Es kracht. Ich bleibe im Bett liegen. Ich gehe nach einer Stunde raus. Ist niemand mehr da. Der Schmutz ist weggeräumt. Ich hab ihn nicht gesehen. Ich lese am nächsten Tag in der Zeitung: Er ist tot.

Meinen Sie nicht, daß ich vielleicht versuchen würde, in zwanzig Jahren darüber einen Film zu drehen, um mir ein Bild davon zu machen, was da vor der Tür passiert ist? Ich habe jetzt genug Geld – jetzt sind wir bei Cornfield – , um mir diesen Film leisten zu können. Ich miete mir – und dieses Wort mieten ist nicht ganz zufällig gewählt – Leute. Und ich drehe und drehe und erzähle die Geschichte einer Freundschaft und am Schluß komme ich zu dieser Szene vor der Wohnungstür. Und plötzlich kommt jemand und sagt: Du warst doch gar nicht da, Du hast Dich doch gar nicht rausgetraut. Ich, die Nachbarin, war dabei. Ich hab' nämlich die Tür aufgemacht. Ich kann Dir sagen, er lag nicht da auf der Treppe, sondern dort vor meiner Tür.

Cornfield versucht, sich ein Bild von etwas zu machen, was er nicht sehen wollte. Ist das nicht eine einfache Geschichte? Ist der Komplex der Deutschen – wenn ich jetzt mal der Deutschen sage, ist es ja auch falsch, sondern des deutschen Mittelstandes – so groß, daß Sie mir die ganze Zeit meinen eigenen Film verrätseln wollen? Es ist doch ganz einfach. Jemand hat Angst gehabt und will darüber einen Film drehen, und er schafft's nicht. Er hat genügend Geld. Er ist keine sympathische Figur. Er mietet sich Leute, um seinen eigenen politischen, psychologischen, erotischen Komplex zu bearbeiten, und es wird ihm aus der Hand geschlagen.

Konkret: Es wird ihm aber gar nicht aus der Hand geschlagen. Man kann sagen, er mietet sich eine Crew; könnte aber auch sein, er mietet sich einen Analytiker. Das sind für mich ähnliche Bilder.

Brasch: Aber das kann er nicht, und das kann ich auch nicht. Meine einzige Form, etwas zu tun, ist nicht zu einem Analytiker zu gehen und zu sagen: Ich habe ein spätpubertäres Problem, ich suche das Mütterliche in der Frau an sich. Nein, meine Probleme sind Probleme, die ich öffentlich mache. Deswegen bin ich jemand, der Kunst macht.

Konkret: Dagegen ist ja auch nichts einzuwenden.

Brarch: Doch, doch, wenden Sie ein!... Ich will ja, daß Sie mich angreifen.

Konkret: Was aber ist mit diesen vielen Wiederholungsinszenierungen?

Brasch: Es gibt gar keine Wiederholungsinszenierungen. Er kommt mit dem Schluß nicht zurande. Er, Cornfield, hat Angst davor, zu diesem Schluß zu kommen.

Konkret: Und doch kommt er zu diesem Schluß, weil er das ganze Scenario bereitstellt, in dem dieser Schluß überhaupt erst entstehen kann. Das bereitet er doch selbst alles vor. Sonst würde er nicht nach Berlin fahren, nicht auf dem Gelände arbeiten, wo er früher schon einmal war.

Brasch: Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt drin um. Cornfield versucht, sich in eine Situation zu bringen, die ihn in die Enge treibt. Und er will in die Enge getrieben werden, um, sagen wir es mal katholisch, eine Beichte abzulegen, ohne daß es jemand merkt, und sich selber Absolution erteilen. . .

Konkret: Jetzt sind wir doch bei der Schuld.

Brasch: Sicher, und diese Schuld hat Gründe. Baruch hat einen großen Vorzug. Er ist nicht nur Jude – und Jude allein ist ja nicht abendfüllend, wie Kortner sagt – , sondern auch ein Krimineller. Er hat einen sozialen Instinkt. Janko, der andere, ist einer, der dasteht und sagt, die Deutschen haben uns doch versprochen, uns in die Schweiz zu entlassen, und vielleicht werden sie es halten. Dieser jüdische Kriminelle, der seine Bankeinbrüche gemacht hat, sagt: Ich glaube es nicht, ich rieche es, daß es nicht stimmt. Baruch geht das Risiko ein, etwas zu tun, was leider zu wenige getan haben: Nur brav in die Gaskammer zu gehen, nein, ich will versucht haben rauszukommen. Es ist die Geschichte eines 62jährigen Mannes, der einen Film dreht über etwas, was ihn nicht mehr losläßt. Warum kommt er denn nach Deutschland? Er will doch offensichtlich nicht Vergangenheitsbewältigung und alle diese beschönigenden sozialdemokratischen Begriffe, sondern er will sich in Gefahr begeben.

Es gibt vor der eigenen Biografie und vor der Geschichte, in der man lebt, keine Ausreden. Diese Sentimentalität, die Deutschen waren ganz böse und die Juden waren ganz liebe Menschen. Für die ersten zehn Jahre nach '45 mag das hingehen. Aber jetzt muß man doch darüber reden können, daß Hitler sich in den Juden den für ihn nötigen inneren Feind geschaffen hat, der den äußeren Feind des Bolschewismus sinnvoll ergänzte und im Gegensatz zu letzterem sichtbar und habhaft war. Daß die Konzentrationslager eine wirtschaftliche Funktion zu erfüllen hatten: den Abbau der Rohstoffe für die Kriegsmaschinerie, beispielsweise. Die Arbeitskraft der jungen Deutschen wurde in der Wehrmacht gebraucht, die Arbeitskraft der Juden für den Nachschub. Der Antisemitismus hatte also eine durchaus politische Funktion, er war keine unfaßbare Laune einiger Wirrköpfe. Daß ein Großteil der Juden bis heute verfluchen muß, nichts anderes gewesen zu sein als Opfer, entbindet die Täter nicht ihrer Verantwortung.

Konkret: Hat nicht der jüdische Komparse Silbermann die Funktion, auf die Klassenunterschiede zwischen den Juden hinzuweisen und damit auf den Hintergrund für die Uneinigkeit und auch Unfähigkeit, sich zu wehren?

Brasch: Ja, der eine hat Geld, und der andere holt es sich. Baruch ist genau die Gegenfigur. Der bricht in die Bank ein und ist ein Jude, und der andere hat eine Bank und ist auch ein Jude. Und plötzlich sind sie beide nichts anderes als Häftlinge, und plötzlich gehen sie gegeneinander los. Baruch hat vielleicht erst 1933 erfahren, daß er ein Jude ist. Ich hab' zum ersten Mal erfahren, daß ich ein Jude bin, als ich dreizehn und im Internat war und mich zwei Jahre rumgedrückt habe, meine Mutter zu fragen, wieso ich beschnitten bin. Ich hab' einfach gemerkt, ich seh' an einer Stelle, die für mich eine nicht ganz unwichtige ist, anders aus als andre. Ich dachte, irgendetwas mit mir stimmt nicht. Und dann hat mir meine Mutter gesagt: Ja, Du bist in England geboren. Wir sind emigriert. Ich wußte es bis dahin überhaupt nicht. Vielleicht wußte es Baruch auch nicht. Er war ein ganz normaler Kleinkrimineller und plötzlich 1933 hat man gesagt, wie er selbst in dem Film sagt: Nicht wahr, Janko, Jude ist man nicht, zum Juden wird man gemacht.

Konkret: Gleich zu Anfang des Films, wenn Cornfield in sein Hotel kommt, gibt es ein Geräusch, ein leises Dröhnen...

Brasch: Das ist Euer Problem. In Frankfurt wird immer alles von der Klimaanlage übertönt, auch die deutsche Geschichte.

Konkret: Dieses Dröhnen hat mich an die Geräuschkulisse aus »Engel aus Eisen« erinnert. Gibt es da einen Zusammenhang?

Brasch: Alles, womit ich zu tun habe, hat einen Zusammenhang. Ich kann doch nicht leben ohne gestern – und zwar meine ich jetzt nicht eine Vergangenheit vor tausend Jahren. Ich kann doch nicht leben, ohne daß es das Gestern gegeben hat. Wenn man mir das immer wegschneidet, wenn mein Leben immer heute mit dem Aufwachen anfängt, kann ich nicht leben. Also meine Mutter, die an Krebs gestorben ist, hat immer gedacht, daß sie Krebs bekommt. Seit ich mich an sie erinnere, damals war sie 25, hat sie immer gesagt: Ich will leben ohne das, was gestern war. Ich möchte alles das, was gestern war, weghaben. Und sie hat gesagt, weißt Du, was mir passieren wird? Ich werde Krebs kriegen. Und endlich, mit 57, hat sie ihn gekriegt. Und sie wußte es sofort. Eine Frau, die ohne das leben will, was gestern war, will leben ohne ein Leben, und dieses Leben wehrt sich und macht Geschwüre.... Und hier, in der Bundesrepublik, merkwürdigerweise, wird alles so verkompliziert, daß es am Schluß gar nicht mehr da ist. Als wäre gestern die Vorzeit gewesen. Das ist es nicht. Es ist die Frage, in welcher Gesellschaft verhalte ich mich wie? Wozu muß ich mich verhalten? Wenn ich zum Opfer bestimmt bin, ist es eine bequeme Position. Das andere ist auch leicht. Nur, es sich so leicht zu machen heißt, ein Leben dazu benutzen, sterben zu dürfen. Und nichts anderes will Cornfield. Er will nicht sterben, ohne wenigstens ein Mal gelebt zu haben, und sei es nur in seinem Film

Konkret 05/88, S. 84

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Das habt Ihr mir immerhin eingebrockt, Freundchen, daß ich heute, zwanzig Jahre danach, bei Mahlers 'Lied von der Erde' und der Verszeile »Ein voller Becher Weins zur rechten Zeit...« statt: »ist mehr wert« »Mehrwert« verstehe. Und kann man sich denn sorgsamer verhören?

*

Was ich auch anfasse, es wird Kunst daraus. Zum Beispiel das Ullstein-Taschenbuch 'Joseph Beuys: Jeder Mensch ein Künstler': »(Beuys beschriftet einen Stapel roh gezimmerter Holzkästchen)

Was machen Sie denn da?

Das ist eine Arbeit von 1968. Das ist eine Edition. Aber dafür ist eine so große Nachfrage da, daß ich sie seit 1968 immer wieder machen muß.

Wie verstehen Sie nun das – da steht drin 'Intuition'?

Ja, es sind zwei Ebenen; da ist eine begrenzt und eine, die nach links hin offen ist. Steht nur oben 'Intuition'. Also ein kleiner Raum – ein geschlossener Raum mit diesem Begriff.

Heißt das, daß jetzt jeder da sich selber etwas hineindenkt?

Ja, das heißt es auch.

Intuitiv?

Ja. Daß einem was einfallen muß, nicht? Daß man mit dem Denken beginnen muß. Daß man etwas in sich bewegen muß.

Das heißt es. Und es hat eigentlich viel mit dem zu tun, was wir hier vorstellen: Volksabstimmung. Volksabstimmung geht nur durch Selbstbestimmung. Selbstbestimmung geht nur durch einen kreativen Ausgangspunkt. Das heißt: ich muß ja die Dinge bestimmen, von einem Schöpferischen her. Insofern hat es sehr viel damit zu tun.

Wissen Sie was?

Ja?

Das geht ins Leere.

Ja, das muß ja ins Leere führen.

Stimmt das?

Ja, Intuition, das ist wie eine...

Ja, ich weiß, das muß ins Leere führen.

Ja. ..«

Wenn das kein Spitzen-Nonsens-Dialog ist! Und *ich* habe ihn gefunden. Es ist *mein* objet trouvé. *Mein* Fundstück eben, drei Uhr nachts, auf der kreativen Suche nach mir selbst. – Wie? Der Preis? Nu ja, ich bin nicht Beuys. Die Nachfrage? Abwarten! Ich signier' schon mal, gell?

*

Gelänge Sexualität als das, was sie sein sollte, nämlich die leidenschaftlichste Form der Freundlichkeit zwischen Menschen, also irgendetwas zwischen Stings 'Moon over Bourbon Street' und Mozarts reiner Fickmusik KV Anhang 56, so gelänge auch alles, was wir als Schmutz, Aggression, Gewalt an ihr zu verwerfen gewohnt sind; dann wäre Sadismus triumphierende Demut, Masochismus der das Knie beugende Übermut und beides Ausdruck magischen Respekts vor den Begierden der (des) Geliebten, eine Spielform unter hunderten in einer lässigen Passion. Hm... Alles klar, Genossen Zitronenfalter, Fischotter? Also dann: salü! bis zu ersten Teilerfolgen in diesem Sinn, in the year twentyfive...

*

Das kann nicht mal ein *guter* Kabarettist erfinden: H. D. Hüsch ('der Allerunausstehlichste'. Henscheid) auf Gastspielreise im Fürstentum Liechtenstein! Da passen wirklich genuis loci und locus amoenus wie ein Arsch auf einen Eimer.

Was er da macht? Bin ich überfragt. Vielleicht Briefkastenfirmen die Maske vom Gesicht reißen. Nicht einmal die Zeitung 'Liechtensteiner Vaterland' vom 23.3.88 weiß so recht: »Sein Geheimnis wird wohl die in die Sesselreihen hinüberspringende Aufrichtigkeit seines Engagements sein.« Und hoffentlich bleiben.

*

Zeitgemäß schreiben, darauf käme es an, sagt der junge Gedichtemacher. Ja. Und genaugenommen seien ja auch Gedichte nicht mehr zeitgemäß. Weshalb er denn ja auch irgendetwas ganz anderes mache, eigentlich...

Zeitgemäß. . . Aber wenn die Zeit für den Hund ist – und das war sie in diesem Jahrhundert mindestens dreimal, nämlich in den glorreichen zwölf, den 50er Jahren` und derzeit – dann ist auch das ihr Gemäße für den Hund.

Auf Nietzsche kapriziert sich noch immer der Zeitgeist, unbekümmert um dessen 'unzeitgemäße Betrachtungen'. Und währenddessen sitzt eben in diesem Moment mit Sicherheit irgendein großer Unzeitgemäßer von der Qualität Nietzsches irgendwo im Abseits herum, drauf und dran verrückt zu werden...

Unerhörte Begebenheit auf der Feier des 80. Geburtstags von Heinrich Maria Ledig-Rowohlt:

Wer denn dieser zierliche alte Mann mit den vielen weißen Haaren sei?

»Ich weiß nicht; er sieht irgendwie jüdisch aus.«

Steht da, in seinem karierten alten Tuchmantel, bereit zum Weggehn, unter diesem halben Tausend schwadronierender Gäste, steht da, sieht sich noch einmal um, ob ihn nicht doch noch ein kleiner Liebesblick zum Bleiben ermuntere, taumelt ein bißchen und nimmt sich, bevor er endgültig abdreht, noch schnell vom Tisch ein Ferrero Küßchen.

Konkret 05/88, S. 86

Arno Klönne

Deutsches Volk, erhebe dein Haupt

Sie wollen die deutsche Geschichte »entkriminalisieren«, die Deutschen von »kollektivem Selbsthaß« und »Fellachenmentalität« befreien, zu »nationaler Identität« und »Feindfähigkeit« erziehen. Doch sie stehen in keinem Verfassungsschutz-Bericht, denn sie sind feine Herren, deren Schriften der Kanzler »mit viel Sympathie und Zustimmung« liest: Die neuen deutschen Nationalisten

»Die neuen Deutungen der Vergangenheit sind Zwiesprache mit der Zukunft«
Michael Stürmer

»Die Vertreter einer liberal-demokratischen Politik, einer aufgeklärten, selbstkritischen Position, einer ideologiekritischen Rationalität gegenüber dem Verdrängungs- und Beschönigungskartell haben sich im sogenannten Historikerstreit argumentativ eindeutig durchgesetzt« – so bilanziert der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler den Stand der Auseinandersetzungen um die »Entsorgung der deutschen Vergangenheit«. Die heftige Diskussion über den Umgang mit der Geschichte des Dritten Reiches habe eine breite Öffentlichkeit sensibilisiert; den Thesen konservativer Historiker begegne man nun »mit ungleich mehr Skepsis als vor dem Historikerstreit«. Wehler, der zum sogenannten Historikerstreit mit seinem bei Beck erschienenen Buch den couragiertesten Beitrag der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft geliefert hat, deutet freilich an, daß diese Debatte noch nicht zu ihrem Ende gekommen sei: Es handele sich keineswegs nur um einen »Kampf um die Geister«, sondern um Machtpolitik.*

Rainer Erd hat im Gespräch mit Jürgen Habermas, von der »Frankfurter Rundschau« publiziert, die Wehler'sche Einschätzung der Konfliktlage noch ein bißchen aufgebessert; der »Historikerstreit« sei »die Bewährungsprobe der nach 1968 in der Bundesrepublik entstandenen politischen Kultur« gewesen, und die habe sich als »ausreichend stabil erwiesen, um grundlegenden konservativen Revisionen Schranken zu setzen«.

Historiker und Sozialwissenschaftler neigen dazu, die Welt der Wissenschaft für den gewichtigsten Teil der Realität zu halten, und mitunter nehmen sie jenen Sektor von Wissenschaft, in dem sie selbst sich bewegen, als den wissenschaftlichen Diskurs überhaupt wahr.

In Wehlers Bilanzierung des »Historikerstreits« findet sich eine seltsame Bemerkung. Die Debatte sei, so meint er, an »eine Gruppe von Neuzeithistorikern (und an liberale Journalisten) delegiert worden«, die Politikwissenschaftler, Verfassungsrechtler und politischen Philosophen hätten sich kaum irgendwo zu Wort gemeldet. Da täuscht sich Wehler. Einflußreiche Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik, mit weitreichender Resonanz in der politischen Öffentlichkeit, hatten auf ihre Weise die Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit bereits geführt – und abgeschlossen, als die diesbezüglichen Beiträge der Nolte, Hillgruber und Hildebrand noch gar nicht zur Diskussion standen.

Daß die »Entkriminalisierung der deutschen Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein« zu arrangieren sei, hatten je ein angesehener Politologe, Verfassungsrechtler und politischer Philosoph, nämlich Hans-Joachim Arndt, Wolfgang Seiffert und Bernard Willms (gemeinsam mit Hellmut Diwald, Robert Hepp, Armin Mohler und Franz Schönhuber) schon 1983 in einer programmatischen Erklärung gefordert, und dieses Postulat wurde seitdem in vielerlei Variationen in ideologische Strategien umgesetzt.

Nimmt man die politische Publizistik in der Bundesrepublik als Beispiel, so ist festzustellen: An der »Entkriminalisierung« beteiligen sich schon seit langem sowohl die »Frankfurter Allgemeine«, »Die Welt«, der »Bayernkurier«, der »Rheinische Merkur – Christ und Welt«, das »Deutschland-Magazin« und »Criticon« als auch »Nation Europa«, »Mut«, die »Deutschen Monatshefte«, die »National-Zeitung« und viele andere Blätter mehr. Wer die publizistische Landschaft der Bundesrepublik unter der Fragestellung prüft, wo denn da »Schranken gegenüber konservativen Revisionen« des Geschichtsbildes zu sehen sind, wird nicht sonderlich viele solcher Barrieren finden, – wobei hier offen bleiben muß, wie korrekt denn die Begriffe »konservativ« und »Revision« sind, wenn es um die Entsorgung der deutschen Vergangenheit geht.

Der »Historikerstreit« sei nicht als fachwissenschaftliche Kontroverse, sondern als politischer Konflikt zu betrachten, sagt zu Recht Hans-Ulrich Wehler. Dem ist hinzuzufügen, daß es bei diesem politischen Konflikt im Kern nicht um Deutungen oder Umdeutungen der Vergangenheit geht.

Im Juni 1983 fand im unionsnahen Studienzentrum Weikersheim ein Kongreß über »Deutsche Identität heute« statt. Es ist immer noch nachlesenswert, was da – längst vor dem »Historikerstreit« – vorgetragen und diskutiert wurde; der Verlag von Hase & Köhler in Mainz hat den Kongreß in Buchform festgehalten. Es waren Günter Rohrmoser, Ernst Nolte, Michael Stürmer, Wolfgang Seiffert und Bernard Willms, die im Juni 1983 in Weikersheim nach der »deutschen Identität« suchten, und der Unionspolitiker Hans Filbinger trug am Ende die Kongreßergebnisse zusammen. Noch ungewohnte

Orientierungspunkte setzte dort Bernard Willms, Professor an der Universität Bochum und Mitherausgeber der Zeitschrift »Der Staat«, seit seinem Buch »Die deutsche Nation« (1982) zum führenden Verfechter einer deutschen Nationalphilosophie avanciert, Herausgeber des mehrbändigen Sammelwerkes »Handbuch zur Deutschen Nation«. Willms verkündete in Weikersheim: »Die Deutschen müssen die 'Vergangenheitsbewältigung' zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren. Wer Schuld predigt oder die Wunde Hitler offenhält, kämpft nicht um, sondern gegen die (deutsche) Identität. . . Sogenannter Antifaschismus wirkt als kollektiver Selbsthaß identitätsstörend... Ein Volk, dessen nationales Selbstbewußtsein mit Schuld belastet bleibt, erhebt sein Haupt nicht, es wird nachhaltig geschwächt.«

Nun gehört Willms keineswegs zu denen, die als »Ewiggestrige« sentimentale Erinnerungen an das Dritte Reich pflegen oder gar »nationalsozialistischen Kampfzeiten« wieder zu Ehren verhelfen möchten. Ihm geht es auch nicht darum, Brutalitäten der Politik des Dritten Reiches geschichtsbeschönigend hinwegzudenken. Willms versucht nicht, nationalsozialistische Verbrechen zu leugnen oder zu »verdrängen«, weil für ihn deren Feststellung ohnehin nichts aussagt, wenn politische Ziele der Nation bestimmt werden sollen. Für Willms »ist die Existenz der Nation das unumgänglich Erste; es gibt keine Idee über der Idee der Nation, keine dieser Idee übergeordneten Prinzipien, schon gar keine moralischen.« Die moralische Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus hält Willms für »eine Waffe im fortgesetzten Versuch zur Niederhaltung der Deutschen als Nation«; die Beurteilung der Politik des Dritten Reiches »nach scheinbar übergeordneten Kategorien wie Humanität, Freiheit, Liberalität und Demokratie« ist für ihn »nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges (gegen Deutschland) mit anderen Mitteln, ein Instrument, um den Sieg über Deutschland nachhaltiger zu machen.«

An einem solchen Deutungsmuster hat inzwischen ein nicht unerheblicher Teil der westdeutschen Öffentlichkeit Gefallen gefunden, und die Zustimmung dafür begrenzt sich keineswegs auf das im Sinne des amtlichen Verfassungsschutzes rechtsextreme Terrain.

Weder Willms noch denjenigen, die mit ihm einer Meinung sind, geht es bei alledem um Geschichte. Bei der erwähnten Weikersheimer Tagung hat Filbinger im Schlußwort den aktuellen Sinn der betriebenen Identitätsarbeit klar formuliert: »Wir haben allzu lange mit der 'Vergangenheitsbewältigung' nationale Selbstzerstörung betrieben. Wir haben lange genug Politik gemacht, als seien wir kein Staat, sondern eine Wirtschaftsgesellschaft. Ein Volk, das ewig in der Schuldecke steht, ist politisch nur beschränkt handlungsfähig.« Dieses Argument hat im politischen Bewußtsein der Westdeutschen einen hohen Grad an Akzeptanz erreicht. Als Alfred Dregger die seitdem in vielen Abwandlungen weiterverbreitete Formel prägte, die Deutschen müßten nun »endlich aus dem Schatten Hitlers heraustreten, wieder normal« werden, kam er damit populären Bedürfnissen entgegen. Und als Franz Josef Strauß äußerte, die »ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftspolitische Daueraufgabe« habe »eine Lähmung des deutschen Volkes« zur Folge, die »Rolle als Dauersteher an der Klagemauer« müsse aufgegeben werden, um »den aufrechten Gang wieder zu lernen«, sprach er damit nicht nur vielen Unionspolitikern aus der Seele; ein solcher Appell stößt auf positive Resonanz auch in der »linken« oder »grün-alternativen« Szene. »Es gibt Negationsformen des kollektiven Selbstbewußtseins als Folge verlorener Kriege und verinnerlichter Kollektivschuldgefühle bei den Deutschen« – so klagt der Oldenburger Sozialwissenschaftler Gerd Vonderach, und die (linke) Berliner Zeitschrift »Niemandsland« veröffentlichte jüngst eine Erklärung, in der es heißt: »Der nationale Selbsthaß führt die Linken in die politische Ohnmacht«.

Die durch eine »Büßerrolle« nach 1945 in ihrer kollektiven Psyche »verletzte Nation« soll also geheilt und wieder handlungsfähig werden. Zu welchem Zweck? Die »Wirtschaftsgesellschaft« reiche auf Dauer nicht hin; warum diese Maxime und was soll der »Wirtschaftsgesellschaft« folgen? Welchen Platz an der Sonne sollen die Deutschen besetzen, wenn sie der Aufforderung folgen, »aus dem Schatten Hitlers herauszutreten«?

»Nationale Identität« müsse wiederhergestellt werden, so der vielstimmige Appell; aber was kann diese bedeuten?

Im Zeichen »nationaler Identität« verfolgten feudale und großindustrielle Machteliten im Ersten Weltkrieg in Deutschland ihre Interessen im Modell einer »Volksgemeinschaft in Waffen«, und nicht nur die große Mehrheit des deutschen Bürgertums, sondern auch ein Teil der organisierten Arbeiterschaft bekannte sich zu den »Ideen von 1914«, sah darin gar so etwas wie einen »deutschen Sozialismus«. Im Zeichen »nationaler Identität« wurde die von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen gemeinsam betriebene »Nationale Revolution« 1933 mehrheitsfähig, und auch das kriegführende Dritte Reich konnte im Zeichen »nationaler Identität« auf Folgebereitschaft weithin selbst bei jenen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen rechnen, die nicht der NSDAP oder ihrer Weltanschauung anhingen.

Hingegen stürzte der deutsche Faschismus 1945 nicht »nationalidentisch«; er wurde von außen militärisch zerschlagen. Die große Mehrheit der Deutschen blieb bis zum bitteren Ende systemkonform; weder der liberale Staat der Bundesrepublik noch der sozialistische Staat der DDR waren Ergebnisse deutscher Volksbewegungen. Mittlerweile sind neue Generationen in die deutsche Gesellschaft (West/Ost) eingetreten; Lebensstile und Mentalitäten haben sich gewandelt; Feudalstrukturen sind untergegangen. Auch haben sich die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Politik verändert gegenüber den Zeiten des ersten oder zweiten deutschen Griffs nach der Weltmacht. Aber es gibt – leider – keinen Grund für die Annahme, daß damit schon all jene Ideologien und Interessen verschwunden seien, die historisch im Projekt des Faschismus zum Zuge kamen.

In vielen Ländern der »westlichen Welt« | sind gegenwärtig Entwicklungen zu beobachten, die auf eine Umschichtung | vom Konservatismus (christlicher, liberaler oder technokratischer Prägung) zur Neuen Rechten, auf eine Wiederkehr sozialdarwinistischer politischer Philosophie, auf eine nationalistische oder biologistische Umdefinition sozialer Probleme und Konflikte hinauslaufen. In der Bundesrepublik bewegen sich solche Tendenzen in einem besonders dichten (wenn auch zum Teil verdeckten) Traditionszusammenhang, und sie haben hier besonders problematische Bezüge zur Nationalgeschichte und zu deren Hinterlassenschaft, der deutschen Zweistaatlichkeit.

Die Begriffe, die heute üblicherweise benutzt werden, um rechte Risiken der westdeutschen Gesellschaft zu kennzeichnen, lenken dabei von der Realität ab. Merkwürdigerweise nämlich treffen sich amtlicher Verfassungsschutz und ein gewichtiger Teil antifaschistischer Aktivitäten in der Wahrnehmung des Phänomens (wenn auch nicht in der Bewertung): Beide machen neue faschistische Entwicklungen meist nur dort aus, wo sie als Wiederauflage des historischen deutschen Faschismus auftreten.

Der Verfassungsschutz konzentriert sich auf jene Gruppen, die sich mit Nazisymbolen schmücken, Hitlers »Mein Kampf« oder ähnliche Traditionsschriften wieder unter die Leute bringen wollen oder auf extralegale Gewalt setzen. »Rechtsextremismus« erscheint ihm als ein Unternehmen von »Außenseitern der Gesellschaft«; daß es sich hier um Risiken in den politischen Stammkulturen der Bundesrepublik handeln könnte, kommt seinen Mitarbeitern nicht in den Sinn. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Erstaunlich ist aber, in welch großem Ausmaße der linke Antifaschismus zur Zeit derselben Blickverengung unterliegt. Gewiß stellen militante neonazistische Gruppen und deren Aktionen Problemfälle dar, die nicht unbeachtet bleiben können; aber sie sind es nicht, die ideologisch oder organisatorisch den Faschismus von morgen als machtpolitische Möglichkeit verkörpern. So simpel wiederholt sich Geschichte nicht. Der »Hitlerismus« hat keine Chance mehr; auch faschistische Politikentwürfe und Strategien wandeln sich, passen sich neuen Konstellationen an, sind »lernfähig«. Der Neonazismus heute hat eher eine Alibifunktion für neue faschistische Tendenzen, als daß er deren verschwörerischer oder aktivistischer Kern sein könnte. Politikfähig ist der sogenannte Rechtsextremismus dort, wo er gesellschaftsfähig auftritt, wo er »seriöse« Inhalte und Formen hervorbringt.

Zur Einschätzung der ideologischen Kräfteverhältnisse schreibt Bernard Willms: »Heute kann man in Deutschland auf eine Weise von der Nation reden, die vor ein paar Jahren noch nicht möglich war. Im politisch-geistigen Spektrum verschiebt sich das, was man, leichtfertig mit dem Wort, als rechtsradikal abtun kann, eben nach rechts.« Naheliegenderweise mag Willms den Begriff »rechtsradikal« nicht; in der Schilderung des Sachverhalts aber läßt er sich leider nicht widerlegen. Das Spektrum der politischen Gefühle und Meinungen in der Bundesrepublik insgesamt hat sich weiter nach rechts verlagert, und es ist gar nicht so sehr dieser oder jener kleine Wahlerfolg von Rechtsaußenparteien, der dafür Indiz ist. Vorrangig ist die Ausbreitung neurechter Deutungsmuster und Weltbilder im Zuge eines »kulturrevolutionären« Prozesses.

Die Neue Rechte reagiert damit auf das Vordringen der »neuen sozialen Bewegungen«, auf den Wechsel der Generationen und des Lebensstils. Die Zeitungen und Vereine des Dr. Frey mit ihrer altrechten Traditionspflege haben ihr Einflußfeld; aber daneben haben sich neue rechte politische Kulturen entwickelt, die nicht mehr durch die konventionelle Mischung von deutschnationalen und nazistischen Motiven geprägt sind. Die Neue Rechte greift Themen auf, die zunächst eher als links oder grün-alternativ gelten: Ökologie, Kritik an den Supermächten, Unbehagen an den Waffenarsenalen in »Mitteleuropa«, Technikkritik, mitunter sogar Kapitalismuskritik. Der philosophische Diskurs wird von rechts her belebt, und da taugt Alfred Rosenberg nicht, sondern da braucht es die intelligenten Angebote aus dem Vorraum des historischen Faschismus. Von hier aus fällt es nicht schwer, Brücken zum herrschenden Wissenschaftsbetrieb zu bauen, in dem sich ja die Hochachtung vor – beispielsweise – Arnold Gehlen, Carl Schmitt und Martin Heidegger nie verloren hatte. Nicht anders in der Literatur – schließlich halten inzwischen auch ehemalige KBW'ler Ernst Jüngers Werk für einen unverzichtbaren Teil des literarischen Nationalvermögens.

Der »Lagercharakter«, der für die Alte Rechte in der Bundesrepublik weitgehend charakteristisch war, löst sich bei der – Neuen Rechten auf; ideologische Schranken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus werden niedriger oder entfallen ganz; weit über die Unionsparteien bis in die Linke hinausgreifend werden Argumente und Positionen gesprächsfähig, die bis in die 70er Jahre als rechtsextremistisch galten oder wegen ihrer Verwandtschaften mit dem historischen Faschismus mit einem Tabu belegt waren.

So nahmen beispielsweise »Frankfurter Rundschau« und »Zeit« kürzlich erstaunt zur Kenntnis, daß Helmut Kohl zu den regelmäßigen Lesern des Magazins »Mut« gehört, obwohl diese Zeitschrift noch im Verfassungsschutzbericht 1984 von Bundesinnenminister Zimmermann unter »Rechtsextremismus« aufgeführt worden war. Aber Helmut Kohl liegt da durchaus im Trend; längst gehören ja Franz Alt, Ulrich Lohmar und Hans Maier zu den Mitarbeitern von »Mut« . Es geht ihnen dabei nicht um publizistische Konfliktaustragung, die ihren vernünftigen Sinn haben könnte; da die Neue Rechte Teil der etablierten westdeutschen Öffentlichkeit ist, wird man sich argumentativ mit ihr auseinandersetzen müssen. Aber es ist eben keineswegs so, daß beispielsweise Franz Alt der »Mut«-Leserschaft mitteilen würde, was denn von der »Friedlichkeit« der deutschen Rechten historisch und aktuell zu halten ist. Vielmehr bildet sich eine neue Unübersichtlichkeit heraus; der politischen Herkunft nach unterschiedliche Positionen schieben sich ineinander, verlieren

an Unterscheidbarkeit, bilden »nationalidentische« Schnittmengen in den Weltbildern heraus. Die »linksnationalen« Argumente von Peter Brandt und Herbert Ammon waren ein frühes Beispiel für diesen Vorgang.

Die Alte Rechte in der Bundesrepublik war bis in die 70er Jahre hinein in ihrer Buchpublizistik auf einige, auch bei Konservativen als extremistisch etikettierte Verlage eingegrenzt, und sie konnte sich zusätzlich auf Kriegserinnerungsliteratur stützen, die als unpolitisch galt. Auch in dieser Hinsicht hat sich ein »kulturrevolutionärer« Wandel vollzogen. Heute haben extrem rechte Positionen nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, in Verlagen zu Wort zu kommen, die nicht als politisch randständig gelten, und manche altrechten Verlage haben sich aus der einstigen Isolierung lösen können, ohne deswegen auf ihre gewohnten Argumente zu verzichten.

In Publikationen und Verlagen der Bundesrepublik ist inzwischen, was rechtsradikale Aussagen angeht, alles möglich geworden, und das gilt nicht nur für den Verlagskonzern des Dr. Herbert Fleissner, dessen Rührigkeit die politischen Gewichte auf dem westdeutschen Buchmarkt massiv zugunsten der Entsorgung der deutschen Vergangenheit verschoben hat. Um nur ein Beispiel für zahllose ähnliche zu nennen: Der angesehene Verlag Ferdinand Schöningh, der gewiß nie im Verdacht stand, dem Rechtsextremismus zu huldigen, brachte in seiner Reihe »Philosophische Positionen« (zu deren Autoren Odo Marquard, Jacob Taubes und Jürgen Ebach gehören) einen Band »Idealismus und Nation« von Bernard Willms heraus, in dem Sätze wie die folgenden zu lesen sind: »Es ist nicht die geringste Leistung des alten Nationalismus gewesen, nicht nur dem Leben, sondern auch dem Tod einen Sinn geben zu können. Diesseitig, irdisch, nüchtern und schrecklich... Deshalb war das Militär Schule für die Nation, weil sein Sinn darin bestand, daß auch der Kleinste und Dümmste schließlich ein Held sein konnte, – weil er das Leben für das Allgemeine opferte. Sinn ist nur vom Allgemeinen her zu erhalten, also von Objektivitäten wie Zucht, wie Pflicht, wie Tugend, wie Opfer.«

Die Nation, so Willms, sei »die einzige und ausschließliche allgemeine Wirklichkeit«; sie werde »geschwächt, wenn sie statt ihrer eigenen Räson sich sogenannte Werte von irgendwoher überordnen« lasse; »die Menschheitsemphase kotzt an, in der Politik geht es nicht um Dialoge, sondern um das Du oder ich, – um Notwendigkeiten, jenseits von Gut und Böse.« Hier offenbart sich das Kalkül einer neuen nationalen Sinnstiftung; die Kleinen und Dummen sogar haben eine Chance, nämlich die, ihr Leben für den »nationalen Imperativ« dranzugeben.

Politik als »Überlebenskampf« – diese Philosophie bietet auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der neben Willms einflußreichste Vordenker der Neuen Rechten in der Bundesrepublik, den Helmut Kohl als »Mut«-Leser »mit viel Sympathie und Zustimmung« zu schätzen gelernt hat. Kaltenbrunner (Herausgeber der im Herder Verlag erscheinenden Taschenbuchreihe »Initiative«) plädiert für »Feindfähigkeit«, für »riskante, heroische, kämpferisch-elitäre Tugenden«.

Das ist es also, was »jenseits der bloßen Wirtschaftsgesellschaft« Perspektiven setzen soll. Der Politikwissenschaftler und Zeitgeschichtler Hans-Peter Schwarz (auch er kein »rechtsextremistischer Außenseiter«) hat in seinem Buch »Die gezähmten Deutschen« die Bundesrepublik als eine »Welthandelsgroßmacht« beschrieben, die bedauerlicherweise von »Fellachenmentalität« und »Privategoismus« durchsetzt sei und deshalb ihre weltpolitische Größe noch nicht erkannt habe. Auch er schreibt es dem »immer noch nicht ganz gebannten Schatten Hitlers« zu, daß die Bundesrepublik nicht auf den »Ernstfall« eingestellt sei. Willms und seine Gefolgsleute pflegen in diesem Zusammenhang Carl Schmitt zu zitieren; der hat geschrieben: »Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.«

Bei all dem geht es nicht um Geschichtsverschönerung, sondern darum, aus Erfahrungen der deutschen Geschichte herrührende Bedenklichkeiten beiseitezuräumen, um die »Nation« wieder auf die Kategorie politischer Macht zu verweisen – ohne Rücksicht auf »übergeordnete Werte«. Die katastrophalen Folgen deutscher Politik vor 1945 oder auch vor 1918 sollen den Deutschen die Freude am politischen Risiko nicht länger vermiesen.

Die Ideologisierung von Machtinteressen zum »nationalen Imperativ« aber scheint darüber hinaus geeignet, von sozialen Problemen abzulenken. Noch einmal Willms: »Wenn die individuell sich steigernde Erfahrung von Not... nicht mehr einfach durch Fortschritte im Konsum kompensiert werden kann, dann muß das Bedürfnis nach allgemeinen Lösungen steigen.« Das heißt: Auch den Arbeitslosen kann im Zeichen »nationaler Identität« eine Politik angeboten werden, die »aus dem Schatten Hitlers« hinausführt, auch sie sollen sich »mit der Nation identifizieren, ihrem Auf und Ab« – wie Willms das »deutsche Schicksal« bezeichnet.

Es wäre riskant, die Perspektiven zu unterschätzen, die sich mit der (west)deutschen »Normalisierung« im Sinne der Rechten verbinden; die Geschichte geht weiter, ein neues »Auf« und ein neues »Ab« sind nicht auszuschließen. Wer etwas dagegen tun will, wird sich mehr einfallen lassen müssen, als den Protest gegen Neonazis. Die Linke in der Bundesrepublik hat um 1968 dazu geneigt, die politische Ordnung hierzulande für faschistisch zu halten. Die verspätete Einsicht, daß diese Wahrnehmung falsch war, kann heute zu der wiederum falschen Meinung führen, ein faschistischer Politikentwurf habe in der deutschen Gegenwart und Zukunft keinen Boden mehr. »Kapitalismus führt zum Faschismus«? Muß nicht, kann aber immer noch und aufs neue sein.

Der Kern neurechter Ideen liegt in ihrer Antithese zum Gleichheitsgedanken. Sozialdarwinistische, sozialbiologistische, nationalistische, außenpolitische wie innergesellschaftliche Argumentationslinien der Neuen Rechten treffen sich im Postulat des »Rechts auf Ungleichheit«.

Wer der Neuen Rechten gedankliche und praktische Alternativen entgegenstellen will, wird daher den Entwurf einer Weltgesellschaft, die Gleichheit der Lebensrechte für alle Menschen anzielt, nicht zurücknehmen oder beiseitestellen dürfen, sondern wird ihn weiter entfalten müssen. Ideologiekritik reicht nicht aus. Neue Innerlichkeit schon gar nicht.

* Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, Verlag C. H. Beck, München 1988, 249 S., 14.80 Mark

Konkret 05/88, S. 90

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrte Frau Minister Süssmuth!

Auf Plakaten an den Anschlagtafeln in den Städten, von denen der Dichter sinngemäß singt, daß sie nicht bleiben werden und daß durch sie hindurchgeht der Wind, steht: RETTET DIE LIEBE/STOPPT AIDS. Sansma riet bös, Frau Minister, des is a Schmarrn. Schaun Sie, AIDS stoppen, das könnt womöglich hinhaun, aber AIDS stoppen, DAMIT die Liebe gerettet werde, das ist ein zum Absturz auf die Sprach- und Sinnmülldeponie Quatsch-Sabbeln (Landkreis Lüchow-Dannenberg) verurteilter Zungenlooping. Sie meinen wahrscheinlich, weil die Ausdrücke Liebesspiel, Liebesvorspiel, Liebedienerin, Liebesroman, das liebe Geld, Liebes, reich mir doch mal die Zeitschrift KONKRET rüber, Liebesleidundglück sowie »Liebe machen« im Umlauf sind, könnten Sie's auch probieren mit »Liebe«.* Nur, Frau Minister, was hat Liebe mit AIDS zu tun, vice versa? Jemand, der AIDS hat, hat Vater und Mutter lieb. Kriegen die deswegen AIDS? Nein, Frau Minister, AIDS, der kleine mörderische Racker, wird durch gebrauchte Spritzbestecke und durch das Geschlechtssekret übertragen, aber doch nicht durch Liebe. Rettet das Ficken muß es heißen, ja gar Rettet das Fixen, aber doch nicht Rettet die Liebe.

Nochmal: rettet das Ficken/Stoppt AIDS muß es heißen auf den Plakaten, an denen sich übri.... nein, nix übrigens, hauptsächlich muß es heißen, ein paar vor Geld stinkende Werbespitzbuben gesundstoßen und die Druck- und Papierindustrie profitiert. Zweistellige Millionenbeträge hat dieser sinn- und nutzlose Papierkram (o diese allen Interesses und aller Leidenschaft entleerte Kampagne »rot = Hier droht AIDS/grün = hier geht's) verschlungen, der reine Wahnsinn angesichts der vielen armen AIDS-Kranken, die sich für den Bruchteil dieser Summe ein paar Wochen auf den Kanaren vor der Verfolgungsjagd in der grauen Heimat und der sternenzeltweiten Ignoranz ihrer Landsleute erholen könnten...

* Die US-amerikanischen Sexualwissenschaftler Donald Come und Monique Doit-Quick haben in ihrer Studie »How much love is in the act« anhand des Coitusverhaltens von 1200 Frauen und Männern, ledigen wie verheirateten, verwitweten wie wiederverheirateten aller Alters- und Dollarklassen festgestellt, daß auf 1000 GV's grad mal »seven with deep love out of the heart« kamen, der »Rest« von 993 Kopulationen geschah aus »just for fun«.

Was macht eigentlich Ihre Wohnung, Herr Hamburger Amtsrichter Doktor Bartels?

Ganz recht gehört: Was macht Ihre Wohnung? Ist jemand in Ihrer Abwesenheit in sie eingedrungen? Sie sind ja häufig aushäusig, sitzen an dem Ihnen von der Verfassung in Ihr Büro im Gericht hingestellten Schreibtisch und fertigen da fleißig weder durch lebensgefährliche Verletzung des Rechts noch durch tödliche Bedrohung des Staats begründete Druckerei-, Verlags- und Wohnungsdurchsuchungsbefehle aus. Hat sich während dieser Ihrer Dienstzeit jemand Ihrer Wohnung bemächtigt? Hat jemand Ihre Wohnung aufgebrochen? Hat sich jemand, während Sie fleißig und eifrig, nicht nach rechts und links geschweige in die Fibel mit dem Alfabet der Verhältnismäßigkeit der Mittel schauend und von keinem Gedanken unterbrochen, Druckerei-, Verlags- und Wohnungsdurchsuchungsbefehle unterzeichneten, Ihrer Wohnung mit dem Dietrich oder anderem illegalem Instrument genähert? Oder hat Ihre Wohnung, der sie bei Anmietung eingeschärft, nur Ihnen, ausschließlich Ihnen zu öffnen, dem Fremden selbst die Tür aufgemacht? Hat also jemand, während Sie wegen der Verfolgung und Verhaftung eines seit einem halben Jahr in den Buchhandlungen öffentlich feilgehaltnen Bändchens mit bergkristallreiner Poesie und dem Humanum dienender Prosa und entzückenden Vignetten des akademischen Malers Ernst K. Druckerei-, Verlags- und Wohnungsdurchsuchungsbefehle verfaßten, Ihre süße kleine Wohnung vergewaltigt und die Aura Ihres Refugiums zerstört? Hat jemand, während Sie zufrieden mit der windigen Begründung der Druckerei-, Verlags- und Wohnungsdurchsuchungsbefehle zum zwoten Frühstück schritten, jemand in Ihrer Abwesenheit den Deckel des Puffs mit Ihrer Schmutzwäsche gelüftet? Hat jemand, denn Sie waren ja nicht zuhaus und vermochtens nicht zu hindern, die Eiweißflecken in Ihrem Nachtlaken gezählt? Hat jemand, Sie waren ja ahnungslos im Geschäft, ohne Ihre Erlaubnis in Ihrer Wohnung die Auslegeware betreten, seinen Atem abgeschlagen? Hat jemand die Rücken Ihrer lieben Bücher von Tucholsky, Brecht, Horvath, Kraus, King, Feuchtwanger, Kahl berührt, den Büchern in den Schritt gegriffen? Hat jemand wie der Vandale im überfallnen Land die Bilder an der Wand Ihrer Wohnung begafft und entweiht? Hat jemand, sie weilten ja an dem Ihnen von der Verfassung in Ihr Büro im Gericht hingestellten Schreibtisch und wie Sie, über die ganze Körperlänge sich im Recht wähnend, den Druckerei- und Verlags- und Wohnungsdurchsuchungsbefehlen mit geübtem Kugelschreiberschwunge Macht und Kraft verliehen... hat da jemand in Ihren geheimnisvollsten Papierschaften gewühlt? Nein? Hat nicht? Nun, dann seien Sie froh, daß wenigstens Sie in einem Rechtsstaat leben, wo das Einbrechen in und das Durchsuchen von Wohnungen von Poesie- und Prosaschreibern nicht die leichteste und gedankenloseste Übung in Unverschämtheit und Anmaßung ist; dann seien Sie froh, daß wenigstens Sie in einem Rechtsstaat leben, der die »Pflichtverteidiger« der Ehre des National-Schlagers und der Fahne kurz halt, weiß er doch, der Rechtsstaat BRD, der Ihnen den Schreibtisch hingestellt hat, daß nicht die wüsteste Beschimpfung des Nationalschlagers oder der Fahne der

barbarischen Selbstbeleidigung und Beschmutzung gleichkommt, die er sich mit der Begründung der Ablehnung (OLG Celle) der Wiedergutmachungsansprüche der jüdischen Bürgerin Miriam Turgemann-Lewald zufügt: Miriam Turgemann-Lewald, am 1. März 1944 im KZ Bergen-Belsen zur Welt (zur Welt! Herr Hamburger Amtsrichter Doktor Bartels) gekommen, habe keine Ansprüche, weil sie zum Zeitpunkt der Geburt keine Deutsche, sondern staatenlos gewesen sei, sie habe auch nicht in Deutschland »gewohnt«, denn in bzw. mit einem Konzentrationslager könne kein »dauernder Aufenthalt« begründet werden.

Konkret 05/88, S. 94

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

»Wenn der rote Großvater erzählt...« Die Redaktion des sozialdemokratischen »Vorwärts« hatte den reizenden Einfall, einen Vertreter der jüngeren Generation über die Schnarchsäcke von 68 herfallen zu lassen. Aber hallo, wie der's ihnen gibt, das zeugt von Frische, Fröhlichkeit, Freiheit, vor allem aber von der stilbildenden Wirkung des F.K. Fromme:

Schlimm dabei ist, daß die selbsternannten Heroen von gestern unserer Generation fehlendes politisches Bewußtsein unterstellen. Nein – unpolitisch sind wir bestimmt nicht. Wir verlieren uns nur nicht in endlosen Theorie-Debatten, sinnlosem Aktionismus und Ideologiekämpfen. Uns interessiert nicht in erster Linie der Imperialismus; wir kämpfen gegen Probleme, die uns ganz persönlich betreffen – und davon gibt es in diesem unserem Lande genug.

Ist es nicht schön, wie unkonventionell, ja geradezu frech da alles zusammengerührt ist, was Helmi Kohl und Pepe Boenisch schon immer gesagt haben? Was gehen uns die-Nigger an, solange uns der Schulstreß persönlich betrifft. Nieder mit den Problemen! Nein – unpolitisch sind sie nicht. Ein bißchen dumm vielleicht, aber nicht unpolitisch:

Die Freiheiten der sexuellen Revolution kann man sich auch getrost abschminken – im Zeitalter von Aids. Wer heute »zweimal mit der/dem gleichen pennt«, braucht den Spott nicht zu fürchten,

weil es im Kreis der jugendlichen Halbalphabeten doch keinem auffällt, daß einer, der nie zweimal mit derselben pennt, noch jedesmal mit der gleichen pennen kann, weil ja, wie die Ideologen sagen, on revient toujours à ses premières amours, worüber man aber en présence des enfants nicht spricht.

In großen Lettern ziert ein Graffito die Wand des Uni-Gebäudes: »2. Juni '67 – Benno Ohnesorg ermordet«. Aus dem Stimmengewirr, das die vorübergehenden Studentinnen und Studenten verursachen, ist ein Satz herauszuhören: »Da gedenken die Apo-Opas wieder einem ihrer toten Helden!«

Rettet dem Dativ! So hat eine der großen Parolen der Großväter bei den Früchtchen doch Früchte getragen. Jene mögen ja mit allem anderen gescheitert sein und »alte Polit-Clowns« oder »wandelnde Anachronismen« genannt werden dürfen. Aber wenn einer mit Zwanzig schreibt: »In großen Lettern ziert...«, wundert man sich doch über den Mut, überm Suspensorium kurze Hosen zu tragen.

Im Feuilleton der »Zeit« klagt ein Mathias Greffrath:

Die Zeit der Aufklärung und der Öffentlichkeit geht ihrem Ende zu. Trotz ARD und »Pflasterstrand«, trotz »Spiegel«, »Stern« und »taz«.

Das »trotz« des Jahres. Greffrath erhält dafür die goldene Klatsche 1988, in Acryl.

Die Pressestelle der Universität Hamburg teilt mit:

Der Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Hamburg hat sich einem neuen Forschungsschwerpunkt zugewandt.

Ich ahne Schlimmstes.

Projekte zum »Konzept der Hamburger Citykirchen«, zur »Strukturgenese einer Kirchengemeinde im Neubauviertel (Neu-Allermöhe)«, zu »multireligiösen und multikulturellen Prozessen im Stadtteil und ihrem Zusammenhang mit dem kirchlichen Leben (Karolinenviertel)« sowie zu »Zentralfriedhöfen, ihren Entstehungsbedingungen und ihren Auswirkungen auf das Trauerverhalten in der Großstadt« sind geplant oder schon bearbeitet.

Du heiligs Blechle! Aber wie der durch intensive Trauerarbeit angehäufte Streß in der Trauerfreizeit auf dem Zentralfriedhof abgebaut werden kann – das will fachbereichsmäßig ebenso erforscht sein wie die Kirche als Jesus-Center oder die Hamburger Pray-ins von McLuther. Zum Trost über diese multireligiöse multikulturelle Multirummelgenese meldet die Pressestelle der Universität Hamburg aber auch: *Ökologische Nischen in der Außenalster: Röhrichte entwickeln sich zum Teil recht üppig.*

Da ist dann doch alles Trauerverhalten schnell vergessen. Und wenn ich auch weder weiß noch wissen will, was ein Röhricht ist, so weiß ich doch, daß wenigstens es sich üppig entwickelt und mit dem Fachbereich Evangelische Theologie schritthält.

Und nun kommentiert für Sie: Ulli Kunkel vonne »taz«:

Wenn Politik für die Grünen etwas anderes sein sollte als der Kampf ums Überleben als Selbstzweck, wenn die Inhalte im Vordergrund stehen sollen, dann könnte man diesem Plagiatismus auch etwas positives abgewinnen. Ob die SPD nun wahrhaftig Waldsterben und Wahnsinnsrüstung angehen will oder nur Bauernfängerei betreibt: Sollte für die Antwort darauf lediglich der Erfolg zählen, so sind es gerade die Grünen, die vor ihren Chancen, erfolgreich zu sein, davonlaufen.

Bevor nun die Grünen das Waldsterben zum Selbstzweck des Überlebens ohne Bauernfängerei angehen: Wir wollen unsern alten Theo Sommer wieder hab'n, aber den mit'm Abitur.

In einer Anzeige der Deutschen Arzneimittelhersteller heißt es:

Arzneimittel, die Sie heute von Ihrem Apotheker bekommen, finanzieren die Forschung für zukünftige Medikamente.

Das Geld arbeitet, die Arzneimittel finanzieren, Kapitalisten und Pharmakonzerne sitzen untätig herum. Weg mit ihnen !

Wallmann: Ich lasse mich nicht weichklopfen!

Schade.

Die »Gesellschaft für bedrohte Völker« gibt eine Zeitschrift heraus, die »pogrom« heißt. Warum auch nicht. Vielleicht darum:

Liebe Redaktionskolleginnen und -kollegen, im Namen der pogrom-Redaktion darf ich Sie auf unsere Neuerscheinungen... aufmerksam machen...

Herzlichen Dank für Ihre Mühe und mit freundlichen Grüßen aus der pogrom-Redaktion

Uwe Knödler

Ein Unglück kommt selten allein.

Die »FAZ« hat schon wieder einen Leser verloren:

Dr. phil. Friedrich-Karl Drescher-Kaden, o. Professor für Mineralogie und Petrographie, Mitglied von 5 wissenschaftlichen Akademien, Träger des EK I und EK n beider Weltkriege, Rittmeister a.D.

Wie er das wohl gemacht hat, im Zweiten Weltkrieg, als Petrograph schon Leningraph hieß? Ist er mitmarschiert, bis er seine Orden aus dem Ersten konfirmiert hatte, und hat sich dann verabschiedet: Das war's, meine Herren, 5 wissenschaftliche Akademien warten auf mich, das bißchen Stalingrad werden Sie schon alleine packen – ich kann ja schließlich nicht alles selber machen? Ob einem das die Barbara Bartenberg, geb. Drescher-Kaden im Namen der Angehörigen beantworten könnte?

Wegen ungünstiger Witterung findet die Revolution im Kaufhof statt:

Welcher Teufel reitet Gewerkschaften, Grüne und andere, mit einer solchen Larmoyanz das Ladenschlußgesetz so vehement zu verteidigen. Wer kam noch nicht in Italien, Frankreich oder New York in den Genuß des abendlichen Einkaufs ohne Streß, des angenehmen Konsumbummels an jedem möglichen Samstagnachmittag, nach einem schönen faulen Vormittag mit ausgedehntem Schlaf, Sex und Frühstück?

Du weißt schon, was ich meine/ Die Stadt liegt an der Seine, dichtete die sächsische Nachtigall, aber komischer als sie ist doch unser hessischer Alternativspießer, der zur Bewältigung eines Problems, das ein denkender Mensch vorbeistreichen läßt wie den Furz im Wind, mit feuchten Samstagvormittagsträume renommieren und Spesenabrechnungen vorzeigen muß, bis jeder spürt, daß die frivolsten Bedürfnisse des Autors, der ein paar Zeilen später tatsächlich ein »Seine-Metropole« aufs Papier seufzt, die Befriedigungs-Kapazität nicht übersteigen, die ein Edeka-Laden in Bonames werktags zwischen 9 und 18 Uhr bereithält, und am schönen, faulen Samstag bis 13 Uhr. Oder kriegt er, von Weltmann zu Weltmann gefragt, bis zur Sportschau keinen hoch?